

Beteiligentransparenzdokumentation

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/1629)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 14. Juli 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

A. Problem und Regelungsbedürfnis

- I. Der demographische Wandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Der Anteil älterer Menschen in Deutschland nimmt kontinuierlich zu. In zahlreichen ostdeutschen Kreisen ist bereits mehr als jeder vierte Einwohner älter als 65 Jahre. Diese große Gruppe der älteren Bevölkerung ist tatsächlichen oder potenziellen Diskriminierungen ausgesetzt. So wurde zuletzt im Zusammenhang mit der Covid-19- Pandemie unter dem Begriff "Triage" verstärkt diskutiert, ob eine altersspezifische Priorisierung bei der Vergabe medizinischer Leistungen rechtlich zulässig sei.

Diskriminierungen wegen des Alters betreffen nicht nur Menschen im hohen Alter, sondern auch junge Menschen. Beispielhaft können hierfür Fragen der Generationengerechtigkeit oder ganz alltägliche Benachteiligungen, etwa bei der Suche einer neuen Wohnung oder beim Anmieten eines Fahrzeugs, benannt werden.

Oft kommt es zu Schnittmengen mit anderen Diskriminierungsdimensionen: Beispielsweise unterliegen Frauen in dem Alter, in dem ein Kinderwunsch unterstellt wird, einem besonders hohen Diskriminierungsrisiko.

- II. 1. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind tragende Säulen unseres Gemeinwesens. Ehrenamtliche sind in unserem Land überall und in allen Bereichen zu finden. In Thüringen leisten rund 850.000 Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zu unserem lebenswerten Land. Ehrenamtliche stehen anderen Menschen zur Seite, sie sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und schaffen ein Stück Heimat. Besonders im ländlichen Raum und insbesondere in den Gebietskörperschaften, die von einem starken Bevölkerungsrückgang und den damit einhergehenden Folgen betroffen sind, ist das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
2. In der Verfassung des Freistaats Thüringen ist das Demokratieprinzip als Herrschaft auf Zeit umgesetzt. In der parlamentarischen Demokratie kann es dabei zu einer überwiegenden Ausrichtung an den Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft und Wäh-

lerschaft der Gegenwart kommen. Denn die Verfahren der Gesetzgebung und Regierungshandeln orientieren sich in erster Linie an der Gegenwart oder der näheren Zukunft. Fragen und Probleme der Vorsorge für die dauerhafte und nachhaltige Befriedigung von Gemeinschaftsinteressen treten systembedingt zurück. Dies stellt uns bei der Erfüllung generationenübergreifender Aufgaben, insbesondere bei der Gestaltung interessengerechter Klimapolitik, aber unter anderem auch bei der Sicherung finanzieller Handlungsspielräume des Landeshaushalts, vor große Herausforderungen.

3. Thüringen ist vielfältig. Innerhalb unseres Freistaats bestehen erhebliche Unterschiede in den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Sicherung der Mobilität oder etwa beim Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge. Regionale Unterschiede sind für sich genommen wünschenswert, da Nachteile in einem Bereich Vorteilen in anderen Bereichen gegenüberstehen, allerdings muss gewährleistet sein, dass Regionen und ihre Bewohner überall im Land gleichwertige Chancen auf Entwicklung haben.

4. Im Freistaat Thüringen lebten 2017 insgesamt 132.000 Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht gut sechs Prozent der Bevölkerung unseres Bundeslandes. Der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund hat sich seit 2011 in Thüringen nahezu verdoppelt. Die Entwicklung hat sich durch die Fluchtmigration der letzten Jahre beschleunigt. In der Altersgruppe der 20- bis unter 26-Jährigen liegt der Anteil ausländischer Menschen in Thüringen regional unterschiedlich zwischen 13 und 20 Prozent. Eine kulturell heterogenere Bevölkerung führt vielfach zu Sorgen hinsichtlich des Zusammenhalts im Land. Die Integration der Menschen, die rechtmäßig und auf Dauer in Thüringen leben, ist der Schlüssel, um die Risiken kultureller Separation, sozialer Exklusion und der Schädigung des sozialen Friedens zu begegnen.

III. Vielfalt bereichert unsere Gesellschaft. Deshalb ist das Engagement gegen Benachteiligungen und Diskriminierung ein hochrangiges Anliegen. Dieser Überzeugung wird rechtlich insbesondere durch die Gleichheitsrechte in Artikel 3 des Grundgesetzes und Artikel 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen Ausdruck verliehen.

Chancen sollen sich gemäß Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen nicht aus der Herkunft, Abstammung, ethnischen Zugehörigkeit, sozialen Stellung, Sprache, politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung, dem Geschlecht oder der sexuellen Orientierung ergeben. Der Grundintention nach wünschenswerten Bestrebungen zur Förderung gesellschaftlicher Offenheit und Vielfalt neigen jedoch häufig dazu, das Ziel der Chancengleichheit zu vernachlässigen.

Im Bereich des Zugangs zu öffentlichen Ämtern drohen viele Ansätze von Vielfaltsprogrammen wegen Verstoßes gegen Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes sogar die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit zu überschreiten. Bestrebungen, die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes an einer gleichmäßigen Repräsentation von Gruppen auszurichten, die nach Identitätskriterien definiert werden, sind verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Den Kriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ist vor solchen Zielen unbedingter Vorrang einzuräumen.

B. Lösung

- I. Der besondere Schutz der Unabhängigkeit, der Teilhabemöglichkeiten, der Selbstverwirklichung und der Würde von alten und jungen Menschen wird durch die Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbotes in die Verfassung des Freistaats Thüringen gestärkt.
- II.
 1. Die gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes soll unter besonderen Schutz gestellt und verbunden mit einem Förderauftrag als Staatsziel formuliert werden.
 2. Die demokratiestaatliche Aufgabe der nachhaltigen, dauerhaften Befriedigung von Gemeinschaftsinteressen soll als Staatsziel nicht auf einzelne Sektoren der Politik begrenzt und deren Berücksichtigung bei staatlichem Handeln verpflichtend werden.
 3. Das Herstellen gleichwertiger Lebensverhältnisse wird als neues Staatsziel in die Verfassung des Freistaats Thüringen aufgenommen.
 4. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Maßgaben zur Integration von Menschen, die sich rechtmäßig auf Dauer im Freistaat aufhalten, sollen als Staatsziel in die Verfassung des Freistaats Thüringen aufgenommen werden.
- III. Das Gebot der Bestenauslese bei der Besetzung öffentlicher Ämter wird in der Verfassung des Freistaats Thüringen verankert.

C. Alternative

Beibehaltung der bestehenden Rechtslage

D. Kosten

Aus der Verfassungsänderung entstehen keine unmittelbaren Mehrkosten.

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen -
Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten**

Der Landtag hat mit der nach Artikel 83 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen erforderlichen Mehrheit das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Die Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht erster Teil wird wie folgt geändert:
 - a) Folgender neue siebte Abschnitt wird eingefügt:

"Siebter Abschnitt
Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Artikel 41 a bis Artikel 41 d"
 - b) Der bisherige siebte Abschnitt wird achter Abschnitt.
2. In Artikel 2 Abs. 3 werden nach dem Wort "Zugehörigkeit," die Worte "seines Alters," eingefügt.
3. Nach Artikel 41 wird folgender neue siebte Abschnitt eingefügt:

**"Siebter Abschnitt
Gesellschaftlicher Zusammenhalt"****Artikel 41 a**

Das Land und seine Gebietskörperschaften schützen und fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl.

Artikel 41 b

Das Land und seine Gebietskörperschaften berücksichtigen bei ihrem Handeln in allen Bereichen das Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Interessen künftiger Generationen zu wahren.

Artikel 41 c

Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen.

Artikel 41 d

(1) Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(2) Die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist Aufgabe des Landes und seiner Gebietskörperschaften. Dazu fördern sie:

1. die Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung, den ihr zugrundeliegenden Werten und den sich aus ihr ergebenden Normen des Zusammenlebens,
2. die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und die Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland,
3. den umfassenden Zugang zum Bildungssystem, zur Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt,
4. gesellschaftliche Teilhabe.

(3) Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung. Der Genuss und die Ausübung der Bürgerrechte bleibt deutschen Staatsangehörigen und Unionsbürgern vorbehalten, soweit sie diesen gleichgestellt sind."

4. Der bisherige siebte Abschnitt wird achter Abschnitt.

5. Artikel 96 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

"(2) Jeder Bürger hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt."

- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**Zu Artikel 1**

Zu Nummer 2 (Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen)

Die Aufnahme des Alters in die Aufzählung der Diskriminierungsverbote des Artikels 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen wirkt der gesellschaftlichen Problemlage entgegen, dass Menschen wegen ihres Lebensalters in zahlreichen Situationen benachteiligt werden. Bei Zugrundelegung der aktuellen Verfassungslage sind Diskriminierungen wegen des Alters am allgemeinen Gleichheitssatz des Artikels 2 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen zu messen. Welchen Mehrwert die Verankerung als spezielles Diskriminierungsverbot im Vergleich zur derzeitigen Rechtslage hat, wird mit Blick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Artikel 3 des Grundgesetzes deutlich: Die Hervorhebung der besonderen Anknüpfungsmerkmale gegenüber dem allgemeinen Gleichheitssatz erschwert es, bei Differenzierungen an diese Merkmale anzuknüpfen. Die Prüfung im Rahmen des allgemeinen Gleichheitssatzes ist nach der sogenannten "neuen Formel" umso strenger, je konkreter durch eine Differenzierung die in Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes beziehungsweise Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen genannten Merkmale berührt werden. Die Logik dieses Vergleichsmaßstabs zeigt, dass Differenzierungen anhand der verbotenen Gründe auf höchster Stufe stehen. Anknüpfend an diese Darlegungen kann vermutet werden, dass die Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale mit Verfassungsrang den Rechtfertigungsmaßstab, insbesondere die Anforderungen an die Verhältnismäßigkeitsprüfung, für altersspezifische Diskriminierungen im Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung verschärft.

Ein Verbot von Altersdiskriminierung ist in den Artikeln 21, 25 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union primärrechtlich verankert. Zur Umsetzung der sekundärrechtlichen europäischen Richtlinie 2000/78/EG (Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie) hat die Bundesrepublik 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft gesetzt. In dessen Anwendungsbereich sind Benachteiligungen wegen des Alters ausdrücklich unzulässig (vergleiche insbesondere §§ 1, 10, 19 AGG). Damit wurde das europarechtlich Geforderte fachgesetzlich umgesetzt; es hat bisher jedoch keinen verfassungsrechtlichen Niederschlag gefunden. Obgleich dies für eine rechtlich ordnungsmäßige Umsetzung nicht unbedingt nötig ist, geht der Freistaat Thüringen durch die Aufnahme des Altersdiskriminierungsverbotes mit gutem Beispiel voran.

Die Leit- und Symbolfunktion des Verfassungsrechts kann bei der Bekämpfung von Diskriminierungen ein entscheidender Faktor sein. Die verfassungsrechtliche Regelung geht in ihrer Signalwirkung über das einfache Recht, die Rechtsprechung und europarechtliche Garantien hinaus.

Zu Nummer 3 (Neuer siebter Abschnitt "Gesellschaftlicher Zusammenhalt")

Die unterschiedlichen Platzierungsvorschläge der verschiedenen Fraktionen für das neue Staatsziel der Ehrenamtsförderung zeigen, dass in der Verfassung des Freistaats Thüringen ein Abschnitt fehlt, in dem Staatsziele untergebracht werden können, die übergreifend das Zusammenleben und den Zusammenhalt in der Gesellschaft thematisieren.

Staatszielbestimmungen sind Verfassungsnormen, welche die Staatsgewalt gemäß Artikel 43 der Verfassung des Freistaats Thüringen rechtsverbindlich verpflichten, das jeweils bestimmte Ziel zu verfolgen und ihr Handeln danach auszurichten. Die Verpflichtung zum Anstreben der Staatsziele bezieht sich auf alle drei staatlichen Gewalten. Staatsziele bedürfen der Konkretisierung durch einfaches Recht. Bei ihrer Umsetzung kommt dem Gesetzgeber eine weite Einschätzungsprärogative zu. Im Gegensatz zu den Grundrechten fehlt den Staatszielen eine subjektiv-rechtliche Qualität, der Bürger kann aus ihnen also grundsätzlich keine einklagbaren Ansprüche ableiten. Herangezogen werden können Staatszielbestimmungen aber als kollidierendes Verfassungsrecht sowie bei der Auslegung von Gesetzen und der Ausübung von Ermessensspielräumen.

Zu Artikel 41 a

Der einzufügende Artikel 41 a bestimmt ein neues Staatsziel und statuiert einen Förder- und Schutzauftrag. Mit der Formulierung wird zum Ausdruck gebracht, dass das Land dauerhaft auf diesen Förderauftrag verpflichtet wird. Die Trägerautonomie ist dabei zu wahren.

Das freiwillige, bürgerschaftlich geprägte Engagement für das Gemeinwohl ist wesentliche Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, beugt der sozialen und kulturellen Verarmung vor und festigt das demokratische Gemeinwesen. Die Regelung ergänzt zum Beispiel die Bestimmungen zur Förderung von Kultur, Kunst und Brauchtum (Artikel 30 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen) sowie des Sports (Artikel 30 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen). Der Begriff des ehrenamtlichen Einsatzes geht über den Begriff des klassischen Ehrenamtes hinaus und umfasst die vielfältigen Formen bürgerschaftlichen Engagements. Ziele des Gesetzentwurfs sind die Stärkung der Anerkennungskultur und die Sensibilisierung der Menschen für den Wert des bürgerschaftlichen Engagements. Die Bestimmung verpflichtet den Freistaat nach Artikel 43 der Verfassung des Freistaats Thüringen, sein Handeln an diesem neuen Staatsziel auszurichten und seine Verwirklichung anzustreben. Dazu können Initiativen des Gesetzgebers und Maßnahmen der Landesregierung zur Konkretisierung des neuen Staatsziels zählen.

Zu Artikel 41 b

Mit der Einführung von Artikel 41 b wird das Land bei seinem Handeln auf die Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips verpflichtet. Das Land soll verbindlich dazu angehalten werden, den Bedürfnissen heutiger Generationen so zu entsprechen, dass die Gestaltungs- und Handlungsspielräume zukünftiger Generationen nicht gefährdet werden. Dies bedeutet eine Stärkung von Nachhaltigkeit als einem Handlungsziel des Staates. Das Staatsziel Nachhaltigkeit ist ein wesentlich umfassenderer Ansatz als eine Beschränkung allein auf Klimafragen. Es umfasst zahlreiche Fragen der Generationengerechtigkeit genauso wie einen interessengerechten Klimaschutz, der mit Förderungen, Anreizen und Offenheit für neue Technologien zur Einsparung von Kohlenstoffdioxid beiträgt. Ein Aspekt der Generationengerechtigkeit ist aber unter anderem auch die finanzielle Nachhaltigkeit des staatlichen Handelns mit Blick auf die Gestaltung und Entwicklung des Landeshaushalts.

Zu Artikel 41 c

Das Herstellen von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen unseres Freistaats soll mit dem neuen Artikel 41 c der Verfassung des Freistaats Thüringen als Handlungsziel mit Verfassungsrang festgeschrieben werden. Die neue Norm erstreckt sich dabei entwicklungs offen auf alle wesentlichen Lebensbereiche.

Wegen der Zuständigkeit der Gemeinden für örtliche Angelegenheiten aufgrund der Selbstverwaltungsgarantie gemäß Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen sind die Gemeinden maßgeblich für die Umsetzung des Gleichwertigkeitsziels auf dieser Ebene mitverantwortlich.

In Bereichen, in denen bestimmte Aufgaben von der öffentlichen Hand nicht oder nicht allein wahrgenommen werden, etwa im Bereich der Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen oder der Kulturangebote, ergibt sich für das Land die Verpflichtung, insbesondere durch raum- und fachplanerische Maßnahmen für eine ausgewogene Verteilung zu sorgen und die erwerbswirtschaftlich oder ehrenamtlich tätigen Privaten bei der Erfüllung der Aufgaben zu unterstützen.

Die Städte und das Land dürfen mit ihren jeweils spezifischen Problemlagen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr muss jedem Entwicklungszentrum seine Verantwortung für sein Umland bewusst sein und umgekehrt. Um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen, ist interkommunale Zusammenarbeit und eine bessere Vernetzung vorhandener Infrastrukturen gefragt. Allzu häufig stellt derzeit ein Konkurrenzverhalten verschiedener Regionen bezüglich Einwohnern, Arbeitsplätzen oder öffentlichen Infrastrukturen ein entscheidendes Hindernis für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse dar.

Mit der Formulierung "in den verschiedenen Landesteilen" sollen nicht nur Unterschiede zwischen Stadt und Land, sondern auch die unterschiedlichen Ausprägungen ländlicher Räume und Unterschiede zwischen verschiedenen Städten im Rahmen des staatlichen Förderauftrags in den Blick genommen werden.

Das Gleichwertigkeitsgebot gebietet auch keine Nivellierung der dargebotenen Leistungen. Gleichwertig bedeutet nicht gleichartig. Die unterschiedlichen strukturellen, historischen, kulturellen, gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile Thüringens sind zu berücksichtigen.

Zu Artikel 41 d

Mit der Einführung von Artikel 41 d wird das Ziel verfolgt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bei einer kulturell zunehmend heterogener werdenden Einwohnerschaft zu wahren. Der Zusammenhalt hängt dabei von einem gemeinsamen Grundverständnis aller Einwohner ab, auf welcher Basis sich das Zusammenleben gestalten soll. Fremdenfeindlichkeit, Prozesse kultureller Separation und sozialer Exklusion erschweren diese Verständigung genauso wie der Verzicht auf eindeutige Leitbilder, die sich aus den in Deutschland geltenden Werten und Normen ergeben. Klar ist, dass misslingende Integration hohe Folgekosten zeitigt.

Absatz 1 beschreibt das neue Staatsziel zunächst allgemein, da der Zusammenhalt notwendig die Aufgabe aller rechtmäßig im Land lebender Menschen, der Bürger und sonstiger Aufenthaltsberechtigter ist. Kulturelle Offenheit bei den Alteingesessenen, wie die Bereitschaft bei Aufenthaltsberechtigten, sich auf das Land einzulassen, sind genauso unabdingbar, wie die freiheitliche demokratische Grundordnung als Rahmen.

Absatz 2 stellt klar, dass sich Integrationsangebote wie Integrationserwartungen ähnlich wie die Integrationsförderung und -forderung gemäß § 43 Abs. 1 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) nur auf diejenigen Zuwanderer bezieht, die nicht nur geduldet sind, sondern eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Dies wirkt einer Überforderung der integrativen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes entgegen.

In den Nummern 1 bis 4 wird ein Leitbild gelingender Integration entfaltet, das auf dem Grundsatz des "Förderns und Forderns" fußt. Nummer 1 benennt die Verfassungs- und Rechtsordnung als Rahmen und formuliert als Ideal nicht nur deren passive Hinnahme, sondern wirbt um Annahme und Identifikation mit ihr. Benannt wird, dass dieser Ordnung Werte zugrundeliegen und Normen des Zusammenlebens aus ihr folgen.

Nummer 2 betrifft die Vermittlung der Sprache und der deutschen beziehungsweise Thüringer Kultur mit dem Ziel, ein positives Verhältnis zu ihr aufzubauen. Sie zielt nicht etwa auf kulturelle Assimilation, sondern auf Möglichkeiten kultureller Beheimatung.

Nummer 3 nimmt auf, dass die Zugänge zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt entscheidende Schlüssel gelingender Integration sind und benennt zusätzlich Aus- und Weiterbildung, da dies angesichts der anderen Bildungssysteme der Herkunftsländer ein nicht unwesentlicher Punkt ist.

Nummer 4 benennt die gesellschaftliche Teilhabe als gesonderten Bereich, da der Freistaat und seine Gebietskörperschaften hier zwar förderlich tätig werden können, jedoch ohne die innere Bereitschaft der Bürger, Teilhabe im vielfältigen Geflecht der Gesellschaft zu ermöglichen, wenig ausrichten können.

Absatz 3 betrifft die politische Mitgestaltung. Sie soll als weitere Möglichkeit zur Identifikation gefördert werden, der Bereich der an die Staatsangehörigkeit geknüpften Bürgerrechte jedoch ausgeklammert bleiben. Der Zusammenhang zwischen der Staatsangehörigkeit und den wesentlichen politischen Rechten gehört zu den Fundamenten des modernen demokratischen Staates. Bürgerrechte sollten am Ende erfolgreicher Integration und dem Aufbau einer inneren Bindung an das Land stehen. Das ist ein wichtiges Signal an die gegenwärtigen Staatsangehörigen selbst sowie ein mögliches zusätzliches Integrationsmotiv.

Zu Nummer 5 (Artikel 96 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen)

Durch den in Artikel 96 der Verfassung des Freistaats Thüringen neu eingefügten Absatz 2 wird dem Prinzip der Bestenauslese bei der Besetzung öffentlicher Ämter Nachdruck verliehen. Von mehreren Bewerbern soll hiernach der für die jeweilige Tätigkeit am besten geeignete und qualifizierte ausgewählt werden. Es wird eine Entscheidung für das Leistungsprinzip getroffen.

Der neue Absatz 2 des Artikels 96 der Verfassung des Freistaats Thüringen dient dem Schutz der Interessen der nicht zum Zuge kommenden Bewerber vor Ungleichbehandlungen. Dem berechtigten Interesse an einem angemessenen beruflichen Fortkommen wird Rechnung getragen, indem Artikel 96 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen unbeschränkt und vorbehaltlos ein grundrechtsgleiches spezielles Gleichheitsrecht auf ermessens- und beurteilungsfehlerfreie Einbeziehung in die Bewerberauswahl gewährt. Artikel 96 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen soll den Grundsatz demokratischer Egalität, also Chancengleichheit, verwirklichen und Privilegien vermeiden.

Die neue Vorschrift dient des Weiteren dem öffentlichen Interesse an der bestmöglichen Besetzung der Stellen des öffentlichen Dienstes: Mit der Anknüpfung an Eignung, Befähigung und fachliche Leistung werden Vorkehrungen für eine effiziente, effektive sowie rechtsstaatliche und fachlich optimale Ausübung des Staatsdienstes getroffen.

Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes stellt für den Freistaat Thüringen wie auch für alle anderen Bundesländer unmittelbar bindendes Verfassungsrecht dar. Artikel 33 Abs. 2 des Grundgesetzes gilt also auch für die Thüringer Landesverwaltung. Die zusätzliche Verankerung in der Verfassung des Freistaats Thüringen verleiht dieser grundgesetzlichen Verpflichtung wichtigen Nachdruck. Die Verfassung des Freistaats Thüringen erfüllt eine bedeutsame Leit- und Symbolfunktion, die ein entscheidender Faktor für die tatsächliche Verwirklichung des Leistungsprinzips bei der Besetzung öffentlicher Ämter sein kann. So findet sich auch in den Verfassungen mehrerer anderer Bundesländer, beispielsweise in Artikel 94 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Bayern, Artikel 19 Abs. 2 der Verfassung von Berlin, Artikel 21 Abs. 2 der Verfassung des Landes Brandenburg oder Artikel 91 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Sachsen, eine bekräftigende Festlegung des jeweiligen Landes auf das Prinzip der Bestenauslese.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Beauftragte für Migration, Integration und Flüchtlinge beim TMMJV
Thüringer Rechnungshof
Thüringischer Landkreistag e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
DGB Bezirk Hessen-Thüringen
Prof. Dr. Miosga, Universität Bayreuth
Dr. Dudek, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Landessenorenrat Thüringen
Der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen
Landesjugendring Thüringen e.V.
Prof. Dr. Freytag, FSU Jena
Ausländerbeirat Erfurt
Prof. Dr. Grieben, Universität Halle-Wittenberg
Thüringer Seniorenverband BRH e.V.
Universität Osnabrück
Landesfrauenrat Thüringen e.V.
Kultorino e.V.
wir pflegen Thüringen e.V.
Josef Schüßlburner, RegDir a.D.
Josef Schüßlburner, RegDir a.D.
Josef Schüßlburner, RegDir a.D.
Josef Schüßlburner, RegDir a.D.
Sozialverband Deutschland, Landesverband Mitteldeutschland
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Hessen/Thüringen
Internationaler Bund (IB), Zentrum für Integration und Migration (ZIM)
Junge Liberale Thüringen e.V.
Junge Liberale Thüringen e.V.
Junge Liberale Thüringen e.V.
Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.
Kuratorium Deutsche Altershilfe
Otto Benecke Stiftung e.V.
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Katholisches Büro Erfurt, Kommissariat der Bischöfe in Thüringen
Katholisches Büro Erfurt, Kommissariat der Bischöfe in Thüringen
Katholisches Büro Erfurt, Kommissariat der Bischöfe in Thüringen
Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen
ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Dr. Kallert, Universität Marburg
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen
Junge Liberale Thüringen e.V.
DGB Hessen-Thüringen
Landespolizeidirektion
GEW Thüringen
Prof. Dr. Henneke
Selbstverwaltung für Thüringen e.V.
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
DGB Hessen-Thüringen
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen
Thüringischer Landkreistag
Die kirchlichen Beauftragten beim Lande Thüringen
Thüringischer Landkreistag e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

652/21

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

hier: Themenkomplex „Integration“

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1629 -

1. Haben Sie sich als **juristische Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Mirjam Krappa

Beauftragte für Migration, Integration und Flüchtlinge

Geschäfts- oder Dienstadresse

beim THM JV

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Weser - Seelenbinder-Platz 5

Postleitzahl, Ort

99096 Erfurt

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	siehe 1.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe StN vom 27.11.2020	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
12.1.21	

THÜR. LANDTAG POST
23.11.2020 13:56

28610/2020

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz · Postfach 90 04 62 · 99107 Erfurt

Mirjam Kruppa

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt,
23. November 2020

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
Stellungnahme zu einem Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/1629 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem **Themenkomplex „Integration“** des Gesetzesentwurfs der Fraktion der CDU zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten bedanke ich mich.

In Vorbereitung auf die mündliche Anhörung möchte ich vorab schriftlich wie folgt Stellung nehmen:

A. Grundsätzliche Erwägungen zur Aufnahme des Themenkomplexes „Integration“ in die Thüringer Verfassung

Die Aufnahme des Themas Integration als Staatsziel in der Thüringer Verfassung wird grundsätzlich begrüßt. Das Thema wird als so grundlegend für das gesellschaftliche Zusammenleben angesehen und steht im Interesse der gesamten Gesellschaft, sodass die Aufnahme anzuraten ist.

Der Gesetzgeber ist durch die Aufnahme dieses Staatszieles angehalten, den Themenkomplex Integration in Form von Landesgesetzen weitergehend zu gestalten und zu fördern, beispielsweise in Form eines Integrations- und Teilhabegesetzes. Dadurch werden verbindliche Regelungen und Strukturen zur Förderung der Integration entstehen, was nicht nur den zugewanderten Menschen zu Gute kommt, sondern allen Menschen im Freistaat gleichermaßen.

Die Thüringer Bevölkerung erhält durch die Aufnahme dieses Staatszieles das Signal, dass das Thema Integration parteiübergreifend als gesellschaftlich grundlegend angesehen wird und von jeder und jedem einzelnen Anstrengungen erbracht werden müssen, um den Integrationsprozess für die Gesellschaft gewinnbringend zu gestalten.

B. Konkrete Ausgestaltung des Artikels 41d

Artikel 41d Abs. 1 wird inhaltlich und in seiner Formulierung positiv bewertet. Er zielt auf die gesamtgesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund ab und nimmt dabei auch die gesamte Gesellschaft in den Blick. Sowohl das Land als auch die Gebietskörperschaften sind angehalten, diese Entwicklung zu fördern und dies auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Diese Vorgabe wird vollumfänglich begrüßt, aber als Staatszielbestimmung auch als ausreichend angesehen. Die detaillierte Regelung der staatlichen Integrationsförderung in den weiteren Abschnitten des Artikels 41d ist nicht nur inhaltlich abzulehnen, sondern sollte auch einfachgesetzlichen Regelungen vorbehalten bleiben.

Artikel 41d Abs. 2 enthält Einschränkungen und Vorgaben, die den umfassenden Gedanken der gesamtgesellschaftlichen Teilhabe aus Absatz 1 einschränken, er ist deshalb abzulehnen. Im Einzelnen wird kritisiert, dass **Artikel 41d Abs. 2 Satz 1** die Förderung der Integration nur auf diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund beschränkt, die „rechtmäßig auf Dauer“ in Thüringen leben. Diese Formulierung enthielt bereits der Gesetzesentwurf eines Integrationsgesetzes der CDU-Fraktion. Eine solche Klassifizierung von Menschen, und dies nun sogar mit Verfassungsrang, steht im Widerspruch zu jeder modernen Integrationspolitik.

So plädiert die Integrationsforschung bereits seit den 80er Jahren für ein frühes Einsetzen von Integrationsmaßnahmen für Zugewanderte - und zwar ganz unabhängig von der Dauer und Perspektive ihres Aufenthaltes. Die Erfahrung zeigt: Spätere Integrationsmaßnahmen können frühe Versäumnisse in der Regel nur schwer und mit hohen zusätzlichen Kosten ausgleichen, besonders aber wirken sie sich negativ auf das Wohlergehen der betroffenen Menschen aus. Das 2017 beschlossene Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander! bezieht deshalb alle Migrantinnen und Migranten in den Integrationsprozess mit ein. Nach meiner Auffassung ist dies eine Frage der Menschenwürde und nicht zuletzt der sachlichen sowie wirtschaftlichen Vernunft. Die betroffenen Menschen erhalten grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Aufenthaltszeit in Thüringen zu Integrationszwecken zu nutzen. Ihre Integrationsfähigkeit wird so früh wie möglich und vor allem durchgängig gefördert. Auf diese Art und Weise werden nicht zuletzt die Lebensperspektive und auch die Beschäftigungsfähigkeit der betroffenen Menschen erhalten. Menschen, die über Jahre keine Integrationsmöglichkeiten haben, gelingt es oftmals nicht, später am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dieses Problem ist von Langzeitarbeitslosen bereits bekannt.

Am Rande sei noch angemerkt, dass nicht die Integration selbst, sondern nur die Förderung der Integration, die Aufgabe von Land und Gebietskörperschaften sein kann.

Artikel 41d Abs. 2 Nummer 1 regelt die Förderung der Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung, den ihr zugrundeliegenden Werten und den sich aus ihr ergebenden Normen des Zusammenlebens durch Land und Gebietskörperschaften. Da sich diese Vorschrift - mit Verfassungsrang! - nur an Menschen mit Migrationshintergrund richtet, führt das zu einer Ungleichbehandlung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Von letzteren wird verlangt, dass sie sich mit der Verfassung identifizieren, von ersteren nur, dass diese beachtet und deren Regeln eingehalten werden. Zudem lässt sich der Begriff der Werte nur schwer ausfüllen und birgt für eine gesetzliche Regelung viel zu viele Widersprüche. Unbeschadet dessen besteht eine Notwendigkeit, Migrantinnen und Migranten mit der Verfassungs- und Rechtsordnung und den ihr zugrundeliegenden Werten bekannt und auf Wunsch auch vertraut zu machen. Eine solche Regelung als staatliche Verpflichtung muss aber nicht mit Verfassungsrang, sondern sollte einfach gesetzlich geregelt werden.

Artikel 41d Abs. 2 Nummer 2 verfolgt das Ziel der Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur durch staatliche Förderung. Die Vermittlung der deutschen Sprache ist richtig und wichtig und wird vollumfänglich unterstützt. Die Vermittlung **der** deutschen Kultur hingegen ist unmöglich, da es **die** deutsche Kultur als solche nicht gibt. Es sollte hier besser die Vermittlung von Geschichte und Kultur ganz allgemein aufgenommen werden. Wie vorgenannt im Sinne eines Bekanntmachens mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen in Verbindung mit der Frage, wie die Betroffenen sich daran beteiligen können und wollen. Zudem soll die Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland gefördert werden. Weder eine deutsche Staatsbürgerin oder ein deutscher Staatsbürger noch eine Migrantin oder ein Migrant ist verpflichtet sich mit Thüringen oder Deutschland verbunden zu fühlen. Nur die letzte Gruppe dahingehend zu fördern, führt zu einer verfassungswidrigen Ungleichbehandlung, die im Übrigen der Gesellschaft auch suggeriert, dass eine solche Verbundenheit bei dieser Gruppe weniger vorhanden sei. Dieser falsche Eindruck ist dem Staatsziel, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, abträglich.

Die Förderung des umfassenden Zugangs zum Bildungssystem, zur Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt nach **Artikel 41d Abs. 2 Nummer 3** wird vollumfänglich unterstützt, ebenso die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe nach **Artikel 41d Abs. 2 Nummer 4**. Es wird jedoch angeregt, den Begriff der gesamtgesellschaftlichen Teilhabe zu verwenden, um klarzustellen, dass alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst sind.

Artikel 41d Abs. 3 Satz 1 unterlässt es, die Gruppe zu benennen, die gefördert werden soll. Soll die Förderung allen in Thüringen lebenden Menschen zu Gute kommen oder wiederum nur der in Absatz 2 genannten Gruppe? Der Begriff der *politischen Mitgestaltung* sollte geändert werden in *politische Partizipation*, darunter werden beispielsweise auch die gewählten Ausländer- oder Integrationsbeiräten subsumiert und andere politische Beteiligungsformen.

Wer die in **Satz 2 des Artikel 41d Abs. 3** erwähnten Bürgerrechte innehat, regelt ausschließlich das Grundgesetz. Der Landesgesetzgeber hat in diesem Bereich keine Gestaltungsmöglichkeit, weshalb die angedachte Formulierung in der Landesverfassung nicht erforderlich, zudem irreführend und damit zu streichen ist.

C. Zusammenfassung

Die Aufnahme des Themas Integration als Staatsziel in der Thüringer Verfassung wird grundsätzlich begrüßt, ebenso Inhalt und Formulierung des Artikel 41b Abs. 1.

Die weiteren Absätze des Artikel 41d sollten aus den verschiedenen genannten Gründen gestrichen werden. Ihre Ausgestaltung ist für eine Staatszielbestimmung in der Landesverfassung zu detailliert. Die Gruppe der Menschen, die in ihren Integrationsbemühungen gefördert werden sollen, ist zu eng gefasst. Auch umfasst die Auswahl der Fördertatbestände nicht die wesentlichen Aspekte der Integration, sondern führt zu ungerechtfertigter Ungleichbehandlung und verstärkt Vorurteile in der Bevölkerung. Die notwendigen Regelungen sollten nicht zuletzt deshalb einfachgesetzlich geregelt werden, damit sie an veränderliche Erfordernisse angepasst und geändert werden können. Eine Staatszielbestimmung darf immer nur leitenden Charakter haben und einen Regelungsbereich nicht ausfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Mirjam Kruppa
Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/27 – Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/897 – Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/1628 – Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 7/1629 – Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/2040 – dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 7/2014 – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 7/2307 –											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Thüringer Rechnungshof</td> <td style="padding: 2px;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 2px;">Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 2px;">07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
Name	Organisationsform										
Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1										
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"></td> <td style="padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 2px;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse				
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										

	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Rechnungshof hält die Neuregelung des Art. 93 Abs. 1 Thüringer Verfassung für nicht erforderlich und sieht Vollzugsprobleme, begrüßt aber den Änderungsvorschlag der Vorlage 7/2307. Mit diesem wird einigen Bedenken des Rechnungshofs Rechnung getragen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 7. Juli 2021	



Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Verfassungsausschusses
des Thüringer Landtags
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen
– Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 7/27 –

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen
– Aufnahme von Staatszielen**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 7/897 –

Rudolstadt,
7. Juli 2021

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen
– Reform des Staatsorganisationsrechts**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 7/1628 –

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen
– Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
– Drucksache 7/1629 –

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen
– Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 7/2040 –

dazu:

**Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Vorlage 7/2014 –

**Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Vorlage 7/2307 –

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

hier: Ergänzende schriftliche Anhörung/Stellungnahme gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zu dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/2307) nehmen wir unter Berücksichtigung der weiteren o. g. Gesetzentwürfe ergänzend wie folgt Stellung:

Zu Art. 1 Nr. 8:

Mit dem neuen Gesetzentwurf werden die Finanzierungsregelungen für die Wahrnehmung der Aufgaben im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis getrennt. Dabei soll die Konnexität für Aufgabenmehrungen im eigenen Wirkungskreis auf wesentliche Mehrbelastungen beschränkt werden. Nach der Begründung des Gesetzentwurfs soll insbesondere eine Gestaltung ermöglicht werden, wonach regelmäßig – nach der vorgegebenen separaten und daher transparenten, die Warnfunktion für den Normgeber auslösenden, Kostenermittlung und Kostenerstattungsregelung – die Mittel im Rahmen der nächsten Revision nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz in die FAG-Masse I übernommen und in das System der allgemeinen Finanzausstattung überführt werden.

Mit dem Änderungsantrag wird wesentlichen Bedenken des Rechnungshofs Rechnung getragen: Durch separate Vorschriften für die Kostenerstattung für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis und für Aufgaben im eigenen Wirkungskreis wird dem Aufgabendualismus Rechnung getragen.

Ebenso wird begrüßt, dass eine Überführung der Kostenerstattung in die Finanzausgleichsmasse I möglich sein soll und damit eine dauerhafte Aufspaltung der Finanzierung von einzelnen Aufgaben des eigenen Wirkungskreises vermieden werden soll. Dem Gesetzeswortlaut kann aber nicht entnommen werden, ob die Aufnahme in die FAG-Masse I zu einem Sonderlastenausgleich oder zu einer Berücksichtigung in der Schlüsselmasse führt. Der letzte Satz der Begründung erläutert, dass zugleich die ausgleichende Funktion des kommunalen Finanzausgleichs im Interesse der Herbeiführung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bereich der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises erhalten bleiben soll. Erst eine solche Auslegung der vorgeschlagenen Verfassungsnorm legt nahe, dass eine Überführung in die FAG-Masse I auch zu einer Berücksichtigung bei den Schlüsselzuweisungen führen kann und ein Sonderlastenausgleich nicht erforderlich ist.

Mit der vorgeschlagenen Einführung eines (vorübergehenden) Vollkostenausgleichs für alle Kommunen zur Kompensation der wesentlichen Mehrbelastung bleibt die Vollzugsproblematik weiter ungelöst. Die Begründung lässt offen, wie die mit einer Aufgabenveränderung oder -erweiterung im eigenen Wirkungskreis entstehenden Kosten vom Land eingeschätzt werden können.

Im Übrigen verweist Rechnungshof auf seine Stellungnahmen in den Vorlagen 7/1570 und 7/2108

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/1629											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Straße 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/1629											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -	
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
2.	Name
	Organisationsform
	DGB Hessen-Thüringen
	nicht eingetragener Verein nach Art. 9 Abs. 3 GG
	Geschäfts- oder Dienstadresse
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)
Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Dachverband der DGB-Gewerkschaften, Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der DGB unterstreicht das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Thüringer Regionen und teilt die Feststellung, dass diese aktuell nicht gegeben ist. Er bezweifelt aber, dass dem die geplante Staatszielergänzung abhilft. Erstens ist Gleichwertigkeit unbestimmt. Die Bedeutung des Begriffs muss immer wieder ausgehandelt werden. Zweitens sind zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Das Land kann aber seine Einnahmesituation kaum selbst bestimmen. Drittens schlägt der DGB konkrete politische Entscheidungen vor. Dazu gehören mehr Investitionen u.a. in Bildung, Gesundheit sowie die Energie- und Verkehrswende. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen auch bei sogenannten freiwilligen Leistungen sollte gestärkt werden. Gezielt investiert werden sollte in strukturschwache/von Strukturwandel betroffene Regionen, gebunden an Tarifbindung und Mitbestimmung. Auch die Vergabepolitik sollte zur Erhöhung der Tarifbindung genutzt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, d. 04.12.2020	

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Hessen-Thüringen

DGB Bezirk Hessen-Thüringen | Wilh.-Leuschner-Str. 69-77 | 60329 Frankfurt/Main

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen – Fuchs – Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/756

zu Drs. 7/1629

zum Themenkomplex "Herstellung
gleichwertiger Lebensverhältnisse"

**Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme 20. November 2020
von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der DGB Hessen-Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Diskussion über eine Änderung der Thüringer Verfassung zum Themenkomplex gleichwertige Lebensverhältnisse.

Zur Stellungnahme aufgefordert sind wir vorliegend ausschließlich zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU in Drucksache 7/1629. Hierin wird u.a. gefordert, einen Artikel 41 c in die Thüringer Verfassung aufzunehmen: „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“ Der DGB begrüßt grundsätzlich die geplante Aufnahme des Artikels. Damit wird eine Formulierung des Grundgesetzes aus Art. 72 aufgegriffen. Was aber unter „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ zu verstehen ist, ist politisch auszuhandeln und am konkreten Einzelfall und in der Abwägung mit anderen Zielen zu bestimmen. Die Bundesregierung hat 2018 zur Ausfüllung des Begriffs eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. Dies hat der DGB begrüßt, allerdings auch betont, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben dürfe.

Deswegen sehen wir in der Ausfüllung eines Staatsziels „gleichwertige Lebensverhältnisse“ für das Land Thüringen durchaus Probleme. Zur deren tatsächlicher Herstellung ist eine erhebliche Finanzkraft nötig, über die finanzschwächere Bundesländer, aber vor allem auch die ostdeutschen Kommunen in aller Regel nicht verfügen. Gerade in strukturschwächeren Regionen wäre besonders intensive Förderung nötig – ausgerechnet dort fehlen aber auch am ehesten die Mittel dafür. Nur der Bund verfügt über umfassende Kompetenzen in der Steuergesetzgebung und damit über die Möglichkeit, die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Der DGB setzt sich grundsätzlich für eine umfassende Steuerreform ein, um die Mittel für die notwendigen Investitionen bereitstellen zu können und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen zu entlasten (vgl. DGB Bundesvorstand, DGB-Steuerkonzept: Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren.

<<https://www.dgb.de/dgb-steuerkonzept-bundestagswahl-2017-steuerrechner-steuerpolitische-eckpunkte/++co++c2e3ee08-510f-11e7-b66c-525400e5a74a>>). Zudem regen wir an, eine neue „Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge“ zu schaffen,

Assistentin des Bezirksvorsitzenden
DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

Telefon:
Telefax:

Wilh.-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt/Main

www.hessen-thueringen.dgb.de

die gezielt in die soziale, medizinische und kulturelle Infrastruktur im strukturschwachen ländlichen Raum investiert.

Zum Vorschlag der CDU-Fraktion nehmen wir wie folgt Stellung:

Der DGB setzt sich für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein. Dieses Ziel sollte als Querschnittsaufgabe aller Ressorts und unterschiedlicher Politiken mitgedacht werden. Grundsätzlich sind politische Maßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie diesem Grundsatz genügen und die Entwicklung hin zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unterstützen. Dies kann eine Staatszielbestimmung fördern.

In § 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz ist das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse benannt, im Folgenden näher bestimmt und durch die Planungsgesetze der Länder weiter ausdifferenziert. Wenn für das Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse Mehrheiten bestehen, sollte dies ebenfalls in einfachgesetzlichen Regelungen oder Verwaltungsvorschriften übernommen werden. So könnten Grundsätze der Strukturpolitik bereits in der Planungsphase ebenfalls am Ziel der Gleichwertigkeit ausgerichtet werden.

Dies könnte auch in Ansiedlungspolitik öffentlicher Einrichtungen des Landes stärker gewichtet werden. Mit 765 Beschäftigten des Landesbereichs in Hildburghausen und 14.045 in Jena fällt ins Auge, dass in der Vergangenheit die gleichmäßige Ansiedlung von Einrichtungen keine prägende Rolle spielte.

In der Problembeschreibung unter A werden mit Unterschieden in den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie dem unterschiedlichen Zugang zu Mobilität und Daseinsvorsorge Defizite in der Gleichwertigkeit benannt. Diese Einschätzung teilt der DGB Hessen-Thüringen.

Deswegen unterbreiten wir Ihnen folgende Vorschläge zur Ausgestaltung und Konkretisierung eines möglichen Staatsziels gleichwertige Lebensverhältnisse:

1. Strukturförderpolitik

Für strukturschwache und vom Strukturwandel betroffene Regionen fordert der DGB deutlich mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge. Die Unterschiede zwischen den Regionen dürfen sich nach Ansicht des DGB nicht noch weiter vertiefen. Nur so kann auch der Abwanderung entgegen gewirkt werden.

Die regionale Strukturpolitik der EU, des Bundes und der Länder muss angemessen finanziell ausgestattet werden. Dies gilt etwa für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds. Mithilfe der genannten Instrumente werden insbesondere Unternehmen bei Investitionsvorhaben unterstützt, wirtschaftsnahe Infrastruktur ausgebaut, Innovationen unterstützt sowie Beschäftigung, Qualifizierung, Armutsbekämpfung und soziale Inklusion gefördert.

Um die auch im Antrag benannten Defizite bei Einkommen und Beschäftigung anzugehen, setzt sich der DGB dafür ein, die regionale Strukturförderung stärker an soziale Kriterien zu binden. Es sollten nur solche Unternehmen und Projektträger gefördert werden, die Tarifverträge beachten, prekäre Arbeit – (z.B. Befristungen, Minijobs, Werkverträge und

Leiharbeit) – vermeiden, Qualifizierung Aus- und Weiterbildung fördern sowie Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte ermöglichen. Dies wäre auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung und -gewinnung.

2. Stärkung der Tarifbindung

Regionale Disparitäten in der Einkommensentwicklung sind ein wesentlicher Faktor für die Wanderung in Thüringer Regionen, in denen besser verdient wird oder auch in andere Bundesländer. Hinter dem Thüringer Medianentgelt von 2553 € in 2018 verbergen sich sowohl Regionen wie das Altenburger Land mit 2308 € als auch die Stadt Jena mit 3173€.

Mit einem höheren Einkommen sind mehr regionale Kaufkraft und damit auch mehr regionale Entwicklungschancen verbunden. Ein sehr wirksames Mittel zur Angleichung der Einkommen ist die Tarifbindung. Die gleichmäßige Bezahlung aller Beschäftigten einer Branche innerhalb eines Flächentarifvertrags verhindert den Wettbewerb über die Löhne. Daneben führt Tarifbindung zu einem signifikant höheren Einkommen. So liegen in Thüringen die monatlichen Durchschnittsverdienste mit Tarifbindung um 9% über dem Durchschnittslohn, ohne Tarifbindung aber 8 % drunter. Von den politischen Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Tarifbindung, bspw. in der öffentlichen Auftragsvergabe oder durch entsprechende Bevorzugung im Rahmen von Förderprogrammen, sollte Gebrauch gemacht werden.

2. Förderung der Investitionstätigkeit

In den zurückliegenden Jahren hat sich die Investitionstätigkeit sowohl bei den Kommunen als auch beim Land Thüringen leicht belebt, ist aber im Bundesvergleich immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Die geplante Fortschreibung der Investitionen 2021 auf dem Niveau des Vorjahres ist richtig. Zudem ist das Land Thüringen aufgefordert, den Kommunen ihre Einnahmehausfälle sowie die erforderlichen Mehrausgaben aufgrund der Corona-Krise auch im Jahr 2021 auszugleichen, um deren Leistungsfähigkeit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Dabei müssen Investitionen den sozialen Zusammenhalt fördern und einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten.

Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur besteht ein erheblicher Investitionsbedarf. Dies gilt in besonderem Maße für die Bildungsinfrastruktur, den Gesundheitssektor, den Energie- und den Verkehrsbereich sowie den Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es noch zu viele weiße Flecken. Eine bessere Breitbandversorgung im ländlichen Raum würde auch dazu beitragen, Fachkräfte im ländlichen Raum zu halten. Gleichzeitig würden sich die Verkehrsprobleme, die durch Pendelbewegungen vom ländlichen Raum in die Städte verursacht werden, reduzieren.

3. Stärkung der Kommunen

Weil die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ vor Ort konkret und erlebbar wird, sollte die Stärkung der Investitionskraft der Kommunen eine Daueraufgabe für das Land Thüringen sein.

Schrumpfungsprozesse im ländlichen Raum haben auch zur Ursache, dass die Lebensqualität nicht als gleichwertig empfunden wird. Grund dafür können ungenügende

Investition in die Daseinsvorsorge und die Steigerung von Lebensqualität sein. Umfragen zeigen, dass fehlende Freizeitmöglichkeiten, Einkaufsläden, Nahverkehr und Schulen besonders stark die Wahrnehmung bestimmen, in einer benachteiligten Region zu leben. Gerade finanziell Schwächere sind auch eine sehr gut ausgebaute und für alle erschwingliche soziale und kulturelle Infrastruktur angewiesen.

Dabei ist Unterscheidung zwischen Infrastrukturinvestitionen und konsumtiven Ausgaben - für den öffentlichen Dienst, Soziales und Kultur - vielleicht haushalterisch sinnvoll, aber irreführend mit Blick auf die Lebensverhältnisse. Unterlassene Investitionen in Lebensqualität schaden der Gleichwertigkeit unmittelbar. Nur mit genügend Mitteln in die sogenannte freiwillige Aufgabe Kultur wird die in der Begründung zu Recht benannte historische, kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt als bereichernd und identifikationsstiftend erlebbar.

Der Problematisierung des Themas Standortwettbewerb in der Begründung auf Seite 7 ist zuzustimmen. Dieser ist unproduktiv und sollte nicht durch wettbewerblich angelegte Verfahren bspw. bei der Fördermittelvergabe befördert werden.

4. Nachhaltige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Notwendig sind erhebliche und differenzierte Investitionen in die Verkehrs- und Energiewende. Augenfällig ist dies bei der ÖPNV-Anbindung. Der DGB fordert, den Zugang zu einem flächendeckenden und bezahlbarem ÖPNV für alle zu gewährleisten. Darüber muss Barrierefreiheit stärker gefördert werden. Notwendig sind die Einführung eines landesweiten Verkehrsverbundes und eines Thüringen-Takts. Das Auszubildenden-Ticket ist flächendeckend anzubieten.

Während die Straßeninfrastruktur in ländlichen Raum vergleichsweise gut ausgebaut ist, haben Personen, die keinen PKW besitzen oder aufgrund von Alter oder Behinderung nicht fahren können, regelmäßig keinen Zugang zu Mobilität. Ein Versorgungsniveau mit Bus- oder Straßenbahnverkehr im 10-Minuten-Takt wird in dünn besiedelten Räumen kaum erreichbar sein. Allerdings bietet der ländliche Raum viel Potential für innovative Verkehrslösungen mit unterschiedlichen Verkehrsträgern. Der DGB schlägt beispielsweise ein mit dem Busverkehr engmaschig verknüpftes Regio-S-Bahn-System mit Linien zwischen Eisenach, Erfurt, Großheringen, Jena und Saalfeld sowie zwischen Ilmenau, Erfurt, Jena, Gera und Altenburg vor. Dieses ist in der Fläche um alternative Modelle, wie Rufbusse und Anrufsammeltaxen, zu ergänzen.

Gerade erheblich durch Verkehrslärm und Feinstaub belastete Ortslagen können neben dem Bau von Ortsumfahrungen durch die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene entlastet werden. Hier sind vermehrt Investitionen in Ausbau und Reaktivierung von Bahnstrecken nötig.

5. Investitionen in die Gesundheitsvorsorge

Dringend ist ein Konzept für die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum zu entwickeln und auszufinanzieren. Das Land muss dazu die notwendigen Investitionskosten der Thüringer Krankenhäuser übernehmen, nach der Landeskrankhausgesellschaft

Thüringen e.V. in Höhe von zusätzlich 60 Millionen Euro jährlich. Privatisierung und die Schließung „unrentabler“ Häuser führen nicht weiter.

6. Investitionen in Wohnen

Während in den Städten Erfurt, Jena, Weimar bezahlbarer Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten knapp ist, ist der ländliche Raum durch Abwanderung geprägt. Immer mehr Häuser stehen leer. Ganze Dörfer veröden. Der DGB fordert daher mehr öffentliche Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnraum.

Der Wohnungsbestand muss vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stärker umgebaut werden. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Barrierefreiheit, altersgerechtes Wohnen, generationenübergreifende und weitere alternative Wohnprojekte müssen stärker gefördert werden. Darüber hinaus muss ein hochwertiges Angebot an Pflege und Betreuung im gesamten Land zur Verfügung gestellt werden.

7. Haushaltspolitik

Eine restriktive Haushaltspolitik auf Basis der Schuldenbremse in Bund, Land und Kommunalrecht, ist es reales Risiko für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Sicherung von Chancen und die Verbesserung der Lebensqualität in allen Landesteilen benötigen dringend mehr öffentliche Investitionen. Um dem mit einem Art. 41 c neu statuierten Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse über einen schönen Satz in der Verfassung hinaus gerecht zu werden, sind politische Mehrheiten im konkreten Entscheidungsfall und die Abkehr von einer Haushaltspolitik, die Sparpolitik zum Wert an sich erhebt, notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Bezirksvorsitzender

Antworten auf den Fragenkatalog in Anlage 3:

Zu 1.: Die Aufnahme des Staatsziels kann die Stärkung des Themas gleichwertige Lebensverhältnisse in Planungsprozessen und politischen Debatten bedeuten. Sicher würde das Ziel der Gleichwertigkeit in Abwägungsprozessen stärker gewichtet. Die Ausrichtung der regionalen Strukturpolitik auf strukturschwache und vom Strukturwandel besonders betroffene Regionen könnte gestärkt werden.

Zu 2.: Der DGB ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu sollten die juristischen Sachverständigen Stellung nehmen.

Zu 3.: Der DGB ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu sollten die juristischen Sachverständigen Stellung nehmen.

Zu 4.: Der DGB ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu sollten die juristischen Sachverständigen Stellung nehmen.

Zu 5.: Der DGB ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu sollten die juristischen Sachverständigen Stellung nehmen.

Zu 6.: Wir befürworten das politische Ziel und sehen aktuell Defizite. Insoweit besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Zu 7.: Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im Grundgesetz (Art. 72 Abs. 2 GG) verankert. Die allgemeine Geltung von Landes- und Bundesgesetzen bewirkt grundsätzlich gemeinsame Standards. Außerdem ist die Gleichwertigkeit ein Ziel der Raumordnung und der Landesplanung. Die Stärkung von Gleichwertigkeit, auch durch Ungleichbehandlung des wesentlich Ungleichen, ist aber wünschenswert.

Zu 8.: Die Verfassungsbestimmung sollte zur besseren Wirksamkeit in einfachgesetzliche Regelungen und Verwaltungsvorschriften übersetzt und ausgefüllt werden.

Zu 9.: Der DGB bezweifelt, ob das Land und die Kommunen unter den Bedingungen der Schuldenbremse in der Lage sind, Gleichwertig herzustellen zu fördern. Auf die Stellungnahme wird verwiesen.

Zu 10/11: Der DGB ist die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierzu sollten die juristischen Sachverständigen Stellung nehmen.

Zu 12.: Der DGB bekennt sich inhaltlich zu diesem Ziel. Auf die Stellungnahmen wird verwiesen.

Zu 13.: Wir bewerten das Ziel als Auslegungshilfe, wobei „gleichwertig“ und „fördern“ selbst offene Formulierungen sind und die Bestimmung des Inhalts jeweils im Einzelfall erforderlich machen.

Zu 14.: Gemäß Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU entwickelt und verfolgt die Union „weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern. Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Unter den betreffenden Gebieten gilt besondere Aufmerksamkeit den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen [...]“. Ein Bezug in der Verfassung hätte deklaratorischen Charakter.

Zu 15.: Zentraler Punkt für staatliche Handlungsfähigkeit sind die öffentlichen Haushalte auf der Ebene der EU, des Bundes; des Landes und der Kommunen. Hier ist vor allem der

Bund gefragt, die Einnahmehasis zu stärken. Auf die Stellungnahme wird insoweit verwiesen.

Zu 16.: Auf die Stellungnahme wird verwiesen.

Zu 17.: Die Kommunen haben das Recht und die Pflicht, die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Somit sind vor Ort konkrete Handlungsbedarfe zu identifizieren und Prioritäten entsprechend regionaler Gegebenheiten festzulegen. Die notwendige Handlungsfähigkeit muss aber durch den (Haushalts-)Gesetzgeber geschaffen werden.

Zu 18.: Die Forderungen nach mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensqualität beruhen auf der Überzeugung, dass nur eine gut ausgebaute und allen zugängliche und bezahlbare öffentliche Infrastruktur gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dies bezieht die Ungleichheitsdimensionen Alter und soziale Lage genauso ein, wie beispielsweise Geschlecht, Behinderung oder ethnische Herkunft. Insoweit betrachten wir die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als aktives Eintreten gegen gesellschaftliche Benachteiligung.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>nein</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td><i>Manfred, Prof. Dr.</i></td> </tr> <tr> <td> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td><i>Universitätsstraße 30</i></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>95440 Bayreuth</i></td> </tr> </table>	Name	Vorname		<i>Manfred, Prof. Dr.</i>	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	<i>Universitätsstraße 30</i>	Postleitzahl, Ort	<i>95440 Bayreuth</i>
Name	Vorname										
	<i>Manfred, Prof. Dr.</i>										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	<i>Universitätsstraße 30</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>95440 Bayreuth</i>										

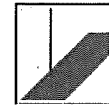
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Prof. für Stadt- und Regionalentwicklung; Präsident der Bayerischen Akademie Landlicher Raum e.V.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die Verfassungsänderung sollte rechtsgleichheit konzeptions- werden und Mindeststandards der Infrastruktur des Daseinsvorsorge festgelegt werden. Das Konzept der Räumlichen Gerechtigkeit sollte dabei zugrunde gelegt werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bayreuth, 30.11.2020	

Prof. Dr. Manfred Miosga



UNIVERSITÄT
BAYREUTH

Abteilung Stadt- und
Regionalentwicklung

THÜR. LANDTAG POST
23.11.2020 08:36

2852212020

Universität Bayreuth, 95440 Bayreuth

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

zum Themenkomplex "Herstellung
gleichwertiger Lebensverhältnisse"

Az.
Im Antwortschreiben bitte angeben
Bayreuth, 23.11.2020

**Betreff: Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens des Thüringer Landtags zum
Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zur Beteiligung am Anhörungsverfahren möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

Hiermit darf ich Ihnen meine Stellungnahme übersenden. Diese gliedert sich in zwei Teile: zunächst beziehe ich allgemein zur Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Aufnahme in die Landesverfassung Stellung.

Im zweiten Teil versuche ich nach meinem fachlichen Kenntnisstand Antworten auf den Fragekatalog zu geben. Dabei werde ich nicht auf alle Fragen gleichermaßen detailliert eingehen.

Ich hoffe, damit einen hilfreichen Beitrag für die weiteren Beratungen leisten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Manfred Miosga

Anlagen:

- Allgemeine Stellungnahme
- Antworten auf den Fragenkatalog

Prof. Dr. Manfred Miosga

Allgemeine Stellungnahme.

Der Freistaat Thüringen berät die Änderung der Landesverfassung und die Aufnahme eines Artikel 41c: „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen.“

Damit folgt der Freistaat Thüringen auf den Freistaat Bayern, der bereits im Jahr 2013 per Volksentscheid die Aufnahme eines neuen Staatsziels in die Verfassung beschlossen hat. Dort heißt es nun, der Freistaat „fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern“¹. Damit die Aufnahme in die Verfassung nicht wirkungslos bleibt, hat der Bayerische Landtag eine eigenen Enquete-Kommission eingerichtet, die über mehrere Jahre anhand eines ausführlichen Fragekatalogs die Implikationen eines solchen Staatsziels beraten hat. Der Bericht der Enquete-Kommission und insbesondere die vertiefende Auftragsstudie stellen auch für den Thüringer Landtag interessante Materialien dar, die für die Beratung zur Verfassungsänderung wegweisend sein können. Die wesentlichen Dokumente sind im Internet abrufbar unter:

https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK_Lebensverhaeltnis_Abschlussbericht.pdf; https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Auftragsstudie_raeuml._Gerechtigkeit.pdf; https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Langfassung_Handlungsempfehlungen.pdf.

Im Folgenden möchte ich auf der Basis der Diskussionen und der Erfahrungen in der bayerischen Enquete-Kommission einige Punkte hervorheben, die auch für die Beratungen in Thüringen relevant sind. Am Beginn steht dabei die Feststellung, dass eine Verfassungsänderung alleine noch keine Änderung der Lebensqualitäten der Menschen mit sich bringt. Im Zuge der Verfassungsänderung in Bayern wurde im Vorfeld diskutiert, ob durch die Verfassungsänderung ein Abbau disparitärer Entwicklungen und unterschiedlicher Lebenschancen in den verschiedenen Teilräumen zu erwarten sei. Das einfache aber nicht triviale Fazit lautet: die Aufnahme des Verfassungsartikels muss mit einer systematischen Konkretisierung und einer stringenten Politikkonzeption unterfüttert werden, sonst bleibt es wirkungslos. Aus diesem Grund hat der bayerische Landtag die Einrichtung einer Enquete-Kommission vorgesehen, die eine solche Politikkonzeption entwickeln und damit das neuen Staatsziels substantielle unterlegen soll.

Damit „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ kein unbestimmter Rechtsbegriff bleibt, braucht es eine Konkretisierung insbesondere im Verständnis des Begriffs der Gleichwertigkeit und ein Unterlegen mit nachvollziehbaren Grenzen und Schwellenwerten, wann eine Gleichwertigkeit nicht mehr gegeben ist und ein staatliches Eingreifen zwingend erforderlich wird. Darüber hinaus sollte eine Vorstellung davon entwickelt werden, was gesellschaftlich unter Gleichwertigkeit verstanden werden soll und welcher gewünschter Zustand angestrebt werden soll (Vision, Narrativ). Dabei ist davon auszugehen, dass das

¹ Die Formulierung „in ganz Bayern“ ist m. E. präziser als die Formulierung „in den verschiedenen Landesteilen“. Letztere könnte so interpretiert werden, dass es um nur gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb der jeweiligen Landesteile ginge und nicht zwischen allen Landesteilen im gesamten Land.

Verständnis von Gleichwertigkeit nicht statisch zu fassen ist sondern sich in Zuge mit der sozialen, ökonomischen und technologischen Entwicklung im Lande dynamisch modifizieren und der jeweiligen Vorstellung von einem Leben in Wohlstand anpassen wird. Das bedeutete, dass die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ebenfalls ein dynamischer Prozess ist, der niemals abgeschlossen sein wird und der offen sein muss, um auf neue gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren.

Basierend auf einem Aufsatz, der in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Ländlicher Raum“ der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (www.asg-goe.de) veröffentlicht wurde, meine fachliche Auffassung darlegen, wie eine solche Politikkonzeption begründet und ausgestaltet sein könnte (Schwerpunktheft „Gleichwertige Lebensverhältnisse“; 03/2020, S. 26-29; online unter: <https://www.asg-goe.de/pdf/LRo320.pdf>).

Gleichwertige Lebensverhältnisse erfahren seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre einen Bedeutungsgewinn. Die Gründe dafür liegen in zähen räumlichen Disparitäten und anhaltend intensiven Binnenwanderungen in die sog. „Schwarmstädte“. In der öffentlichen Wahrnehmung wird den explodierenden Boden- und Mietpreisen der Verfall von abgehängten peripheren ländlichen Räumen gegenübergestellt. Die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien und die Resonanz, die diese auch in strukturschwachen ländlichen Regionen erzielen, haben dazu geführt, dass wieder stärker über gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gefahren eines räumlichen „Abgehängtseins“ und sozialen „Auseinanderbrechens“ diskutiert wird. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollte daher als Politik zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und der Gewährleistung von Teilhabechancen in räumlicher Perspektive verstanden werden. Offensichtlich hat die Bearbeitung dieser Aufgabe jedoch bisher nicht zu einer ausreichenden normativen und institutionellen Verankerung in der Politik geführt. So hat in den letzten Jahrzehnten eine regionale Wachstums- und Wettbewerbsorientierung in Raumentwicklung dominiert und den solidarischen Ausgleichsgedanken in den Hintergrund gedrängt.

Räumliche Gerechtigkeit als neue Maxime

Mit einer neuen ethisch-normativen Fundierung ist die Hoffnung verbunden, Werte wie Teilhabe, Inklusivität, Chancengleichheit und solidarisches Miteinander wieder stärker ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken zu können: „Räumliche Gerechtigkeit“ kann der Bezugspunkt für eine neue Erzählung des ausgewogenen und komplementären Miteinanders von Stadt und Land sein und ein neues „Narrativ“ der Raumentwicklungspolitik begründen.

Räumliche Gerechtigkeit lässt sich als räumliche Säule des Integrationsversprechens des bundesdeutschen sozialen Wohlfahrtsstaates verstehen und bereits aus wesentlichen individuellen Grundrechten des Grundgesetzes ableiten. Aus dem Sozialstaatsprinzip lässt sich der Auftrag formulieren, zum sozialen Ausgleich, zu sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und gleichen Teilhabechancen auch in räumlicher Hinsicht beizutragen. Es richtet sich an das Individuum, dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit, körperliche Unversehrtheit, freie Berufswahl, Zugang zu Bildung, Teilhabe an Kultur und Gesellschaft etc., kurz, ein Leben in Würde zu ermöglichen ist und zwar unabhängig vom Wohnort, der sozialen Herkunft und des räumlichen Lebensschwerpunkts. Während direkt auf das Individuum bezogene Leistungssysteme des Sozialstaats gesellschaftliche Teilhabe durch die Absicherung von Risiken und durch

Zugangsgarantien umsetzen (individuelle Absicherung gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Altersarmut durch die Sozialversicherung, kostenloser Zugang zu Bildungseinrichtungen), zielt die räumliche Komponente auf die Verteilung, Qualität, Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der dafür notwendigen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge. Das Sozialstaatsprinzip verpflichtet folglich dazu, für räumliche Gerechtigkeit zu sorgen.

In heterogenen Raumstrukturen ist eine vollständige Gleichheit in der Ausstattung mit Leistungen der Daseinsvorsorge allerdings nicht möglich. Vielmehr geht es darum, allen Menschen in allen Teilräumen gleiche Chancen zur persönlichen Entfaltung zu eröffnen, um ein würdiges Leben in gesellschaftlicher Teilhabe führen zu können und Zugang zu den Errungenschaften unserer Wohlstandsgesellschaft zu erhalten. Dabei geht es mit dem Anspruch der Gewährung gleicher Teilhabechancen in räumlicher Hinsicht, um mehr als die Absicherung von Mindeststandards. Menschen aus strukturschwachen Regionen oder wirtschaftlich schwächeren sozialen Verhältnissen sollen und dürfen nicht wegen ihrer räumlichen oder sozialen Herkunft benachteiligt oder sogar abgehängt werden. Hier gelten auch das Diskriminierungsverbot und der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Gleichwertige Lebensverhältnisse – verstanden als räumliche Gerechtigkeit – berühren grundlegende Persönlichkeits- und Freiheitsrechte. Räumliche Gerechtigkeit ist für die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe von großer Bedeutung und beeinflusst die Akzeptanz des demokratischen Staatswesens insgesamt.

Räumliche Gerechtigkeit als integrierter Handlungsauftrag an alle staatlichen Ebenen

Das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit unterscheidet vier Gerechtigkeitsdimensionen (Magel/Miosga/Sträter 2015)². Um den zunehmend bedeutenden Aspekt der Nachhaltigkeit zu integrieren, wurden die durch John Rawls und andere bereits eingeführten Gerechtigkeitsdimensionen der Verteilungs-, Chancen- und Verfahrensgerechtigkeit, um die Generationengerechtigkeit ergänzt. Entlang dieser vier Gerechtigkeitsdimensionen lässt sich aus einer Subjektperspektive heraus eine politische Programmatik zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse entwickeln, deren Umsetzung ein intensives Zusammenwirken verschiedener staatlicher Ebenen erfordert (Multi-Level-Governance).

Die **Verteilungsgerechtigkeit** beschreibt dabei die räumliche Verfügbarkeit von und die Zugänglichkeit zu Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, die ein würdevolles Leben im Alltag ermöglichen. Sie zielt auf die Möglichkeit zur Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse des Menschen und bildet damit eine wichtige universelle Basis, um ein gutes Leben führen zu können. Die für die alltägliche Versorgung und Gestaltung des Lebens notwendigen Güter, Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen für alle in einem dem allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand entsprechenden

² Magel, H.; Miosga, M.; Sträter, D. (2015): Impuls zur Sitzung der Enquetekommission am 10. Februar 2015 bzgl. Fragenkatalog I. Allgemeine und fachübergreifende Fragen des Bayerischen Landtags zur Enquete-Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. München.

Koppers, L.; Miosga, M.; Sträter, D.; Höcht, V.; Hafner, S.; Koschny, W.; War, S. (2018): Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen.

https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Auftragsstudie_raeuml._Gerechtigkeit.pdf (14.07.2020)

Qualität verfügbar gemacht werden. In Anlehnung an John Rawls sollten bei der Verteilung wichtiger Primärgüter vor allem Anstrengungen unternommen werden, um die am schlechtesten gestellte Gruppe besser zu stellen und eine Angleichung gegenüber besser Gestellten zu erreichen.

Grundlegende Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge werden auf kommunaler Ebene gestaltet: das Angebot an Wohnraum, die Qualität des Wohnumfeldes, Verkehrsinfrastruktur, grundlegende technische Infrastrukturen (Verkehrswege, Energieversorgung, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, Breitband etc.), Mobilitätsdienstleistungen, elementare Bildungs-, Sport- und Freizeitangebote werden durch die Kommunen bereitgestellt und in ihrer Zugänglichkeit und Qualitätsausstattung bestimmt. Alltägliche Versorgungsangebote wie Nahversorgung, medizinische Grundversorgung, soziale Dienstleistungen wie familienunterstützende Einrichtungen und Pflegedienste werden im wohnortnahen Umfeld ebenso erwartet wie eine hohe naturräumliche Qualität, intakte Umweltgüter oder die Gewährleistung von Sicherheit. Die kommunale Ebene spielt bei der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit somit die entscheidende Rolle.

Chancengerechtigkeit setzt daran an, dass Menschen neben materiellen Grundbedürfnissen individuell nach Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentwicklung streben. Die Möglichkeit zur eigenständigen, persönlichen Entwicklung und Freiheitsentfaltung, wie sie auch in Art. 2 des Grundgesetzes als persönliches Grundrecht festgeschrieben ist, ist damit zentraler Bestandteil gleichwertiger Lebensverhältnisse. Chancengerechtigkeit, verstanden als die Ermöglichung und Befähigung, eigene Lebenspläne zu verwirklichen, setzt dabei gleiche Startchancen voraus. Die Aufgabe eines modernen Wohlfahrtsstaates ist es dann nicht, überall identische Verhältnisse herzustellen, sondern die nötigen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die zu einer individuellen Verwirklichung der gewünschten Lebensführung befähigen und gleiche Chancen für alle ermöglichen.

Chancengerechtigkeit wird insbesondere durch Infrastrukturen der Daseinsvorsorge verwirklicht, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen und unterstützen. Dabei handelt es sich um differenzierte weiterführende Bildungseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen und Angebote, differenzierte Angebote für Sport- und Freizeitaktivitäten oder spezialisierte Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und medizinischen Versorgung. Zudem sind die individuellen Entwicklungschancen von einem differenzierten Angebot an Erwerbsmöglichkeiten abhängig. Neben der Verfügbarkeit ist die direkte Erreichbarkeit und der barrierefreie Zugang zu diesen Chanceninfrastrukturen wichtig, was die Bedeutung leistungsfähiger und differenzierter Mobilitätsangebote unterstreicht. Ein gut erreichbares und ausgestattetes Netz Zentraler Orte kann einen wichtigen Beitrag zur Herstellung von Chancengerechtigkeit leisten. Somit ist das Zusammenwirken von Raumordnung, Ländlicher Entwicklung, Regional- und Strukturpolitik mit den jeweiligen Fachplanungen von großer Bedeutung.

Die **Verfahrensgerechtigkeit** ist elementar für den demokratischen Rechtsstaat. Sie sichert die strikte Gleichheit beim Zugang zu bürgerlichen und politischen Rechten und Grundfreiheiten. Verfahrensgerechtigkeit umfasst eine völlige Gleichbehandlung bei den Möglichkeiten der Mitgestaltung. Im Kontext der räumlichen Gerechtigkeit bedeutet Verfahrensgerechtigkeit ergo, dass allen Bürgerinnen und Bürgern überall gleiche Rechte und Möglichkeiten (!) der politischen und gesellschaftlichen Partizipation zur Verfügung stehen. Sei es im Sinne der Beteiligung an lokalen Entscheidungsprozessen

oder der Teilhabe an übergeordneten politischen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben den gleichen Anspruch auf Beteiligung und auf möglichst umfangreiche und qualitativ hochwertige Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitentscheidung.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ohne eine **nachhaltige Entwicklung** nicht denkbar. Es kann keine räumliche Gerechtigkeit zwischen den Teilräumen geben, wenn diese auf Kosten der kommenden Generationen „erkauft“ wird. **Generationengerechtigkeit** fordert den Umbau unserer Wirtschafts- und Lebensweise derart, dass künftigen Generationen nicht nur gleiche, sondern möglichst bessere Naturqualitäten und stabilere, vielfältigere und verbesserte ökologische Verhältnisse hinterlassen werden. Das bedeutet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die drohende Klimakrise in ihren Auswirkungen zu begrenzen, die Destabilisierung der Biosphäre aufzuhalten und zu einer Ressourcennutzung überzugehen, die die Reproduktionskapazitäten der Ökosysteme nicht überschreitet. Generationengerechtigkeit fordert von einer Politik zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die rasche Transformation zu einer nachhaltigen Lebensweise inhärent mit zu denken und wirksam zu betreiben.

Räumliche Gerechtigkeit erfordert ein neues kooperatives Staatsverständnis

Da Unterschiede in der räumlichen Ausstattung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge bestehen, rückt daher die Befähigung bzw. Selbstermächtigung der Menschen und der Regionen in den Vordergrund, trotz dieser Unterschiede teilhaben zu können bzw. attraktiv zu sein und hohe Lebensqualitäten zu bieten (Empowerment). Viele Themen der Räumlichen Gerechtigkeit werden auf kommunaler Ebene bearbeitet und in den ländlichen Räumen entschieden. Leistungsfähige, investitionsstarke, finanziell und personell gut ausgestattete Kommunen bilden daher das Rückgrat der räumlichen Gerechtigkeit. Dazu müssen die Kommunen insbesondere in ländlichen Regionen entsprechend ausgestattet werden. Interkommunale Kooperationsverbünde können die Alltagsversorgung stabilisieren, eine flächensparende und ressourcenschonende Siedlungsentwicklung abstimmen, für qualitätsvolle wohnortnahe Bildungslandschaften sorgen, attraktive Kulturangebote und differenzierte Freizeitmöglichkeiten schaffen. Staatliche Landesplanung muss die Ländliche Entwicklung wieder wirkungsvoll unterstützen und einen sinnvollen Rahmen schaffen. Sie muss Ressortpolitiken im Sinne der Herstellung Räumlicher Gerechtigkeit koordinieren und bspw. leistungsfähiges Netz zentraler Orte mit hochwertigen und verlässlichen Versorgungsangeboten und Dienstleistungen schaffen. Regionale Entwicklungskonferenzen öffnen Perspektiven für die Mitgestaltung der regionalen Entwicklungsstrategien und ermöglichen einen Dialog über die künftige Profilbildung der Region. Ländliche Entwicklung in Verbindung mit einer regionalen Strukturpolitik soll für attraktive Regionen und ansprechende Erwerbsmöglichkeiten sorgen. Eine starke Landes- und Regionalplanung schafft die institutionellen Voraussetzung für eine horizontale und vertikale Koordination, stellt die Wissensbasis bereit und moderiert die Prozesse innerhalb und zwischen den Regionen.

Räumliche Gerechtigkeit erfordert eine größere Aufmerksamkeit des Staates und der Politik für einen Ausgleich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklung zwischen den Teilräumen und schärft den Blick für differenzierte Entwicklungsimpulse. Ohne zusätzliche Investitionen in der Regionalpolitik, ohne eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, ohne deutliche Investitions- und Qualitätssprünge im Bereich der öffentlichen und umweltfreundlichen Mobilität und ohne eine

Ausweitung partizipativer Instrumente in der Kommunal- und Regionalentwicklung wird ein Abbau bestehender Differenzen nicht möglich sein.

Räumliche Gerechtigkeit setzt damit auf ein verändertes Verständnis von Staatlichkeit, das wieder stärker am Sozialstaatsprinzip, einem sozialen und räumlichen Zusammenhalt, an Ausgleich, Teilhabe und ökologischer Verantwortung orientiert ist.

Zu den einzelnen Fragen der Fraktionen nehme ich wie folgt Stellung:

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

zu dem Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und
Stärkung von Gleichheitsrechten

- Drucksache 7/1629 -

- Fragenkatalog -

1.	<p>Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen Ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unterschied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen verfassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln - namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?</p> <p><i>Eine Aufnahme der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in der Verfassung verpflichtet den Staat explizit in diesem Sinne aktiv zu werden und nicht aufgrund einer sekundären Ableitung aus allgemeinen Gleichheits- und Gerechtigkeitsgeboten oder Diskriminierungsverboten. Dies wertet die Politik zum Abbau regionaler Disparitäten im Freistaat auf und überlässt sie nicht nur einem Politik-Ressort wie bspw. der räumlichen Planung und Landesentwicklung. Der Verfassungsrang führt den Freistaat dazu, den Abbau ungleichwertiger Lebensverhältnisse als Querschnittsaufgabe zu begreifen und eine übergreifende Koordination der sektoralen Ressort-Politiken aufzuwerten und sicher zu stellen. Zudem verpflichtet der Verfassungsrang den Freistaat dazu konkret zu definieren, welche Unterschiede in den Lebensverhältnissen in den Teilräumen als nicht mehr gleichwertig anzusehen sind und ein entsprechendes Monitoring im Sinne einer laufenden Raumbewachung aufzubauen, um die Entwicklung und Veränderung der Lebensverhältnisse in Teilräumen erfassen und bewerten zu können.</i></p>
2.	<p>Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen allgemein mit Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfassung?</p>
3.	<p>Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihrer Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. - wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt - „kurz und dunkel“ sein sollten?</p> <p><i>Eine zunehmend ausdifferenzierte, vielfältige und komplexere Gesellschaft erfordert m.E. in manchen Bereichen differenziertere Formulierungen in der Verfassung. Insbesondere die zunehmend beobachtbare „doppelte Peripherisierung“ im Sinne des Zusammenfallens von sozialen Ausgrenzungsphänomenen (z.B. schwieriger Zugang zu Bildung, schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der sozialen Herkunft) und räumlicher Abkoppelung (Rückbau der Angebote der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Regionen: ÖPNV, Bildung, Nahversorgung, Kultur und Freizeiteinrichtungen...), der damit verbundenen Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des wachsenden Vertrauensverlustes in die demokratischen Institutionen rechtfertigt die Betonung von Handlungsfeldern in der Verfassung, die den Staat dazu anhalten, gegen zu steuern.</i></p>

4.	<p>Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte legen aus Ihrer Sicht die Einfügung neuer Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht in der Verfassung enthaltenen Zwecken in Politik, Verwaltung oder Gerichten, insbesondere bei Abwägungsprozessen, zur Verwirklichung zu verhelfen?</p> <p><i>In Bezug auf den vorgeschlagenen Art 41c kann ich keine rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte erkennen. Vielmehr ergeben sich wechselseitig verstärkende Bezüge zu zahlreichen Artikeln (1, 2, 3, 5, 9, 15, 16, 17, 19, 20, 24, 29, 30, 31, 35 um nur einige zu nennen) und einigen geplanten Änderungen, die Integration und Inklusion stärken und Diskriminierung verbieten sollen. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Staatsziel, fordert den Freistaat auf, diese Aspekte des Schutzes der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit Rechte auch aus räumlicher Perspektive in allen Landesteilen gleichermaßen zu gewährleisten.</i></p>
5.	<p>Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung (Art. 2 Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“) die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merkmale, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanenten Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?</p> <p><i>Die Aufnahme der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein universelles Prinzip und betrifft keine einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Allerdings fordert der Auftrag die besondere Berücksichtigung vulnerabler Gruppen.</i></p>
6.	<p>Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?</p> <p><i>Aufgrund der anhaltend tiefgreifenden räumlichen Disparitäten und Unterschiede in der Ausstattungsqualität mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, deren Erreichbarkeit und Zugänglichkeit sowie einer wachsenden Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der schwindenden Zustimmung zu demokratischen Institutionen erscheint es mir als gerechtfertigt, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse besonders zu betonen.</i></p>
7.	<p>Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im „Hoheitsbereich“ der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?</p> <p><i>Aus meiner Sicht ist die Betonung sozialer Gerechtigkeit in räumlicher Perspektive durch den Auftrag gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, eine sinnvolle Ergänzung.</i></p>

8.	Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei (zumindest für die Abwägung gegen ein anderes Recht mit Verfassungsrang)?
9.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?</p> <p><i>Im Hinblick der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird es erforderlich sein,</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>zu definieren, was unter gleichwertigen bzw, nicht gleichwertigen Lebensverhältnissen zu verstehen ist und wie diese ermittelt und festgestellt werden,</i> - <i>Mindestqualitäten zu definieren, die dann verlässlich durch staatliches Handeln sichergestellt werden müssen,</i> - <i>die Arbeitsteilung in der Mehrebenenverflechtung (insbesondere im Zusammenspiel Freistaat und Kommunen) klar zu benennen (z.B. durch die gesetzliche Zuweisung von Pflichtaufgaben) und die jeweils zuständigen Gebietskörperschaften finanziell adäquat auszustatten (insbesondere kommunale Finanzausstattung), um die zugeteilte Aufgabe erfüllen zu können,</i> - <i>eine laufende Raumbewachung aufzubauen und dem Parlament periodisch über den Fortschritt bei der Umsetzung des Ziels zu berichten.</i>
10.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?</p> <p><i>Nein. Das sehe ich nicht.</i></p>
11.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderungen in der Verfassung oder die Verfassungsänderung an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?</p> <p><i>Nein. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dient vielmehr einer Stärkung der Position benachteiligter Gruppen und benachteiligter Räume und fördert den Abbau räumlicher und sozialer Disparitäten.</i></p>

12.	<p>Ist die Aufnahme eines Staatsziels mit dem Inhalt, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen zu fördern, Ihrer Meinung nach eine sinnvolle Ergänzung der Thüringer Verfassung?</p> <p><i>Ja. Wie oben bereits ausgeführt halte ich die Aufnahme dieses Passus für eine sinnvolle Ergänzung anderer Verfassungsgrundsätze. Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde und des Diskriminierungsverbotes werden durch eine Gerechtigkeit in räumlicher Hinsicht ergänzt, konkretisierbar und wechselseitig unterstützt.</i></p>
13.	<p>Wie bewerten Sie eine Festschreibung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen in der Thüringer Landesverfassung? Wie bewerten Sie die Auswirkung einer solchen Bestimmung auf bestehendes (Landes-)Recht sowie auf bestehende Politik?</p> <p><i>Wie oben bereits ausgeführt wird die Aufgabenverteilung zwischen Kommunen und Landesebene, wer welche Zuständigkeit übernimmt bei der Gewährleistung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in einer Qualität, die eine Gleichwertigkeit herstellt, klar zu regeln sein und die Finanzverfassung entsprechend überprüft und ggfs. angepasst werden müssen. Zudem wird die Betonung räumlicher Aspekte bei der Gewährleistung der Menschenwürde und der sozialen Gerechtigkeit dazu führen, dass verstärkt Fragen der Landesentwicklung und des Abbaus disparitärer Verhältnisse in den Vordergrund gerückt werden. Das bringt eine Überprüfung der Ausstattungsqualitäten und Erreichbarkeiten in den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge mit sich und wird zu zusätzlichen Investitionen in deren Ausbau führen. Zudem sollte dazu das Wissen detailliert bereitgestellt werden (laufende Raumbbeobachtung, Forschung zu Gleichwertigkeit).</i></p> <p><i>Zudem sind Auswirkungen auf die regional- und Strukturpolitik zu erwarten. Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehören auch die Zugänge zur Erwerbsarbeit und Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Neben den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge (Verkehr, Bildung, medizinische Versorgung, technische Infrastrukturen wie Breitbandversorgung...), die als öffentlich zu gewährleistende Vorleistungen zu verstehen sind, müssen auch private Akteure adressiert werden (Einzelhandel, personenbezogene Dienstleistungen). Zudem gilt es die Voraussetzungen zu schaffen, dass eine freie Berufswahl im Sinne der Gleichwertigkeit gewährleistet ist. Dies erfordert eine Betonung regional- und strukturpolitischer Instrumente und Aktivitäten.</i></p>

14.

Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen einer nationalen bzw. regionalen Politik der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und der Umsetzung der unionseuropäischen-Kohäsionspolitik? Sollte ein Bezug auf die unionseuropäische Kohäsionspolitik explizit erwähnt werden?

Die europäische Kohäsionspolitik formuliert politische Zielvorstellungen für den sozialen und räumlichen Zusammenhalt in Europa und beinhaltet Förderinstrumente für den Abbau regionaler Disparitäten. Sie ist damit für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein wirksames Instrumentarium, das in der Umsetzung des Verfassungsauftrags eine große Rolle spielen wird. Eine gesonderte Erwähnung im Verfassungstext ist m. E. jedoch nicht erforderlich.

15.	<p>Was für Voraussetzungen müssen zunächst vorliegen, damit das Land Thüringen ein Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse in der Praxis effektiv umsetzen könnte?</p> <p>1) Bereitstellung von Raumwissen: Aus wissenschaftlicher Perspektive ist hervorzuheben, dass es zunächst einer sorgfältigen Analyse der räumlichen Disparitäten bedarf (Bereitstellung von Raumwissen). Ohne ein umfassendes einschlägiges Raumwissen wird eine Diskussion über die richtige Strategie zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse erratisch. In diesem Zusammenhang ist auf die Diskussion um geeignete Messinstrumente (Indikatorenkatalog) und moderne Forschungsperspektiven (räumliche Gerechtigkeit als normatives Bezugssystem, Berücksichtigung der Subjektperspektive und des Outcome-Ansatzes) zu verweisen wie sie bspw. auch in der Enquete-Kommission des bayerischen Landtags geführt worden ist (s. Abschlussbericht: https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK_Lebensverhaeltnis_Abschlussbericht.pdf; und Auftragsstudie: https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_P/EK-Lebensverhaeltnisse-Auftragsstudie_raeuml_Gerechtigkeit.pdf) oder momentan auch in diversen Forschungsprojekten weiter geführt wird.</p> <p>2) Einigung über ein ethisch-normatives Bezugssystem Um treffend über zielgenaue Maßnahmen und Instrumente diskutieren zu können, ist es sinnvoll, sich zunächst darüber zu verständigen, was unter gleichwertigen Lebensverhältnissen zu verstehen ist. In der Bayerischen Enquete-Kommission wurde dazu das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit formuliert, das auf vier Gerechtigkeitsdimensionen basiert und ein Bezugsraster für politisches Handeln konstituiert: Die Verteilungsgerechtigkeit formuliert den Anspruch, möglichst von jedem Wohnort vergleichbare Zugänge zu den Infrastrukturangeboten der Daseinsvorsorge zu gewährleisten (Bildung, Mobilität, Gesundheit, Alltagsversorgung...) und eine vergleichbare Qualität in der technischen Infrastrukturausstattung und Wohnumfeldqualität bereit zu halten. Chancengerechtigkeit betont gleiche Möglichkeiten und Startchancen die der freien Entfaltung der Persönlichkeit dienen (Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen, Erreichbarkeit vielfältiger Arbeitsmarktzugänge, Ermöglichen der künstlerischen und kulturellen Entfaltung...), Verfahrensgerechtigkeit beschreibt die gleichen Möglichkeiten aller Menschen zur Mitgestaltung und Partizipation an den Entscheidungsprozessen – insbesondere wenn es um die Festlegung von zumutbaren Abweichungen bei den Lebensqualitäten geht, da gleichwertige Lebensverhältnisse nicht bedeuten, dass überall die exakt gleichen Bedingungen vorzufinden sind. Die vierte Dimension bezieht sich auf die Notwendigkeit, der Nachhaltigkeit (Enkel- oder Generationengerechtigkeit). Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Erderhitzung, der eskalierenden Biodiversitätskrise und der Destabilisierung der Integrität der Biosphäre insgesamt, können Maßnahmen die der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen nur dann umgesetzt werden, wenn sie dem Konzept einer starken Nachhaltigkeit folgen (im Sinne einer deutlichen Verbesserung der Umweltqualitäten und Ökosystemleistungen für die heutige junge</p>
-----	--

Generation und für die kommenden) und zu einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Transformation wichtige Beiträge leisten.

3) Verständigung über die Rollenzuweisung in der Mehrebenenverflechtung und integrale Koordination der Politiken

Die Maßnahmen, die die unterschiedlichen Gerechtigkeitsdimensionen adressieren werden auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden müssen: Wohnumfeld und basale Versorgungsangebote von den Kommunen, weiterführende Angebote von den Kreisen, regional- und strukturpolitische Maßnahmen vom Freistaat, inhaltlich koordiniert durch die regionale Planung und zusammengeführt durch die Landesentwicklung. Zudem gilt es, in allen Bereichen auf eine umfassende Konsultation der Bürgerinnen und Bürger zu setzen und Angebote zur Partizipation zu machen, nicht zuletzt, um an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und wieder Vertrauen aufzubauen. Daher muss die Arbeitsteilung festgelegt, die Zuständigkeiten klar definiert, die Finanzierung sichergestellt und die Koordination gewährleistet werden. Dies dürfte zu einer Neubetonung der Raumordnung und Landesentwicklung sowie der Regionalplanung führen, da hier die integrative räumliche Perspektive angelegt ist. Neben einschlägigen raumstrukturellen Konzepten wie bswp. Das Zentrale Orte Konzept, das auf eine optimale Verteilung und Erreichbarkeit von Einrichtungen mit Bedeutungsüberschuss im Raum abzielt, ist die Zusammenführung von räumlicher Planung und staatlicher Investitionsplanung ressortübergreifend zu betonen.

16.	<p>Welche (rechts-)politischen Anstrengungen halten Sie für notwendig, damit in allen Landesteilen Thüringens bzw. mit dem Freistaat vergleichbaren Regionen erfolgreich gute Lebensverhältnisse perspektivisch erreicht bzw. erhalten werden?</p> <p><i>Grundsätzlich halte ich die Bundesländer für nicht in der Lage, alleine einen wirksamen Abbau regionaler Disparitäten zu bewerkstelligen. Die Einbindung der europäischen Kohäsionspolitik ist oben bereits angesprochen worden. Bisher kann der Bund nur aktiv werden, wenn die regionalen Disparitäten ein Ausmaß annehmen, das den staatliche Zusammenhalt gefährdet. Die Strukturpolitik obliegt den Ländern. In Anlehnung an bestehende Gemeinschaftsaufgaben beim Agra- und Küstenschutz oder bei der Regionalen Wirtschaftsförderung sollte im Bund über die Einrichtung einer Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Gleichwertige Lebensverhältnisse zum Abbau räumlicher Disparitäten nachgedacht werden.</i></p> <p><i>Das Auslaufen des Solidaritätspaktes und die Neuverhandlung des Länderfinanzausgleichs böten dazu Anknüpfungspunkte, die über eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) hinausgehen. Interessant und aktuell ist nach wie vor der Vorschlag von Eichel et al. (2013, 2014, 2015)³ zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, um die sozialen und ökonomischen Disparitäten abzubauen. Kersten et al. (2015)⁴ schlagen eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ vor. Dies sind alles spannende Ansätze, um die Handlungsfähigkeit im föderalen System zum Abbau räumlicher Disparitäten zu erhöhen.</i></p>
17.	<p>Sollte der Förderauftrag des Staatsziels auch an die kommunalen Gebietskörperschaften gerichtet sein? Welchen Beitrag können die Kommunen im Verbund bzw. einzelne Kommunen für sich genommen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen leisten?</p> <p><i>Ja! Wie bereits dargelegt, ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine komplexe Aufgabe, die die Zuständigkeiten aller Gebietskörperschaften betrifft. Damit das Zusammenwirken und Erfüllung dieser Zuständigkeiten gelingt, muss das Zusammenspiel deutlich benannt und die Aufgabeteilung klar geregelt werden. Dies betrifft insbesondere den Katalog der Pflichtaufgaben von Kommunen und die kommunale Finanzausstattung. Aus den Erfahrungen mit der Bayerischen Enquete-Kommission wissen wir, dass die Erbringung vieler der von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschten Leistungen der Daseinsvorsorge von den Kommunen erwartet werden – ohne, dass diese explizit dafür zuständig sind. Diese „erwarteten Pflichtaufgaben“ müssten in den Aufgabenkatalog der Kommunen aufgenommen werden und ihre Finanzierung geregelt werden.</i></p>

³ Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2013: Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.; Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2014: Eine reformierte Finanzverfassung

18. Wie bewerten Sie die Überlegung, dass das Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse neben regionalen Disparitäten auch auf andere Dimensionen wie z.B. altersbedingte und soziale Unterschiede abzielen sollte?

Die Frage der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erfordert eine Subjektperspektive. Vulnerable Gruppen müssen besonders berücksichtigt werden. Exemplarisch kann dies am Beispiel der Gesundheitsversorgung aufgezeigt werden. Entscheidend ist demnach nicht, wieviele Ärzte oder Apotheken es pro 1000 Einwohner in einem Teilraum gibt, sondern wie und in mit welchem Aufwand diese von den Menschen von ihren Wohnorten her erreichbar sind. Dies rückt die ein barrierefreies öffentliches Verkehrsangebot ebenso in den Blickwinkel, wie die Leistungsqualitäten des Gesundheitssystems. Die Freiheit von Diskriminierung und die Gewährleistung von Teilhabechancen sind wesentliche Kriterien bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen aus der Perspektive der räumlichen Gerechtigkeit. Dies rückt die individuellen Kapazitäten und Leitungsmöglichkeiten in den Vordergrund. Somit müssen soziale Unterschiede berücksichtigt werden.

muss für künftige Aufgaben gewappnet sein, in: Wirtschaftsdienst 94 (10), S. 713–720.; Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2015: Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020: Vorstellung eines politischen Konzepts, in: Geißler, René; Knüpling, Felix; Kropp, Sabine; Wieland, Joachim (Hrsg.): Das Teilen beherrschen: Analysen und Reformen des Finanzausgleichs 2019, Baden-Baden, S. 123–142.

⁴ Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2015: Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Dudek</td> <td>Simon</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dudek	Simon	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
Dudek	Simon										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Forschung und Lehre – Wirtschaftsgeographie	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzesentwurf ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch bedarf es einer politischen Konkretisierung des Staatsziels „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“ Einer Responsibilisierung von Städten und Gemeinden in diesem Kontext muss vorgebeugt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
20.11.2020	



THÜR. LANDTAG POST
20.11.2020 12:35

28467/20

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt ■ 85071 Eichstätt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

(zum Themenkomplex "Herstellung
gleichwertiger Lebensverhältnisse"

20. November 2020

Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens des Thüringer Landtags zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags hat mich gebeten, zur Vorbereitung einer mündlichen Anhörung zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten (Drucksache 7/1629) eine schriftliche Stellungnahme einzureichen. Dieser Bitte komme ich hiermit sehr gerne nach.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass der Gesetzesentwurf darauf abzielt, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Staatsziel in Artikel 41c der Verfassung des Freistaats Thüringen zu verankern. Die politische Entscheidung, diesem Ziel Verfassungsrang einzuräumen, antizipiert ein Interesse des Freistaats, raumordnungspolitisch auf die sozioökonomischen Disparitäten im Land zu reagieren und die Entwicklung in den einzelnen Landesteilen zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu gestalten.

Den vorgeschlagenen Wortlaut „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen“ möchte ich zum Anlass nehmen, um auf zwei Aspekte näher einzugehen: erstens die weitgehende Unbestimmtheit des Begriffs gleichwertiger Lebensverhältnisse und zweitens die Rolle der Städte und Gemeinden bei der Herstellung ebendieser.

Gleichwertige Lebensverhältnisse: Begriffliche Ambivalenz und notwendige Konkretisierung

Auf Ebene des Bundes gilt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als politisches Handlungsziel, das in Artikel 72 Grundgesetz zur konkurrierenden Gesetzgebung geregelt ist. Ohne nähere Bestimmung wird damit allerdings in erster Linie ein Eingriffsrecht des Bundes in Landesrecht formuliert, sollte die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet eine Bundesgesetzgebung erforderlich machen. Diese Möglichkeit des Bundes wird jedoch vom Bundesverfassungsgericht sehr



restriktiv ausgelegt, wonach das „bundesstaatliche Rechtsgut gleichwertiger Lebensverhältnisse“ erst bedroht sei, „wenn sich die Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinanderentwickelt haben“ (BVerfG, Urteil vom 24.10.2002).

Etwas konkreter bestimmt das Raumordnungsgesetz (ROG), wonach „im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen [...] ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben“ sind. „Diese Aufgaben sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen.“ Des Weiteren sei auf „einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen“ hinzuwirken. Das ROG wird auf Landesebene durch das Landesplanungsgesetz des Freistaats Thüringen ergänzt.

Zur vermeintlichen rechtlichen Ambiguität des Begriffs tritt eine politische Unbestimmtheit. Aktuelle Forschungsarbeiten (vgl. z.B. Mießner 2017) sprechen vom „leeren Signifikanten“ gleichwertige Lebensverhältnisse. Demnach fungiert der Grundsatz als Terminus ohne konkrete strukturelle Entsprechung, mit dem unterschiedliche regional- und strukturpolitische Positionen verbunden sein können. Zum Umgang mit der Unbestimmtheit des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse richtete der Bayerische Landtag eine Enquete-Kommission mit gleichem Namen ein. Diese hatte – im Anschluss an die Aufnahme des Passus in Artikel 3 (2) der Bayerischen Verfassung – den Arbeitsauftrag, konkrete politische Empfehlungen aus diesem Postulat abzuleiten. In mehrjähriger Arbeit von 2014 bis 2017 entwickelte die Kommission Handlungsempfehlungen, wie ein Auseinanderdriften des Landes in wirtschaftlich leistungsfähige auf der einen Seite und wirtschaftsschwache Gebiete auf der anderen Seite verhindert werden kann und zeigte auf, dass die Einhegung räumlicher Disparitäten ein wichtiger Aspekt der Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft ist. Demnach würde ein Anstieg sozio-ökonomischer Ungleichheit auch zu Desintegrationsprozessen innerhalb der Gesellschaft führen.

Maßgeblich war für die Arbeit der Enquete-Kommission das zu Grunde liegende Konzept der Räumlichen Gerechtigkeit. Dieses differenziert den Gerechtigkeitsbegriff entlang von vier verschiedenen Dimensionen: Verteilungs-, Verfahrens-, Generationen- sowie Chancengerechtigkeit.

- Die Verteilungsgerechtigkeit beschreibt dabei sowohl die Nähe zu bzw. Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des alltäglichen Bedarfs wie auch die soziale Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft, also ob von Seiten des Individuums der Zugang zu Gütern und Dienstleistungen materiell gesichert ist.
- Die Verfahrensgerechtigkeit hat die Zugänglichkeit zu jeglicher Form von Partizipationsmöglichkeiten auf den verschiedenen räumlichen Ebenen zum Gegenstand – auf der kommunalen Ebene sind dies beispielsweise die formelle Beteiligung an Planungsverfahren und Bürgerentscheiden bis zu informellen Beteiligungsangeboten, die sich auch auf die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge beziehen.
- Die Generationengerechtigkeit führt das Ziel einer ökologischen Nachhaltigkeit in den Gerechtigkeitsbegriff ein. Als konkrete Komponenten benennt sie effektiven Klimaschutz, effektiver Ressourcenschutz und Reduktion des Flächen- und Ressourcenverbrauchs etc.
- Die Chancengerechtigkeit adressiert die individuelle Möglichkeit, eigene Lebenspläne zu verwirklichen. Daraus lässt sich ableiten, dass es Aufgabe des Freistaats ist, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, wonach es jedem einzelnen ermöglicht wird, seine Chancen nutzen zu können.



In der Gesamtschau der vier Teildimensionen zeigt sich, dass räumliche Gerechtigkeit in besonderem Maße vom Zugang zu den grundlegenden Einrichtungen gesellschaftlichen Zusammenlebens abhängt. Aus dieser Feststellung lässt sich normativ ableiten, dass diese grundlegenden Einrichtungen bzw. Infrastrukturen für alle Bürger*innen unabhängig von bestehenden Disparitäten gewährleistet werden müssen.

Gerade im Hinblick auf die begriffliche Ambivalenz wertgleicher Lebensverhältnisse bietet sich für den Landtag des Freistaats Thüringen die Einrichtung eines zeitlich befristeten Fachgremiums an, das sich sowohl aus gewählten Vertreter*innen der Legislative und der Fachverbände als auch Fachwissenschaftler*innen, die dieses Gremium informativ begleiten, zusammensetzt. Auf diesem Weg könnte eine breitere Diskussion in und mit der Öffentlichkeit angestoßen werden, wie dieser Verfassungsgrundsatz mit Leben gefüllt und für die spezifische Situation in Thüringen konkretisiert werden kann.

Die Rolle der Kommunen in der Verwirklichung des Verfassungsziels

Die Begründung des Gesetzesantrags verweist auf Selbstverwaltungsrecht der Kommunen nach Artikel 28 (2) Grundgesetz und nimmt entsprechend die Städte und Gemeinden des Freistaats bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse besonders in die Pflicht. Als Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kommunen werden – im Abgrenzung zu Auftragsangelegenheiten, welche die Kommunen stellvertretend für Bund und Land wahrnehmen – Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben der örtlichen Selbstverwaltung bezeichnet. Die Pflichtaufgaben umfassen neben Straßenbau und Bauleitplanung überwiegend Aspekte der Daseinsvorsorge. Die freiwilligen Aufgaben der Städte und Gemeinden sind vielseitig und erstrecken sich vom Unterhalt von Museen, Schwimmbädern und Büchereien bis hin zur lokalen Wirtschaftsförderung.

An dieser Stelle gilt es zu hinterfragen, ob die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen in diesen Bereichen geleistet werden kann, oder ob es zu einem Effekt der Responsibilisierung von Städten und Gemeinden kommt, sodass diese fortan eigenständig durch eine erfolgreiche lokale Entwicklungspolitik den Verfassungsauftrag erfüllen. Die Responsibilisierung von Kommunen in der Landesentwicklung würde dazu führen, dass die Lebensverhältnisse im Freistaat Thüringen weiter auseinandergehen, da die Städte und Gemeinden ungleiche Haushaltsrealitäten aufweisen:

Kommunen mit einer positiven Haushaltssituation könnten durch eine aktive Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung um Zuzug und Gewerbeansiedlungen werben. Die Folge wäre ein Wettbewerb um eine begrenzte Zahl an Gewerbeansiedlungen und damit einhergehende, weitere Zugewinne (Bevölkerungszuzug, steigende Gewerbe- und Unternehmenssteuereinnahmen), die wiederum in eine Steigerung der Standortattraktivität fließen können.

Kommunen, die aufgrund einer angespannten Haushaltssituation oftmals freiwillige Aufgaben nicht mehr erbringen können, büßen weiter an Standortattraktivität ein und geraten somit auf Dauer in den Nachteil. Zurecht problematisiert die Begründung des Gesetzesentwurfs daher in diesem Zusammenhang die zunehmende Konkurrenz zwischen den Landesteilen in Thüringen.

Die Herstellung wertgleicher Lebensverhältnisse muss daher auf der übergeordneten Ebene des Landes erfolgen, da nur auf dieser die koordinative Rolle der Raumentwicklung sinnvoll umgesetzt werden kann. Diese Rolle nehmen im Freistaat Thüringen die Landesplanungsbehörden – das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und das Landesverwaltungsamt – wahr. Das Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 sieht hierfür insbesondere das Prinzip der dezentralen Konzentration anhand des Zentralen-Orte-Systems (S. 18ff.) vor. Die Zuschreibung von Aufgaben der Daseinsvorsorge unterschiedlicher Intensität an Zentrale Orte im LEP ist schlüssig und dient der Verwirklichung der Leitvorstellung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern bzw. herzustellen. Be-



sonders positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das laufende Landesentwicklungsmonitoring des LEP, das dynamische, raumordnungspolitische Anpassungsmaßnahmen an sich verändernde demographische, soziale und wirtschaftliche Umstände informieren kann.

Kurzgefasst: Die Planungsinstitutionen im Freistaat Thüringen verfügen über das geeignete Instrumentarium, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern. Die Aufnahme des Grundsatzes in die Verfassung und die damit einhergehende Anerkennung der Bedeutung dieser Aufgabe sollte in einer Stärkung der Landesplanungsbehörden und regionalen Planungsgemeinschaften des Freistaats nach der Logik Landesentwicklung = Landesplanung + Finanzierung münden. Anstrengungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten in erster Linie die Planungsinstanzen des Landes und erst in zweiter Linie die Kommunen adressieren.

Schlussfolgerung

Das Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ hat Konjunktur, es hat Eingang in aktuelle politische und mediale Diskurse gefunden. Die Ursachen liegen in den bestehenden und sich verschärfenden Disparitäten zwischen strukturstarken und –schwachen Regionen. Die Aufnahme des Staatsziels gleichwertige Lebensverhältnisse in die thüringische Verfassung ist ein Zeichen, dass der Freistaat dieses Problem ernst nimmt. Die Verfassungsänderung kann indes nur der Ausgangspunkt für weiteres politisches Handeln sein. Drei Empfehlungen wurden in dieser Stellungnahme gemacht:

- Der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse bedarf einer Konkretisierung, die nur im politischen Diskurs erfolgen kann. Als Beispiel wurde in der Stellungnahme das Konzept der räumlichen Gerechtigkeit der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ des Bayerischen Landtags genannt, das ebenfalls im Anschluss an die Aufnahme gleichwertiger Lebensverhältnisse in die Landesverfassung erarbeitet wurde.
- Wünschenswert ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit in diesen kommunikativen Prozess. Im Sinne dieser Beteiligungsformen empfiehlt sich die Einrichtung eines zeitlich befristeten Fachgremiums, in dem politische Repräsentant*innen zusammen mit Wissenschaftler*innen und interessierten Bürger*innen in einen Diskurs über die genauere Ausgestaltung des Staatsziels in Thüringen treten.
- Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen ist Aufgabe des Landes; ihre Verwirklichung ist primär im Rahmen der Raumordnung durch die Landesplanungsbehörden zu erfolgen. Diese verfügen mit dem Landesentwicklungsprogramm und der laufenden Raumbewertung über das geeignete Instrumentarium und die notwendigen koordinativen Kompetenzen, um die ungleiche räumliche Entwicklung zu erkennen und einem interkommunalen Wettbewerb entgegenzuwirken.



Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt ■ 85071 Eichstätt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

20. November 2020

Fragenkatalog des Verfassungsausschusses zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

Im Zuge des Anhörungsverfahrens zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ wurde ich vom Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags um die Beantwortung eines zugesandten Fragenkatalogs gebeten. Dem komme ich hiermit gerne nach. Einschränkend möchte ich anführen, dass ich kein Rechtswissenschaftler bin. Daher werde ich mich zu Fragen, in denen um eine juristische Bewertung bzw. eine Einschätzung der juristischen Implikationen der Verfassungsänderung gebeten wird, nicht äußern.

14. Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen einer nationalen bzw. regionalen Politik der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und der Umsetzung der unionseuropäischen Kohäsionspolitik? Sollte ein Bezug auf die unionseuropäische Kohäsionspolitik explizit erwähnt werden?

Die Kohäsionspolitik als Bestandteil der Regionalpolitik der Europäischen Union ist ein dynamischer regionalpolitischer Ansatz, der im Turnus von sieben Jahren neu ausgerichtet wird. Die jeweilige Förderkulisse der Region ergibt sich dabei aus den sozioökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen der EU. Die zukünftige Ausrichtung der Kohäsionspolitik in der EU ist nicht vollends absehbar, weshalb eine explizite Bezugnahme auf diese Förderkulisse in der Verfassung skeptisch zu bewerten ist.



15. Was für Voraussetzungen müssen zunächst vorliegen, damit das Land Thüringen ein Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse in der Praxis effektiv umsetzen könnte?

Die Aufnahme der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in die thüringische Verfassung sollte Ausgangspunkt sein für einen politischen Aushandlungsprozess darüber, welche konkreten (raumordnungs-)politischen Konsequenzen daraus erwachsen sollen. In meiner Stellungnahme gehe ich dabei auf einzelne Punkte ein. So sollte aufbauend auf den Verfassungsgrundsatz eine breite, wissenschaftlich informierte Debatte in Politik und Gesellschaft über die zur Konkretisierung dieses Staatsziels angestoßen werden.

Ein Beispiel für einen solchen Prozess ist die Arbeit der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ des Bayerischen Landtags. Zentrales Ergebnis der Kommissionsarbeit war die Erarbeitung eines Konzepts Räumlicher Gerechtigkeit. Dieses Konzept ist verbunden mit einem Indikatorenkatalog, der die Grundlage für ein laufendes Raumb Beobachtungsverfahren (Regionalmonitoring) bilden kann. In Thüringen ließen sich diese Indikatoren dem laufenden Landesentwicklungsmonitoring der Landesplanungsbehörden zugrunde legen. Auf Basis dieser Informationen können passgenaue, raumordnungspolitische Prozesse im Sinne des – durch politische Aushandlungsprozesse konkretisierten – neuen Verfassungsziels angestoßen werden.

16. Welche (rechts-)politischen Anstrengungen halten Sie für notwendig, damit in allen Landesteilen Thüringens bzw. mit dem Freistaat vergleichbaren Regionen erfolgreich gute Lebensverhältnisse perspektivisch erreicht bzw. erhalten werden?

Gleichwertige Lebensverhältnisse hängen in besonderem Maße vom Zugang zu den grundlegenden Einrichtungen unseres Zusammenlebens ab. Aus dieser Feststellung lässt sich normativ ableiten, dass diese grundlegenden Einrichtungen bzw. Infrastrukturen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden müssen, unabhängig von bestehenden Disparitäten. Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die für das Alltagsleben erforderlich sind und von allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status in Anspruch genommen werden, umfassen zum einen die materielle Infrastruktur – neben der Nahversorgung auch eine Versorgung mit Wasser, Strom und Heizung sowie der Personennah- und Fernverkehr und zum anderen die soziale Infrastruktur, die durch öffentliche Wohlfahrtsaktivitäten alle Bürgerinnen und Bürger mit Leistungen wie Krankenhäusern, Kindertagesstätten und Kultureinrichtungen versorgt. Die enorme gesellschaftliche Bedeutung dieser materiellen und sozialen Infrastrukturen geht einher mit einer hohen Bedeutung der mit ihnen verbundenen Wirtschaftsbereiche und den Arbeitsplätzen.

Während die Versorgung mit diesen Leistungen in Ballungsräumen gesichert ist, muss die Bevölkerung in ländlichen Räumen oft weite Wege auf sich nehmen, um die entsprechenden Einrichtungen zu erreichen. Umgekehrt kommt diesen Wirtschaftsbereichen in ländlich-peripheren und strukturschwachen Räumen eine weitaus größere Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt zu als in urbanen Regionen – oftmals stellen diese den letzten Stützpfeiler des Arbeitsmarkts dar.

Die Erbringung dieser Leistungen ist zu einem großen Teil auf der kommunalen Ebene angesiedelt, woraus sich wiederum ableiten lässt, dass die Herstellung räumlicher Gerechtigkeit abhängig ist von



der Fähigkeit der Kommunen, die Basisleistungen im Sinne unserer Alltagsökonomien bereitzustellen. Grundlage dieser Fähigkeit ist eine angemessene und aufgabenorientierte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden.

Politische Anstrengungen im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zielen somit auf die stärkere Ausrichtung der Infrastrukturpolitik auf die Daseinsvorsorge ab. Hierzu sollte der Freistaat auf eine Stärkung der kommunalen Finanzausstattung hinwirken.

17. Sollte der Förderauftrag des Staatsziels auch an die kommunalen Gebietskörperschaften gerichtet sein? Welchen Beitrag können die Kommunen im Verbund bzw. einzelne Kommunen für sich genommen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen leisten?

Die Antwort auf Frage 16 stellt die besondere Bedeutung der Kommunen bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse heraus. Die kommunalen Gebietskörperschaften können diesen Aufgaben nur mit einer ausreichenden Finanzausstattung nachkommen. Eine einseitige Responsibilisierung der Kommunen ohne finanzielle Mehrausstattung impliziert die Gefahr, dass sich die Disparitäten zwischen den Landesteilen weiter verschärfen. In der regionalen Entwicklungstheorie werden diese Prozesse als zirkuläre kumulative Kausalitäten bezeichnet. Demnach können Städte und Gemeinden in unterschiedlichem Umfang zur Raumentwicklung beitragen: Strukturstarke Städte und Gemeinden sind ein attraktiver Standort für Gewerbeansiedlungen und Bevölkerungszuzug, wodurch sie ein Mehr an Realsteuereinnahmen verzeichnen, das wiederum in die Standortentwicklung fließen kann. Strukturschwache Kommunen hingegen können diese Mittel nicht aufbringen und verlieren im Laufe der Zeit immer mehr an Attraktivität, sodass sie keinen Beitrag zur Raumentwicklung leisten können.

18. Wie bewerten Sie die Überlegung, dass das Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse neben regionalen Disparitäten auch auf andere Dimensionen wie z.B. altersbedingte und soziale Unterschiede abzielen sollte?

Die Verfassungsänderung adressiert die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in räumlicher Perspektive. Dabei sind sozioökonomische Disparitäten ebenso in den Blick zu nehmen wie demographische.

61.25711

THÜR. LANDTAG POST

24.11.2020 09:12

28648/2020

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landessenbrennrat Thüringen</td> <td>Trägerverein: Verein zur Förderung von Mitwirkung und Teilhabe älterer Menschen in Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Landessenbrennrat Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstr. 36</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landessenbrennrat Thüringen	Trägerverein: Verein zur Förderung von Mitwirkung und Teilhabe älterer Menschen in Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landessenbrennrat Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstr. 36	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Landessenbrennrat Thüringen	Trägerverein: Verein zur Förderung von Mitwirkung und Teilhabe älterer Menschen in Thüringen e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landessenbrennrat Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstr. 36										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung von Senioren, Beratung der Landesregierung siehe Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THUR. LANDTAG POST
23.11.2020 09:19

28526/2020



THÜRINGER LANDTAG
Poststelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

zum Themenkomplex "Schutz vor
Altersdiskriminierung"

20.11.2020

Stellungnahme des Landesseniorenrates Thüringen zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Themenkomplex Altersdiskriminierung

Wir begrüßen die Aufnahme eines Diskriminierungsverbots auf Grund des Alters und antworten in diesem Zusammenhang auf Ihre Fragen wie folgt:

1. Eine Aufnahme von Antidiskriminierungspostulaten wie dem Verbot von Altersdiskriminierung in die Verfassung hat zunächst keine unmittelbaren praktisch-politischen Auswirkungen. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, zum UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und anderen Dokumenten hat sich die Bundesregierung bekannt, ohne dass dieses auch in der Verfassung verankerte Bekenntnis unmittelbar Diskriminierungstatbestände von behinderten Menschen und Frauen abgeschafft hätten. Verfassungsnormen haben aber einen hohen symbolischen und appellativen Wert, dem sich Politik verpflichten muss. Insofern werden sie mittel- und längerfristig sehr wohl wirksam.
2. Wir sehen durch das Verbot von Diskriminierung auf Grund des Alters keinerlei rechtstechnische Bedenken.
3. Dem Grunde nach wäre es in der Tat ausreichend, wenn es ein allgemeines Diskriminierungsverbot gäbe, denn Menschen können auch auf Grund ihres Aussehens, ihrer Kleidung, ihrer Haarfarbe, ihrer Körpermerkmale usw. diskriminiert werden. Allerdings erscheint eine Konkretisierung dann sinnvoll, wenn sich mit Diskriminierungstatbeständen große gesellschaftliche Gruppen, historisch tiefe gesellschaftliche und strukturelle Spaltungen, benachteiligende Strukturen und historische Zusammenhänge (Judenverfolgung, Rassendiskriminierung) u. ä. verbinden. Die Benachteiligung von Frauen ist ein Jahrtausend währender Tatbestand, der sich gesellschaftsstrukturell in allen Bereichen, vom Erwerbsleben bis in die Familien, manifestiert und soziokulturell abbildet. Ihre Überwindung dauert Jahrzehnte. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als soziale Jahrhundertaufgabe erscheint es demnach sinnvoll, auch die Altersdiskriminierung zu konkretisieren.
4. Grundwerte wie Postulate gegen Diskriminierung erscheinen unveräußerlich. Allerdings zeigt die Coronakrise, dass es sehr wohl zu schwierigen Dilemmatasituationen kommen

und es durch diese konkurrierenden Rechtsnormen geben kann. Der Lebensschutz wird in diesem Sinne zur Zeit höher bewertet als die Gewerbe- oder Berufsfreiheit. Aber selbst innerhalb einer Rechtsnorm kann es zu schwierigen Abwägungssituationen kommen, wenn etwa vor dem Hintergrund des Verbots der Altersdiskriminierung die Rechte der jungen Alterskohorten zu denen der Älteren abgewogen werden. Die mögliche Konkurrenz ist kein Grund auf den Verzicht essentieller Rechtsnormen.

5. Der Gleichheitsgrundsatz bezieht sich auf die Rechtsgleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Er hat eine zweitausendjährige Geschichte, der mit dem Diskriminierungsverbot nicht unmittelbar zusammenhängt. In der Antike waren die Vollbürger der Polis vor dem Gesetz gleich, während Sklaven überhaupt keinen Rechtsstatus besaßen.

Das Diskriminierungsbegriff und das Diskriminierungsverbot ist in der Gegenwart viel breiter auf alle Lebenslagen, auf gesellschaftliche Strukturen, auf das Verhalten von Menschen usw. bezogen. So ist es unzweifelhaft so, dass Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind. Dennoch sind Frauen im Leben unterhalb der Rechtsprechung in vielen Bereichen elementar benachteiligt, etwa in der Care-Arbeit. Solche Benachteiligungen sind nicht, jedenfalls nicht nur juristisch aufzuheben.

Dass bestimmte soziale Gruppen hervorgehoben werden und andere nicht (z. B. werden die Rothaarigen oder Adipösen oder die Kleinwüchsigen usw. nicht als soziale Gruppe identifiziert), hat nichts mit der Gleichheit vor dem Gesetz, sondern mit Distinktionsmerkmalen gesellschaftlicher Gruppen zu tun sowie ihrer Bedeutung im gesellschaftlichen Leben.

6. Es ist sinnvoll, weil die Bundesrepublik ein föderaler Staat ist, eine eigene Verfassung, ein eigenes Verfassungsgericht, eigene Ländergesetze und Rechtsverordnungen verabschiedet. Diskriminierungstatbestände, wie sie etwa in Handlungsempfehlungen für den Pflegebereich zum Ausdruck kommen, die Merkmale einer Verordnung tragen, sind Ländersache und unterliegen der Thüringer Rechtsprechung.
7. Altersdiskriminierung wird bisher in der Thüringer Verfassung nicht erwähnt.
8. Die Aufnahme von Altersdiskriminierung hat keine unmittelbare Rechtsfolge.
9. Das Ziel der Aufnahme des Verbots von Altersdiskriminierung ist, dass es keine Altersdiskriminierung gibt. Die Aufnahme wird nicht dazu führen, dass jegliche Diskriminierungstatbestände abgeschafft werden. Sie entfaltet als gesellschaftliche Norm mittel- und langfristig dahingehend Wirkung, dass Altersdiskriminierung wahrgenommen und geächtet wird.

Angesichts der eklatanten Teilhabegefährdung hatten wir mehrfach vorgeschlagen, nicht nur Menschen mit Behinderung unter den besonderen Schutz der Verfassung zu stellen, sondern auch pflegebedürftige Menschen.

10. Für andere gesellschaftliche Gruppen können aus dem Diskriminierungs- oder Benachteiligungsverbot keine Nachteile entstehen, es sei denn, wie oben beschrieben, dass es Güterabwägungen geben muss. Die Verteilung gesellschaftlicher Güter zwischen den Generationen ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine der größten Herausforderungen. Aber gerade deshalb erscheint die Aufnahme des Benachteiligungsverbotes in die Verfassung sinnvoll.
11. Siehe Punkt 10
12. Altersdiskriminierung ist bisher – ausgenommen dem Pflege- und Patientenbereich – in concreto scheinbar noch kein gravierendes gesellschaftliches Problem. Die Beispiele, auf die im Punkt A. des Gesetzentwurfes rekurriert wird, erscheinen kaum gravierend. Allerdings sind negative Altersstereotype nicht nur weit verbreitet, sie sind auch historisch tief verwurzelt. Alte Menschen gehören weltweit zu der ärmsten und in ihrer Teilhabe am stärksten beschränktesten Menschengruppe. Negative Altersstereotype lassen sich auch in Deutschland in der Sozialgesetzgebung, u. a. im SGB XI nachweisen.

Als Bereiche der Diskriminierung kann man identifizieren das Erwerbsleben, das Ehrenamt, den Zugang zu Dienst- und insbesondere zu Finanzdienstleistungen, zur medizinischen Versorgung und Bildung. Die Triage, die im Krankenhausbereich im Kontext der Pandemie so sehr befürchtet wird, ist gegenüber Demenzerkrankte seit vielen Jahren Realität. Die Verordnung und Verabreichung von krankheitsverstärkenden und lebensverkürzenden Neuroleptika, denen keine adäquate medizinische Diagnose, sondern emotionales Stressempfinden bei den Betreuungspersonen, Hilflosigkeit, Überforderung, Ärger, Unzufriedenheit zugrunde liegt, Therapieabbrüche, die eklatante Unterversorgung mit Fachärzten die sind die Regel (Glaeske 2020, Demenzreport 2020, S. 39). Eine fachärztliche Versorgung bleibt bei vielen Bewohnenden aus. In weit über einem Drittel der Pflegeeinrichtungen gibt es keine gynäkologischen Untersuchungen, obwohl 80 % der Heimbewohnerinnen und -bewohner Frauen sind. Gleiches gilt für den Besuch von Augen- und HNO-ÄrztInnen, NeurologInnen und Psychiatern.

Die Teilhabegefährdungen und Benachteiligungen von alten Menschen sind im Pflegebereich gravierend und beschämend.

Altersdiskriminierung und Benachteiligung von Älteren kann vor dem Hintergrund geringer Renten, von Armut im Alter in Zukunft ein Problem werden, insbesondere was gesundheitliche Chancengleichheit betrifft. Dort stellen sich Benachteiligungen nicht nur als Alters-, sondern als soziale Frage dar.

13. Ja
14. Viele Regelungen sind Ländersache. Ob das Land Thüringen z. B. einen Patienten-, Senioren- oder/und Pflegebeauftragten etabliert, kann nachdrücklicher eingefordert werden, wenn es ein Benachteiligungsverbot auf Grund des Alters in der Thüringer Verfassung gibt.
15. Angesichts der gravierenden Folgen der Corona-Maßnahmen auf die psychische Verfasstheit von Menschen ist in die Verfassung dringlich in Artikel 3 (1) die seelische oder psychische Unversehrtheit aufzunehmen. Außerdem erscheint uns ein Diskriminierungsverbot von (insbesondere seelisch) kranken Menschen wichtig. Es gibt nach wie vor stark stigmatisierte und stigmatisierende psychische Erkrankungen. Dazu zählen insbesondere Demenzen, Depressionen und Suchterkrankungen. Selbst virale Erkrankungen haben in der Coronapandemie zu Stigmatisierungen geführt.

In Artikel 2 (4) ist unbedingt die besondere Schutzwürdigkeit für pflegebedürftige Menschen aufzunehmen.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betointegritätstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betointegritätstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetintDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetintDokG in der Betointegritätstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetintDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bergstraße 11</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99192 Jena - Apfelstädt OT Neudietendorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bergstraße 11	Postleitzahl, Ort	99192 Jena - Apfelstädt OT Neudietendorf
	Name	Organisationsform									
	Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bergstraße 11									
Postleitzahl, Ort	99192 Jena - Apfelstädt OT Neudietendorf										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetintDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Wohlfahrtspflege, soziale Arbeit, Lobbyarbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	Die Aufnahme eines generellen Diskriminierungsverbotes in die Thüringer Verfassung würden wir begrüßen. Eine alleinige Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbotes lehnen wir jedoch ab. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind für alle Menschen die in Thüringen leben herzustellen. Hierzu ist es wichtig, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Neudietendorf, 07.12.2020	

Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Thüringen
OT Neudietendorf | Bergstraße 11 | 99192 Nesse-Apfelstädt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Neudietendorf, 20.11.2020

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/762

zu Drs. 7/1629

zum Themenkomplex "Schutz vor
Altersdiskriminierung"

**Stellungnahme Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische)
Landesverband Thüringen e.V. zur Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von
Gleichheitsrechten – Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum o.g. Staatsziel bedanken.

Ausgangslage

Diskriminierung wegen des Alters betrifft sowohl alte als auch junge Menschen, wie aber bereits von Ihnen aufgezeigt kommt es hierbei oftmals zu Schnittmengen mit anderen Diskriminierungsformen. Von unserem Verständnis her, der Gleichwertigkeit aller Menschen, erachten wir es für sinnvoller nicht eine von Diskriminierung betroffene Gruppe herauszustellen, sondern alle Formen von Diskriminierung einzubeziehen und diese auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu bekämpfen. Nur so kann es auch gesellschaftlichen Zusammenhalt geben. Hilfreich ist hierbei eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle des Landes Thüringen.

Das ehrenamtliche Engagement unverzichtbar für unsere Gesellschaft ist, ist hinlänglich bekannt. Von dem her gehört die Thematik Ehrenamt aber nicht in den Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“. Zumal alle in Thüringen lebenden Menschen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen, nicht nur ehrenamtlich Engagierte.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Landesverband Thüringen e.V.

OT Neudietendorf
Bergstraße 11
99192 Nesse-Apfelstädt

Telefon:
Telefax:
E-Mail:
Web: www.paritaet-th.de

Landesgeschäftsführer:

Kritisch bewerten wir insbesondere Punkt 4., der beschreibt das Menschen welche keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland haben, von Integrationsbemühungen ausgeschlossen sind. Integration darf aber nicht erst bei Menschen ansetzen, welche „...*rechtmäßig und auf Dauer in Thüringen leben*...“. Vielmehr ist die Integration von Hilfesuchenden Menschen eher eine Grundvoraussetzung, damit diese auf Dauer in Thüringen leben können und in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Vorgeschlagene Lösung

- I. Die Aufnahme eines generellen Diskriminierungsverbotes in die Thüringer Verfassung würden wir begrüßen. Die Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbotes lehnen wir jedoch aus den bereits oben dargestellten Gründen ab.
- II. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Sinne einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen als neues Staatsziel aufzunehmen begrüßen wir. Hierbei gilt es den Freistaat Thüringen als Ganzes zu sehen und Gleichwertige Lebensverhältnisse zugunsten aller Bürger*innen in Thüringen herzustellen. Notwendig hierfür ist aus unserer Sicht, eine Strategische Sozialplanung einzubeziehen.
- III. Die Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts sollte generell als Staatsziel aufgenommen werden, nicht nur für Menschen welche sich „... *rechtmäßig und auf Dauer im Freistaat aufhalten*...“. Denn dies beinhaltet unseres Erachtens nach, eine Ausgrenzung von Schutzsuchenden Menschen. Ihr Formulierungsvorschlag würde aus Sicht des Paritätischen einen Diskriminierungstatbestand - der Diskriminierung auf Grund der Herkunft hervorrufen. Dies steht grundsätzlich im Widerspruch mit der Thüringer Verfassung und dem Grundgesetz
- IV. Das Gebot der Bestenauslese sollte unseres Erachtens nach nicht in der Thüringer Verfassung verankert werden.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

stellv. Landesgeschäftsführer
Der Paritätische Landesverband Thüringen e.V.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Landesverband Thüringen e.V.

OT Neudietendorf
Bergstraße 11
99192 Nesse-Apfelstädt

Telefon:
Telefax:
E-Mail:
Web: www.paritaet-th.de

Landesgeschäftsführer:

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten (Drucksache 7/162)		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Landesjugendring Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Johannesstr. 19
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt

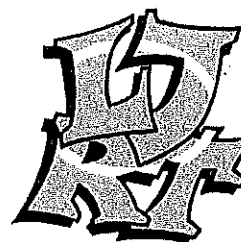
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	- politische Interessenvertretung junger Menschen in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Dem Grunde nach wird der Antrag der CDU-Fraktion befürwortet. Einzelheiten sind der Stellungnahme zu entnehmen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenz-dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 24.11.2020	



Landesjugendring Thüringen e.V. • Johannesstr. 19 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de -

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/785
zu Drs. 7/1629

Geschäftsstelle
Johannesstraße 19
99084 Erfurt

Telefon
Fax

E-Mail post@ljlrt-online.de
Web www.ljlrt.de
Social <http://facebook.com/ljlrtth>
<http://plus.google.com/+LjlrtDe>

zum Themenkomplex
"Schutz vor
Altersdiskriminierung" Erfurt, 20. November 2020

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten (Drucksache 7/162)
Hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen zum Thema Schutz vor Altersdiskriminierung Stellung nehmen zu können.

Die vorab übermittelten Fragen im Hinblick auf den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen sollen nachfolgend beantwortet werden.

1. Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen Ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unterschied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen verfassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln – namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?

Ziel der vorliegenden Änderung ist es, einen speziellen Gleichheitsgrundsatz im Art. 2 Abs. 3 der Thüringer Verfassung zu schaffen. Solch ein Gleichheitsgrundrecht geht dabei dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz aus Abs. 1 vor.¹ Vorliegend handelt es sich nicht lediglich um ein Abwehrrecht. Auf Grund der Ausstrahlungswirkung ist davon auszugehen, dass künftig im staatlichen Handeln der Schutz vor Altersdiskriminierung einen höheren Stellenwert einnimmt.

2. Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen allgemein mit Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfassung?

Es ist sinnvoll, die speziellen Gleichheitsgrundrechte hier um den Schutz vor Altersdiskriminierung zu ergänzen.

¹ Vgl. Jarass, Hans D.: Art. 3, in: Jarass, Hans D. / Kment, Martin / Pieroth, Bodo (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar, 16. Auflage, München 2020, RdNr. 4.

3. Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihrer Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. – wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt – „kurz und dunkel“ sein sollten?

Es mutet merkwürdig an, einen französischen Diktator und Kaiser zur Beurteilung des Thüringer Verfassungsrechts, das den Anforderungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu genügen hat, heranzuziehen.

Obgleich Verfassungen Offenheit, Unbestimmtheit und inhaltliche Welte inhärent sind, darf dies nicht zu Beliebigkeit und keineswegs zu „Dunkelheit“ führen. *„Nicht offen bleiben sollen die Grundlagen der Ordnung des Gemeinwesens. Indem sowohl die Leitprinzipien, nach denen politische Einheit sich bilden und staatliche Aufgaben wahrgenommen werden sollen, als auch die Grundzüge aufgegebener rechtlicher Gesamtordnung verbindlich festgelegt werden (...) soll ein fester Bestand dessen geschaffen werden, was nicht mehr in Frage gestellt und zu stellen ist und was daher nicht neuer Verständigung und Entscheidung bedarf.“*²

Insoweit ist die vorgeschlagene Ergänzung sinnvoll.

Allerdings wird deutlich, dass die Frage die Funktion der Verfassung erkennt. Die Verfassung geht anderem innerstaatlichen Recht voraus. *„In dieser Eigenschaft bildet sie nicht die soziale Wirklichkeit ab, sondern richtete Erwartungen an sie, deren Erfüllung nicht selbstverständlich ist und eben deswegen rechtlicher Stützung bedarf. Die Verfassung bezieht also Distanz zur Wirklichkeit und gewinnt daraus erst das Vermögen, als Verhaltens- und Beurteilungsmaßstab für Politik zu dienen.“*³ Die Verfassung kann aber erst dann als „Verhaltens- und Beurteilungsmaßstab“ dienen, wenn sie klar und präzise und nicht etwa „kurz und dunkel“ ist. Die vorgeschlagene Änderung trägt zur Klarheit und Präzisierung bei.

4. Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte legen aus Ihrer Sicht die Einfügung neuer Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht in der Verfassung enthaltenen Zwecken in Politik, Verwaltung oder Gerichten, insbesondere bei Abwägungsprozessen, zur Verwirklichung zu verhelfen?

Es sind keine rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen erkennbar. Selbst wenn dies der Fall wäre, wären diese im Wege der so genannten „praktischen Konkordanz“ zu lösen: *„Verfassungsrechtlich geschützte Rechtsgüter müssen in der Problemlösung einander so zugeordnet werden, daß jedes von ihnen Wirklichkeit gewinnt. (...) Vielmehr stellt das Prinzip der Einheit der Verfassung die Aufgabe der Optimierung: beiden Gütern müssen Grenzen gesetzt werden, damit beide zu optimaler Wirksamkeit gelangen können.“*⁴

5. Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung (Art.2 Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“) die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merk-

² Hesse, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Neudr. d. 20. Aufl., Heidelberg 1999, Rdnr. 25.

³ Grimm, Dieter: Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt am Main 1991, S. 14 f.

⁴ Hesse, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O. (Anm. 2), Rdnr. 72.

male, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanenten Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?

Die vorgeschlagene Formulierung zielt darauf ab, den Schutz vor Diskriminierung als ein Merkmal in Art. 2 Abs. 3 aufzunehmen. Die Norm kann auch um weitere Kriterien erweitert werden. Dies obliegt dem verfassungsändernden Gesetzgeber, der hierdurch eine „objektive Wertentscheidung“⁵ trifft. Durch eine solche Entscheidung wird der allgemeine Gleichheitssatz um ein besonderes Gleichheitsgrundrecht ergänzt. Dabei ist aber zu beachten, dass der allgemeine Gleichheitssatz nicht besagt, dass „Jedermann die gleichen Rechte haben soll (in welchem Falle der Charakter des Rechtes als Recht unvorstellbar würde), wohl aber: daß die Rechtsordnung einer differenzierten Gesellschaft nach bestimmten strukturellen Anforderungen generalisiert werden muss.“⁶

6. Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?

Um das intendierte Ziel zu erreichen, ist die vorgeschlagene Änderung geboten.

7. Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im „Hoheitsbereich“ der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?

Die vorgeschlagene Änderung ergänzt den allgemeinen Gleichheitssatz und stellt eine Erweiterung bestehender Antidiskriminierungsregelungen dar.

8. Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei (zumindest für die Abwägung gegen ein anderes Recht mit Verfassungsrang)?

Der Freistaat Thüringen – gesetzgebende und vollziehende Gewalt sowie die Rechtspflege – ist an die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte gebunden. „Adressat der Grundrechte und durch sie verpflichtet ist der Staat, der an die Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden ist.“⁷

9. Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Zielerreichen können?

Die vorgeschlagene Änderung der Thüringer Verfassung sieht vor, eine Bevorzugung oder Benachteiligung wegen des Alters auszuschließen. Damit wird das Ziel, den Schutz vor Altersdiskriminierung verfassungsrechtlich zu verankern, erreicht.

10. Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?

11. Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderungen in der Verfassung oder die Verfassungsänderung

⁵ Jarass, Hans D.: Art. 3, a.a.O. (Anm. 1), Rdnr. 102.

⁶ Luhmann, Niklas: Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1965, S. 165.

⁷ Hesse, Konrad: Bedeutung der Grundrechte, in: Benda, Ernst / Maihofer, Werner / Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Studienausgabe, 2., neubearb. u. erw. Aufl., Berlin, New York 2012, S. 127–160, Rdnr. 56.

an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?

Negative Folgen sind nicht ersichtlich. Die grundrechtlichen Positionen der Grundrechtsträger*innen werden gestärkt.

12. Können der Schutz der Unabhängigkeit, der Teilhabemöglichkeiten und der Selbstverwirklichung sowie die Würde von alten und jungen Menschen durch die Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbotes in die Verfassung des Freistaats Thüringen unmittelbar oder mittelbar gestärkt werden?

Der Schutz der Würde des Menschen ist bisher durch das Grundgesetz und die Thüringer Verfassung geschützt. Diese Würde ist unantastbar und etwaigen Abwägungen entzogen.⁸ Daher ist eine Stärkung dieser auch nicht angezeigt.

Eine etwaige Stärkung der Teilhabe und der Selbstverwirklichung ist hingegen durch die vorgeschlagene Verfassungsänderung sehr wohl möglich. Hierdurch träge der verfassungsändernde Gesetzgeber eine „objektive Wertentscheidung“⁹, die die staatliche Gewalt künftig zu beachten hätte. Ob hierdurch andere aktuelle rechts- und verfassungspolitische Diskussionen – beispielsweise die Diskussion um die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz und die Landesverfassungen¹⁰ – neuen Auftrieb erhalten, bleibt abzuwarten; wäre jedoch aus Sicht des Landesjugendring Thüringen e.V. wünschenswert.

13. Kann die Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale mit Verfassungsrang den Rechtfertigungsmaßstab, insbesondere die Anforderungen an die Verhältnismäßigkeitsprüfung für altersspezifische Diskriminierungen im Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung verschärfen?

Um die Frage hinreichend beantworten zu können, bedürfte es der Untersuchung der Rechtsprechung entsprechender Fallkonstellationen.

„Die Verhältnismäßigkeit ist die beste Methode, um Zielkonflikte zwischen gegenläufigen Prinzipien rational aufzulösen.“¹¹ Hierfür bedarf es jedoch solcher Zielkonflikte. Diese können aber möglicherweise bereits dadurch verhindert werden, dass Gesetzgeber, Regierung und Verwaltung sowie Rechtspflege künftig den Schutz vor Altersdiskriminierung besonders beachten.

14. Welchen praktischen Mehrwert bietet die vorgeschlagene Neuregelung gegenüber bestehenden Vorschriften höherrangiger Rechtsebenen zum Schutz vor alters bedingter Diskriminierung (wie etwa dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene)?

Der verfassungsändernde Gesetzgeber würde durch die hier vorgeschlagene Änderung eine „objektive Wertentscheidung“¹² fällen, die neben dem rechtlichen Schutz vor Diskriminierung eine politische Symbolwirkung entfalten kann.

⁸ Siehe statt vieler etwa Classen, Claus Dieter: Die Menschenwürde ist – und bleibt – unantastbar, in: DÖV 62 (2009), H. 17, S. 689–698.

⁹ Jarass, Hans D.: Art. 3, a.a.O. (Anm. 1), Rdnr. 102.

¹⁰ Vgl. Kirchhof, Gregor: Die Kinderrechte des Grundgesetzes. Sollte die Verfassung zugunsten von Kindern geändert werden?, in: NJW 71 (2018), H. 37, S. 2690–2693.

¹¹ Klatt, Matthias / Meister, Moritz: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Ein Strukturelement des globalen Konstitutionalismus, in: JuS 54 (2014), H. 3, S. 193–199, S. 193.

¹² Jarass, Hans D.: Art. 3, a.a.O. (Anm. 1), Rdnr. 102.

15. Sofern die Platzierung des Verbots der Altersdiskriminierung in der Thüringer Landesverfassung in Anbetracht des geltenden Antidiskriminierungsrechts geboten ist: Welche weiteren Gleichbehandlungsgebote wären in der Konsequenz eben falls in die Verfassung mit aufzunehmen?

Diese Frage richtet sich vor allem an den verfassungsändernden Gesetzgeber, da es hier auf seine Wertentscheidung ankommt. Fraglich wäre, ob unter das Diskriminierungsverbot auch das Verbot so genannter positiver Diskriminierung fällt.¹³ Dies wäre zu klären.

Mit freundlichen Grüßen

¹³ Zur Frage siehe bspw. *Langenfeld, Christine*: Art. 3 Abs. 3, in: Herzog, Roman / Scholz, Rupert / Herdegen, Matthias / Klein, Hans H. (Hrsg.), *Grundgesetz. Kommentar begründet von Dr. Theodor Maunz, Dr. Günter Dürig*, 91. Lieferung, München 2020, S. 29–33.

Literaturhinweise

- Classen, Claus Dieter*: Die Menschenwürde ist – und bleibt – unantastbar, in: DÖV 62 (2009), H. 17, S. 689–698.
- Grimm, Dieter*: Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt am Main 1991.
- Hesse, Konrad*: Bedeutung der Grundrechte, in: Benda, Ernst / Mailhofer, Werner / Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Studienausgabe, 2., Neubearb. u. erw. Aufl., Berlin, New York 2012, S. 127–160.
- Hesse, Konrad*: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Neudr. d. 20. Aufl., Heidelberg 1999.
- Jarass, Hans D.*: Art. 3, in: Jarass, Hans D. / Kment, Martin / Pieroth, Bodo (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar, 16. Auflage, München 2020.
- Kirchhof, Gregor*: Die Kinderrechte des Grundgesetzes. Sollte die Verfassung zugunsten von Kindern geändert werden?, in: NJW 71 (2018), H. 37, S. 2690–2693.
- Klatt, Matthias / Meister, Moritz*: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Ein Strukturelement des globalen Konstitutionalismus, in: JuS 54 (2014), H. 3, S. 193–199.
- Langenfeld, Christine*: Art. 3 Abs. 3, in: Herzog, Roman / Scholz, Rupert / Herdegen, Matthias / Klein, Hans H. (Hrsg.), Grundgesetz. Kommentar begründet von Dr. Theodor Maunz, Dr. Günter Dürig, 91. Lieferung, München 2020.
- Luhmann, Niklas*: Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Berlin 1965.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetellDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellDokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; text-align: center; vertical-align: middle;"> </td> <td style="height: 40px; text-align: center; vertical-align: middle;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;">FSU Jena, Carl-Heinrich-Str. 3, 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	FSU Jena, Carl-Heinrich-Str. 3, 07743 Jena	Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	FSU Jena, Carl-Heinrich-Str. 3, 07743 Jena									
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Professor für Wirtschaftspolitik; d.h. Forschung + Lehre	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Als Ökonomen können wir Ihnen zur Gleichzeitigkeit der Jahresbeiträge sagen. Diese kann sich nicht Billigung anreize, aber nicht als Verkaufsartikel. Im Grunde lässt sich hierin einleiten, da der Begriff nicht direkt zu spezifizieren lässt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Ingolstadt, 28.11.2020</i>	

THÜR. LANDTAG POST
30.11.2020 07:59

29184/2020



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA** Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Universität Jena · Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät · 07737 Jena

**Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1**

99096 Erfurt

Lehrstuhl für VWL / Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Andreas Freytag
Lehrstuhlinhaber

Carl-Zeiß-Str. 3
07743 Jena

Jena, 30. November 2020

Antworten auf Fragen des Fragenkatalogs

Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Vorweg: Es ist mir als Ökonom unmöglich, als auf sämtliche Fragen des umfangreichen Fragenkatalogs detailliert zu antworten. Hinzu kommt, dass die Fragen so umfassend sind, dass man auch eine ganze Reihe von Fachgutachten vergeben könnte, sie zu bearbeiten. Im Folgenden finden Sie deshalb meine Antworten auf einige der Fragen.

Frage 6:

Nach meiner Wahrnehmung bietet sowohl das Grundgesetz als auch die Verfassung des Freistaates Thüringen ausreichend Schutz gegen Diskriminierungen. Dennoch erscheinen die Ergänzungen in Art. 2 und Art. 96 nachvollziehbar.

Einen siebten Abschnitt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt einzuführen, erschiene mir nur sinnvoll, wenn die Regelungen durchsetzbar sind. Dies wiederum erscheint mir angesichts des hohen Abstraktionsgrades und erheblicher Interpretationsspielräume eher unwahrscheinlich.

Frage 10:

Ich fürchte, die Ziele des 7. Abschnitts werden durch eine Verfassungsänderung nicht erreicht werden.

Frage 10:

Ich sehe nicht, dass die Änderungen in den Art. 2 und 96 irgendeinen Schaden anrichten können.



Frage 12 (und in Teilen 13 und 15):

Nein. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kann nicht eindeutig definiert werden; siehe auch (<https://www.bpb.de/apuz/300052/gleichwertig-nicht-gleich>). Das in der Regel verwandte Wohlfahrtsmaß reales BIP/Kopf drückt die Lebensverhältnisse nur sehr unzureichend ab. Andere Maßzahlen für Zufriedenheit sind im Prinzip als Ergänzung zum traditionellen Wohlfahrtsmaß brauchbar, sind aber dennoch kaum zu operationalisieren. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Maßzahlen dazu entwickelt, wie zum Beispiel der *Canadian Index of Well-being*, der *OECD How's Life Report* oder der *Australien Well-being Index*. Sie sind vor allem zu Berichtszwecken wichtig, weniger als Steuerungsgrößen.

Diese Maße stellen keine Grundlage für ein einklagbares Recht dar, dazu sind sie zu selektiv und willkürlich, was in der Natur solcher Kennzahlen liegt und nicht denjenigen angelastet werden kann, die sie konstruieren. Natürlich könnte man für Thüringen eine eigene Maßzahl entwickeln, die aber genauso darunter leiden würde, dass irgendjemand die enthaltenen Elemente (z.B. Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Beratungsstellen, Ärztedichte, Versorgung mit digitaler Infrastruktur, Lebenshaltungskosten, Versorgung mit Geschäften, ÖPNV; u.v.m) definieren und vor allem gewichten müsste.

Die Aufnahme von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in die Verfassung suggeriert jedoch ein einklagbares Recht. Es ist nur schwer vorstellbar, dass Gerichte sich mit Kennzahlen befassen, um festzustellen, ob die Lebensverhältnisse gleich oder ungleich über Thüringen verteilt sind. Hinzu kommt, dass individuelle Präferenzen sehr unterschiedlich sind. Während für einige Menschen beispielsweise die Versorgung mit Schule wichtig ist, wollen andere mehr altersgerechte Mobilität. Vor diesem Hintergrund ist es eher kontraproduktiv, ein Verfassungsrecht auf gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Aus meiner Sicht ist das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse dann umgesetzt, wenn alle Menschen ein nach eigener Vorstellung erfülltes Leben führen können; ich folge damit dem sog. Capability-Ansatz nach Amartya Sen. Vor diesem Hintergrund kann das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse wohl am besten dadurch erreicht werden, dass junge Menschen eine umfassende Bildung erfahren, die sie in die Lage versetzt, ihr Leben selber erfolgreich und nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Daneben kann die Politik viel tun, dieses Ziel zu erreichen, indem sie öffentliche Mittel sinnvoll einsetzt und die Steuerbelastung der Bürger gering hält. Hier besteht im Bund auf sicherlich auch auf Landesebene ein erhebliches Potential.



Frage 14:

Die europäische Kohäsionspolitik sollte auf keinen Fall in der Verfassung des Freistaates Thüringen auftauchen. Es muss doch vielmehr ein Staatsziel sein, von Ausgleichszahlungen anderer Gebietskörperschaften unabhängig zu werden.

Frage 17:

Nein.

Frage 18:

Ich kann mir nicht vorstellen, wie man ein solche Zielsetzung umsetzen könnte.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Integration“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center;"> <i>Vorsitzender Auslandsberrat Erfurt</i> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; text-align: center;"> <i>Röckelweg 50</i> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none; text-align: center;"> <i>99092 Erfurt</i> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Vorsitzender Auslandsberrat Erfurt</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Röckelweg 50</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99092 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
		<i>Vorsitzender Auslandsberrat Erfurt</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Röckelweg 50</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99092 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Migranten Politisch Interessen vertreten und soziale Berater und Betreuung für anerkannte Flüchtlinge und Zugewanderte Migranten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Kritikpunkte: - zeigt sich ein einseitiges Verständnis von Integration: Anforderungen an die Zugewanderten, was sie tun müssen, andererseits wenig Unterstützung; z.B. Förderung, womit sich die Zugewanderten aller identifizieren müssen (freiheitlich demokratische Grundordnung), aber wenig Zuhilfenahme von Kenntnissen Deshalb Förderung mehr und echte Teilhabe, z.B. durch die Zuhilfenahme des Wahlrechts auch ohne Bruch der Staatsbürgerschaft - besonders problematisch: Unterstützung nur für diejenigen, deren Aufenthalt dauerhaft und gesichert ist, das entspricht nicht der Notwendigkeit der Realität: Das war schon bei den „Gastarbeitern“ früher, so dass auch ganze Zehntel Jahre wurden, ist heute anders Deshalb Förderung/Unterstützung für alle, die hier sind und das von Anfang an	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erfurt den 26.11.020</i>	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Anhörung CDU-Vorschlag Verfassungsausschuss

THÜR. LANDTAG POST
30.11.2020 08:39

29201/2020

Gut:

Integration als Verfassungsziel verankern – sehr gut!

Kritikpunkte:

- zeigt sich ein einseitiges Verständnis von Integration: Anforderungen an die Zugewanderten, was sie tun müssen, andererseits wenig Unterstützung; z.B. Forderung, womit sich die Zugewanderten alles identifizieren müssen (freiheitlich demokratische Grundordnung), aber wenig Zubilligung von Rechten

Deshalb Forderung: mehr und echte Teilhabe z.B. durch die Zubilligung des Wahlrechtes auch ohne Erwerb der Staatsbürgerschaft

- besonders problematisch: Unterstützung nur für diejenigen, deren Aufenthalt dauerhaft und gesichert ist, das entspricht nicht der Notwendigkeit der Realität: Das war schon bei den „Gastarbeitern“ früher so, dass auch kurzer Zeit viele Jahre wurden, ist heute nicht anders;

Deshalb Forderung: Unterstützung für alle, die hier sind und das von Anfang an

And. V. Beirat Erfurt

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Prof. Dr. Grieben</td> <td style="padding: 5px;">Wolf-Heimo</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;">Universitätsring 3</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">06099 Halle (Saale)</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Prof. Dr. Grieben	Wolf-Heimo	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	Universitätsring 3	Postleitzahl, Ort	06099 Halle (Saale)
Name	Vorname										
Prof. Dr. Grieben	Wolf-Heimo										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer	Universitätsring 3										
Postleitzahl, Ort	06099 Halle (Saale)										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Forschung und Lehre in den Bereichen Makroökonomik, Wirtschaftswachstum und Entwicklungsländer; administrative Leitungsaufgaben als Prodekan der Fakultät	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Das Regelungsbedürfnis wird sehr unzureichend begründet. Die Begrenztheit der Regelungsmöglichkeiten wird nicht adäquat gewürdigt. Die eigentlich viel wichtigeren Probleme im Zusammenhang mit diesem Thema werden gar nicht angesprochen. Der CDU-Vorschlag atmet den Geist der Gleichheit, nicht den der Freiheit.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Halle, den 30. 11. 2020	Wolf-Heimo Grieben

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/1629		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Seniorenverband BRH	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 91 b
	Postleitzahl, Ort	99826 Lauterbach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Integration“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Universität Osnabrück</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Süsterstr. 28</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">"</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">49074 Osnabrück</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Universität Osnabrück	Körperschaft d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Süsterstr. 28	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	"	Postleitzahl, Ort	49074 Osnabrück
	Name	Organisationsform									
	Universität Osnabrück	Körperschaft d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Süsterstr. 28									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	"									
Postleitzahl, Ort	49074 Osnabrück										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Unikmittelprofessor für Öff. Recht, Europarecht u. Rechtsweg	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Startziel Integrations sinnvoll einige Formulierungen problematisch Integration als wechselseitiges Prozess fühlt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

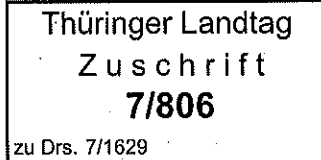
Ort, Datum	Unterschrift
Ombud, 22.11.20	



**Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)**

Universität Osnabrück IMIS 49069 Osnabrück

An den
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt



**Öffentliches Recht, Europarecht und
Rechtsvergleichung**

Süsterstraße 28
49074 Osnabrück
Telefon:
Telefax:

zum Themenkomplex
"Integration"

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

23.11.2020

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drs. 7/1629
Themenkomplex Integration**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen. Der Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück hat mich gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen. Entsprechend unseren Forschungsschwerpunkten beschränken sich die folgenden Ausführungen auf Art. 41 d und seine Begründung.

Mit freundlichen Grüßen

Universität Osnabrück IMIS 49069 Osnabrück

An den
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Öffentliches Recht, Europarecht und
Rechtsvergleichung

Süsterstraße 28
49074 Osnabrück
Telefon:
Telefax:

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

23.11.2020

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drs. 7/1629

Themenkomplex Integration

1. Vorbemerkung

Ausgangspunkt muss die Frage sein, welche Fragen auf der Ebene der Verfassung geregelt werden sollten. Neben der Staatsorganisation und den Grundrechten, die zum Kernbestand jeder freiheitlich-demokratischen Verfassung gehören, sollten nur solche Vorschriften aufgenommen werden, die von grundlegender und dauerhafter Bedeutung für das Gemeinwesen sind und von einem überparteilichen Konsens getragen werden. Nur in einem solchen Fall sind der erhöhte Rang in der Normenhierarchie gegenüber der Gesetzgebung und die damit verbundene erschwerte Änderbarkeit zu rechtfertigen. Dagegen eignen sich aktuell politisch umstrittene Fragen nicht für eine Aufnahme in den Verfassungstext, weil sie Gegenstand der demokratischen Auseinandersetzung sind und beim Wechsel der Mehrheiten änderbar bleiben müssen.

Unter dieser Prämisse sind Staatsziele kein notwendiger Bestandteil einer Verfassung. Sie sind dann sinnvoll, wenn sie Aufgaben staatlichen Handelns und anzustrebende Ziele benennen, die von einer breiten Zustimmung getragen werden und ersichtlich von einer langfristigen Bedeutung sind. Wenn sie im Sinne eines Förderauftrages formuliert sind, ergibt sich zwar keine eindeutige Rechtsfolge. Sie senden aber einerseits ein politisches Signal für die Gesetzgebung, die ein Staatsziel auch zur Rechtfertigung möglicher Grundrechtseingriffe heranziehen kann. Andererseits stellen sie auch für Verwaltung und Rechtsprechung eine Richtschnur dar, weil sie immer dann zu berücksichtigen sind, wenn bei der Anwendung der Gesetze oder im Rahmen der gesetzesfreien Verwaltung einschlägige Auslegungs-, Ermessens- oder Gestaltungsspielräume bestehen.

Obwohl es weder im Grundgesetz noch in den anderen Landesverfassungen entsprechende Vorbilder gibt, kommt der Themenkomplex Integration grundsätzlich für eine Aufnahme als verfassungsrechtliches Staatsziel in Betracht. Die Einwanderung ist seit vielen Jahrzehnten ein kontinuierlicher, wenn auch nicht

gleichmäßiger Prozess, so dass es sehr wahrscheinlich ist, dass die daraus resultierende gesellschaftliche Vielfalt und die damit zusammenhängenden Herausforderungen auch in Zukunft bestehen werden. Deshalb spricht viel dafür, dass die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft eine dauerhafte Aufgabe staatlichen Handelns ist.

Obwohl einige für das Themenfeld Integration zentrale Regelungen im dritten Kapitel des Aufenthaltsgesetzes enthalten sind und damit als Bundesrecht dem unmittelbaren Einfluss des Thüringer Verfassungsgebers entzogen sind, spricht diese Zuständigkeitsverteilung nicht gegen eine Regelung in der Landesverfassung. Zum einen decken die Vorschriften des Bundesrechts nur einen Teil der möglichen Handlungsfelder ab, was sich auch daraus ergibt, dass § 45 AufenthG weitere Integrationsangebote der Länder ausdrücklich vorsieht. Zum anderen sind die Behörden des Landes und die Kommunen mit der Ausführung dieser gesetzlichen Regelungen befasst, in deren Rahmen ein landesverfassungsrechtliches Staatsziel berücksichtigt werden kann.

Somit gibt es keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aufnahme eines solchen Staatszieles. Jedoch erweisen sich einzelne der vorgeschlagenen Formulierungen als problematisch.

2. Art. 41 d Abs. 1

Am Ende von Art. 41 d Abs. 1 ist der Zusatz „auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ aufgenommen, dessen Bedeutung unklar ist. Wenn er sich auf die Fördermaßnahmen von Land und Gebietskörperschaften bezieht, so ist er überflüssig, da deren Bindung an die Verfassungsgrundsätze, die mit dieser Formel zusammengefasst werden, unstrittig besteht und keiner Klarstellung bedarf. Wenn er sich dagegen auf das Zusammenleben der Menschen bezieht, so ist nicht zu erschließen, was damit gemeint ist. Selbstverständlich erfolgt auch das gesellschaftliche Leben in Deutschland und in Thüringen auf der Grundlage der geltenden Verfassungsgrundsätze. Wenn allerdings wie in Abs. 2 S. 2 Nr. 1 eine Identifikation mit ihnen gemeint ist, so gelten die dazu sogleich auszuführenden Bedenken auch für diese Formulierung.

3. Art. 41 d Abs. 2

In Art. 41 d Abs. 2 kommt nicht zum Ausdruck, dass gelingende Integration ein wechselseitiger Prozess sein muss. Vielmehr beziehen sich die Fördermaßnahmen nach S. 2 einseitig auf die Menschen mit Migrationshintergrund. In der sozial- und rechtswissenschaftlichen Diskussion besteht jedoch weitgehende Einigkeit, dass Integration nicht nur von Minderheiten verlangt werden darf, sondern ebenso als Aufgabe und Verpflichtung der gesellschaftlichen Mehrheit verstanden werden muss. Nur so bestehen gute Aussichten für eine gegenseitige Annäherung, die Voraussetzung für eine konstruktive Verarbeitung gesellschaftlicher Vielfalt ist. Jedoch wird an keiner Stelle des Vorschlags deutlich, dass auch die in der Begründung als „Alteingesessene“ bezeichneten Menschen ein Mindestmaß an Offenheit zeigen müssen, damit die staatlichen Integrationsbemühungen eine Erfolgchance haben. Insofern sollte deutlich gemacht

werden, dass sich die Aufgabe der Förderung der Integration an alle in Thüringen lebenden Menschen richtet.

Die Ausrichtung auf „Menschen mit Migrationshintergrund“ nimmt eine in der Statistik entwickelte und auch in den Integrations- bzw. Teilhabegesetzen verschiedener Bundesländer zugrunde gelegte Begriffsbildung auf. Diese Kategorie umfasst nach den gesetzlichen Regelungen Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, oder außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geborene und seit 1950 (in Baden-Württemberg nach 1955) nach Deutschland zugewanderte Personen oder Personen, bei denen mindestens ein Elternteil die Kriterien der Nummer 2 erfüllt (§ 2 PartIntG Berlin, § 4 Abs. 1 TIntG NRW, § 4 Abs. 1 PartIntG BW). Es liegt aber durchaus nahe, dass damit gar nicht alle Menschen mit sprachlichen Defiziten erfasst werden. Allerdings stünde es dem Thüringer Gesetzgeber natürlich frei, eine eigene, gegebenenfalls auch weitere Definition zu finden, die ebenfalls richtigerweise berücksichtigt, dass nicht allein an der Staatsangehörigkeit angeknüpft werden kann. Fragwürdig ist die in S. 1 erfolgende Beschränkung auf die „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen“. Diese Gruppe wird in der Begründung gleichgesetzt mit „Zuwanderern ..., die nicht nur geduldet sind, sondern eine dauerhafte Bleibeperspektive haben“. Diese Formulierung übersieht die faktische wie rechtliche Komplexität von Migrationsvorgängen. Zum einen gibt es viele Zuwandernde, die bei der Einreise noch nicht wissen, ob sie auf Dauer in Deutschland bleiben wollen. Als Beispiel seien ausländische Studierende genannt, die zunächst eine Aufenthaltserlaubnis nur für das Studium erhalten. Jedoch ist es durchaus erwünscht, dass sie anschließend dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ob und wann sich diese Option realisiert, ist zunächst aber unklar. Ähnliches gilt für Personen, die zur Erwerbstätigkeit einreisen und in fast allen Fällen ebenfalls nur eine befristete und oft von Bedingungen abhängige Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ob und wie lange sie in Deutschland bleiben, klärt sich erst später. Auf der anderen Seite gab es in den vergangenen Jahrzehnten Zehntausende von Ausländer*innen, die viele Jahre nur mit einer Duldung in Deutschland lebten und dann doch ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhielten. Eine Duldung allein ist deshalb kein hinreichender Indikator für die Vorläufigkeit des Aufenthalts. Bei allen diesen Personen ist also nicht eindeutig zu bestimmen, ob sie auf Dauer im Land bleiben werden und damit von den Fördermaßnahmen erfasst werden. Diese Unklarheiten über den Anwendungsbereich der Vorschrift würde man nur umgehen, wenn allein Personen mit einem Daueraufenthaltsrecht, insbesondere einer Niederlassungserlaubnis, sowie Personen mit der deutschen Staatsbürgerschaft erfasst würden. Bei einem solchen Verständnis wäre die Bestimmung weitgehend nur auf bereits längere Zeit in Deutschland lebende Menschen anwendbar. Ein solches enges Verständnis der Vorschrift beraubt sie aber weitgehend ihres Sinnes, denn sowohl für die Niederlassungserlaubnis wie für die Einbürgerung wird ja ein Integrationsnachweis, insbesondere auch durch deutsche Sprachkenntnisse, vorausgesetzt. Folglich ist diese Einschränkung des Personenkreises nicht sinnvoll.

Schwere Bedenken bestehen gegen die Formulierung von Abs. 2 S. 2 Nr. 1, wonach eine „Identifikation mit der Verfassungs- oder Rechtsordnung“ gefördert werden soll. Sie wird zwar in der Begründung verstanden als ein Werben für Annahme und Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung. Das

Ziel einer Identifikation im Sinne einer inneren Überzeugung verkennt aber ein grundlegendes Merkmal der freiheitlichen Demokratie. Selbstverständlich wird von allen in Deutschland bzw. Thüringen lebenden Menschen erwartet, dass sie sich an die Normen der Verfassung und der Gesetze halten. Der Gehorsam gegenüber den Gesetzen ist unabdingbare Voraussetzung für jedes funktionierende Gemeinwesen. Ebenso gehört es aber zur Demokratie, dass nicht nur alle Gesetze, sondern auch Verfassungsbestimmungen, die nicht zu den von Art. 79 Abs. 3 GG bzw. Art. 83 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen erfassten Grundsätzen gehören, von den Volksvertretungen bzw. durch Volksentscheid geändert werden können. Es ist das gute demokratische Recht jedes Menschen, einzelne gesetzliche Vorschriften, aber auch einzelne Regelungen in einer Verfassung abzulehnen und für ihre Änderung bzw. Abschaffung einzutreten. Dies gilt für deutsche Staatsangehörige in gleicher Weise für im Land lebende Ausländer*innen.

Sehr vage und deshalb kaum operationalisierbar ist das Förderziel der „Verbundenheit mit Deutschland und Thüringen“ in Abs. 2 S. 2 Nr. 2. Auch die Begründung hilft hier kaum weiter. Vielmehr scheint auch hier ein staatlicher Zugriff auf innere Einstellungen der Menschen gemeint zu sein, der eher an totalitäre Systeme erinnert, aber in einer freiheitlichen Demokratie nicht akzeptabel ist.

Ähnlich vage, allerdings von der Zielsetzung her unproblematisch ist die Förderaufgabe in Bezug auf die „gesellschaftliche Teilhabe“ in Abs. 2 S. 2 Nr. 4.

4. Art. 41 d Abs. 3

Unklar ist auch die Formulierung in Abs. 3 S. 1, wonach Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung gefördert werden sollen. Das Verhältnis zum Recht auf Mitgestaltung des politischen Lebens in Art. 9 der Landesverfassung wird weder in der Regelung noch in der Begründung angesprochen. Aus der Begründung ist jedoch zu schließen, dass die Mitgestaltung als Instrument der Identifikation verstanden wird und damit im Kontext von Abs. 2 als besonders an Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet angesehen wird. Da Art. 9 der Landesverfassung jedoch als Jedermannsrecht formuliert ist und damit gerade nicht an der Staatsangehörigkeit anknüpft, werden sie ohnehin von dessen Anwendungsbereich erfasst.

Einen eigenständigen Sinn hat die Vorschrift nur dann, wenn der Förderauftrag so gemeint ist, dass er sich auf zusätzliche Organisationsformen und Verfahren der Mitwirkung bezieht, die vom Land bzw. den Gebietskörperschaften erst noch geschaffen werden müssen. Solche Regelungen könnten etwa die fakultative oder obligatorische Schaffung von Migrationsausschüssen auf kommunaler oder Landesebene, Anhörungsrechte von migrantischen Organisationen oder ähnliches umfassen. Bei einer solchen Auslegung ist allerdings zu fragen, warum hier von „fördern“ die Rede ist. Entsprechende Vorschriften könnte das Land selbst schaffen. Hier empfiehlt sich eine Klarstellung.

Problematisch ist schließlich auch Abs. 3 S. 2. Der Begriff „Bürgerrechte“ wird nicht definiert. Er wird auch weder an anderer Stelle der Landesverfassung noch im Grundgesetz verwendet. In der Begründung wird Bezug genommen auf die „wesentlichen politischen Rechte“, doch ist auch dies keine präzise Definition. Naheliegender wäre ein Verständnis, wonach alle Rechte gemeint sind, die in der Landesverfassung den Bürgern vorbehalten sind. Dann wäre der Mehrwert der Vorschrift allerdings

gering, denn die Beschränkung dieser Rechte auf deutsche Staatsangehörige und Vertriebene ergibt sich bereits aus Art. 104 der Landesverfassung. Neu ist dann nur der Hinweis auf die Unionsbürger, denen allerdings nach der geltenden Rechtslage nur das kommunale Wahlrecht zusteht. Insofern käme alternativ auch eine Klarstellung in Art. 95 der Landesverfassung in Frage.

5. Zusammenfassung

Als Fazit der Stellungnahme ist festzuhalten, dass die Aufnahme eines Staatszieles Integration in die Verfassung der Freistaates Thüringen zwar grundsätzlich sinnvoll ist, aber einige Formulierungen des Vorschlages entweder unklar oder inhaltlich problematisch sind. Sie müssen an vielen Stellen überarbeitet werden, um sich in die Systematik der Verfassung und die Grundsätze einer freiheitlichen Demokratie einzufügen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU <i>+ Altersdiskriminierung</i> - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>LANDESFRAUENRAT THÜRINGEN e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Johannesstraße 19</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LANDESFRAUENRAT THÜRINGEN e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99084 Erfurt	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	LANDESFRAUENRAT THÜRINGEN e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Johannesstraße 19										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	99084 Erfurt										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	<i>Förderung von Chancengerechtigkeit für Frauen</i>
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtertransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfta, 31/12/2020	

Zu dem Themenkomplexen "Schutz vor
Altersdiskriminierung" und "Herstellung
gleichwertiger Lebensverhältnisse"

**LANDESFRAUENRAT
THÜRINGEN e.V.**



Landesfrauenrat Thüringen e.V. • Johannesstr. 19 • 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/830

zu Drs. 7/1629

Landesfrauenrat
Thüringen e.V.

Johannesstrasse 19
99084 Erfurt

Tel. 0361-
0361-
Fax 0361-

**Stellungnahme des Landesfrauenrates Thüringen e.V. zum Fünften
Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen –
Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten**

Sehr geehrte Mitglieder des Verfassungsausschusses,

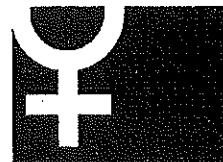
wir bedanken uns für die Möglichkeit zum o.g. Gesetzentwurf Stellung
beziehen zu können. Wir werden in dieser Stellungnahme auf beide
Themenkomplexe eingehen.

Da die Fragenkataloge sehr viele Fragen im verfassungsrechtlichen
Kontext stellen, die aus unserer Sicht mit juristischem Fachverstand
beantwortet werden müssen, erlauben wir uns, diese nicht als Grundlage
unserer Stellungnahme zu nutzen. Zwar zählt der Deutsche
Juristinnenbund (Landesvertretung Thüringen) zu unseren
Mitgliedsorganisationen. Dieser hat sich aber nicht an der Erarbeitung
der Stellungnahme beteiligt.

Voranstellen möchten wir die Tatsache, dass bereits im Grundgesetz,
Artikel 1 geregelt ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu
achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Da sich alle anderen Gesetze in Deutschland dem GG unterzuordnen
haben, stellt sich uns die Frage, inwieweit dieser Artikel ernst genommen
wird, wenn es zusätzlicher Regelungen bedarf, Diskriminierungen (im
vorliegenden Gesetzentwurf bezogen auf das Diskriminierungsmerkmal
Alter) zu thematisieren und im besten Fall zu verhindern. Da auch der
Landesfrauenrat Thüringen von der Gleichwertigkeit aller Menschen
ausgeht, erscheint es uns nicht sinnvoll, für eine von Diskriminierung
betroffene Gruppe eine in der Verfassung verankerte Regelung zu treffen
und andere Merkmale, wie Krankheit oder Behinderung, ethnische
Herkunft oder Religion und Weltanschauung nicht zu berücksichtigen.

Da die Verfassung des Freistaates Thüringen im gleichen Wortlaut
beginnt, wie das GG und die Würde des Menschen vor alles andere
stellt, erwarten wir zunächst die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt,
diese Würde zu schützen, ernst zu nehmen. Somit würde eine
Verfassungsänderung, die keine vollständige Aufzählung aller z.B.
bereits im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verankerten
Diskriminierungsmerkmale berücksichtigt und darüber hinaus weiter
bisher nicht geregelte Merkmale unberücksichtigt lässt, nicht ausreichen.



Landesfrauenrat
Thüringen e.V.

Johannesstrasse 19
99084 Erfurt

Tel.

Fax

Ungeachtet dessen, bietet der Gesetzentwurf keine Lösung für von Altersdiskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche. Eine Verpflichtung, die UN-Kinderrechtskonvention in Thüringen umzusetzen, wäre aus unserer Sicht zielführender.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes mit einem besonderen Schutz- und Förderauftrag verbunden als Staatsziel aufzunehmen hingegen, ist eine Forderung des Landesfrauenrates und wird ausdrücklich begrüßt. Allerdings sollte eine Verknüpfung mit dem „Schutz vor Altersdiskriminierung“ vermieden werden. Ehrenamtlich engagieren sich Menschen aller Altersgruppen.

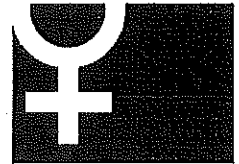
Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist aus unserer Sicht nicht nur für die Gesetzgebungskompetenz relevant. Ein solches Staatsziel gilt es zu füllen mit gesellschaftspolitischem Inhalt, denn es kann nur dann wirksam sein, wenn dem konkrete Schritte folgen. Eine gleichwertige Landesentwicklung und damit gleichwertige Versorgung mit auch notwendiger sozialer Infrastruktur, zum Beispiel beim Angebot der flächendeckenden Gewaltschutzstrukturen nach der Istanbul-Konvention, muss zum Inhalt des Staatsziels gehören. Viel schwieriger scheint uns allerdings, zu garantieren, dass dieses Staatsziel von den kommunalen Gebietskörperschaften mitgetragen und ausgefüllt wird.

Zu berücksichtigen wäre auch, dass gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen, die in Thüringen leben, egal ob dauerhaft oder in einem bestimmten Lebensabschnitt ihren Lebensmittelpunkt hier haben, unabhängig ihrer Herkunft oder ihres Aufenthaltsstatus gelten muss.

Verwundert hat uns hingegen, dass im Gesetzentwurf das Gebot der Bestenauslese bei der Besetzung öffentlicher Ämter verankert werden soll. Zum einen gehen wir davon aus, dass dies bereits gängige Praxis sein sollte, zum anderen wird dies explizit im AGG geregelt.

Mit diesem Vorschlag wird zudem unterstellt, dass diversity management, paritätische Regelungen oder Quoten die Befähigung oder fachliche Leistung von Menschen ignoriert. Das Gegenteil ist der Fall. Frauen sitzen trotz gleicher Befähigung und Eignung nicht in Leitungsetagen, Queers ebenso wenig. Es sind nicht die Quoten, die zur Ungleichbehandlung führen, sondern das Fehlen dieser Maßnahmen.

Über Jahrhunderte hinweg wurden Männer allein qua ihrer Männlichkeit als geeignet und befähigt angenommen. Es ist bezeichnend, dass genau jetzt, da sich Gesellschaft so verändert, dass auch Frauen mehr in



führende Positionen kommen, eine Festschreibung von Eignung und Befähigung erfolgen soll.

Der Gesetzentwurf verschließt die Augen vor bestehenden strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Er ignoriert bestehende Forschung zur Wirkung tradierter Rollenbilder in Politik und Wirtschaft. Wir könnten vermuten, er versucht männliche Privilegien, Männerbünde und Patriarchat mit dem Begriff der Bestenauslese zu schützen. Das lehnt der Landesfrauenrat entschieden ab und spricht sich gegen die Verankerung dieses Abschnitts in der Thüringer Verfassung aus.

Landesfrauenrat
Thüringen e.V.

Johannesstrasse 19
99084 Erfurt

Tel.

Fax

Erfurt, 3.12.2020

Vorsitzende

Geschäftsführerin

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">KULTURINO Europäische Projektwerkstatt Kultur im ländlichen Raum e. V. Quellitzer Straße 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">D-98744 Unterweißbach/Thüringen Reg. Nr. 260737 Amtsgericht Rudolstadt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	KULTURINO Europäische Projektwerkstatt Kultur im ländlichen Raum e. V. Quellitzer Straße 13	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	D-98744 Unterweißbach/Thüringen Reg. Nr. 260737 Amtsgericht Rudolstadt	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	KULTURINO Europäische Projektwerkstatt Kultur im ländlichen Raum e. V. Quellitzer Straße 13									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	D-98744 Unterweißbach/Thüringen Reg. Nr. 260737 Amtsgericht Rudolstadt									
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Jugendarbeit (Kultur + politische Bildung)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe Anlagen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Coburg, 15.12.2020	

Europäische Projektwerkstatt Kultur im Ländlichen Raum e. V.
Quellzer Strasse 13 · 98744 Unterweidbach OT Quellitz

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Zum Themenkomplex
"Herstellung gleichwertiger
Lebensverhältnisse"

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/833

zu Drs. 7/1629

Camburg, 1. Dezember 2020

A6.1/fa,ga – Drs. 7/1629 (Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse)

Sehr geehrte Frau
Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend in betreffs bezeichneter Angelegenheit unsere Stellungnahme mit der Bitte
um Kenntnisnahme, dass wir pandemiebedingt zurzeit ausschließlich im Home Office
postalisch zu erreichen sind.

Kulturino

Bergstr. 13
07774 Dornburg-Camburg

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand

Zu Frage 1

Unser Auffassung nach würden die vorgeschlagenen Änderungen – so gut sie gemeint sein mögen – auf der Ebene einer Verfassung Interpretationsspielraum bieten. Da die jüngere Vergangenheit gezeigt hat, dass rechte Kräfte, namentlich die AfD sich vor allem durch politische Sabotage, Verhinderungsversuche, Formfehlerdebatten und generelles Inzweifeln demokratischer Willensbildung hervorzuheben trachtet, vertreten wir die Auffassung, dass (siehe Antwort Frage 2) eine Verfassung sich stets durch Klarheit, Verständlichkeit und Nichtinterpretierbarkeit auszeichnen sollte. Wir bevorzugen in einer Verfassung Begriffe wie „jeder“ und „niemand“ gegenüber der Beschreibung bestimmter Personengruppen.

Zu Frage 2

(Siehe hierzu auch Beantwortung Frage 1) Verfassungen sollten klar strukturiert, verständlich formuliert, frei von Interpretationsspielraum und von genereller Gültigkeit sein, den Rechtsrahmen für demokratisches Handeln und Politik abstecken. Die vorgeschlagenen Änderungen beziehen sich unseres Erachtens eher auf die Ausgestaltung von Politik, als auf die Festlegung von Rahmenbedingungen.

Zu Frage 3

Anmerkung hierzu: Wir halten Napoleonzitate für aus der Zeit gefallen. An dieser Stelle ausgerechnet einen Diktator und bekennenden Rassisten, jemand der sich selbst zum Kaiser gekrönt hat, zu zitieren, ist fragwürdig, unangemessen und riecht nach unreflektierter Wikiquote-Nutzung.

Grundsätzlich gilt aber unserer Meinung nach der Grundsatz der Klarheit. Um dennoch bei Napoleon zu bleiben: Er begann damit, Europa aus der Kleinstaaterei heraus zu führen. Daher halten wir es für produktiver, Verfassungen im europäischen Kontext zu beurteilen und verweisen hinsichtlich des vorliegenden Entwurfs auf die Europäische Menschenrechtskonvention, Artikel 14 (Diskriminierungsverbot), welche sicherlich als Leitfaden hinzu gezogen werden könnte.

Zu Frage 4

(Siehe hierzu auch Beantwortung Frage 1 hinsichtlich der Gefahren durch Missbrauch der Verfassung) Liegt eine Altersdiskriminierung im Wahlalter vor? Wer hält sich legal in Thüringen auf? Greift der Thüringer Landtag hier in Bundesrecht (Asylrecht etc. ein? Wartet nicht die AfD geradezu darauf, dass der Themenkomplex, den sie als den „ihren“ ansieht, diskutiert wird? Vielleicht sollte in die Verfassung eingefügt werden, dass insbesondere die politische Arbeit im Parlament frei von Diskriminierung der verfassungsrechtlich garantierten Rechte sein soll.... Würden Menschen in Thüringen in Bezug auf Menschen in anderen Bundesländern besser oder schlechter gestellt? Und darf eine Landesverfassung im Wettbewerb zu anderen Verfassungen stehen? Wie verhält es sich mit Zweitwohnsitzen in Thüringen?

Zu Frage 5

Wir bevorzugen (siehe hierzu Beantwortung Frage 1) Formulierungen, wie der von Ihnen zitierte Art. 2 Abs. 1

Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir um die Bedeutung klar und verständlich formulierter Texte für das Verständnis von Demokratie. Da jede und jeder sich auf die Verfassung berufen können sollte, Rechte und Pflichten daraus für jeden und jede gelten sollen und es für das Funktionieren von Demokratie von höchster Wichtigkeit ist, dass sie allgemeines Ansehen und Akzeptanz besitzt und wir (obschon viele von uns Hochschulabschlüsse besitzen oder sich auf dem Weg dorthin befinden) im breiten Diskurs unterschiedliche Auffassungen zu den vorgeschlagenen Änderungen haben, sehen wir diesbezüglich nicht unbedingt einen Gewinn für die Demokratie und würden es bevorzugen, entsprechende Regelungen an anderer Stelle zu treffen. Viel wichtiger beispielsweise als die allgemeine Anerkennung von Ehrenamt (wir als Ehrenamtliche fühlen uns durchaus gewertschätzt) wäre z.B. die Abfederung von Haftungsrisiken für ehrenamtliche Vorstände. Anders als eine Handwerksfirma in Rechtsform einer GmbH haftet der ehrenamtliche Vorstand auch mit seinem Privatvermögen. Und das obwohl viele Ehrenamtliche nach bestem Gewissen aber häufig ohne abgesichertes Fachwissen täglich große Verantwortung für andere tragen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Festschreibung in der Verfassung eher wie Kosmetik und würde uns kein besseres Gefühl als gegenwärtig geben. Wir würden politische Initiative an anderen Stellen bevorzugen.

Seite 2 von 5:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

Stellungnahme kulturino – Europäische Projektwerkstatt Kultur im ländlichen Raum e.V.
Erstellt von: Arbeitsgruppe „Bruttolokalglück“, Moderiert von (Vorstand)

Zu Frage 6

Nein

Zu Frage 7

Die Beantwortung würden wir lieber den Juristen überlassen. Unserer Auffassung nach ja.

Zu Frage 8

Die Beantwortung würden wir lieber den Juristen überlassen.

Zu Frage 9

Wir sind gegen die Änderung und möchten daher hierzu nicht Stellung nehmen.

Zu Frage 10

Siehe hierzu Beantwortung der Fragen 4 und 5.

Zu Frage 11

Siehe hierzu Beantwortung der Fragen 4 und 5.

Zu Fragen 12, 13, 14, 15 und 16

Bestrebungen zu diesem Ziel in den Programmen der Parteien und der Gesetzgebung halten wir für wünschenswert. Jedoch können wir uns nicht vorstellen, wie dieses Ziel in der Praxis je erreicht werden kann. Fahren Sie doch einmal durch Sonneberg, dann durch Jena, anschließend durch Gera und danach durch Weimar und stellen sich die Frage, ob es gelingen kann, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Wir verfolgen in unserer politischen Bildungsarbeit einen anderen Ansatz. Im Projekt „Bruttolokalglück“ weisen wir immer wieder auf die Bedeutung von Glück hin. Glück i.S. von Zufriedenheit muss nicht zwangsläufig mit materiellem Wohlstand (den die vorgeschlagene Verfassungsänderung ja wohl im Hinterkopf hat) einhergehen. Glückliche und zufriedene Menschen sind bereit, Demokratie zu leben und für Ihre Verfassung einzustehen, statt sie in fragwürdigen Veranstaltungen, wie jüngst in

Seite 3 von 5:

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

Stellungnahme kulturino – Europäische Projektwerkstatt Kultur im ländlichen Raum e.V.
Erstellt von: Arbeitsgruppe „Bruttolokalglück“, Moderiert von

(Vorstand)

Hildburhausen, in Frage zu stellen. Wir leiten unseren lokalpolitischen Ansatz aus dem „Gross National Happiness“ Gedanken ab. Dass Glücksgarantien erfolgreich Einzug in Verfassungen erhalten können, beweist seit vielen Jahren das Königreich Bhutan. Menschen, die in einfachsten Verhältnissen leben, gehören zu den glücklichsten Menschen der Welt, was alljährliche Untersuchungen zum Thema, z.B. durch die Vereinten Nationen, immer wieder unter Beweis stellen. Übertragen auf Thüringen könnte eine Gesetzesinitiative in diese Richtung bedeuten, dass man nicht nur mit verfassungsschützerischen Aktivitäten rechtsextreme Bestrebungen bekämpft, sondern parallel auch den Glauben an das Gute, an die Umsetz- und Erreichbarkeit von Lebensglück und Zufriedenheit im eigenen Umfeld stärkt, misst und sich verpflichtet, eine fortwährende Verbesserung herbeizuführen.

Wir würden uns freuen, statt der vorgeschlagenen Änderungen mit Blick auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, eine Formulierung zu finden, die allen Menschen in Thüringen ein Recht auf Glück und Zufriedenheit zugesteht. Es gibt zu viele Menschen, die sich abgehängt und nicht gehört, vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen fühlen, denen man die Hand reichen könnte. Nicht mit der sinngemäßen Formulierung „Wir bemühen uns, dass die Lebensverhältnisse überall gleich werden“, sondern mit einer Formulierung, die sinngemäß besagt „Wir bemühen uns, dass Du in Deinem Umfeld ein glückliches und zufriedenes Leben führen kannst“ würden wir einen größeren Zuspruch erwarten. Eine solche Formulierung wäre ein Akt gelebter Bürgernähe, ein Identifikationsfaktor mit dem Land Thüringen und stellt den Einzelnen in der Gesellschaft, nicht jedoch Parteien, Ideen oder einzelne Personengruppen in den Vordergrund. Thüringen könnte in der Auseinandersetzung mit dem „Gross National Happiness“ Ansatz ganz gewiss internationale Anerkennung und eine Vorreiterrolle in Sachen Demokratie erlangen!

Zu Frage 17

Dass Kommunale Gebietskörperschaften im Sinne der Landesverfassung handeln, sollte schlicht selbstverständlich sein.

Im Sinne unseres Vorschlags würde den Kommunen die wichtigste Rolle in der Umsetzung dieses Allgemeinziels zukommen. Der Ansatz würde Kooperation fördern und Konkurrenz abstrafen.

Zu Frage 18

Kaum umsetzbar

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"><i>Wir pflegen Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen e.V.</i></td> <td style="padding: 5px;"><i>Verein</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>Marcel-Bauer-Ring 25</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><i>99085 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Wir pflegen Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen e.V.</i>	<i>Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Marcel-Bauer-Ring 25</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Wir pflegen Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen e.V.</i>	<i>Verein</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Marcel-Bauer-Ring 25</i>										
Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegendes Angehöriger in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Aufhebung des W-ite „seines Alters“ in Artikel 2 Abs. 3 wird gemäß dem Schutz vor Altersdiskriminierung nicht mehr - Ehrenamt als Staatsziel aufnehmen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gefra 28.11.2020	

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 11:10
29388/2020

wir pflegen Thüringen Marcel-Breuer-Ring 25 99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Verwaltung

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

wir pflegen!

Interessenvertretung und Selbsthilfe
pflegender Angehöriger
in Thüringen e.V.

vorstand@th.wir-pflegen.net
Marcel-Breuer-Ring 25 . 99085 Erfurt
T 036202. 789 388
th.wir-pflegen.net

28.11.2020

1 / 5

Stellungnahme Landesverein wir pflegen Thüringen e.V.
Drs. 7/1629 (Schutz vor Altersdiskriminierung)

Zum Themenkomplex "Schutz vor
Altersdiskriminierung"

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU umfasst mehrere inhaltliche Punkte. Auf Grund unseres Auftrages als Interessenvertretung pflegender Angehöriger in Thüringen werden wir ausschließlich unter diesem Blickwinkel Stellung nehmen.

Die Aufnahme der Worte „seines Alters“ in Artikel 2 Abs. 3 wird begrüßt.

Die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit Corona hat gezeigt, dass das Alter sehr schnell als Argument für spezielle Regelungen herangezogen wird. Hierbei sollte immer geprüft werden, inwieweit aus dem verständlichen Ansatz des Schutzes älterer Menschen eine Beschränkung von anderen Rechten erfolgt und inwieweit diese vertretbar ist.

Während der Corona-Pandemie wurden ältere Menschen mit Pflegebedarf in ihren Grundrechten stark eingeschränkt. So wurden seit Beginn der Pandemie in den Pflegeheimen strikte Besuchsverbote oder Kontaktbeschränkungen vorgenommen. Die gesundheitlichen und sozialen Folgen für die Menschen sind oftmals dramatisch.

In einem Gutachten für die BAGSO wurde diese Regelung auch vor dem Hintergrund des Verfassungsrechts im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit in Frage gestellt. Daneben haben die zum Teil in der Öffentlichkeit geführten Debatten zur Abschirmung von älteren Risikogruppen ein problematisches Altersbild offengelegt.

Angesichts der in Thüringen zu erwartenden demografischen Entwicklung ist ein verstärkter Schutz der Rechte älterer Menschen, die verschärfend als Pflegebedürftige oft in einer Situation sind, in der sie ihre



Rechte kaum selbst vertreten können, geboten.

Die vorgeschlagene Ergänzung der Verfassung in Artikel 2 Absatz 3 um „seines Alters“ ist daher zu begrüßen und wäre eine wichtige Signalwirkung.

Mit freundlichen Grüßen



Zu Artikel 41 neuer siebter Abschnitt

Die Aufnahme des neuen Artikels 41a wird begrüßt.

Das Ehrenamt ist für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Es ist daher richtig, dass Engagement auch von Staats wegen verstärkt zu fördern.

Im Hinblick auf die Pflege sieht wir pflegen Thüringen e. V. jedoch auch Probleme im Zusammenhang mit dem Blick auf das Ehrenamt. So ist deutlich zu beobachten, dass durch staatliches Handeln versucht wird, mangelnde Pflegeinfrastrukturen über das Ehrenamt aufzufangen. Dies führt nicht selten zu einer Überforderung des Ehrenamts und schafft zudem keine auf Dauer verlässlichen Lösungen für die Menschen in der häuslichen Pflege. wir pflegen Thüringen e.V. sieht die Verantwortung für eine an den Bedarfen der Menschen orientieren Pflegeunterstützung beim Staat. Das gilt auch für das Land Thüringen.

Während also die Pflege im häuslichen Umfeld nicht zunehmend, und vor allem nicht aus finanziellen Gründen, Ehrenamtlichen übertragen werden soll, die die Lücken der Versorgungs- und Unterstützungsangebote durch ihr Engagement schließen sollen, ist die Förderung des Ehrenamtes grundsätzlich unterstützenswert. Entlastende und unterstützende Angebote, die sich an Pflegebedürftige und / oder ihre pflegenden Angehörigen richten, können den Alltag erleichtern und der sozialen Isolation in die Menschen im Zusammenhang mit der Pflege oft geraten, entgegenwirken. Gleichzeitig bietet das Ehrenamt Möglichkeiten, während der Pflege von Angehörigen gemachte Erfahrungen weiterzugeben, aktuell Pflegende zu unterstützen und auf aus Betroffenenansicht notwendige Veränderungen hinzuweisen. Auch die Arbeit des Vereins wir pflegen e. V. beruht auf dem Ehrenamt und dient dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Formulierung des Förderauftrages des Ehrenamtes als Staatsziele beinhaltet die Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung des Ehrenamtes, würdigt seine Leistungen und schafft eine Basis für eine angemessene Strukturentwicklung.

Zu Artikel 41b

Die Einführung des Nachhaltigkeitsprinzips mit dem Ziel finanzieller Nachhaltigkeit darf aus Sicht von wir pflegen in Thüringen e.V. nicht dazu verwendet werden, in Zukunft dringend notwendige Investitionen zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger und ihrer pflegenden Angehörigen zu unterlassen.

Deutschland investiert insgesamt zu wenig in die Pflege. Das wird besonders im Vergleich mit den skandinavischen Ländern deutlich. Angesichts der gegenwärtig gravierenden Mängel in der Pflege und der absehbaren kurz- und mittelfristigen Steigerung dieser Problemlagen, sehen wir einen erhöhten Investitionsbedarf und das unabhängig von den coronabedingten Entwicklungen, wie sinkende Steuereinnahmen und erhöhte Ausgaben für Maßnahmen in der Pandemie.

Es entspricht nicht der Generationengerechtigkeit, wenn mit dem Argument der finanziellen Nachhaltigkeit für den Gestaltungs- und Handlungsspielraum zukünftiger Generationen den Menschen, die mit ihrer Lebensleistung die Basis für den Wohlstand zukünftiger Generationen geschaffen haben,



notwendige Investitionen in qualitativ angemessene Pflegestrukturen versagt werden.

41c – kein Kommentar

41 d – kein Kommentar

Zum Fragenkatalog

4 / 5

Zu 1. – Die geplanten Verfassungsänderungen werden ihre Wirkungen in der Formulierung neuer gesetzlicher Regelungen und der ständigen Rechtsprechung entfalten.

Zu 2. – kein Kommentar

Zu 3. – Es ist ein verständlicher Ansatz, dass Verfassungen abstrakt formuliert werden, damit sie „flexibel“ nutzbar sind und nicht ständig verändert werden müssen, weil die konkreten Situationen nicht vorhergesehen werden können, wie auch Corona aktuell gezeigt hat. Aber trotzdem haben sie natürlich ihre Berechtigung, denn sie sind handlungsleitend. Hier geht es im Wesentlichen um die hinter den Begriffen liegenden Ideen, die für das Handeln im Konkreten den Rahmen abstecken.

Zu 4. – Das Hinzufügen der Worte „seines Alters“ in Artikel 1 scheint mit dem Gleichheitsgrundsatz zu rivalisieren. Hierbei ist aber immer zu beachten, dass die Anwendung des gleichen Rechtes auf ungleiche Individuen notwendigerweise Ungleichheit erzeugt. Die mit dem Gleichheitsgrundsatz verbundene Idee der gleichen Wirksamkeit von Rechten ist für unterschiedliche Personengruppendedeshalb gerade dann erreichbar, wenn ihre Spezifika (hier das Alter) besonders berücksichtigt werden.

Zu 5. – siehe 4. sowie

Artikel 2 Abs. 4 nennt explizit Menschen mit Behinderung als besonders schützenswert. Angesichts der demografischen Entwicklung Thüringens und des veränderten Blickwinkels auf den Status der Pflegebedürftigkeit, der teilweise auch zu erheblichen Einschränkungen der Ausübung und Durchsetzung eigener Rechte führt, ist es denkbar, dass in Zukunft auch Pflegebedürftige eine andere Wahrnehmung als sie bisher in entsprechenden Gesetzestexten erfahren.

Zu 6. – Aktuell erscheint eine Regelung in der Thüringer Verfassung als angezeigt, da eine Änderung auf Bundesebene nicht zu erwarten ist.

Zu 7. – kein Kommentar

Zu 8. – Es ist davon auszugehen, dass die jeweilige beabsichtigte Verfassungsbestimmung mittelfristig Änderungen bewirken wird, da sie handlungsleitend für weitere Regelungen sein wird. Würde man



davon ausgehen, dass keinerlei Wirkung bzw. Veränderung einträte, wäre das Aufführen jeglicher Verfassungsbestimmungen sinnlos.

Zu 9. – Die Wirkung von Verfassungszielen kann nur über einen längeren Zeitraum bewertet werden. Verfassungsziele wirken auf die gesamten zukünftigen gesetzlichen Regelungen und Verordnungen. Sowohl deren Ausgestaltung als auch ihre Umsetzung werden schrittweise Wirkungen entfalten.

Zu 10. – kein Kommentar

Zu 11. – kein Kommentar

Zu 12. – Die Stärkung wird eher mittelbar erfolgen.

Zu 13. – Die Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale mit Verfassungsrang wird den Rechtfertigungsmaßstab im Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung verschärfen.

Zu 14. – Der praktische Mehrwert der vorgeschlagenen Neuregelung besteht darin, dass mit ihr die besonderen Folgen, die aus dem Alter resultieren – und das meint hier die verschiedenen „Altersklassen“ im Lebensverlauf – hinsichtlich ihrer Wirkungen gewürdigt werden müssen. Dies erfordert ein wesentlich differenzierteres Vorgehen und bezieht die im Leben altersbedingt erfolgenden Wandlungen mit ein.

Zu 15. – siehe Ausführungen zu 5.



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

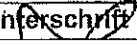
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Bestenauslese“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -													
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name <i>Reg. Dir. a.D.</i></td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><i>Schäfflbauer</i></td> <td><i>Josef</i></td> </tr> <tr> <td> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </td> <td> <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name <i>Reg. Dir. a.D.</i>	Vorname	<i>Schäfflbauer</i>	<i>Josef</i>	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name <i>Reg. Dir. a.D.</i>	Vorname												
<i>Schäfflbauer</i>	<i>Josef</i>												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	1985-2018 Bundesverkehrsverwaltung, Bonn, Würzburg, HH 1987-1989 UN-Generalsekretariat, New York 1997-1999 EU-Kommission, Brüssel	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Regelung nicht erforderlich selektive „Bekräftigung“ Bundesverfassungsrechtl. Regelung führt zur unnötigen Problematisierung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Massing, 29.11.2020	

Reg Dir a. D. Josef Schüßlburner	
	29. November 2020

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 11:21

29393/2020

Betreff: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – LT- Drs. 7/1629 vom 23.09.2020 -
Hier: Schriftliche Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu dem Themenkomplex „Bestenauslese“

Bezug: Anschreiben der Verwaltung des Thüringer Landtags vom 13.11.2020 -
Drs. 7/1629 (Bestenauslese) -

Anlage: Handschriftlich ausgefülltes Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren, Zum Themenkomplex "Bestenauslese"

zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf gemäß Anlage 2 des Bezugsschreibens nehme ich dem mit Bezugsschreiben übersandten Fragenkatalog nach Anlage 3 entsprechend wie nachfolgend ersichtlich Stellung. Der Klarstellung halber soll vorab darauf hingewiesen werden, dass die vorgegebene Themenstellung „Bestenauslese“ nur im Änderungsbefehl 5 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs (Änderung von Artikel 96 der Verfassung des Freistaates Thüringen) geregelt ist.

Der Gesetzesentwurf ist mit „Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ betitelt und umfasst neben der nachfolgend zu behandelnden Bestenauslese einem neuen Abschnitt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, der den Themen „Altersdiskriminierung“, „Integration“ und „Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“ gewidmet ist. Auf diese Themenkomplexe wird in drei weiteren separaten Stellungnahmen eingegangen. Der Themenstellung des Bezugsschreibens entsprechend wird nachfolgend gemäß dem Fragenkatalog nur zum Änderungsbefehl Nr. 5 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs Stellung genommen.

1. Notwendigkeit der Regelung auf der Ebene der Thüringer Verfassung

Die vorgesehene Regelung ist nicht erforderlich, da die entsprechende Regelung des Grundgesetzes (GG) auch unmittelbar im Freistaat Thüringen gilt. Für eine in der Begründung angeführte „Bekräftigung“ würde ein Verweis auf Artikel 33 Abs. 2 GG genügen, der dann das Problem erledigt, warum in der vorgesehenen Regelung der „Deutsche“ des Grundgesetzes in Thüringen durch den „Bürger“ ersetzt wird wie dies aber generell in der Verfassung des Freistaates Thüringen so geregelt ist.

2. Regelung bereits getroffen

Wie unter 1. ausgeführt, gilt die vorgesehene Bestimmung bereits im Hoheitsgebiet des Freistaates Thüringen, zumal mit dem „Bürger“ im Sinne des vorgesehenen Artikels 96 Abs. 2 n. F. doch der „Deutsche“ im Sinne von Artikel 33 Abs. 2 GG gemeint ist.

3. Bewirkung durch Neuregelung

Da der Inhalt der vorgesehene Regelung bereits anwendbar ist, kann die Neuregelung nichts weiter bewirken. Sollte ein „Nachdruck“ eine sinnvolle Gesetzesbegründung für eine Verfassungsänderung abgeben, dann wird man permanent derartige Änderungen für geboten erachten können. Es mag Ausnahmesituationen geben, in denen eine Bekräftigung zumindest sinnvoll sein könnte, etwa wenn die Geltung einer Norm grundlegend in Frage gestellt wird (vielleicht durch ein grobes gerichtliches Fehlurteil). Im Vorblatt des Gesetzentwurfs werden diesbezüglich „Vielfaltsprogramme“ genannt, womit wohl Quotenregelung entsprechend Einwanderungsgruppen und dergleichen bei der staatlichen Postenbesetzung gemeint sein dürften.

Falls die Hervorhebungen einer Gegenposition zu diesen „die Grenzen der Verfassungsgemäßheit überschreitenden Bestrebungen“, die aber wohl nicht im Verfassungsschutzbericht des Landes aufgelistet sind, der Grund für eine „Bekräftigung“ einer bundesverfassungsrechtlichen Regelung durch Landesverfassungsrecht sein soll, stellt sich die Frage, weshalb dann das Grundgesetz nur selektiv rezipiert wird. Diese selektive Rezeption, konkret von Artikel 33 GG, könnte selbst zur Gefährdung des Nationalstaatsprinzips führen, wonach politische Grundrechte, wie etwa auch das Recht zum gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst Staatsbürgern vorbehalten sind. Dies erscheint in der Tat vorliegend in Frage gestellt zu sein, und zwar durch andere Teile des vorliegenden Änderungsgesetzes, das den Begriff des Ausländers als rechtlichen Gegensatz zum Deutschen begrifflich verschleiert (s. dazu die Stellungnahme zum Themenkomplex Integration). Will man diesbezüglich durch Bekräftigung dagegenhalten, ist nicht die selektive Rezeption von Artikel 33 GG geboten, sondern es ist insbesondere dessen Absatz 1 hervorzuheben, wonach jeder Deutsche, d.h. Bürger gleiche staatsbürgerliche Rechten und Pflichten hat.

4. Erreichen des intendierten Ziels

Das Ziel wird bereits durch rechtskonforme Anwendung des geltenden Artikels 33 GG erreicht.

5. Negative Folgen für Thüringer Verfassung oder Personengruppen durch Neuregelung

Da mit der geplanten Neuregelung nur ein Absatz von Artikel 33 GG rezipiert wird, stellt sich die Frage, ob die anderen Bestimmungen dieses GG-Artikels wie der entscheidende Absatz 1, der die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Deutschen positiviert, in Thüringen dann nicht so ohne weiteres gelten soll oder der Zugang zum öffentlichen Dienst entgegen Artikel 33 Abs. 3 GG in Thüringen doch von Bekenntnissen - etwa von einem „antifaschistischen“ entsprechend anderweitig geplanten Verfassungsänderungen - abhängig

gemacht werden könnte, kein funktioneller Vorbehalt gemäß Artikel 33 Abs. 4 GG gilt und die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums gemäß Artikel 33 Abs. 5 GG in Thüringen nicht oder nicht so ohne Weiteres gelten sollen.

Hinsichtlich der bestehenden Fassung von Artikel 96 stellt sich eine derartige Frage nicht, weil hierbei angenommen werden kann, dass Artikel 33 GG als bestehend vorausgesetzt wird und mit Absatz 2 nur das Sonderproblem der Beschäftigung von Stasi-Mitarbeitern geregelt werden sollte, dem mit Absatz 1 ein allgemeiner Grundsatz vorangestellt wird. Dieser Grundsatz ist in Artikel 33 Abs. 5 GG sicherlich enthalten, aber nicht explizit formuliert (dies erfolgt erst in Beamtenengesetzen) und sollte aus bestimmten Gründen, etwa zur Abgrenzung zum vorausgegangenen DDR-Regime mit seiner parteilichen Funktionärsherrschaft hervorgehoben werden – womit in diesem Fall ein nachvollziehbarer Grund für eine „Bekräftigung“ durch explizite konkretisierende Formulierung eines allgemeinen Grundsatzes der Bundesverfassung gegeben war.

Letztlich werden die möglichen negativen Folgen der Verfassungsänderung dadurch neutralisiert oder stellen sich als irrelevant dar, weil das entsprechende Bundesrecht Anwendung findet. Die mögliche Verwirrung durch eine selektive Rezeption des Artikels 33 GG könnte jedoch dadurch vermieden werden, indem in einem neuen Absatz 1 von Artikel 96 der Thüringer Verfassung unbeschränkt auf Artikel 33 GG verwiesen wird. Man könnte ja trotzdem in der Begründung betonen, dass dieser Verweis hauptsächlich wegen des Absatzes 2 von Artikel 33 GG erfolgen soll, weil damit einer zentralen Gefährdung von Verfassungsrecht durch eine Einwanderungsgesellschaft, die multikulturell auf die Etablierung neuer Volksgruppen mit sich in Quotenregelungen ausdrückenden Sonderrechten gerichtet sein könnte, rechtzeitig entgegengewirkt werden soll.

6. Negative Folgen durch verfassungsgesetzliche Verortung

Die in der Antwort zur Frage 5 dargestellte Problematik stellt sich vor allem durch die Tatsache einer landesverfassungsrechtlichen Regelung. Würde in einer einfachen Gesetzesvorschrift, etwa im Landesbeamtengesetz, nur selektiv etwas zu Artikel 33 Abs. 2 GG geregelt werden, könnte kaum vermutet werden, dass damit die Geltung der nicht gesetzlich konkretisierten Verfassungsbestimmungen negiert oder relativiert werden würde, da dies ein einfaches Gesetz im Verhältnis zum Verfassungsgesetz nicht bewirken kann. Auf der Ebene der Landesverfassung kann bei einer selektiven Rezeption der Bundesverfassung dagegen schon die Vermutung einer entsprechenden Relativierung angestellt werden.

7. Mehrwert der vorgesehenen Regelung gegenüber Bundesrecht und Europarecht

Ein derartiger Mehrwert kann nicht festgestellt werden. Dass geltendes Verfassungsrecht auch wirklich gilt, sollte eigentlich nicht zusätzlich regelungsbedürftig sein.

8. Gesetzgeberischer Spielraum für Landesgesetzgeber zur Gleichstellung

Durch das Beamtenstatusgesetz und das Beamtenrechtsrahmengesetz des Bundes, aber auch schon durch die einschlägigen GG-Vorschriften ist der Spielraum des Landesgesetzgebers etwa zur Sicherstellung einer wie auch immer definierten materiellen Gleichheit, die formelle

Gleichheit zu „modifizieren“, die insbesondere im Leistungsprinzip zum Ausdruck kommt, äußerst beschränkt.

9. Berücksichtigung des Leistungswettbewerbs bei gleicher Ausgangsbedingungen durch geplante Neuregelung

Die geplante Neuregelung regelt aufgrund der Geltung des identischen Artikels 33 Abs. 2 GG nicht wirklich Neues. Das Recht zur Konkurrentenklage des unterlegenen Bewerbers ist bereits jetzt anerkannt. Außer im Falle eindeutiger Diskriminierung hat eine derartige Klage allerdings nur geringe Erfolgsaussichten, da die Rechtsprechung der zuständigen Personalabteilung ein großes Einschätzungsermessen zugesteht, was sich allerdings wohl kaum ändern lässt.

10. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung als geeignete Kriterien für hochwertige Ausübung des Staatsdienstes

Die Frage muss bejaht werden, zumal die genannten Kriterien mit Artikel 33 GG verfassungsrechtlich garantiert sind, so dass erst dieser Artikel geändert oder dessen Anwendung in Übereinstimmung mit Artikel 33 Abs. 5 GG systemkonform modifiziert (was etwa bei sog. politischen Beamten der Fall ist) oder aber rechtswidrig negiert werden müsste (etwa durch parteipolitische Patronage oder einwanderungsgruppenspezifischen Quotenregelungen), um eine anderweitige Regelung treffen zu können und eine andersartige, zumindest bislang rechtswidrige Praxis zu etablieren.

Die Alternative zu dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Leistungsprinzip wäre zum einen die (partei-)politische Beutepolitik bei der Besetzung öffentlicher Stellen, die nicht durch Wahl besetzt werden (also die Legalisierung und Ausweitung der Patronage) oder Quotenregelungen nach völlig unterschiedlichen denkbaren Kriterien, wie etwa nach wohl befürchteten Einwanderungs- oder Abstammungsquoten. Denkbar wäre auch, dass bestimmte leitende Stellen in Wahlämter umgewandelt werden.

Es dürfte klar sein, dass die Alternativoptionen zumindest keine bessere Ausübung des Staatsdienstes herbeiführen und mehr Probleme schaffen als lösen würden.

11. Signalwirkung der landesverfassungsrechtlichen Bekräftigung

Eine Signalwirkung, sofern erforderlich, nötigt zu einer Vollrezeption von Artikel 33 GG, da eine Teilrezeption eine andersgeartete Signalwirkung hervorrufen könnte.

12. Praktisch-politischen Auswirkung der vorgeschlagenen Verfassungsänderung für Staatshandeln

Da die vorgesehene Verfassungsänderung nur eine deklaratorischen „Bekräftigung“ darstellt, kann dies nur einen Appell bedeuten, sich bei der staatlichen Stellenbesetzung verfassungsmäßig, also rechtstreu zu verhalten. Da man dies eigentlich erwarten darf, kann auch kaum von praktischen Auswirkungen ausgegangen werden. Es können sich allerdings

die in der Antwort zu Fragen 5 und 6 aufgezeigten negativen Wirkungen zumindest im Sinne einer Problematisierung ergeben.

13. Rechtstechnische Aspekte der Verfassung

Sofern Regelungsbedarf angenommen wird, ist die Änderung bei Artikel 96 der Verfassung systematisch richtig angesiedelt. Zur Vermeidung negativer Auswirkungen von durchaus naheliegenden Umkehrschlüssen wird folgende Regelung als Alternative empfohlen:

- Neuer Absatz 1 von Artikel 96 etwa wie folgt:
„(1) Allen Bürgern [Deutschen] kommt im Freistaat Thüringen die staatsbürgerliche Gleichstellung gemäß Artikel 33 des Grundgesetzes zu.“
- Die bestehenden Absätze 1 und 2 werden Absätze 2 und 3.

Der bisherige Absatz 1 und (danach) künftige Absatz 2 würde dann eine Konkretisierung von Artikel 33 Abs. 5 GG darstellen, so dass die Systematik passend wäre. Und danach würde dann mit dem bestehenden Absatz 2 und dann künftigen Absatz 3 ein Sonderproblem geregelt werden, das mit dem Grundgesetz nicht geregelt ist, da Artikel 131 GG (frühere Angehörige des öffentlichen Dienstes) gemäß Artikel 6 des Einigungsvertrags nicht anwendbar ist und deshalb berechtigter Weise in einer Landesverfassung geregelt wird (wobei diese Regelung inhaltlich nicht dahingehend problematisiert werden soll, warum eine Ent-Stasifizierung angeordnet ist, aber keine Ent-SEDisierung).

14. Beurteilung nach der Maxime „kurz und dunkel“

Maßgeblich sollte eine Beurteilung eines Gesetzes, insbesondere eines Verfassungsgesetzes nach dem römisch-rechtlichen Gebot *lex brevis esto* sein (das Gesetz soll knapp sein!). Dies bedeutet, dass die gesetzlichen Voraussetzungen und die Rechtsfolgen klar definiert sind und dabei vor allem absehbar ist, was passiert, wenn den Rechtsvorschriften nicht entsprochen wird. Die vorgesehene Regelung entspricht dieser Maxime. „Dunkel“ ist sie aber, weil unklar ist, warum nur eine selektive Rezeption des einschlägigen Bundesverfassungsrechts erfolgen soll.

15. Rivalisierende verfassungsrechtliche Positionen

Mit der geplanten Änderung von Artikel 96 wird keine neue Staatszielbestimmung im Sinne von Artikel 43 geregelt, sondern mit einem Grundrecht im Sinne von Artikel 42 etwas geregelt wird, was ohnehin schon gilt. Dabei ist auch eine zutreffende Entscheidung gegen mögliche rivalisierende Interessen getroffen, wie etwa das Interesse von Parteien an Patronage und parteipolitischer Beutepolitik bei der Besetzung staatlicher Stellen. Dies trifft auch hinsichtlich der wohl befürchteten Statuierung von Quotenregelungen bei der staatlichen Stellenbesetzung nach Einwanderungs- und Abstammungsquoten zu. Allerdings ist die Vollrezeption von Artikel 33 GG geboten, falls man „Nachdruck“ für notwendig erachtet, damit auch deutlich ist, dass es bei der Stellenbesetzung im Staatsapparat um ein Bürgerrecht geht. Dies sollte dann nicht durch Aufweichen der Begrifflichkeit - Ersetzung des Ausländers durch „Mensch mit Migrationshintergrund“ - in Frage gestellt werden, ein Begriff, der theoretisch auch einen eingebürgerten Deutschen erfasst und dann Ansatz ist, völkische

Quotenregelungen bei staatlichen Stellenbesetzungen zu fordern. Letzteres ist jedoch gerade bei einer nur selektiven Rezeption von Artikel 33 GG zu befürchten.

16. Rechtlicher Zugewinn durch vorgeschlagene Regelung zur Bestenauslese

Dieser Zugewinn einer - selektiven - Bekräftigung einer Vorschrift der Bundesverfassung in der Landesverfassung ist nicht ersichtlich. Wenn schon an eine bekräftigende Regelung gedacht ist, dann ist eine Vollrezeption von Artikel 33 GG geboten.

Ich danke für die Möglichkeit der Stellungnahme, hoffe, dass diese zur Entscheidungsfindung beiträgt und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

(Josef Schüßlburner)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name <i>RD a.D.</i></td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><i>Schüßlburner</i></td> <td><i>Josef</i></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name <i>RD a.D.</i>	Vorname	<i>Schüßlburner</i>	<i>Josef</i>	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name <i>RD a.D.</i>	Vorname									
	<i>Schüßlburner</i>	<i>Josef</i>									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Tätigkeit bei Bundesverwaltungsverwaltung 1985-2018, UN-Generalsekretariat 1987-1989, EU-Kommission 1997-1999	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Das (Lebens-) Alter stellt zum mit dem anderen Diskriminierungsverboten von Artikel 2(3) Verfassung gleichwertiges Merkmal dar; der allgemeine Gleichheitssatz ist ausreichend	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Massing, 29.11.2020	

Reg Dir a. D. Josef Schüßlburner	
	, 29. November 2020

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 11:18

29392/2020

Betreff: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU; LT-Drucksache 7/ 1629 vom 23.09.2020
Hier: Schriftliche Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu dem Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“

Bezug: Anschreiben der Verwaltung des Thüringer Landtags vom 6.11.2020 - Drs. 7/1629 (Schutz vor Altersdiskriminierung) -

Anlage: Handschriftlich ausgefülltes Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf gemäß Anlage 2 des Bezugsschreibens nehme ich dem mit Bezugsschreiben als Anlage 3 übersandten Fragenkatalog entsprechend wie nachfolgend ersichtlich Stellung. Der Klarstellung halber soll vorab darauf hingewiesen werden, dass die vorgegebene Themenstellung „Schutz vor Altersdiskriminierung“ nur im Änderungsbefehl 2 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs (Änderung von Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Thüringen) geregelt ist.

Der Gesetzesentwurf ist mit „Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ betitelt und umfasst neben der nachfolgend zu behandelnden Altersdiskriminierung einem neuen Abschnitt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, der der „Integration“ und der „Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“ gewidmet ist. Außerdem wird im Änderungsbefehl 5 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs die „Bestenauslese“ durch Änderung von Artikel 96 der Verfassung des Freistaates Thüringen behandelt. Auf diese Themenkomplexe wird in drei weiteren separaten Stellungnahmen eingegangen.

Der Themenstellung des Bezugsschreibens entsprechend wird nachfolgend gemäß dem Fragenkatalog nur zum Änderungsbefehl Nr. 2 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs Stellung genommen.

1. Praktische Auswirkungen

Die praktischen Auswirkungen werden als gering angesehen, sofern sie überhaupt festzustellen sind. Schon nach der bestehenden Rechtslage sind unsachgemäße Differenzierungen nach dem allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Artikel 2 (1)

als verfassungswidrig anzusehen. Entgegen der Befürchtung in der einschlägigen Begründung des Gesetzesentwurfs ist nicht zu erwarten, dass die Rechtsprechung auf der Grundlage des allgemeinen Gleichheitssatzes diesbezüglich etwas für verfassungskonform erklärt, was dann nach der geplanten Spezialvorschrift als verfassungswidrig angesehen werden müsste.

2. Rechtstechnische Einordnung

Mit dem Gesetzesentwurf soll neben den aus Art. 3 (3) des Grundgesetzes (GG) abgeleiteten Differenzierungsverboten des Artikels 2 (3) der Verfassung ein weiterer Tatbestand einer verbotenen diskriminierenden Regelung, nämlich des Alters, geschaffen werden, bei dem sich allerdings die Frage stellt, ob dieser Tatbestand wirklich von vergleichbarer Qualität ist wie die geregelten Differenzierungsverbote etwa der „Abstammung“ oder der „ethnische Zugehörigkeit“ (als Umschreibung von „Rasse“ im Sinne von Artikel 3 (3) GG). Auch wenn beim Differenzierungsverbot des Alters primär wohl an die Altdiskriminierung gedacht wird, so umfasst der Begriff „Alter“ im Sinne von Lebensalter auch das jugendliche Alter der Minderjährigkeit. Hinsichtlich dieser Minderjährigkeit wird der Gesetzgeber aus völlig sachgerechten Gründen andere Regelungen treffen müssen als für die Volljährigkeit. Fügt man ein vom Gesetzgeber doch unterschiedlich zu regelndes Tatbestandsmerkmal in den Katalog der gelegentlich als „absolut“ angesprochenen Diskriminierungstatbestände ein, dann wird der gewissermaßen absolute Charakter dieser anderen Diskriminierungsmerkmale gefährdet, weil dann zur Begründung etwa von Spezialregeln der Minderjährigkeit eine relativierende Begründungsmethodik für ein absolutes Diskriminierungsverbot gefunden werden muss, die dann auch auf die bestehenden Diskriminierungsverbote angewandt werden kann.

Konkret gefährdet ist derzeit etwa das Diskriminierungsmerkmal der „politischen, weltanschaulichen ... Überzeugung“, bei dem in der Rechtswirklichkeit zunehmend unklar wird, ob dieses Diskriminierungsverbot auch für politisch rechts angesiedelte Auffassungen gilt. Muss beim neuen Tatbestand des Alters gebotener Weise eine Differenzierungsmethodik gefunden werden, dann wird diese Methodik auch beim Merkmal „politische Überzeugung“ angewandt, bei dem aber keine Differenzierung vorgenommen werden sollte.

3. Beurteilung nach der Maxime „kurz und dunkel“

Maßgeblich sollte eine Beurteilung eines Gesetzes, insbesondere eines Verfassungsgesetzes nach dem römisch-rechtlichen Gebot *lex brevis esto* sein (das Gesetz soll knapp sein!). Dies bedeutet, dass die gesetzlichen Voraussetzungen und die Rechtsfolgen klar definiert sind und dabei vor allem absehbar ist, was passiert, wenn den Rechtsvorschriften nicht entsprochen wird. Grundsätzlich entspricht die vorgesehene Regelung dieser Maxime. Sie ist aber trotzdem aus den unter 2. genannten Gründen etwas „dunkel“.

4. Rivalisierende verfassungsrechtliche Positionen

Zu denken wäre etwa an die Vertragsfreiheit bei Beschäftigungsverhältnissen, die vielleicht ein Arbeitgeber so ausgestalten will, dass er nur Personen einer bestimmten Altersgruppe beschäftigt. Eine gegen diese Vertragsfreiheit gerichtete Gleichbehandlung wird nicht unmittelbar durch ein grundsätzlich auf Staatshandeln gerichtete Grundrechtsbindung sichergestellt, sondern bedarf der Gesetzgebung. Ob diese durch das vorgesehene

Differenzierungsverbot besser legitimiert ist als ohne diesen Tatbestand, erscheint zweifelhaft, da sich eine unsachgemäße Unterscheidung nach Altersgruppen auch aufgrund des allgemeinen Gleichheitssatzes gesetzlich verbieten lässt.

5. Problematik der Hervorhebung von einzelnen Gruppen bei allgemeiner Rechtsgleichheit

Die Anwendung des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes hat einen axiologischen (bewertenden) und einen logischen Aspekt. Entscheidend ist zunächst das Kriterium, nach dem unterschieden wird. Hierbei hat der Gesetzgeber grundsätzlich ein weites Ermessen, das nur durch den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Grundsatz, wonach nicht willkürlich Ungleiches gleich und Gleiches nicht willkürlich ungleich behandelt werden darf, eingeschränkt wird. Die dem Art. 3 (3) GG nachgebildeten Kriterien gemäß Art. 2 (3) schließen nach Art. 3 (1) GG bzw. Art. 2 (1) theoretisch mögliche Anknüpfungspunkte aus.

Die Frage ist dann konkret, ob das menschliche „(Lebens-)Alter“ ein Kriterium ergibt, das dem allgemeinen Gleichheitssatz und dem damit verbundenen Diskriminierungsverbot zugeordnet bleiben kann (diese Bestimmung wäre auf alle Fälle anwendbar) oder es dazu eines speziellen Diskriminierungsverbots bedarf. Dies wird aus den unter 1. ausgeführten Gründen verneint.

6. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung

Da der Regelungsbedarf zumindest auf verfassungsrechtlicher Ebene zweifelhaft erscheint, sollte man die Verfassung, die in der Tat möglichst knapp sein sollte, mit dieser Problematik nicht belasten.

7. Regelungsziel bereits verwirklicht?

Das bestehende Recht steht zumindest der im Sinne des Gesetzesentwurfs gewollten Nichtdiskriminierung nicht entgegen. Mögliche Unzulänglichkeiten können aufgrund des anwendbaren allgemeinen Gleichheitssatzes korrigiert werden.

8. Wirkung der beabsichtigten Verfassungsregelung

Da Folge der Verletzung eines Grundrechts in der Regel die Aufhebung der entsprechenden Maßnahme bedeutet, kann der geplanten verfassungsrechtlichen Regelung Wirksamkeit zugesprochen werden.

9. Erreichen des intendierten Ziels

Wenn das intendierte Ziel als eine Wirkung definiert wird, die über die Anwendung des geltenden allgemeinen Gleichheitssatzes hinausgeht, dann ist diese (zusätzliche) Wirkung im Bereich des Tatbestandsmerkmals „(Lebens-)Alter“ kaum zu erwarten.

10. Mögliche negative Folgen der Regelung für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen)

Da sich die geplante Verfassungsänderung zur Altersdiskriminierung vom bestehenden Verfassungsrecht, also dem allgemeinen Gleichheitssatz, nicht besonders unterscheidet, werden sich keine über die bestehende Regelung hinausgehende negativen Folgen ergeben, sofern derartige überhaupt bestehen sollten. Eine gesetzliche Beschränkung etwa der Dispositionsbefugnis eines Arbeitsgebers hinsichtlich des Alters wird sich hinsichtlich der Frage der rechtlichen Rechtfertigung beim allgemeinen Gleichheitssatz kaum anders darstellen als beim vorgesehenen spezifischen Diskriminierungstatbestand.

Es könnten sich aber aus den in Antwort zur Frage 2 dargestellten methodischen Gründen negative Auswirkungen bei der Anwendung der anderen besonderen Diskriminierungsverbote ergeben.

11. Mögliche negative Folgen für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen) durch Verortung in der Verfassung

Da bereits eine verfassungsrechtliche Regelung vorliegt, wird sich durch eine Modifizierung dieser bestehenden Verfassungsregelung durch Verfassungsänderung keine grundlegende Änderung im Sinne der Fragestellung ergeben.

12. Stärkung der Teilhabeposition junger und alter Menschen durch Altersdiskriminierungsverbot

Mit Teilhabeposition wird etwas angesprochen, was über ein Grundrecht als (schwerpunktmäßig) Abwehrposition gegenüber staatliche Maßnahmen hinausgeht, nämlich gesellschaftliche Verbesserungen. Dies kann mit einem Grundrecht der klassischen Art allenfalls indirekt im Wege einer „Drittwirkung“ etwa über die Rechtsprechung erreicht werden. Der Regelungsmethodik der Thüringer Landesverfassung entsprechend müsste hierzu wohl eine Staatszielbestimmung gemäß Art. 43 formuliert werden, sofern man die Problematik auf verfassungsrechtlicher Ebene regeln will.

13. Verschärfung der Anforderung bei Verhältnismäßigkeitsprüfung durch Neuregelung

Da abstrakt die Verbesserung, die gegenüber dem allgemeinen Gleichheitssatz durch einen neuen speziellen Diskriminierungstatbestand erreicht werden soll, nicht festgestellt werden kann - auch die Gesetzesbegründung führt kein konkretes Beispiel an, sondern argumentiert sehr abstrakt - ist kaum zu erwarten, dass sich damit Anforderungen etwa bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung verschärfen. Sicherlich würde dann in Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen der neue Tatbestand, sofern einschlägig, genannt werden müssen. Damit ist jedoch nicht unbedingt impliziert, dass damit ein anderes Ergebnis die Folge sein wird als dies der Fall wäre, wenn es beim allgemeinen Gleichheitssatz verbliebe.

14. Praktischer Mehrwert der Neuregelung

Der vorangegangenen Antworten entsprechend wird von der Neuregelung kein praktischer Mehrwert erwartet.

15. Weitere Gleichbehandlungsgebote

Von zusätzlichen verfassungsrechtlichen Regelungen ist zur Vermeidung der Überfrachtung einer Verfassung abzuraten, was auch den politischen Prozess offenhält. Die Problematik möglicher Defizite von Gleichbehandlung in der Gesellschaft sollte dem einfachen Gesetzesrecht überlassen werden. Zusätzliche verfassungsrechtliche Regelungen verbessern nicht notwendigerweise die verfassungsrechtlichen Garantien, sondern können im Gegenteil eine verstärkte gegenseitige Relativierung bestehender verfassungsrechtlicher Regelungen durch neue Regelungen bewirken.

Auch sollte die „Signalwirkung“ einer Verfassung nicht überbetont werden. Eine Verfassung hat vor allem die Staatsorganisation zu regeln (Bestimmung der Staatsämter und ihre Besetzung, Abberufung und dergl. und das Verhältnis zueinander) und daneben möglichst klar Grundrechtsgarantien als „negative Staatskompetenzen“. Alles andere sollte der politischen Entscheidungsfindung bei normalen Mehrheitsverhältnissen überlassen bleiben.

Ich danke für die Möglichkeit der Stellungnahme, hoffe, dass diese zur Entscheidungsfindung beiträgt und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

(Josef Schuster)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name <i>Regina a.D.</i></td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><i>Schüßlburner</i></td> <td><i>Jörg</i></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name <i>Regina a.D.</i>	Vorname	<i>Schüßlburner</i>	<i>Jörg</i>	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name <i>Regina a.D.</i>	Vorname												
<i>Schüßlburner</i>	<i>Jörg</i>												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	1985-2018 Bundesverkehrsverwaltung Bonn, Würzburg, HH 1987-1989 UN-Generalsekretariat New York 1997-1999 EU-Kommission, Brüssel	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Regelung wegen Bundesgesetzgebung auf Ebene der Landesverfassung mit Verstoß; Begrifflichkeit ist gegen Nationales Staatskonzept gerichtet; Integration für Ausländer etwas zu weitgehend	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5-Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Massing, 29.11.2020	

Reg Dir a. D. Josef Schüßlburner	
	29. November 2020

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Zum Themenkomplex "Integration"

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 11:25

29395/2020

Betreff: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten; Gesetzentwurf der Fraktion der CDU; LT-Drs. 7/ 1629 vom 23.09.2020
Hier: Schriftliche Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu dem Themenkomplex „Integration“

Bezug: Anschreiben der Verwaltung des Thüringer Landtags vom 6.11.2020 -
- Drs. 7/1629 (Integration) -

Anlage: Handschriftlich ausgefülltes Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff als Anlage 2 beigefügten Gesetzentwurf nehme ich dem mit Bezugsschreiben als Anlage 3 übersandten Fragenkatalog entsprechend wie nachfolgend ersichtlich Stellung. Der Klarstellung halber soll vorab darauf hingewiesen werden, dass die vorgegebene Themenstellung „Integration“ nur im Änderungsbefehl 3 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs und dabei in der geplanten Einfügung von Artikel 41 d der Verfassung des Freistaates Thüringen geregelt ist.

Der Gesetzesentwurf ist mit „Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ betitelt und umfasst neben der nachfolgend behandelten „Integration“ Regelungen zur Altersdiskriminierung und zur „Herstellung gleicher Lebensverhältnisse“. Außerdem ist im Änderungsbefehl Nr. 5 von Artikel 1 eine Änderung von Artikel 96 der Verfassung (Verankerung des Leistungsprinzips im öffentlichen Dienst) vorgesehen. Auf diese Themenkomplexe wird in drei weiteren separaten Stellungnahmen eingegangen. Der Themenstellung des Bezugsschreibens entsprechend wird nachfolgend gemäß dem Fragenkatalog nur zum Änderungsbefehl Nr. 3 von Artikel 1 und dabei zum danach vorgesehenen Artikel 41 d der Verfassung Stellung genommen

1. Praktische Auswirkungen

Die Auswirkungen können konzeptionell als weitreichend angesehen werden, weil mit der Integrationsregelung der Freistaat Thüringen zu einem Einwanderungsgebiet bestimmt wird, auch wenn dies nicht als solches ausgesprochen wird. Aus im Sinne von § 43 Abs. 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes des Bundes genannten „rechtmäßig auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländern“ werden auf der Ebene der Landesverfassung „rechtmäßig auf Dauer ...

lebende Menschen mit Migrationshintergrund“, womit verfassungsrechtlich etwas festgeschrieben werden soll, was der Bundesgesetzgeber vielleicht einmal wieder anders ausgestalten will. Da derartige bundesrechtliche Regelungen nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4 GG (konkurrierende Gesetzgebung des Bundes für das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der Ausländer) in Verbindung mit Artikel 72 GG (Berechtigung des Bundes zur Wahrnehmung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Falle der Erforderlichkeit gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Wahrung der Rechtseinheit) jedoch vorgehen, ist die praktische Bedeutung der Regelung nach der Landesverfassung wiederum nicht so entscheidend. Entscheidend scheint dann wohl die politische Bekundung zugunsten einer Einwanderungsgesellschaft zu sein.

2. Rechtstechnische Einordnung

Die Regelung ist als Staatszielbestimmung im Sinne von Artikel 43 der Verfassung ausgestaltet und fügt sich insoweit in die verfassungsrechtliche Systematik ein. Formalrechtlich entscheidender ist die Frage, ob derartige Regelungen auf Landesebene mit der einschlägigen Bundesgesetzgebung, der auch gegenüber einer verfassungsrechtlichen Regelung in einer Landesverfassung gemäß Artikel 31 GG Vorrang zukommt, vereinbar ist. Da es sich bei der geplanten Regelung um keine Grundrechte (s. Art. 42 der Verfassung) handelt, kann für die Wirksamkeit der geplanten Regelung im Konfliktfall mit dem Bundesrecht auch nicht Artikel 142 GG (Weitergeltung von Landesgrundrechten, die in Übereinstimmung mit den Artikeln 1 bis 18 GG stehen) vorgebracht werden.

3. Beurteilung nach der Maxime „kurz und dunkel“

Maßgeblich sollte eine Beurteilung eines Gesetzes, insbesondere eines Verfassungsgesetzes nach dem römisch-rechtlichen Gebot *lex brevis esto* sein (das Gesetz soll knapp sein!). Dies bedeutet, dass die gesetzlichen Voraussetzungen und die Rechtsfolgen klar definiert sind und dabei vor allem absehbar ist, was passiert, wenn den Rechtsvorschriften nicht entsprochen wird. Bei Staatszielbestimmungen ist dies in der Regel unklar. So könnte vorliegend etwa die Frage nicht definitiv beantwortet werden, ob eine Regierung, die keine der verfassungsrechtlich wohl vorgesehenen Maßnahmen wie etwa Integrationskurse veranlasst, rechtswidrig oder gar besondere rechtmäßig handelt, wenn sie nach der Position verfährt, dass der angesprochene Personenkreis von sich aus an einer Integration interessiert sein sollte und von privaten Schulen angebotene Deutsch- und Identifikationskurse deshalb grundsätzlich selbst bezahlen sollte. Sollte man jedoch diese Frage mit rechtswidrig beantworten müssen, ergibt sich das Problem, dass eine detailliert zu verstehende Staatszielbestimmung das gesetzgeberische Ermessen sehr weitgehend einschränkt und die normale politische Entscheidungsfindung zu weitgehend vorbestimmt. Dies wirkt sich dann negativ auf die Bedeutung von Parlamentswahlen aus, da die politische Entscheidung unabhängig vom Wahlausgang schon weitgehend determiniert erscheint.

4. Rivalisierende verfassungsrechtliche Positionen

Aufgrund der generellen Position zu Staatszielbestimmungen kann nur die Aussage getroffen werden, mit derartigen Staatszielregelungen sehr zurückhaltend umzugehen, damit das gesetzgeberische Ermessen auch zu Lasten der Bedeutung von Landtagswahlen nicht zu weitgehend eingeschränkt wird.

Als wesentliche rivalisierende Verfassungskonzeption stellt sich vorliegend das Nationalstaatsprinzip dar, das eine eindeutige Unterscheidung von Bürgern und Ausländern gebietet, was nicht mit einer Begrifflichkeit wie „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Menschen mit unterschiedlicher Herkunft“, was sowohl Ausländer als auch (potentiell) eingebürgerte Deutsche meinen kann, vernebelt werden sollte.

5. Problematik der Hervorhebung von einzelnen Gruppen bei allgemeiner Rechtsgleichheit

Sofern - wie anzunehmen ist - mit dem Tatbestandsmerkmal „Menschen mit Migrationshintergrund“ ein anderer Begriff für „Ausländer“ gemeint ist, ist das Merkmal als solches mit den Differenzierungstatbeständen gemäß Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung vereinbar, weil die Eigenschaft als „Ausländer“ anerkanntermaßen bei Artikel 3 Abs. 3 GG ein grundsätzlich zulässiges Differenzierungskriterium darstellt und schon durch die verfassungsrechtliche Unterscheidung von Bürger- und Menschenrechten vorgezeichnet ist. Die Ersetzung des Begriffs „Ausländer“ durch „Menschen“ mit einem bestimmten Qualifikationsmerkmal, nämlich „Migrationshintergrund“ (oder anderer Herkunft), stellt eine auf Etablierung einer Einwanderungsgesellschaft bzw. multikulturellen Gesellschaft ausgerichtete Verfassungspolitik, wenn nicht nur bloße Verfassungsideologie dar.

Diese zu unterstellende Absicht wird belegt durch die Tatsache, dass abstrakt mit dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ (Absatz 2 des geplanten Artikels 41 d) oder „unterschiedlicher Herkunft“ (Absatz 1 des geplanten Artikels 41 d) auch eingebürgerte deutsche Staatsbürger erfasst werden können, einschließlich deren Abkömmlinge. In diesem Fall wird ein Konflikt mit den nach Artikel 2 Abs. 3 der Verfassung verbotenen Differenzierungskriterien kaum vermeidbar sein. Eine Rechtfertigung für eine entsprechende Kategorie könnte dann nur mit ähnlichen Erwägungen vorgebracht werden, die Regelungen wie Artikel 6 der Verfassung des Freistaates Sachsen hinsichtlich „Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit“ oder wie Artikel 5 der Verfassung von Schleswig-Holstein hinsichtlich der „nationale(n) dänische(n) Minderheit und die friesische(n) Volksgruppe“ begründen. Damit würde die Einwanderung zur Begründung neuer nationaler Minderheiten genutzt werden, denen dann im Laufe der Zeit unter Berufung auf Bestimmungen der genannten anderen Landesverfassungen und der darauf basierenden generellen Gleichbehandlungsverpflichtung Sonderrechte eingeräumt werden müssten, etwa in Form von Quoten bei der Besetzung staatlicher Stellen (s. dazu die Antworten zum Themenkomplex „Bestenauslese“).

Zur Vermeidung einer derartigen Entwicklung sollte auf den schillernden Begriff des „Menschen mit Migrationshintergrund“ verzichtet und stattdessen in Übereinstimmung mit § 43 des Aufenthaltsgesetzes des Bundes der klare Begriff „Ausländer“ eingefügt werden. Sofern dieser Begriff zur Unterscheidung qualifiziert werden soll, sollte entsprechend der Bundesgesetzgebung von „rechtmäßig auf Dauer im Inland [bzw. in Thüringen] lebenden Ausländern“ geschrieben werden.

Es empfiehlt sich auch, die Unterscheidung von Deutschen / Bürgern und Ausländern nicht mit der Begrifflichkeit „Menschen unterschiedlicher Herkunft“ (s. Artikel 41 d Abs. 1), die zudem noch etwa anderes bedeuten kann als nur nationale Herkunft, zu verschleiern, sondern dem demokratischen Nationalstaatskonzept entsprechend den Unterscheid durch eindeutige Begrifflichkeit festzulegen.

6. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung

Wie die entsprechenden Regelungen im Kapitel 3 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) zeigen, besteht keine Notwendigkeit einer landesverfassungsrechtlichen Regelung. Hinzu kommt, dass für derartige Regelungen aufgrund der Ausübung der konkurrierenden Gesetzgebungszuständigkeit gemäß Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4 GG, die insbesondere durch die Erforderlichkeit der Einheitlichkeit der Rechtsordnung gemäß Artikel 72 Abs. 2 GG begründet ist, das Land ohnehin nicht mehr im Bereich der Rechtsetzung wirklich zuständig ist, mag sich auch die vorgesehene verfassungsrechtliche Regelung wegen ihres das Bundesrecht (wenngleich tendenziös) paraphrasierenden Charakters noch nicht als direkt rechtswidrig darstellen.

7. Regelungsziel bereits geregelt?

Diese Frage ist aufgrund des Aufenthaltsgesetzes des Bundes, welches auch im Freistaat Thüringen Anwendung findet, bejahend zu beantworten.

8. Wirkung der beabsichtigten Verfassungsregelung

Auf einer rechtlichen Ebene wäre keine über die konkreten Regelungen des Aufenthaltsgesetzes des Bundes hinausgehende Wirkung festzustellen. Die Wirkung ist mehr verfassungspolitischer bzw. -ideologischer Art, nämlich konzeptionelle Etablierung einer Einwanderungsgesellschaft und Wegbereitung zu einer neuen Nationalität mit Sonderrechten begründenden multikulturellen Gesellschaft.

9. Erreichen des intendierten Ziels

Das formal genannte Ziel, nämlich Integration von „Menschen mit Migrationshintergrund“ kann durch eine Staatszielbestimmung nur angestrebt werden. Aber selbst verbindlichere Normen wie nach dem Aufenthaltsgesetz des Bundes können nicht garantieren, dass bei dem angesprochenen Personenkreis eine (wie wohl gemeint ist) über die allgemeine Rechtstreue hinausgehende Identifikation mit der Rechtsordnung im Sinne des geplanten Artikels 41 d (3) Nr. 1 erfolgt oder sich eine Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland gemäß Nr. 2 dieser geplanten Regelung einstellt. Außerdem stellt sich die Frage, wie die Zielverwirklichung festgestellt werden kann (Abfrage historischer und geographischer Kenntnisse, Praktizierung der heimischen Volksmusik?). Hinzu kommt, dass die Rechtsfolgen bei Verfehlen des verfassungsgesetzlichen Ziels unklar sind: Beendigung des Aufenthaltsstatus, Ablehnung der Einbürgerung?

Man kann aber die Staatszielsetzung enger verstehen, nämlich dass dieses nur in der staatlichen „Förderung“ der Integration besteht, nicht aber auch, dass die Integration selbst erfolgreich erreicht wird. Bei diesem eingegrenzten Verständnis der Staatszielbestimmung könnte die Zielerreichung dann durch die Aufzählung von Förderprogrammen und die dafür aufgewendeten Haushaltsmittel nachgewiesen werden.

10. Mögliche negative Folgen der Regelung für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen)

Es stellt sich die Frage, ob die Absicht der Integration von Ausländern nicht als zu weitgehend konzipiert ist. Die verfassungsgesetzlich aufgestellten Ziele mögen als Voraussetzung für eine Einbürgerung aufgestellt werden. Für Personen, die Ausländer bleiben wollen (was ihr Recht ist), genügen die formale Rechtstreue und deutsche Sprachkenntnisse, damit das Zusammenleben funktioniert. Die als Ziel gemäß Artikel 41 d Abs. 3 postulierte gesellschaftliche und gar politische Mitwirkung ist geeignet, die demokratietheoretisch und nationalstaatlich zwingend gebotene Unterscheidung von Deutschen / Bürgern und Ausländern zu verwischen, was wohl auch die bewusste Absicht ist, den als solchen völlig neutralen Begriff „Ausländer“ durch „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu ersetzen.

Dies ist dann Anknüpfungspunkt für die langfristig negativste mögliche Folge der geplanten Regelung, eine multikulturelle Gesellschaft mit neuen Nationalitäten und Anspruch auf Sonderrechte zu etablieren, da die neue Begrifflichkeit „Menschen mit Migrationshintergrund“ prinzipiell auch für eingebürgerte Deutsche anwendbar ist und dann nur mit einem Minderheitenschutz wegen spezieller Volkszugehörigkeit gerechtfertigt werden könnte.

11. Mögliche negative Folgen für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen) durch Verortung in der Verfassung

Die verfassungsrechtliche Verortung einer bestimmten politischen Zielsetzung durch eine Staatszielbestimmung erschwert die normale politische Entscheidungsfindung, etwa in dem Sinne, dass man keine staatliche Integrationsförderung vornimmt, weil man die Integrationsleistung von Personen des entsprechenden Personenkreises auf eigene Kosten als Voraussetzung etwa für eine mögliche Einbürgerung erwartet.

Zudem könnten die ins Weltanschauliche gehenden Integrationsverpflichtungen den Weg zu einer verstärkten verfassungskonzeptionellen Inpflichtnahme auch von „Menschen ohne Migrationshintergrund“ führen (s. dazu nachfolgend die Antwort zur Frage Nr. 12).

12. Tauglichkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Integrationsziel

Da der geplante Artikel 41 d Abs. 1, der den Begriff freiheitliche demokratische Grundordnung explizit enthält, eine staatliche Verpflichtung zum Ausdruck bringt, nämlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen zu fördern, ist dieser Begriff in diesem Zusammenhang überflüssig, da „das Land und seine Gebietskörperschaften“ – wer denn sonst, wenn nicht diese – an die freiheitliche demokratische Grundordnung wie etwa Beachtung der Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip etc. gebunden sind. Dies sind sie sowohl bei einer Integrationspolitik als auch bei einer Politik der Beschränkung von Einwanderung.

Die eigentliche Bedeutung hat der Begriff vorliegend jedoch aufgrund der nach Artikel 41 d Abs. 2 Nr. 1 genannten „Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung“, in Sonderheit mit „den ihr zugrundeliegenden Werten“, die mit der Integration gefördert werden soll, da mit der Verfassungsordnung und den ihr zugrundeliegenden Werten sicherlich die

freiheitliche demokratische Grundordnung gemeint ist. Letztlich könnte die Nummer 1 von Artikel 41 Abs. 2 dahingehend formuliert werden, dass die Identifikation der „Menschen mit Migrationshintergrund“ mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angestrebt wird und - soll die Staatszielbestimmung nicht Selbstzweck von gesetzgeberischen und behördlichen Maßnahmen sein - auch erreicht werden soll.

Sicherlich kann und muss von allen einer Rechtsordnung unterworfenen Personen die Akzeptanz der Rechtsordnung gefordert werden, und zwar gerade dann, wenn man sich mit den Rechtsvorschriften nicht unbedingt identifizieren will, etwa weil man sie für sehr änderungsbedürftig oder gar nur ein religiöses Recht für ein gerechtes Recht hält. Diese Akzeptanz der Rechtsordnung, die sich leicht dahingehend verifizieren lässt, ob der Mensch rechtswidrig gehandelt, insbesondere einen Straftatbestand verwirklicht hat, ist aber bei der mit Artikel 41 d Abs. 2 Nr. 1 geregelten Identifikationsverpflichtung nicht gemeint, sondern dies geht über die bloße Akzeptanz / Beachtung der Rechtsordnung im Sinne eines rechtstreuen Verhaltens hinaus. Da aber eine rechtstreu sich verhaltene Personen die als Verfassungsprinzipien verstandene freiheitliche demokratische Grundordnung rechtlich nicht verletzen kann - dies können letztlich nur Staatsorgane tun -, sondern nur ideologisch (als mangelnder Glaube an Verfassungswerte), wird damit doch so etwas wie ein ins Weltanschauliche gehendes Bekenntnis zu staatlichen Werte als Integrationsforderung aufgestellt. Dies dürfte an die Grenze der weltanschaulichen Neutralität des Rechtsstaats führen.

13. Geeignetheit des Staatsziels als übergeordnete Leitlinie für Integrationsbemühungen des Staates

Integration bedeutet Eingliederung in etwas Spezifisches, was etwa die freiheitliche demokratische Grundordnung deshalb nicht darstellt, weil diese zwar nicht begrifflich, aber der Sache nach auch in Frankreich, Großbritannien oder Japan existiert (auch in diesen Staaten gibt es unabhängige Gerichte, freie Parlamentswahlen bei Mehrparteiensystem etc.). Insofern müsste bei Artikel 41 d Abs. 2 die Nummer 2 die erste Stelle einnehmen, weil dies das Spezifikum zum Ausdruck bringt, in das man sich in den beispielhaft genannten Vergleichsstaaten nicht integrieren kann. Zudem haben Thüringen und Deutschland bzw. deutsche Sprache und Kultur schon existiert als es noch keine freiheitliche demokratische Grundordnung gegeben hat und sie werden wohl auch weiter bestehen, wenn es etwa aufgrund der Ausübung der Volkssouveränität (vgl. Artikel 146 GG) das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland oder die derzeitige Verfassung des Freistaates Thüringen nicht mehr geben würde. Sollten für einen derartigen Fall die Integrationsbemühungen nicht mehr gelten?

14. Ist wesentliche Integrationsvoraussetzung formuliert?

Sofern es nur um das Verhalten von Ausländern geht und nicht etwa um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft dürften die Zielsetzungen der Integrationsbemühungen ohnehin zu weitgehend formuliert sein.

15. Signal der geplanten Verfassungsregelung an die Thüringer

Die wesentliche „Botschaft“ dürfte sein, dass man verfassungsrechtlich keine Ausländer, sondern nur noch Menschen kennen darf. Wahrscheinlich läuft man bald Gefahr als ein bestimmter „Extremist“ vorgeführt zu werden, wenn man das A-Wort gebraucht. Politisch-rechtliche Begriffe wie Staatsbürger (Deutscher) und Ausländer (Nicht-Deutscher) werden durch den theologisch-biologischen Begriff „Mensch“ ersetzt. Damit dürfte vielen klar gemacht werden, dass sie sich nicht mehr gegen (illegale) Zuwanderung aussprechen dürfen, da sie sonst staatsideologisch eingeschüchtert werden.

16. Bindung von politischen Rechten an die Staatsangehörigkeit

Eine derartige Verknüpfung, also die Ausgestaltung politischer Rechte als Bürgerrechte ist nicht nur sinnvoll, sondern geboten. Sie liegt auch dem übergeordneten Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland trotz Bereitschaft zur internationalen Einbindung zugrunde. Die Menschheit ist nun einmal völkerrechtlich in unterschiedliche Staaten als politische Größen aufgeteilt, was als sehr positiv zu beurteilen ist, weil damit negative Menschheitsentwicklungen geographisch beschränkt werden können; man hat die Möglichkeit der Flucht vor Despotie (etwa aus der DDR-Diktatur), was in einem Weltstaat, in dem es nur noch Menschen gibt, nicht mehr bestehen würde. Der despotische Charakter eines Weltstaates ist dabei eher wahrscheinlich als dies bei Bestehen des Staatenpluralismus für die Menschheit der Fall ist. Dafür sorgt schon das „eherne Gesetz zur Oligarchie“ (Michels), das sich mit zunehmender Größe eines Herrschaftsgebiets verstärkt durchsetzt, schon weil ein Abgeordneter eines Weltparlaments eine Wählergröße vertritt, die in einem nationalem Parlament von vielleicht Hundert Abgeordneten vertreten wird, d.h. die Bindung zwischen Wahlvolk und Volksvertreter lockert sich und die Macht geht dann notwendigerweise in einem sich zunehmend verstärkenden Ausmaß auf Lobbyisten und andere vermittelnde Zwischeninstanzen über.

Zudem ist ein Mensch aufgrund von Unzulänglichkeit und der Kürze seines Daseins nicht als allgemeiner Kulturvermittler geschaffen mit der Folge, dass eine Weltstaatsintegrationspolitik sehr viele Kulturen (etwa den Gebrauch von unterschiedlichen Sprachen) wird abschaffen müssen oder viele vereinigen muss, was im Zweifel nur auf eher niedrigem Niveau möglich sein wird. Wirkliche Kulturentwicklung im Sinne einer Differenzierung ist daher nur bei politischer Selbständigkeit vieler Kulturen möglich (auch wenn Kultur und Staat dabei keine identischen Größen sein müssen), was auch einen machtpolitischen Wettbewerb einschließt, der die Verknüpfung von politischen Rechten mit der Staatsangehörigkeit zwingend gebietet. Vergleichbar sind auch im Wirtschaftsbereich zahlreiche im Wettbewerb stehende Unternehmen mit damit einhergehenden Differenzierungen einem staatlichen Einheitsunternehmen entschieden vorzuziehen (zumindest dies sollte man aus Menschheitsprojekten wie Sowjetunion gelernt haben).

Normativ ist auch aus den Menschenrechten nichts Gegenteiliges abzuleiten, was sich auch aus Artikel 1 Abs. 2 der Verfassung ergibt, wonach die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“ „Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft“ sind, d.h. nicht der Menschheit, sondern der unterschiedlichen staatlichen Gemeinschaften im Sinne des die Freiheit der Menschheit sichernden Staatenpluralismus.

17. Verhinderung von Parallelgesellschaften durch verfassungsrechtliche Integrationsregelungen

Parallelgesellschaften sind vor allem eine Folge der Quantität. Gibt es viele unterschiedliche einzelne Ausländer ist eine Selbstabsonderung als Gruppe weniger leicht möglich und zur Integration gibt es dann schon im Eigeninteresse kaum eine Alternative. Bei einer quantitativ großen Gruppe aus einem spezifischen ausländischen Kulturkreis wird sich die Bildung von Parallelgesellschaften von selbst ergeben, insbesondere wenn der entsprechende Kulturkreis dem deutschen besonders fremd ist. Die Bildung von Parallelgesellschaften könnte nur durch das Postulat einer Assimilierung („Germanisierung“) entgegengewirkt werden.

Da ein derartiges Postulat nicht aufgestellt wird, der Freistaat Thüringen außerdem kaum Einflussmöglichkeiten hat, wer sich als Mensch mit Migrationshintergrund in Thüringen niederlässt, erscheint das geplante Verfassungsprojekt auf Landesebene doch etwas irrelevant.

18. Angemessene Abwägung der Interessen von „Alteingesessenen“ und „Zuwanderern“

Die Erklärung von Deutschen zu „Alteingesessenen“, die „schon länger hier sind“ und von Zuwanderern als Ausländer zu „Menschen“ (mit Migrationshintergrund) besagt schon einiges. Ein Kriterium der Angemessenheit ist vielleicht dem Diensteid gemäß Art. 71 der Verfassung zu entnehmen, einer abgespeckten Version von Artikel 56 Abs. 2 GG, wonach an erster Stelle das „Wohl des Volkes“ steht, womit gemäß Artikel 56 GG das „deutsche Volk“ gemeint ist und zuletzt die „Gerechtigkeit gegenüber jedermann“ geregelt ist. Es ergeben sich Zweifel, ob diesem Beurteilungsmaßstab mit der beabsichtigten Integrationsvorschrift entsprochen wird.

19. Grundlegende Bedeutung des Themas Integration für Verfassung

Das Thema ist schon durch das Aufenthaltsgesetz primär auf Bundesebene zu verorten. Landesverfassungsrechtliche Regelungen stehen dann entweder im Widerspruch zum Bundesrecht oder paraphrasieren dieses.

20. Greifbare Hilfestellung zur Integration durch Verfassungsrecht

Es heißt wohl, verfassungsrechtliche Staatszielbestimmungen zu überschätzen, wenn man erwartet, dass sich daraus konkrete Hilfestellungen ableiten ließen.

21. Auswirkung von Verknüpfung von Integrationsförderung mit rechtlichem Status

Sollten auf die Staatszielbestimmung ausgerichtete Förderprogramme (wie etwa Ausbildungs- oder Sprachkursfinanzierung) bei Einbürgerung entfallen, dann könnte sich dies negativ auf die Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft auswirken, insbesondere wenn der Status des „Menschen mit Migrationshintergrund“ (noch beeindruckender: mit Migrationserfahrung, die dem zu bereichernden Einheimischen nicht zur Verfügung steht) sich politisch vom Status des Menschen ohne Migrationshintergrund / Migrationserfahrung nicht mehr unterscheiden würde.

22. Umformulierung und Ergänzung von Artikel 41d Abs. 2?

Soweit es um die Integration von Ausländern geht, genügt das Postulat der Bereitschaft zu rechtskonformem Verhalten und des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse. Für letzteres sollten staatliche Mittel nur subsidiär zur Verfügung stehen, d.h. es sollte davon ausgegangen werden, dass die Menschen den Erwerb von Deutschkenntnissen und dergleichen selbst finanzieren.

Sollte man mit dem Anliegen des Gesetzentwurfs weitergehende Integrationsansprüche stellen wollen, dann wäre primär die Identifikation mit den Anliegen und Belangen des deutschen Volks zu fordern.

23. Verbesserung durch Vorbehalt der Ausübung von Bürgerrechten durch Deutsche bzw. Unionsbürger

Da dieser „Vorbehalt“ dem bestehenden Verfassungsrecht entspricht und demokratietheoretisch dem demokratischen Nationalstaatskonzept auch entsprechen muss (vgl. Antwort zu Frage 16), hat Artikel 41a Abs. 3 Satz 2 nur deklaratorische Bedeutung und kann insofern keine „Verbesserung“ darstellen. Der Erhalt des bestehenden Verfassungsrechts ist angesichts der Herausforderung und Infragestellung nicht zuletzt durch das vorliegende Verfassungsänderungsprojekt allerdings Verbesserung genug.

Ich danke für die Möglichkeit der Stellungnahme, hoffe, dass diese zur Entscheidungsfindung beiträgt und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

(Josef Schußburner)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name <i>Reg. Dir. a.D.</i></td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><i>Schüßlburner</i></td> <td><i>Josif</i></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name <i>Reg. Dir. a.D.</i>	Vorname	<i>Schüßlburner</i>	<i>Josif</i>	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name <i>Reg. Dir. a.D.</i>	Vorname										
<i>Schüßlburner</i>	<i>Josif</i>										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	1985-2018 Bundesverkehrsverwaltung Bonn, Würzburg, HH 1987-1989 UN-Generalsekretariat New York 1987-1999 EU-Kommission, Brüssel	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Verwirklichung einer über Rechtsstaat und Demokratie-Prinzip hinausgehender Gleichheit sollte normalerweise politischen und administrativen Prozess überlassen werden und keine kaum verifizierbaren Verfassungsvorschriften geschaffen werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief.	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Massing, 29. 11. 2020	

Reg Dir a. D. Josef Schüßlburner	
	, 29. November 2020

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Zum Themengebiet "Herstellung
gleichwertiger Lebensverhältnisse"

THÜR. LANDTAG POST
01.12.2020 11:23

29394/2020

Betreff: Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU; LT-Drucksache 7/ 1629 vom 23.09.2020
Hier: Schriftliche Stellungnahme im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu dem Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Bezug: Anschreiben der Verwaltung des Thüringer Landtags vom 6.11.2020 -
a – Drs. 7/1629 (Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse) -

Anlage: Handschriftlich ausgefülltes Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf gemäß Anlage 2 des Bezugsschreibens nehme ich dem mit Bezugsschreiben als Anlage 3 übersandten Fragenkatalog entsprechend wie nachfolgend ersichtlich Stellung. Der Klarstellung halber soll vorab darauf hingewiesen werden, dass die vorgegebene Themenstellung „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ nur im Änderungsbefehl 3 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs und dabei nur in einem Teil, nämlich mit dem geplanten Artikel 41 c angesprochen ist, der Bestandteil eines neuen Siebten Abschnittes der Verfassung des Freistaates Thüringen über den „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ sein soll.

Der Gesetzesentwurf ist mit „Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ betitelt und umfasst neben der nachfolgend zu behandelnden Problematik gleichwertiger Lebensverhältnisse mit dem geplanten neuen Abschnitt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ das Thema „Integration“ und ist ansonsten noch der Altersdiskriminierung gewidmet. Auf die Themenkomplexe „Integration“ und „Altersdiskriminierung“ wird in zwei weiteren separaten Stellungnahmen eingegangen. In einer weiteren Stellungnahme wird auch auf den Änderungsbefehl 5 (Änderung von Art. 96 der Verfassung) eingegangen.

Der Themenstellung des Bezugsschreibens entsprechend wird demnach nachfolgend gemäß dem Fragenkatalog nur zum Änderungsbefehl Nr. 3 des Artikels 1 des Gesetzentwurfs Stellung genommen und dabei nur insoweit als das Thema „gleichwertige Lebensverhältnisse“ angesprochen wird, was mit dem geplanten Artikel 41 c der Verfassung des Freistaates Thüringen erfolgen soll.

1. Praktische Auswirkungen

Die Auswirkungen der geplanten Neuregelung gemäß dem vorgeschlagenen Artikel 41 c werden kaum nachprüfbar sein, da nicht klar ist, was „gleichwertige Lebensverhältnisse“ sein sollen, d.h. nach welchen Kriterien dies beurteilt werden soll. In der Begründung genannte Gesichtspunkte sind im Gesetzeswortlaut nicht gespiegelt. Im Konfliktfall wird entsprechend der Gesetzesbegründung vorgebracht werden, dass Gleichwertigkeit nicht Gleichartigkeit bedeute. Es wird dann kaum belegbar sein, ob sich etwa der Gesetzgeber an diesem Staatsziel gar nicht gebunden wissen will oder ob sein Bestreben lediglich darin liegt, keine Gleichartigkeit herstellen zu wollen.

Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist sicherlich dem Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes entnommen, wonach der Bund die konkurrierende Gesetzkompetenz nach Artikel 74 GG in Anspruch nehmen kann, „soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ... eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.“ Die derzeit in wohl 28 Nummern von Artikel 74 Abs. 1 GG aufgezählten Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung geben dabei einen Hinweis, woran die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bestimmt werden kann wie etwa anhand des Strafrechts (s. Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1 GG). Gleichwertigkeit verhindert dann insofern, dass in einem Bundesland ein Verhalten schwer bestraft wird, das im anderen Bundesland vielleicht sogar als belohnungswürdig bestimmt ist.

Derartige Kriterien fehlen beim geplanten Artikel 41 c, es sei denn, mit der impliziten Bezugnahme auf die Begrifflichkeit von Artikel 72 Abs. 2 GG wird auch auf die Kriterien nach Artikel 74 GG verwiesen, die jedoch im Kontext einer Landesverfassung nicht unbedingt passend sind.

2. Rechtstechnische Einordnung

Der geplante Art. 41 c ordnet sich als solcher in die Regelungsmethodik des mit „Grundrechte, Staatsziele und Ordnung des Gemeinschaftslebens“ betitelten Ersten Teils der Verfassung ein, bei dem in den einzelnen Abschnitten jeweils relevante Grundrechte (Art. 42) und Staatsziele (Art. 43) nebeneinander aufgeführt sind. Ob diese Regelungsmethodik optimal ist, soll vorliegend nicht in Frage gestellt werden.

3. Beurteilung nach der Maxime „kurz und dunkel“

Maßgeblich sollte eine Beurteilung eines Gesetzes, insbesondere eines Verfassungsgesetzes nach dem römisch-rechtlichen Gebot *lex brevis esto* sein (das Gesetz soll knapp sein!). Dies bedeutet, dass die gesetzlichen Voraussetzungen und die Rechtsfolgen möglichst klar definiert sind und dabei vor allem absehbar ist, was passiert, wenn den Rechtsvorschriften nicht entsprochen wird.

Insbesondere verfassungsgesetzliche Staatszielbestimmungen entsprechen in der Regel nicht diesen Kriterien. Sie sind entweder zu offen, um nachweisbar eine rechtliche Wirkung zu entfalten oder zu konkret. Im letzteren Fall stellen sie im Zweifel eine Beschränkung des legislativen Ermessens dar, was wiederum die Relevanz von Parlamentswahlen beeinträchtigen könnte, weil dann aufgrund der Vorgaben von Staatszielen in der Verfassung

die politischen Ziele unabhängig von Wahlausgängen schon determiniert werden. Eine alternative politische Konzeption, die die Unterstützung der gewöhnlichen Mehrheit des Wahlvolkes hat, könnte dann u. U. nur im Wege der Verfassungsänderung umgesetzt werden, mit der Folge, dass ein Wahlergebnis folgenlos bleibt, was nicht Sinn einer Wahl sein kann.

Dies bedeutet, dass man Staatsziele nur sehr zurückhaltend in einer Verfassung statuieren sollte. Die Landesverfassung des Freistaates Thüringen entspricht schon in der bestehenden Fassung nicht diesem Ideal. Dies ist aufgrund der Einbindung des Landes in die Rechtsordnung des Bundes weniger problematisch, weil insbesondere nach dem „Vollzugsföderalismus“ (Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder) weniger bedeutsam ist, was in einer Landesverfassung geregelt ist.

4. Rivalisierende verfassungsrechtliche Positionen

Mangels der Kriterien, nach denen allgemeinverbindlich beurteilt werden kann, wie man gleichwertige Lebensverhältnisse feststellen soll, ist auch unklar, was konfligierende Interessen sein können, da dies jedes Interesse sein kann. Denkbar ist etwa, dass ein Unternehmen veranlasst wird, eine Betriebsstätte an einem anderen Ort als geplant zu errichten, weil in diesem anderen Ort die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich ist und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeute, dass die Arbeitslosenquote einem Landesdurchschnitt entspricht. Dem könnte jedoch das Interesse am Naturschutz entgegenstehen, dem man dann möglicherweise nur entsprechen kann, indem man betont, dass Gleichwertigkeit nicht Gleichartigkeit bedeute. Die vorzunehmenden komplexen Abwägungsprozesse sollten dem normalen politischen und administrativen Prozess überlassen werden. Verfassungsrechtliche Staatszielbestimmungen sind dabei wenig hilfreich.

5. Problematik der Hervorhebung von einzelnen Gruppen bei allgemeiner Rechtsgleichheit

Die Frage erscheint hier nur relevant, sollte man daraus, dass das Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse nach dem Gesetzentwurf in den Zusammenhang mit der Integration von „in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ (s. den geplanten Artikel 41 d Abs. 2) gestellt wird, schlussfolgern müssen, dass danach die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse etwa auch bedeutet, dafür zu sorgen, dass „Menschen mit Migrationshintergrund“ gleichmäßig in Thüringen angesiedelt sind, so dass so etwas wie eine Ghettobildung verhindert wird.

Sofern der dabei verwandte Terminus „Menschen mit Migrationshintergrund“ nichts anderes meint als Ausländer, ist eine derartige „Hervorhebung“ grundsätzlich unproblematisch, weil die Ausländereigenschaft ein zulässiges Differenzierungskriterium darstellt, etwa bei der Unterscheidung von Deutschen- / Bürgerrechten einerseits und Menschenrechten andererseits. Da die Freizügigkeit nach Artikel 5 der Verfassung ein Bürgerrecht darstellt, kann die Niederlassung von Ausländern gesteuert werden, so dass insoweit eine gleiche Verteilung bewirkt werden kann, was man vielleicht auch als Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ansehen kann.

Ergänzend wird hierzu in der Stellungnahme zum Thema „Integration“ ausgeführt.

6. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung

Aufgrund der verfassungs- und demokratietheoretischen Grundposition hinsichtlich der Bewertung von verfassungsgesetzlich geregelten Staatszielen wird die Notwendigkeit einer Regelung auf der Ebene der Landesverfassung verneint.

7. Regelungsziel bereits verwirklicht?

Das bestehende Recht steht zumindest einer im Sinne des Gesetzesentwurfs gewollten Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse prinzipiell nicht entgegen. Soweit Grundrechtsgarantien einer bestimmten Art der Verwirklichung dieser Zielsetzung entgegengehalten werden können, wird sich dies kaum ändern lassen, sofern Grundrechtsgarantien weiterhin gelten sollen.

8. Wirkung der beabsichtigten Verfassungsregelung

Da das Charakteristikum von Staatszielbestimmungen in der Regel nur darin besteht, eine bestimmte Richtung der Politik verfassungsrechtlich vorzugeben, wird die Regelung als solche zugunsten von möglichen Begünstigten der Norm noch nichts bewirken. Die Staatszielbestimmung bedarf in demselben Ausmaß einer Umsetzung durch einfaches Gesetz oder andere Rechtsvorschriften, die auch ohne eine derartige Regelung bei einer entsprechenden Politik getroffen werden müsste. Ob eine entsprechende verfassungsrechtliche Regelung bei der mit einer Gesetzgebung vorzunehmenden politischen Abwägung mit entgegenstehenden Interessen (etwa Vermeidung von zu kostenträchtigen Verpflichtungen eines Unternehmens bei Ansiedlung von Betrieben) sich wirklich in einem stärkeren Ausmaß zugunsten der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen auswirkt, lässt sich aufgrund der Offenheit des Norminhalts nur schwer verifizieren. Selbst die Frage, ob im Einzelfall der Gesetzgeber der Umsetzung des Staatsziels „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zuwiderhandelt oder aber nur eine erzwungene Gleichartigkeit vermeiden will, die doch mit dem Ziel der Gleichwertigkeit nicht angestrebt werden soll, wird sich nicht verbindlich beantworten lassen.

9. Erreichen des intendierten Ziels / konkrete Verbesserung

Konkrete Verbesserungen können von einer verfassungsrechtlichen Norm, die ihrem Wesen nach noch einer Umsetzung durch politische Maßnahmen (Rechtsetzung, Verwaltungsvollzug) bedarf, nicht erwartet werden. Wegen der Unklarheit des Ziels der Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird sich auch kaum bestimmen lassen, ob dieses Ziel verwirklicht ist.

10. Mögliche negative Folgen der Regelung für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen)

Staatszielbestimmungen können theoretisch als Argument zur Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen verwendet werden, die in Grenzfällen dann als rechtmäßig eingestuft werden, wo man den Eingriff ohne dieses Staatsziels als unzulässig einstufen würde. Im Normalfall sollte man jedoch davon ausgehen, dass die Staatsziele im Einklang insbesondere mit Grundrechten verwirklicht werden.

11. Mögliche negative Folgen für die Thüringer Verfassung oder für Personen(gruppen) durch Verortung in der Verfassung

Die Statuierung eines Staatsziels in der Verfassung ist geeignet, die politische Entscheidungsfindung zu determinieren, was mit dem freien Ermessen des Gesetzgebers in Konflikt steht. Dieses gesetzgeberische Ermessen trägt jedoch zur Bedeutung einer Wahlentscheidung bei und sollte deshalb nicht unnötig eingeschränkt werden.

12. Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung zur Verwirklichung des Staatsziels „gleichwertige Lebensverhältnisse“

Nach der vorliegend vertretenen Grundposition zu verfassungsrechtlich geregelten Staatszielen ist die Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Regelung zu verneinen.

13. Bewertung der Festschreibung des verfassungsrechtlichen Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Eine bestimmte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist einer Verfassungsordnung immanent wie etwa die gleiche Geltung der Grundrechtsgewährleistungen in jedem Gebietsteil eines Staates. Die Gleichwertigkeit der Gebietsteile eines Landes bei der parlamentarischen Repräsentation folgt aus dem Demokratieprinzip. Mit dem geplanten Staatsziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird jedoch eine über diese durch Grundrechte und Demokratieprinzip bestimmte Gleichheit hinausgehende Gleichwertigkeit gemeint sein. Diese weitergehende Gleichwertigkeit sollte jedoch dem normalen politischen Prozess überlassen werden.

14. Zusammenhang mit europarechtlicher Kohäsionspolitik

Die Bezugnahme auf die Kohäsionspolitik der Europäischen Union würde zumindest Kriterien ergeben, wie die Gleichwertigkeit bestimmt werden soll. Wegen dieser Kohäsionspolitik ergibt sich allerdings auch die Frage, was dann eine abstraktere Festschreibung in einer Landesverfassung in praktischer Hinsicht noch Zusätzliches bewirken soll.

15. Voraussetzung der effektiven Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Es müssten die Kriterien festgelegt werden, nach denen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bewertet werden soll: Gleiche Größe von Gerichtsbezirken, gleicher durchschnittlicher Weg zu einem Gerichtsgebäude, gleiche durchschnittliche Arbeitslosigkeit, gleicher Ausstoß von Schadstoffen, gleicher Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund in durchschnittlich gleich großen Schulklassen – um nur einige beliebige Gesichtspunkte aufzuführen, was man sich unter Gleichwertigkeit so vorstellen könnte.

16. Notwendige (rechts-)politische Anstrengungen zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Da sich die Lebensverhältnisse dauernd ändern, ein Prozess, der politisch nur bedingt und eher nur indirekt beeinflusst werden kann – so wird man den Leuten den Umzug nicht verwehren wollen, der vielleicht ganz anders motiviert ist als politische Zielsetzungen – und schon ergibt sich insbesondere bei ambitionierten Vorstellungen von Gleichwertigkeit neuer politischer Handlungsbedarf. Insofern kann man sagen, dass das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ nie verwirklicht sein wird.

17. Auftrag an kommunale Gebietskörperschaften zur Verwirklichung des Staatsziels

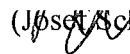
Sofern man das Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse für wünschenswert hält, wird man die kommunalen Gebietskörperschaften als Bestandteil der Staatsorganisation in die Pflicht nehmen müssen, auch wenn dies, insbesondere bei ambitionierten Vorstellungen von Gleichwertigkeit, mit der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in Konflikt geraten kann.

18. Weitere Dimensionen gleichwertiger Lebensverhältnisse

Derartige Überlegungen zeigen auf, dass die Vorstellung von Gleichheit und Gleichwertigkeit eine gefährliche Richtung einschlagen kann. Die Politik wird dann vielleicht zuständig, dass jeder Bewohner des Landes gleich glücklich ist, was dann vielleicht dadurch am besten erreicht werden kann, dass jeder gleich fühlt und denkt. Die Gleichheitsidee trägt in der Tat ein entsprechendes in den Totalitarismus führendes Radikalisierungspotential in sich. Aus der formellen Gleichheit der Demokratie wird dann die materielle Gleichheit des Kommunismus. Dem sollte man am besten dadurch entgegenwirken, dass sich die Verfassungsgebung auf die Gleichheit und Gleichwertigkeit beschränkt, die demokratiethoretisch und rechtsstaatlich zwingend geboten ist. Eine darüberhinausgehende Gleichheit und Gleichwertigkeit sollte keine Verfassungsfrage sein, sondern im Rahmen der von Rechtsstaat und Demokratie gebotenen formellen Gleichheit (also im Rahmen der Verfassung) der normalen politischen Entscheidungsfindung überlassen werden.

Ich danke für die Möglichkeit der Stellungnahme, hoffe, dass diese zur Entscheidungsfindung beiträgt und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

( Josef Schülburner)

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drs. 7/1629 - Schutz vor Altersdiskriminierung											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><small>Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses</small></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verein: Sozialverband Deutschland Landesverband Mitteldeutschland</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäftsadresse</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Moritzstraße 2F</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">39124 Magdeburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<small>Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses</small>	Verein: Sozialverband Deutschland Landesverband Mitteldeutschland	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzstraße 2F	Postleitzahl, Ort	39124 Magdeburg
	Name	Organisationsform									
	<small>Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses</small>	Verein: Sozialverband Deutschland Landesverband Mitteldeutschland									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Moritzstraße 2F									
Postleitzahl, Ort	39124 Magdeburg										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Antrag der CDU-Fraktion im Landtag des Freistaates Thüringen zur Änderung bzw. Ergänzung der Verfassung des Freistaates Thüringen wird unterstützt um den Schutz vor Altersdiskriminierung als Staatsziel und zur Stärkung von Gleichheitsrechten zu gewährleisten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Magdeburg, den 02.12.2020	

SoVD · Moritzstraße 2F 39124 Magdeburg

Sozialpolitischer Ausschuss

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
03.12.2020 12:03
29854 / 2020

info@sovd-mitteldeutschland.de

Zum Themenkomplex "Schutz vor
Altersdiskriminierung"

01.12.2020

Anhörungsverfahren zur Änderung der Verfassung des Freistaats
Thüringen zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung – Aufnahme
von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten
Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr an den Bundesverband des Sozialverbandes Deutschland gerichtetes
Schreiben wurde uns als dem für den Freistaat Sachsen zuständigem
Landesverband Mitteldeutschland übersandt.

Wir nehmen hierzu wie folgt Stellung:

Ob im Job, im Gesundheitswesen, in den Medien oder im Alltag –
Altersdiskriminierung existiert überall. Im Unterschied zu
Ausländerfeindlichkeit oder Benachteiligung von Frauen gibt es für die
Altersdiskriminierung kaum ein Bewusstsein in unserer Gesellschaft.

Früher stand Alter für Erfahrung und Weisheit – Eigenschaften, denen
Respekt gezollt wurde. Heute denken viele an Demenz und den Kollaps der
Rentenkassen. Derartige negativen Altersbilder

prägen unsere Wirklichkeit. Das führt dazu, dass z.B. der 50-jährige Informatiker nicht mehr eingestellt wird, obwohl er hoch qualifiziert ist, über langjährige Berufserfahrungen verfügt und viele Unternehmen händeringend Fachkräfte suchen. Die Diskriminierung älterer Menschen zeigt sich nicht nur im Berufsleben, sondern auch beim Abschluss bzw. bei der Durchsetzung geschäftlicher Belange. Da verweigern Krankenkassen älteren Versicherten eine notwendige Heilbehandlung, lehnen Stromanbieter Neukunden allein aufgrund des Alters ab, verwehren Banken älteren Kunden trotz Sicherheiten einen benötigten Kredit und fordern Versicherungsgesellschaften ab einem bestimmten Alter höhere Beiträge. Auch im Alltag werden die Bedürfnisse Älterer nur unzureichend berücksichtigt, was besonders z.B. bei der Stadtplanung sichtbar wird,

Abgesehen davon, dass jede Form von Diskriminierung verurteilungswürdig ist, stellt sich die Situation bei der Altersdiskriminierung insofern besonders paradox dar, da die Täter von heute die Opfer von morgen sind.

Der Sozialverband Deutschland macht sich seit Jahren für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft stark. So haben wir uns auf Bundesebene auch für die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle eingesetzt.

Altersdiskriminierung steht immer wieder einmal auf der Tagesordnung und somit unterstützen wir das Begehren der Fraktion der CDU des Thüringer Landtags zur Aufnahme von Staatszielen und zur Stärkung von Gleichheitsrechten.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
	Postleitzahl, Ort	60329 Frankfurt am Main
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der DGB Bezirk Hessen-Thüringen vertritt die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder auf landespolitischer Ebene. Er ist die politische Stimme seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Der DGB ist pluralistisch und unabhängig, bezieht aber politisch klar Position für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der DGB Bezirk verhandelt mit politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Ländern und Gemeinden. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab, koordiniert und unterstützt aber die Beamtenpolitik seiner Mitgliedsgewerkschaften. Er nimmt Stellung zu Gesetzesentwürfen und koordiniert die Vertretung bei Sozialversicherungen, Kammern und Gerichten. Der DGB kommentiert aktuelle Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Er setzt sich für eine solidarische Gesellschaft und eine gerechtere Verteilung der Einkommen ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Grundverständnis: Integration als wechselseitiger Prozess, der alle Beteiligten in den Blick nimmt. • Bezug zur freiheitlich demokratischen Grundordnung streichen. Erwähnung im Zusammenhang mit Integration spiegelt Misstrauen gegenüber Zugewanderten wider. • Einschränkung auf „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen“ ist falsch und entspricht nicht den Realitäten der diversen Migrationsgeschehen. • Grundsätzliche Frage wie weit die Beschreibung der Integrationsförderung in der Verfassung gehen und an welcher Stelle einfache gesetzliche Regelungen greifen sollten. Hier fehlt die „zweite Seite“ des Integrationsprozesses (wie werden hier lebende Menschen unterstützt, neu hinzukommende aufzunehmen). Diese „zweite Seite“ müsste ergänzt werden, wenn die Integrationsförderung mit Unterpunkten in der Verfassung erläutert werden soll. • Einseitige Identifikation mit nicht näher definierten Werten ist problematisch – zumal diese u.E. nicht näher definierbar sind. • Mindestens kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen, genauso wie Ausländerbeiräte in Thüringen. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt, den 17.12.2020	

DGB Hessen/Thüringen | Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 | 60329 Frankfurt/M.

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/840

zu Drs. 7/1629

Via Mail an

zum Themenkomplex
"Integration"

**Stellungnahme zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates
Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten
Themenkomplex „Integration“ (A 6.1/ga,fa – Drs. 7/1629)**

4. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB Hessen-Thüringen bedankt sich für die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme zum Themenkomplex „Integration“ des oben genannten Gesetzentwurfs.

Grundsätzlich begrüßen wir das Vorhaben, dem wichtigen Thema „Integration“ eine solche Relevanz beizumessen, dass es als ein Staatsziel in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden soll. Dies halten wir für angemessen und für ein wichtiges Signal an die bereits hier lebenden Menschen und die neu hinzukommenden.

Dabei ist es zudem bedeutsam, welches Verständnis von Integration diesem Verfassungsziel zugrunde liegt. Für den DGB Hessen-Thüringen ist Integration ein wechselseitiger Prozess, der alle Beteiligten in den Blick nimmt, und wie es auch das Integrationskonzept des Landes Thüringen als Leitgedanken definiert. Daraus ergeben sich gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und eine Verantwortung aller für das Gelingen eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Legt man diese Vorstellung von Integration zugrunde – und Thüringen sollte sich an dieser Stelle auf sein eigenes Integrationskonzept beziehen – ergeben sich aus Sicht des DGB Hessen-Thüringen einige Anmerkungen zu den konkreten Formulierungen im vorliegenden Gesetzentwurf:

Artikel 41 d (1)

„Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“

Hier schlagen wir vor, zumindest den Bezug zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu streichen. Wir gehen davon aus, dass die Akzeptanz des Grundgesetzes eine Pflicht für

Geschäftsführer
DGB Bezirk Hessen/Thüringen

Telefon:
Telefax:
Mobil:

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt/M.

www.hessen-thueringen.dgb.de

alle in Deutschland lebenden Menschen darstellt und vorausgesetzt werden kann. Die ausdrückliche Erwähnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Zusammenhang mit Integration spiegelt unserer Ansicht nach ein dann doch letztes Misstrauen Zugewanderten gegenüber wider, eben nicht auf dieser Basis zu stehen. Dies ist für uns an dieser Stelle unangebracht.

Für noch besser halten wir einen Formulierungsvorschlag der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO), den diese zwar bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland machen, der sich aber auf Thüringen übertragen ließe:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Es fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“

Artikel 41 d (2)

„Die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist Aufgabe des Landes und seiner Gebietskörperschaften.[...]“

Die Einschränkung auf „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen“ halten wir für falsch und entspricht nicht den Realitäten der diversen Migrationsgeschehen. Bereits zu Zeiten der sogenannten „Anwerbung von Gastarbeiter*innen“ in den 60er und 70er Jahren unterlagen staatliche Stellen dem Irrtum, Menschen kämen nur für einen begrenzten Zeitpunkt oder wüssten von Anfang an, ob ihre Migration zeitweilig oder dauerhaft sein werde. Das ist heute nicht anders. Im Bereich der Arbeitsmigration – insbesondere im Rahmen der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit in der EU – beobachten wir, dass viele Kolleginnen und Kollegen zunächst mit der Absicht einer begrenzten Dauer nach Deutschland kommen und dann nach und nach ihren Lebensmittelpunkt hierher verlegen. Auch im Bereich der Fluchtmigration ist dies untersucht und dokumentiert: Aus einem vorübergehenden Aufenthalt wird ein dauerhafter, manchmal bis hin zum Erwerb der Staatsbürgerschaft.

Gerade sich erst kurz in Thüringen aufhaltende Arbeitnehmer*innen sind Opfer von ausbeuterischen und unfairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt, wie wir aus den Projekten der Fairen Mobilität und Fairen Integration wissen. Zu ihrem Schutz braucht es Sprachförderung, Aufklärungsmaßnahmen und weitere Integrationsangebote.

Aus diesen Gründen sollte die Förderung der Integration zum frühest möglichen Zeitpunkt des Aufenthaltes in Deutschland ansetzen und die oben formulierte Einschränkung gestrichen werden.

„[...] Dazu fördern sie

- 1. die Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung, den ihr zugrunde liegenden Werten und den sich aus ihr ergebenden Normen des Zusammenlebens,**
- 2. die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und die Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland,**

3. den umfassenden Zugang zum Bildungssystem, zur Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt

4. gesellschaftliche Teilhabe."

Als grundsätzliche Frage stellt sich uns, wie weit die Beschreibung der Integrationsförderung in der Verfassung gehen und an welcher Stelle einfache gesetzliche Regelungen greifen sollten.

Bleibt es bei der näheren Beschreibung von Förderungen, fehlt hier die „zweite Seite“ des Integrationsprozesses, den wir in unseren einleitenden Worten bereits angemerkt haben. In welcher Form werden bereits hier lebende Menschen unterstützt, neu hinzukommende aufzunehmen, sich auf Diversität einzulassen, gemeinsam Werte und Normen miteinander zu verhandeln...? Wo finden sich die Festlegungen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, die wesentliche Hindernisse für eine gelungene Integration darstellen? Diese „zweite Seite“ müsste ergänzt werden, wenn die Integrationsförderung mit Unterpunkten in der Verfassung erläutert werden soll.

Zu den im Entwurf ausformulierten Punkten:

Wir halten es für problematisch, eine einseitige Identifikation mit nicht näher definierten Werten (und nicht näher definierbaren, wenn wir uns an die Diskussion um das erinnern, was „die deutsche Leitkultur“ sein sollte, und die zu keiner Einigung führte) anzustreben oder die Förderung einer Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland in der Verfassung zu formulieren. Was ist das? Wie drückt sich das aus?

Die Förderung eines umfassenden Zugangs zum Bildungs- und Arbeitsmarkt halten wir für richtig. Hier greift wieder auch wieder das Argument, dass dies möglichst früh erfolgen sollte, wie das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) in einem Forschungsbericht 2020 in Bezug auf die Integration von Geflüchteten nachweist: Eine frühzeitige Öffnung führt zu einer höheren Bildungsbeteiligung und besseren Beschäftigungsquoten. Wichtig ist hier noch eine Überprüfung des Anerkennungsverfahrens für Berufsabschlüsse.

Auch die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe ist zu begrüßen. Auf einfach gesetzlicher Ebene sollten hier die Unterbringungsbedingungen für Geflüchtete verbessert werden (dezentral im Gegensatz zu Sammelunterkünften und zentral im Gegensatz zu „nicht abgelegen). Auch im Bereich der Arbeitsmigration ist eine Überprüfung der Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften gefordert.

Artikel 41 d (3)

„Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung. Der Genuss und die Ausübung der Bürgerrechte bleibt deutschen Staatsangehörigen und Unionsbürgern vorbehalten, soweit sie diesen gleichgestellt sind.“

In diesem Absatz sehen wir im zweiten Satz einen Widerspruch zur oben genannten Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe. Unter „Ausübung der Bürgerrechte“ verstehen wir in erster Linie das Wahlrecht. Hier fordert die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen (BKMO) zumindest das kommunale Wahlrecht, genauso wie Ausländerbeiräte in Thüringen. Wenn einerseits Integration und gar Verbundenheit und Identifikation gefordert wird, andererseits aber selbst das Wahlrecht auf der untersten Ebene verwehrt bleibt, zeigt sich hierhin eine gewisse Schieflage, die es zu korrigieren gilt. Der DGB Hessen-Thüringen schlägt deshalb die Streichung des zweiten Satzes vor, zumal das Wahlrecht auf Ebene des Grundgesetzes geregelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Internationaler Bund (IB), Zentrum für Integration und Migration (ZIM)</td> <td>gGmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rosa-Luxemburg-Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Internationaler Bund (IB), Zentrum für Integration und Migration (ZIM)	gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rosa-Luxemburg-Str. 50	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
Name	Organisationsform										
Internationaler Bund (IB), Zentrum für Integration und Migration (ZIM)	gGmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rosa-Luxemburg-Str. 50										
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von Migrant*innen-Vereinen • Begegnung von Einheimischen und Migrant*innen • Unterstützung und Beratung bei Integration 	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • statt Ehrenamt lieber Schaffung sozialvers. pfl. Jobs • gleiche Rechte für alle Menschen • Stärkung marginalisierter Gruppen, gerne auch per Quote 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG).	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 01.12.2020	

Stellungnahme zu Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU des Thüringer Landtages Drucksache 7/1629

vom Zentrum für Integration und Migration der Stadt Erfurt
unter Trägerschaft der IB Mitte gGmbH (Stellungnahme für die Institution)

Gesetzesentwurf: „Stärkung von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“

Gliederung:

1. Schriftliche Äußerung zum Gesetzesentwurf (Anlage 2)
2. Beantwortung der Fragestellungen (Anlage 3)

1. Schriftliche Äußerung zum Gesetzesentwurf

Hauptsächlich beziehen wir, als Zentrum für Integration und Migration der Stadt Erfurt, im Folgenden Stellung zu den Punkten, die wir als kritikwürdig erachten. Punkte, die nicht explizit erwähnt werden, können als akzeptabel angesehen werden.

Punkt	Zitat	Kritik
A.II.1.	„schaffen ein Stück Heimat“	Wir finden den Heimatbegriff prinzipiell problematisch, besonders aber im Zusammenhang mit zugewanderten Menschen. Diese besitzen eine Heimat und benötigen keine „neue“. Man sollte hier eher von einem Wohlfühlen, gutem Miteinander oder Zuhause sprechen.
	„bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar für gesellschaftlichen Zusammenhalt“	Gerade wir als Einrichtung wissen, wie wichtig und wertvoll das Ehrenamt ist. Dennoch sind wir auch der Meinung, dass Ehrenamt entsprechend vergütet werden muss, bzw. dass für unverzichtbare Aufgaben richtige Stellen geschaffen werden müssen. Das Ehrenamt sollte keine Staatsaufgaben erfüllen und man sollte sich nicht zu sehr darauf verlassen. Es gibt andere Mittel und Wege um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wie etwa gute und sinnvolle Projekte, Stärkung von Bürgerbeteiligungen, Verbesserung der Bildung und der sozialen Kompetenzen, etc.
A.II.4.	„eine kulturell heterogene Bevölkerung führt vielfach zu Sorgen.... Schädigung des sozialen Friedens“	In diesem Abschnitt werden Menschen mit Migrationshintergrund und das Leben mit ihnen mit negativen Assoziationen in Verbindung gebracht. Wir finden es nicht gut, dass an dieser Stelle diese Behauptungen aufgestellt werden, für die wir keinen Beleg sehen. Wir empfinden eine kulturell heterogene Bevölkerung als Chance und Zugewinn und sogar als eine Verbesserung des sozialen Friedens.
	„Menschen, die rechtmäßig und auf Dauer in Thüringen leben“	Wenn Menschen nach Deutschland bzw. nach Thüringen kommen, ist oft lange nicht absehbar, wie „rechtmäßig“ dieser Aufenthalt ist oder wie lange die Dauer des Aufenthalts sein wird. Daher sollte eine Gesetz alle

Menschen einschließen, unabhängig ihres Status oder der Verweildauer. Es kann nicht sein, dass Menschen „in der Luft hängen“, solange sie in einem Anerkennungsprozess sind und von Grundrechten ausgeschlossen werden.

A.III	„Bestrebungen, die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes an einer gleichmäßigen Repräsentation von Gruppen auszurichten, die nach Identitätskriterien definiert werden, sind verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Den Kriterien der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ist vor solchen Zielen unbedingt Vorrang einzuräumen.“	In diesem Abschnitt wird davon ausgegangen, dass alle Menschen gleichberechtigt seien. Dies ist ein zutiefst naiver Gedanke. Wir wissen, dass z.B. Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt (und auch in anderen Bereichen) systematisch benachteiligt sind. Vor diesem Hintergrund ist eine Besetzung von Stellen nach „Leistungsprinzip“ nicht zulässig. Frauen kommen z.B. durch die Geburt von Kindern nicht auf die gleiche Berufserfahrung oder Karrierelaufbahn wie Männer. Menschen mit Migrationshintergrund werden ausländische Abschlüsse oft nicht erkannt und auch sie benötigen somit für Qualifikationen erheblich mehr Zeit als der durchschnittliche deutsche Mann. Wir fordern bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst eine Quote der Angestellten nach Bevölkerungsaufkommen, um alle Menschen repräsentieren und stärken zu können.
-------	--	---

Zusammenfassung zum Lösungsvorschlag:

B.I.	„Altersdiskriminierungsverbot“	Ok
B.II.1.	„Ehrenamt als Staatsziel“	Nein, lieber Schaffung echter Jobs und dafür Ausbau von Programmen und Projekten zum sozialen Zusammenhalt und generell eine Stärkung des sozialen Bereiches
B.II.3.	„Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“	Ok
	„rechtmäßig auf Dauer. aufhalten“	Ablehnung der Begriffe „rechtmäßig“ und „auf Dauer“, schließt zu viele Menschen aus.
B.III.	„Gebot der Bestenauslese“	Diesen Abschnitt lehnen wir ab, zumal wir in der Praxis auch kein Verfahren kennen, bei dem derart objektiv über eine Einstellung entschieden werden kann. Es spielen immer auch subjektive und nicht messbare Faktoren eine Rolle. Zudem halten wir es für sehr wichtig, dass alle Bevölkerungsgruppen in öffentlichen Ämtern auch repräsentativ vorkommen.

Anwendung im Gesetzestext

Artikel 41d (2)	„rechtmäßig auf Dauer“	Ablehnung der Begrifflichkeit
41d (2) 1.	„Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung“	Man muss sich mit Gesetzen etc. nicht identifizieren, um sich an diese zu halten. Uns würde hier ein Wort wie „Vermittlung“ oder „Nahebringen“ wesentlich besser gefallen.
41d (2) 2.	„Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland“	Auch hier sehen wir die Begrifflichkeit zu absolut. Der Fokus auf Sprache und Kultur ist vollkommen

		ausreichend, weil dies Thüringen bzw. Deutschland automatisch einbezieht.
41d (3)	„Ausübung der Bürgerrechte bleibt deutschen Staatsangehörigen und Unionsbürgern vorbehalten“	Bürgerrechte sollten prinzipiell für alle Menschen gelten. Auch Menschen ohne die beschriebenen Staatsangehörigkeiten sollten die Möglichkeit der Partizipation bekommen. Nur wenn Menschen gehört und an Prozessen mitbeteiligt werden, kann ein gelingendes Miteinander entstehen.
96 (2)	„Zugang zu jedem öffentlichen Amt“	Diesen Absatz lehnen wir mangels Gleichberechtigung ab.

2. Beantwortung der Fragestellungen (Anlage 3)

1. Wir sehen folgende Gefahren:
 1. ein Stellenabbau mit der Begründung der Erfüllung der Aufgaben durch Ehrenamtliche
 2. Verlust der kulturellen Identität von Migrant*innen aufgrund eines zu starken Druckes zur Assimilation in die deutsche Gesellschaft und Kultur
 3. Diskriminierung von Menschen mit unklarer Bleibeperspektive
 4. Fehlende Repräsentanz aller Bevölkerungsgruppen in öffentlichen Ämtern durch eine „Bestenauslese“ → Abkopplung der öffentlichen Verwaltung und Politik von der Lebensrealität der Bevölkerung
2. Die vorgeschlagenen Änderungen regeln die Normen und Pflichten von Bevölkerung und Staat und entsprechen somit den rechtstechnischen Aspekten einer Verfassung.
3. Wir empfinden die Formulierungen als wenig abstrakt. Es werden ganz klar Handlungsmaximen deutlich und es bleibt kaum Spielraum zur Interpretation.
4. Wir sehen in der aktuellen Verfassung des Landes Thüringen keine Punkte, die eine Änderung begründen würden.
5. Die Realität zeigt, dass nicht alle Menschen gleich und somit auch nicht gleich zu behandeln sind. Gleichheit im Umgang mit Menschen meint immer „gleich nach ihren Voraussetzungen“, d.h. wo immer es möglich ist, muss daran gearbeitet werden, dass Menschen gleiche Voraussetzungen und Chancen bekommen. Und solange dies nicht so ist, können bestimmte Gruppen (z.B. Frauen, Behinderte, Migrant*innen, etc.) hervorgehoben werden, um sie schließlich in eine gleichberechtigte Position zu bringen, die sie nun mal von Grund auf erst einmal nicht haben.
6. Nein, wir erachten es nicht als notwendig diese Änderungen auf Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln.
7. Wir sehen die Punkte der Verfassungsänderung bereits jetzt als geregelt an.
8. „Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung“ und „Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland“ stehen unserer Meinung nach dem Grundrecht „der freien Entfaltung der Persönlichkeit“ entgegen.
9. Aus unserer Perspektive könnte die Verfassungsänderung ihr intendiertes Ziel erreichen, daraus würden sich für uns gesehen aber keine Verbesserungen ergeben sondern eher Verschlechterungen.
10. Ja, wir sehen durch einige Formulierungen Nachteile für bestimmte Personengruppen wie z.B. Frauen oder Migrant*innen (siehe Erläuterungen oben).
11. (doppelt)
12. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eine gute Basis für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft.
13. Aus unserer Sicht ist das vorgeschlagene Staatsziel keine gute Leitlinie für die Integrationsbemühungen Thüringens.

14. Nein, die vorgeschlagene Formulierung umfasst nicht die wesentlichen Voraussetzungen für gelingende Integration.
15. Das Signal für die Thüringer Bevölkerung wäre, dass sie sich nicht ändern müssen, sondern die gesamte Integrationsarbeit bei den zugewanderten Menschen liegt.
16. Wir halten es nicht für sinnvoll, das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft zu koppeln. Man sollte dort wählen und mitbestimmen können, wo man sich längere Zeit aufhält und somit auch ein Interesse an der Zukunftsgestaltung hat.
17. Durch eine weitreichende Partizipation und ein Mitgestaltungsrecht, würde der Zusammenhalt gestärkt und das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindert werden.
18. Die vorgeschlagene Formulierung wird sogar nur den „Alteingesessenen“ gerecht, denn für diese Gruppe ergibt sich überhaupt kein Handlungsbedarf. Den zugewanderten Menschen wird man hingegen nicht gerecht, da nur Pflichten auf sie zu kommen, im Gegenzug aber kaum Rechte.
19. Die Integration ist ein wichtiger Aspekt des friedlichen Zusammenlebens und rechtfertigt ein Staatsziel, dieses sollte aber anders ausgestaltet und formuliert werden, als es im vorliegenden der Fall ist.
20. Eine Hilfestellung bietet das vorliegende Gesetz lediglich in den Bereichen Sprachförderung und Bildung, sowie gesellschaftlicher Teilhabe.
21. Die Regelungen des Art. 41d (2), Satz 1 verschlechtern die Bedingungen für Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus bzw. im Prozess der Anerkennung. Sie werden für lange Zeit ausgeschlossen von Gesetzen, was wir als nicht hinnehmbar erachten.
22. Ja, die Staatsziele unter 41d (2) sollten umformuliert werden → siehe dazu unsere Ausführungen unter 1. (Stellungnahme zum Gesetzentwurf).
23. Wir sehen keine Verbesserungen, wenn Bürgerrechte nur dt. Staatsbürgern und Unionsbürgern zu Gute kommen. Wir fordern diese für alle, längerfristig in Deutschland lebende Personen ein, gleich welches Aufenthaltsstatus.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Jukis - Junge Liberale Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Liebknechtstr. 16a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Jukis - Junge Liberale Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Jukis - Junge Liberale Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die Einführung eines solchen Prinzips ist höchst problematisch. Dies stammt primär aus der Unschärfe des Begriffs „Gleichwertigkeit der Lebensverh.“. Es bleibt unklar, wie dieses Prinzip zu interpretieren ist, sowie wo die Grenzen eines solchen Prinzips liegen. Die Auswirkung wird entspr. darin liegen, unnötige Diskussionen zu allen Planungsentscheidungen auszulösen, die die Gefahr bergen, die Entwicklung aller Landesteile kollektiv zu lähmen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.12.2020	

Junge Liberale Thüringen e.V.



Liebkechtstr. 16a
99085 Erfurt

Tel.:
FAX: (

www.julis-thueringen.de

Junge Liberale Thüringen e.V. • Liebknechtstraße 16a • 99085 Erfurt

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/842
zu Drs. 7/1629

Landesgeschäftsstelle

Ihr/-e Ansprechpartner/-in

Ihr Direktkontakt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
6. November 2020

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Erfurt
2. Dezember 2020

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags;
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten / Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an dem Anhörungsverfahren zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ und nehmen zu den in der Anlage 3 Ihres Schreiben beige-fügten Fragekatalog wie folgt Stellung:

- 1) *Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorge-schlagenen Verfassungsänderungen ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unter-schied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen ver-fassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln – namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?*

Landesvorsitzender

Landesschatzmeister

Nur gering; vermutlich nur ausufernde Diskussion bei diversen Pla-nungsentscheiden bezüglich des eingeführten Artikels aufgrund der Unklarheit und des Auslegungsspielraums des Begriffes “gleichwertige Lebensverhältnisse”.

Landesgeschäftsstelle
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt
lgs@julis-thueringen.de

- 2) *Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen allgemein im Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfas-sung?*

Eine Änderung ist kaum praktikabel, da eine Verfassung nicht jede Rechtsfrage zu klären hat.

Vereinsregister
Registergericht:
Amtsgericht Jena

- 3) *Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihre Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. - wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt - "kurz und dunkel" sein sollten?*

Zielkonflikte sind immer möglich, daher sind ausufernde Staatsziele zu vermeiden. Es gibt schon einige Staatsziele ähnlicher Bedeutung in der Thüringer Verfassung. Hier sind jedoch keine Zielkonflikte absehbar, da dieses Ziel nicht weniger abstrakt ist, als andere Staatsziele.

- 4) *Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte legen aus ihrer Sicht die Einfügung neuer Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht in der Verfassung enthaltenen Zwecken in Politik, Verwaltung oder Gerichten, insbesondere bei Abwägungsprozessen, zur Verwirklichung zu verhelfen?*

Keine.

- 5) *Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merkmale, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanenten Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?*

Keine Benachteiligung, da nicht explizit genannte Gruppen durch den allgemeinen Gleichheitssatz ebenso geschützt sind. Die Rechtfertigung aufgrund von Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse bestimmter Personengruppen resultiert aus bestimmten Merkmalen.

- 6) *Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?*

In dieser Fassung ja, da eine bundesweite Fassung zu viele unterschiedliche Regionen mit einbeziehen würde (zumal bereits Lebenssituationen in Ländern angeglichen werden sollen, z.B. durch Solidaritätszuschlag). Eine Regelung durch ein Gesetz wäre denkbar, hätte allerdings einen anderen Charakter.

- 7) *Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im "Hoheitsbereich" der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?*

Nicht bekannt.

- 8) *Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei?*

Unseres Erachtens nicht.

- 9) *Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?*

Möglicherweise ja, da die Verfassungsänderung die Gefahr birgt, die Entwicklung der Regionen soweit zu beeinträchtigen, dass sie sich aufgrund mangelnder Entwicklung annähern. Dies wäre allerdings durchweg negativ zu betrachten.

- 10) *Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen/-gruppen Thüringens negative Folgen entstehen?*

Diese Forderung ist bereits durch das Grundgesetz abgedeckt.

- 11) *Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderungen in der Verfassung oder die Verfassungsänderung an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen/-gruppen Thüringens negative Folgen entstehen?*

Nein.

- 12) *Ist die Aufnahme eines Staatszieles mit dem Inhalt, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen zu fördern, ihrer Meinung nach eine sinnvolle Ergänzung der Thüringer Verfassung?*

Nein.

- 13) *Wie bewerten sie eine Festschreibung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen in der Thüringer Landesverfassung? Wie bewerten sie die Auswirkung einer solchen Bestimmung auf bestehendes (Landes-)Recht sowie auf bestehende Politik?*

Die Einführung eines solchen Prinzips ist höchst problematisch. Dies stammt primär aus der Unschärfe des Begriffes der "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse". Es bleibt unklar, wie dieses Prinzip zu interpretieren ist, sowie, wo die Grenzen eines solchen Prinzips lägen. Die Auswirkung wird entsprechend darin liegen, unnötige Diskussionen zu allen Planungsentscheidungen auszulösen, die die Gefahr bergen, die Entwicklung aller Landesteile kollektiv zu lähmen.

- 14) *Wie bewerten sie den Zusammenhang zwischen einer nationalen bzw. regionalen Politik der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und der Umsetzung der unionseuropäischen Kohäsionspolitik? Sollte ein Bezug auf die unionseuropäische Kohäsionspolitik explizit erwähnt werden?*

Regionale, nationale und unionseuropäische Kohäsionspolitik ergänzen sich sinnvoll, da sich so Differenzen auf unterschiedlichen Maßstäben annähern können. Ein Landesteil in Thüringen sollte eher mit einem Landesteil in Thüringen, als mit einem Landesteil in Baden-Württemberg oder erst recht als mit einem in Spanien oder Ungarn verglichen werden, die Gesamtsituation zwischen den einzelnen (Bundes-)Ländern allerdings schon. Ein expliziter Verweis ist jedoch nicht notwendig.

- 15) *Was für Voraussetzungen müssen zunächst vorliegen, damit das Land Thüringen ein Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse in der Praxis effektiv umsetzen könnte?*

Damit das Land Thüringen dieses Staatsziel eigenständig und effektiv umsetzen kann, wären tiefgreifende Eingriffe in das Recht der Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften notwendig. Auch nicht zu vernachlässigen sind mögliche Einschränkungen von marktwirtschaftlichen Prinzipien.

- 16) *Welche (rechts-)politischen Anstrengungen halten sie für notwendig, damit in allen Landesteilen Thüringens bzw. Mit dem Freistaat vergleichbaren Regionen erfolgreich gute Lebensverhältnisse perspektivisch erreicht bzw. erhalten werden?*

Ziele und Bedingungen für gute Lebensverhältnisse sind, unter anderem, Verkehrsanbindung mit ÖPNV, Zugang zu

Einkaufsmöglichkeiten, ärztlicher Versorgung und (digitaler) Infrastruktur, zukunftsfähige Arbeitsplätze, Möglichkeiten für steuerliche Erleichterungen bei Ansiedlung bzw. Gründung von Betrieben in strukturschwachen Regionen oder Vergabe von Infrastruktur im Cluster-Modell.

17) Sollte der Förderauftrag des Staatsziels auch an die kommunalen Gebietskörperschaften gerichtet sein? Welchen Beitrag können die Kommunen im Verbund bzw. einzelne Kommunen für sich genommen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen leisten?

Ja, muss er, da ein Großteil der Entscheidungen, die zu gleichwertigen Lebensverhältnissen führen könnten (primär Planungsentscheide) auf der Ebene der Gebietskörperschaften liegen. Aufgabe der Gebietskörperschaften muss es sein, wahrheitsgemäß Probleme im Bereich ungleichmäßiger Lebensverhältnisse, sowie konkrete Lösungsmöglichkeiten zu ermitteln. (Wenn in einem Gebiet z.B. ein Supermarkt fehlt, sollte die Gebietskörperschaft das ermitteln und vorschlagen, was man für eine Ansiedlung unternehmen kann und wo diese am besten erfolgen soll.)

18) Wie bewerten sie die Überlegung, dass das Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse neben regionalen Disparitäten auch auf andere Dimensionen wie z.B. altersbedingte und soziale Unterschiede abzielen sollte?

Äußerst bedenklich, wie in Punkt 13 begründet.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben. Das Informationsschreiben finden Sie auf der Internetseite der Junge Liberale Thüringen e.V. unter dem Link <https://www.julis-thueringen.de/datenschutz>. Sie können das allgemeine Informationsschreiben selbstverständlich auch kostenlos bei dem o.g. Bearbeiter oder in der Landesgeschäftsstelle anfordern.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Integration“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Johis-Junge Liberale Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Liebknechtstr. 16a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Johis-Junge Liberale Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
Johis-Junge Liberale Thüringen e.V.	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	/	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Änderungen ohne direkte Konsequenzen, da Inhalt schon anderswertig geachtet ist, aber trotzdem sinnvoll, um Inhalt in Verfassung sicherer zu verankern. Hinzufügen von Staatszielen an sich erstmal negativ, allerdings Bedeutung dieses Staatsziel hoch genug, um zu überwiegen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.12.2020	

Junge Liberale Thüringen e.V.



Liebkechtstr. 16a
99085 Erfurt

Tel.: 0361 / 3455919
FAX: 0361 / 55062814

info@julis-thueringen.de
www.julis-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
04.12.2020 08:30

29943/2020



Junge Liberale Thüringen e.V. • Liebknechtstraße 16a • 99085 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags;
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten / Themenkomplex „Integration“**

Erfurt
2. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an dem Anhörungsverfahren zum Themenkomplex „Integration“ und nehmen zu den in der Anlage 3 Ihres Schreiben beigefügten Fragekatalog wie folgt Stellung:

- 1) Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen Ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unterschied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen verfassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln – namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?*

Sie hat keine direkten Auswirkungen, da viel Relevantes schon im AufenthG auf Bundesebene geregelt ist. Gegebenenfalls sind zusätzliche Förderung auf Landesebene ableitbar. Die Verpflichtung aktueller und insbesondere künftiger Regierungen zur Integration wird jedoch in der Thüringer Verfassung sicherer verankert als nur im AufenthG.

- 3) Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihre Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. – wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt – „kurz und dunkel“ sein sollten?*

Zielkonflikte sind immer möglich, daher sind ausufernde Staatsziele zu vermeiden. Es gibt schon einige Staatsziele ähnlicher Bedeutung in der Thüringer Verfassung. Hier sind jedoch keine Zielkonflikte absehbar, da dieses Ziel nicht weniger abstrakt ist, als andere Staatsziele.

- 5) *Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merkmale, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanenten Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?*

Keine Benachteiligung, da nicht explizit genannte Gruppen durch den allgemeinen Gleichheitssatz ebenso geschützt sind. Die Rechtfertigung aufgrund von Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse bestimmter Personengruppen resultiert aus bestimmten Merkmalen.

- 6) *Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?*

Ja, da aktuelle politische Tendenzen nahelegen, dass eine Regelung auf anderer Ebene abgelöst werden könnte und daher Verankerung in Thüringer Verfassung notwendig ist.

- 7) *Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im "Hoheitsbereich" der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?*

Ja, durch das AufenthG.

- 8) *Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei?*

Nein.

- 9) *Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?*

Die Änderung ist in Konsequenz nicht weitergreifender als das AufenthG. Entsprechend kann sie das gewünschte Ziel, die Förderung

der Integration, nur durch sich gegebenenfalls ergebende zusätzliche Verpflichtungen des Freistaats weiter erreichen.

- 10) *Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen/-gruppen Thüringens negative Folgen entstehen?*

Nein. Allerhöchstens könnten sich durch die steigende Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Zuwanderer negative Lohnentwicklungen für Thüringer Bürger ergeben. Dies gilt wissenschaftlich allerdings als sehr wahrscheinlich widerlegt.

- 12) *Ist die FDGO eine taugliche Basis für die Förderung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft?*

Ja, da sie und die sich daraus ergebenden bzw. ihr zugrundeliegenden Normen den Grundaufbau des Zusammenlebens in Deutschland regeln.

- 13) *Kann das vorgeschlagene Staatsziel einen übergeordneten Rahmen und eine wegweisende Leitlinie für die Integrationsbemühungen des Freistaates darstellen?*

Ja, dies wird die Hauptauswirkung sein.

- 14) *Umfasst die vorgeschlagene Formulierung des Staatszieles die wesentlichen Voraussetzungen für gelingende Integration?*

Ja.

- 15) *Welches Signal würde die Aufnahme des vorgeschlagenen Staatsziels an die Thüringer Bevölkerung senden?*

Sie würde aussenden, dass Zuwanderer in Thüringen willkommen sind, unter der Voraussetzung, dass sie sich integrieren, und dass diese Integration gewünscht und gefördert ist.

- 16) *Halten sie es für sinnvoll, wesentliche politische Mitgestaltungsrechte wie das Wahlrecht als an die Staatsangehörigkeit geknüpfte Bürgerrechte auszugestalten?*

Ja.

17) Kann die Aufnahme eines derartigen Staatszieles in die Thüringer Verfassung dazu beitragen, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?

Nein, nicht alleine, da die konsequenztragenden Inhalte bereits im AufenthG geregelt sind.

18) Wird die vorgeschlagene Formulierung dem Anspruch gerecht, sowohl die Interessen der Alteingesessenen als auch der Zuwanderer angemessen zu berücksichtigen?

Ja, die Zuwanderer haben das Interesse, sich in Deutschland erwerbstätig zu machen bzw. sich zu bilden und ohne Repressionen o.Ä. leben zu können, während die Alteingesessenen die Forderung haben, dass sich Zuwanderer integrieren. Beides wird berücksichtigt.

19) Handelt es sich bei der Integration um ein Thema, das so grundlegend für das gesellschaftliche Zusammenleben ist, und eine Aufgabe, deren Bewältigung so sehr im Interesse der gesamten Gesellschaft steht, dass dies die Aufnahme eines derartigen Staatsziels anrät?

Ja, besonders im Hinblick auf vermutlich steigende Zuwanderungszahlen.

20) Welche greifbaren Hilfestellungen bieten die vorgeschlagenen Verfassungsbestimmungen für Menschen mit Migrationserfahrung, um sich erfolgreich in die Thüringer Gesellschaft zu integrieren?

Keine.

21) Wie würde sich ihrer Einschätzung nach die geplante Regelung des Art. 41d Abs. 2 Satz 1, wonach die Integrationsförderung der dauerhaft hier lebenden Menschen mit Migrationserfahrung an deren rechtlichen Status geknüpft wird, langfristig auswirken?

(Ohne Kenntnis der Kapazitäten und Kosten) Eher negativ, da es sich zeigt, dass auch Menschen ohne dauerhafte Aufenthaltsaussicht, z.B. Asylsuchende, sich längere Zeit in Thüringen aufhalten. Um diesen einen menschenwürdigen Aufenthalt zu ermöglichen, sind zumindest Integrationsmaßnahmen sinnvoll.

22) *Sollten die Fördertatbestände des vorgeschlagenen Staatsziels Integrationsförderung (Art. 41d Abs. 2) umformuliert bzw. ergänzt werden?*

Möglich: Streiche “und die Verbundenheit mit” in Art. 41d Abs. 2 Punkt 2; Förderung der Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland ist zu unklar, denn potentielle Ausgestaltungen werden vermutlich eher auf Ablehnung bei Integrationssuchenden stoßen, was die Effektivität aller Maßnahmen negativ beeinflussen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben. Das Informationsschreiben finden Sie auf der Internetseite der Junge Liberale Thüringen e.V. unter dem Link <https://www.julis-thueringen.de/daten-schutz>. Sie können das allgemeine Informationsschreiben selbstverständlich auch kostenlos bei dem o.g. Bearbeiter oder in der Landesgeschäftsstelle anfordern.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Johis-Junge Libale Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Liebknechtstr. 16a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Johis-Junge Libale Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Johis-Junge Libale Thüringen e.V.	Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a												
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	/	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aufnahme in die Thür. Verfassung nicht nötig, da dieses durch den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz bereits abgedeckt ist.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.12.2020	

Junge Liberale Thüringen e.V.



Liebkechtstr. 16a
99085 Erfurt

Tel.: 0361 / 3455919
FAX: 0361 / 55062814

info@julis-thueringen.de
www.julis-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
04.12.2020 08:31

29946/2020

Junge Liberale Thüringen e.V. • Liebknechtstraße 16a • 99085 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäfts-
ordnung des Thüringer Landtags;
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thü-
ringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheits-
rechten / Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“**

Erfurt
2. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Beteiligung an dem Anhörungsverfahren
zum Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ und
nehmen zu dem in der Anlage 3 Ihres Schreibens beigefügten Fra-
gekatalog wie folgt Stellung:

- 1) Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorge-
schlagenen Verfassungsänderungen ihrer Beurteilung zufolge
für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unter-
schied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen ver-
fassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln – namentlich
auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?

Nein, da durch die Regelung in der aktuellen Fassung bereits deut-
lich Abwehrrechte des Individuums gegen staatliche Willkür auf-
zeigt werden.

- 2) Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen
allgemein im Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfas-
sung?

Sie verwässert zunehmend die Stellung der Verfassung als Rechts-
ordnung. Nicht alles was politisch wichtig ist, braucht einen Ver-
fassungsrang.

- 3) Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihrer Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. – wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt – “kurz und dunkel” sein sollten?

Die vorgeschlagene Formulierung ist durchaus "kurz und dunkel", jedoch auch redundant, da der Gleichstellungsgrundsatz ausreichend ist.

- 4) Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte legen aus ihrer Sicht die Einfügung neuer Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht in der Verfassung enthaltenen Zwecken in Politik, Verwaltung oder Gerichten, insbesondere bei Abwägungsprozessen, zur Verwirklichung zu verhelfen?

Keine.

- 5) Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbot ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merkmale, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanen Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?

Keine Benachteiligung, da nicht explizit genannte Gruppen durch allgemeinen Gleichheitssatz ebenso geschützt sind.

- 6) Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?

Nein.

- 7) Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im “Hoheitsbereich” der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?

Ja, da es bereits durch den Gleichheitsgrundsatz abgedeckt ist.

- 8) Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei?

Nein, da durch die Regelung in der aktuellen Fassung bereits deutlich Abwehrrechte des Individuums gegen staatliche Willkür aufgezeigt werden.

- 9) Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?

Sie ist teilweise nötig. Es kommt jedoch darauf an, wie dieser Grundsatz ausgelegt wird bzw. welche Interpretation sich durchsetzt.

- 10) Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen/-gruppen Thüringens negative Folgen entstehen?

Ja, da durch die aktuelle Fassung unter Umständen Einzelfälle nicht konkret abgedeckt werden können.

- 11) Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderungen in der Verfassung oder die Verfassungsänderung an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen/-gruppen Thüringens negative Folgen entstehen?

Ja, da durch Grundintention die Gefahr besteht, das sinnige Regeln ihren Rechtsstatus verlieren.

- 12) Können der Schutz der Unabhängigkeit, der Teilhabemöglichkeit und der Selbstverwirklichung sowie die Würde von alten und jungen Menschen durch die Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbots in die Verfassung des Freistaats Thüringen unmittelbar oder mittelbar gestärkt werden?

Das kommt auf die rechtliche Ausformulierung durch die entsprechenden Gesetze an, da an dieser Stelle die Ergänzungen kaum Abwehrrechte den Einzelnen aufzeigt.

- 13) Kann die Aufnahme des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale mit Verfassungsrang den Rechtfertigungsmaßstab, insbesondere die Anforderung an die Verhältnismäßigkeitsprüfung, für altersspezifische Diskriminierung im Vergleich zur bisherigen Rechtsprechung verschärfen?

Ja, dieses Mittel wäre für das Ziel durchaus geeignet, aber allein diese Tatsache bietet keinen Mehrwert.

- 14) Welchen Praktischen Mehrwert bietet die Vorgeschlagene Neuordnung gegenüber bestehenden Vorschriften höherrangiger Rechtsebenen zum Schutz vor altersbedingter Diskriminierung (wie etwa dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene)?

Keine.

- 15) Sofern die Platzierung des Verbots der Altersdiskriminierung in der Thüringer Landesverfassung in Anbetracht des geltenden Antidiskriminierung geboten ist: Welche weiteren Gleichbehandlungsgebote wären in der Konsequenz ebenfalls in die Verfassung mitaufzunehmen?

Die Platzierung ist unserer Ansicht nach nicht nötig.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben. Das Informationsschreiben finden Sie auf der Internetseite der Junge Liberale Thüringen e.V. unter dem Link <https://www.julis-thueringen.de/datschutz>. Sie können das allgemeine Informationsschreiben selbstverständlich auch kostenlos bei dem o.g. Bearbeiter oder in der Landesgeschäftsstelle anfordern.

Formblatt zur Datenerhebung

322 6/12020

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Integration“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Flüchtlingsrat Thüringen e. V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Schillerstr.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Flüchtlingsrat Thüringen e. V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schillerstr.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Flüchtlingsrat Thüringen e. V.	Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Schillerstr.												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	44												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

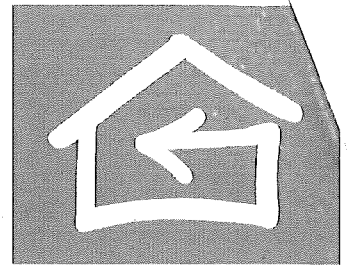
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	S. Safety + Homepage	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
G/1, 22.12.2020	

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 07:36
30125120



Flüchtlingsrat Thüringen e.V.
Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

🏠 Flüchtlingsrat Thüringen e.V. // Schillerstraße 44 // 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

WWW.FLUECHTLINGSRAT-THR.DE



Erfurt, den 04. Dez. 2020

**Stellungnahme zum fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des
Freistaats Thüringen-Aufnahme von Staatszielen und
Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache
7/1629**

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme in oben
genanntem mündlichem Anhörungsverfahren.

Das Land Thüringen verabschiedete mit dem Thüringer Integrationskonzept ein breit diskutiertes und ausgehandeltes Konzept, das auf vielen Ebenen Integration analysiert und konkrete Handlungsfelder benennt. Der Ausgangspunkt ist dabei, dass Integration „[...] nicht als ein Zustand, sondern als ein fortlaufender, dynamischer und vor allem sich wechselseitig vollziehender Prozess zu verstehen [ist]. Dieser Prozess betrifft alle Menschen in unserem Land, nicht nur die Menschen, die zu uns gekommen sind, sondern auch die einheimischen Menschen. Alle diese Menschen gestalten in gemeinsamer Verantwortung die Gesellschaft, in der sie leben wollen, indem sie einander annehmen. Niemand von ihnen muss seine Identität, Kultur oder Religion aufgeben,

weil Integration keine einseitige Anpassung bzw. Assimilation – gleich in welche Richtung – ist.“ *Thüringer Integrationskonzept, 2017, S. 9.*

Die Verabschiedung des Integrationskonzeptes wurde vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ausdrücklich begrüßt, die Umsetzung und Weiterentwicklung der konkreten Aktionspläne ist fortzusetzen. Die Ausrichtung des Konzeptes, das Verständnis von Integration und den Möglichkeiten seitens der Politik Rahmenbedingen zu verbessern, ist zielführend und ein wichtiger Schritt für Thüringen.

Insbesondere vor diesem Hintergrund begrüßt der Flüchtlingsrat Thüringen die Aufnahme von Integration als Verfassungsziel. Gleichzeitig soll dies ein Plädoyer für die Präzisierung des Begriffes und des dahinterliegenden Verständnisses sein.

Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen positionierte sich im August 2020 mit einer umfangreichen Antirassismusagenda zu den Schritten, die Deutschland auf dem Weg zu einer Migration und Diversität anerkennenden Gesellschaft gehen müsste:

Ins Grundgesetz sollte ein neues Staatsziel aufgenommen werden **„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“**

Die umfassende Agenda beruht auf den Erfahrungen der Engagierten in den Mitgliedsorganisationen in Deutschland. Für sie ist die alltägliche Erfahrung von Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu tödlichen Attentaten aufgrund der (vermuteten) Herkunft, der Hautfarbe, der Religion, der Sprache erschreckende Realität.

An dieser Stelle soll aus der Gesetzesbegründung zum Verfassungsziel Integration im vorliegenden Gesetzesentwurf zitiert werden: „Die

Integration der Menschen, die rechtmäßig und auf Dauer in Thüringen leben, ist der Schlüssel, um die **Risiken** kultureller Separation, sozialer Exklusion und der **Schädigung** des sozialen Friedens zu begegnen“

Aus dieser Formulierung spricht das Verständnis von Integration als Prävention, von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Migrant*innen. „Ihr werdet integriert oder ihr stellt eine Gefahr für den sozialen Frieden dar.“ Sollte die Verankerung von Partizipation und Teilhaberechten nicht auf dem Verständnis der Würde eines jeden Menschen beruhen? Auf dem Anspruch der Verwirklichung eines demokratischen Miteinanders?

Neben dieser grundsätzlich fragwürdigen Begründung der Notwendigkeit von Integration widerspricht sie auch aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Realitäten von Migrationsprozessen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung begleitet mit intensiver Forschung die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten seit 2015. Vor kurzem wurde der IAB Forschungsbericht „Fünf Jahre seit der Fluchtmigration 2015- Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem macht weitere Fortschritte“ veröffentlicht. In diesem wird deutlich, dass eine frühzeitige Öffnung des Bildungssystems und des Arbeitsmarktes zu einer langfristig höheren Bildungsbeteiligung und Beschäftigungsquote führt.

Des Weiteren kann bei vielen Formen der Migration und insbesondere der Fluchtmigration nicht abgeschätzt werden, wie lange der tatsächlich daraus folgende Aufenthalt sein wird. Bereits das bestehende Integrationskonzept des Landes Thüringen legt die Vielfalt der Migration dar. Auch Menschen mit einer Duldung (d.h. zeitweise Aussetzung der Abschiebung) leben dauerhaft in Thüringen. Laut Ausländerzentralregister

waren zum 31.1.2020 3.668 Menschen mit einer Duldung im Bundesland. Duldungen werden aus verschiedenen Gründen erteilt und begründen oftmals einen dauerhaften Aufenthalt. Dem wird durch zahlreiche Bleiberechtsregelungen im Aufenthaltsgesetz entsprochen.

Die Einschränkung des Integrationsverständnisses nur auf dauerhaft aufenthaltsberechtigte Menschen geht an den Realitäten der Einwanderungsgesellschaft vorbei.

Es soll an dieser Stelle an die Lebensbedingungen für Geflüchtete vor 2015 in Thüringen erinnert werden:

Abgelegene Gemeinschaftsunterkünfte (daran hat sich leider nicht viel geändert), kaum Zugang zu Sprachkursen während des Asylverfahrens, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die weit unterhalb des Existenzminimums lagen, eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung. Die Schulpflicht für geflüchtete Kinder wurde erst 2005 eingeführt! Schulbesuch war bis dahin keine Selbstverständlichkeit!

Und diese Kinder von damals, die nicht mal zur Schule gehen durften, sind die Erwachsenen von heute, denen immer noch mit Misstrauen begegnet wird.

Wenn durch rechtliche Regelungen immer wieder deutlich gemacht wird, dass man nicht dazu gehört, dass man kein gleichberechtigter Teil dieser Gesellschaft ist, wie soll man sich dann als Teil dieser Gesellschaft identifizieren? Trotz der widrigen Umstände passiert aber genau das, wir erleben eine Zeit in der Migrant*innen hör- und sichtbar werden und deutlich Position beziehen, wie die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen, Migranetz Thüringen und die über 40 Migrant*innenorganisationen in Thüringen beweisen.

Zu den vorgeschlagenen Artikeln im Einzelnen:

Artikel 41 d

(1) „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“

Vorschlag Übernahme der Formulierung der BK MO:

„Thüringen ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Es fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“

Diese Formulierung beinhaltet die Einbeziehung vieler verschiedener Lebensformen und Offenheit für verschiedene diskriminierte Gruppen sowie die Zielsetzung von Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen, egal ob mit Behinderung, unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität, von Armut Betroffenen, Religion oder Erstsprache.

Artikels 41d „(2) Die Integration von rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist Aufgabe des Landes und seiner Gebietskörperschaften. Dazu fördern sie

1. die Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung, den ihr zugrunde liegenden Werten und den sich aus ihr ergebenden Normen des Zusammenlebens,“

Die Ausführungen des **Artikels 41d Absatz 2 Nr. 1** sollten gestrichen werden. Wiederum spricht das Misstrauen gegenüber zugewanderten Menschen aus der Zielsetzung und Formulierung.

Zum einen ist völlig unklar, was eine Identifikation mit einer Rechtsordnung und Verfassung lebensweltlich bedeuten soll und zum anderen sollten alle Einwohner*innen eines Staates über die Grundzüge der Rechtsordnung informiert sein. Wenn der Anspruch auf Teilhabe also konsequent umgesetzt wird, sind zugewanderte Menschen genauso über die herrschende Rechtsordnung informiert wie alle anderen. Die Gesellschaft und Demokratie leben von Veränderung und Austausch, eine starre Identifikation mit Werten kann keine demokratische Praxis sein, viel mehr ist die Frage an welchen Orten Begegnungen und Möglichkeiten zum Austausch und zur Verständigung geschaffen werden.

Artikels 41d Absatz 2

- „2. die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur und die Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland,
- 3. den umfassenden Zugang zum Bildungssystem, zur Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt
- 4. gesellschaftliche Teilhabe.“

Der gesetzlich festgeschriebene Anspruch auf Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache in landesrechtlicher Verantwortung ist zu begrüßen. Sprach- und Integrationsangebote sollten allen Migrant*innen mit entsprechendem Bedarf gleichermaßen von Anfang an zur Verfügung stehen.

Die „Verbundenheit“ mit einem Land ist das Ergebnis der Behandlung durch dieses Land und seine Gesellschaft und kann nicht gesetzlich vorgeschrieben werden.

Der verfassungsrechtlich festgeschriebene Zugang zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt hat eine starke Signalwirkung und ist damit zu

begrüßen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die positiven Impulse des Artikels 41 d im Formulierungsvorschlag der BKMO aufgehen.

Artikels 41d Absatz 2

„(3) Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung. Der Genuss und die Ausübung der Bürgerrechte bleibt deutschen Staatsangehörigen und Unionsbürgern vorbehalten, soweit sie diesen gleichgestellt sind.“

Der Bundesintegrationsrat sowie die BKMO setzen sich für den Zugang zum kommunalen Wahlrecht ein und plädieren für eine Vereinfachung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft, beides bedeutet eine Demokratisierung der Gesellschaft.

Die Ausführungen sollen abschließen mit einem Zitat des Rats für Migration, einem Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die zu Fragen von Migration, Flucht und Integration forschen:

„Die Migrationsforschung zeigt: Dort wo gleichberechtigte Teilhabe und Integration aktiv gefördert werden, profitieren langfristig alle“

Bezüge:

„Antirassismus Agenda 2025- für eine rassismusfreie und chancengerechte Einwanderungsgesellschaft“ Maßnahmenkatalog des Begleitausschuss der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen, 2020

Rat für Migration „Manifest für eine zukunftsfähige Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik“, 2017

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetellDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellDokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?									
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -									
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)								
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td rowspan="3">Stellungnahme</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stellungnahme	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postleitzahl, Ort
Name	Organisationsform								
Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.	eingetragener Verein								
Geschäfts- oder Dienstadresse	Stellungnahme								
Straße, Hausnummer (oder Postfach)									
Postleitzahl, Ort									
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellDokG)								
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname								
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)									
Straße, Hausnummer									
Postleitzahl, Ort									

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Selbstverpflichtete u. Selbstverpflichtete	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Wir begrüßen den Vorschlag, das Verbot eines Disziplinarverfahrens aufgrund des Lebensalters, in die Landesverfassung aufzunehmen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn, 4.12.2020	

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 07:47

30134/2020



BAGSO e.V. ■■■ Thomas-Mann-Str. 2-4 ■■■ 53111 Bonn

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

■■■
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.
Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 02 28 / 24 99 93 0
Fax 02 28 / 24 99 93 20
www.bagso.de



- per E-Mail -

Bonn, 04.12.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.

Aufgrund hoher Arbeitsbelastung können wir leider nicht ausführlich und umfassend auf den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und den dazu übermittelten Fragenkatalog eingehen. Wir beschränken uns im Folgenden stattdessen auf einige Anmerkungen zu zwei der angesprochenen Themen:

- die vorgeschlagene Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbots in die Landesverfassung (dazu unten 1.),
- die Erweiterung der Landesverfassung um zusätzliche Staatsziele (dazu unten 2.).



1. Die BAGSO begrüßt die Idee einer ausdrücklichen Gleichstellung von Menschen unterschiedlichen Alters in der Thüringer Landesverfassung.

Mit Blick auf bestehende Diskriminierungsbereiche verweisen wir auf die Stellungnahme des Landesseniorenrats Thüringen vom 20.11.2020, Ziffer 12. Wir schließen uns auch der Auffassung an, dass die Corona-Krise verdeutlicht hat, wie wenig sich – trotz vielfältiger Bemühungen – ein differenziertes Bild vom Alter in unserer Gesellschaft durchgesetzt hat und wie groß die Gefahr von Diskriminierungen alter Menschen gerade in Krisenzeiten ist.

Die BAGSO fordert – etwa in ihrer Abschlusserklärung zum 12. Deutschen Seniorentag 2018 („Dortmunder Erklärung“) – in entsprechender Weise die Aufnahme eines Altersdiskriminierungsverbots in das Grundgesetz. Um zu verdeutlichen, dass es hierbei nicht nur um Diskriminierungen aufgrund des höheren Lebensalters geht, schlagen wir vor, von „Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters“ zu sprechen.

Wir beziehen uns dabei auch auf ein 2017 vom BMFSFJ in Auftrag gegebenes und 2018 veröffentlichtes Gutachten des Düsseldorfer Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Lothar Michael: „Gleiches Recht der Älteren auf gesellschaftliche Teilhabe.“ Der Gutachter konstatiert, dass zahlreiche Rechtswissenschaftlerinnen und Rechtswissenschaftler mittlerweile eine Verfassungsänderung und die Aufnahme des Verbots der Altersdiskriminierung im Grundgesetz fordern. Das Bundesverfassungsgericht bekäme so eine aktive Rolle bei der Weiterentwicklung des Antidiskriminierungsrechts und das Verbot der Altersdiskriminierung würde allen deutschen Gerichten die Möglichkeit bieten, Gesetze wie das AGG im neuen Lichte verfassungskonform auszulegen.

Dieser Effekt würde – bezogen auf den Freistaat Thüringen – auch durch eine Aufnahme des Verbots von Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters ebenso eintreten. Insofern ist – um auf die Frage 8 einzugehen – durchaus von einer beachtlichen mittelbaren Wirkung einer solchen Verfassungsänderung auszugehen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass Lothar Michael in seinem Gutachten auch interessante Vorschläge zu einer möglichen Umsetzung macht, die sicher auch für die Landesverfassung interessant sind.



2. Kein abschließendes Urteil trauen wir uns zu dem Vorschlag zu, weitere Staatsziele in die Verfassung des Freistaats Thüringen aufzunehmen, darunter die Förderung von Ehrenamt und Engagement und die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen. Die Problemdarstellung und den daraus resultierenden Handlungsbedarf können wir jedoch umfänglich nachvollziehen.

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Beitrag (<https://www.bpb.de/apuz/300052/gleichwertig-nicht-gleich>) heißt es: „Das Ziel der ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‘ ist in dieser Form seit 1994 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert (Art. 72 Abs. 2 GG) – allerdings nicht als Zielgröße politischen Handelns. Im Verfassungskontext ist es eher als Einschränkung der gesetzgeberischen Kompetenzen des Bundes zu interpretieren [...] Eine Verpflichtung des Staates zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse mit Blick auf eine Mindestausstattung mit Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge oder gar auf die Ergebnisse wirtschaftlichen Handels lässt sich daraus nicht ableiten.“

Die Aufnahme eines solchen Staatsziels in der Landesverfassung könnte dagegen ein größeres Gewicht haben. Die BAGSO hat sich in ihrer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Kommission der Bundesregierung „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vom Oktober 2019 wie folgt geäußert:

Das Ziel „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse überall“ ist zuvörderst eine Aufgabe des Staates, aber zugleich auch eine der Gesellschaft und nicht zuletzt aller Bürgerinnen und Bürger. Viele Menschen engagieren sich vor Ort – als Einzelperson, in Initiativen und Vereinen. Sie tragen mit ihrem freiwilligen Engagement dazu bei, die Lebensverhältnisse in der Kommune zu verbessern. Es gilt, Menschen in dieser Verantwortungsübernahme zu bestärken und ihre Teilhabe an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu befördern. Dieses Engagement sollte von hauptamtlichen Kümmerer- oder Quartiersmanagementstrukturen unterstützt werden.

Damit dies gelingen kann, sind die Besonderheiten der kommunalen Verhältnisse unter Einbeziehung der dort tätigen Verbände, Organisationen und Initiativen zu beachten – ist doch die Bandbreite einzelner Städte und Gemeinden sehr groß. Das verkompliziert Lösungen, ist aber im Rahmen von Landkreisen und Planungsregionen, von Stadtbezirken und Quartieren organisierbar und leistbar. Es setzt aber nicht nur



ein einvernehmliches und zielführendes Handeln von Bund und Ländern voraus, sondern erfordert zugleich eine größere kommunale Handlungs- und Gestaltungsfreiheit bei der Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben wie auch die Schaffung der dazu nötigen finanziellen Voraussetzungen. Notwendig ist dabei eine realistische Umsetzungsstrategie mit einer klar definierten Zeitperspektive.

Es kommt also aus unserer Sicht vor allem darauf an:

- Einige zentrale Ziele zu benennen und anzustreben, die vordringlich sind, und sie mit verbindlichen Inhalten und Umsetzungsfristen zu verbinden. Dabei ist – wie im Siebten Altenbericht der Bundesregierung empfohlen – die Rolle der Kommunen durch entsprechende Kompetenzzuweisung und angemessene finanzielle Ausstattung auszubauen und zu stärken.
- Ein verbindliches Umsetzungskonzept zu entwickeln, das auf mehrere Legislaturperioden ausgerichtet ist (das knüpft an Kapitel II.2. des vorliegenden Gesetzentwurfs an) und durch regelmäßige Evaluationen die Fortschritte wie auch die bleibenden Herausforderungen dokumentiert.
- Die Selbstbestimmung der Menschen, die auch Mitverantwortung bedeutet, zu betonen und sie zur Teilhabe, Mitgestaltung und Selbstorganisation einzuladen und zu motivieren.
- Die Zivilgesellschaft, einschließlich der Vertretungen von Seniorinnen und Senioren, bei der Überprüfung einer nachhaltigen Umsetzung zu beteiligen.

Wir hoffen, mit diesen Anmerkungen einen Beitrag für die weitere Diskussion der im Antrag der CDU-Fraktion angesprochenen Themen leisten zu können.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kuratorium Deutsche Altershilfe</td> <td>eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Michael Kirchstraße 17-18</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10179 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kuratorium Deutsche Altershilfe	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michael Kirchstraße 17-18	Postleitzahl, Ort	10179 Berlin
Name	Organisationsform										
Kuratorium Deutsche Altershilfe	eingetragener Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michael Kirchstraße 17-18										
Postleitzahl, Ort	10179 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Innenvertretungsberreich und inhaltliche Ausrichtung der Aktivitäten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Schutz vor Hetzdiskriminierung als Staatsbürger in die Verfassung Thüringens aufzunehmen, ist grundsätzlichen zu beipflichten - und nicht nur symbolisch wichtig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 4.12.2020	



Kuratorium Deutsche Altershilfe
Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V.

STELLUNGNAHME DES KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE ZU

„Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“

Themenkomplex: „Schutz vor Altersdiskriminierung“

KONTAKT:

Kuratorium Deutsche Altershilfe
Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V.

Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin
Tel.: +49 30 / 2218298 - 0
Fax: +49 30 / 2218298 - 66

E-Mail: info@kda.de
Internet: www.kda.de

04. Dezember 2020



Zusammenfassende Einordnung

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe begrüßt das „Fünfte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ bezugnehmend auf den Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“.

Die beschlossene Änderung, die der Artikel 1 vorsieht, greift die bereits primärrechtlich getroffenen Regelungen der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Artikel 21, 25) sowie auf Bundesebene (§ 1, 10, 19 AGG) auf. Diese landesrechtliche Verankerung im Rahmen der Verfassung des Freistaats Thüringen hat somit zunächst symbolische Wirkung. Ausschlaggebend für ein wirkungsvolles Entgegenwirken gegenüber Altersdiskriminierung, sind neben einer verfassungsrechtlichen Implementierung im Sinne eines Diskriminierungsverbotes, die daraus abzuleitenden gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen und sozialpolitischen Programme, die ein zielgerichtetes Entgegenwirken auf operativer Ebene ermöglichen und fördern.

Hierbei ist unbedingt zu berücksichtigen, dass Altersdiskriminierung multifaktoriell ist, dessen Ursachen intersektoral verortet sind. Wirkungsvolle Maßnahmen müssen daher sowohl an bestehenden Altersstereotypen ansetzen, aber auch die Heterogenität und Potenziale der Lebenslagen älterer Menschen sowie der Kumulation von Diskriminierungserfahrung berücksichtigen.

Antworten auf die durch die Mitglieder des Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags gestellten Fragen sind im Folgenden tabellarisch dargestellt.



Antworten zum Fragenkatalog

1.	Schutz vor Altersdiskriminierung als Staatsziel in die Verfassung Thüringens aufzunehmen ist grundsätzlich zu begrüßen – und nicht nur symbolisch wichtig. Ein Verbot von Diskriminierung von Alterswegen gewährt Personen jeden Alters Schutz und bringt die Frage auf, in welchen Situationen bereits jetzt Personen ihres Alters wegen diskriminiert werden. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind die vielfältigen negativen Auswirkungen von Altersstereotypen und Stigmatisierungen bekannt. Selbstverständlich gibt es politisch zu fördernde Maßnahmen, die diesen Stereotypen und Strukturen im Erwerbsleben, aber auch darüber hinaus – z. B. beim Zugang zu lebenslanger Bildung, Gesundheitsversorgung, sozialer Teilhabe – entgegenwirken können. Wie dem Staatsziel durch staatliches Handeln beispielsweise mit neuen Gesetzen, Gesetzesänderungen und dem Aufsetzen von neuen Förderprogrammen, gerecht zu werden ist, wird im politischen Raum verhandelt werden. Die Benennung von Alter als ein besonderes Anknüpfungsmerkmal beim Schutz vor Diskriminierung lädt insbesondere die Zivilgesellschaft ein, hier Ideen für politische Rahmungen zu formulieren.
2.	Der Schutz älterer Menschen sollte in der politischen Agenda stehen. Bei der Änderung des Artikels 2 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen handelt es sich um eine abstrakte und generelle Formulierung, die größte sachliche, personelle und zeitliche Reichweite der Verfassung beinhaltet.
3.	-
4.	-
5.	Im Artikel 2 Abs. 1 befindet sich das allgemeine Gebot des Diskriminierungsverbotes. Eine explizite Benennung einzelner Gruppen oder Merkmale, wie das „Alter“, im Artikel 2 Abs. 3 sollte nicht als eine beschränkende Nominierung verstanden werden. Die Verfassung ist vor allem eine Grundsatzklärung.
6.	Da ein Verbot von Altersdiskriminierung auf europäischer (Charta der Grundrechte der Europäischen Union Artikel 21, 25) sowie auf Bundesebene (§ 1, 10, 19 AGG) bereits verankert ist, ist die vorgeschlagene Änderung des Art. 2 Abs. 3 auf der Ebene der Thüringer Verfassung rechtlich nicht notwendig.
7.	-
8.	-
9.	Nicht per se. Um das Ziel – Menschen wegen ihres Lebensalters in zahlreichen Situationen nicht zu benachteiligen – erreichen zu können, muss die Regelung umgesetzt werden, sonst bleibt es nur als eine symbolische Regelung.
10.	Nein, es sei denn das Verbot von Diskriminierung in seiner zukünftigen Umsetzung wird als nicht willkürlich verstanden werden.
11.	-
12.	-
13.	Die Benennung des Alters in den Katalog der Diskriminierungsmerkmale der Verfassung könnte die Verhältnismäßigkeitsprüfung für altersspezifischen Diskriminierung verschärfen, vor allem, wenn bisher in den meisten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts das Alter nicht als rechtfertigungsbedürftiges Merkmal der Gleichheitssatz beachtet wurde.
14.	-
15.	Mit dem „Altersdiskriminierungsverbot“ wären alle Diskriminierungsmerkmale des AGG umfasst.

31202/2020

zu 27/888

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

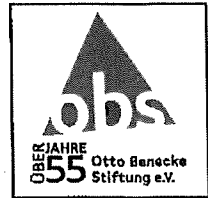
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Otto Benecke Stiftung</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Geschäftsadresse</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Kennedyallee 105-107</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>53175 Bonn</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Otto Benecke Stiftung	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kennedyallee 105-107	Postleitzahl, Ort	53175 Bonn
Name	Organisationsform										
Otto Benecke Stiftung	Verein										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Geschäftsadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kennedyallee 105-107										
Postleitzahl, Ort	53175 Bonn										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Als geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V. begrüße ich ausdrücklich die Aufnahme von Staatszielen und die Stärkung von Gleichheitsrechten in die Verfassung des Freistaates Thüringen. Auf Grundlage der langjährigen Erfahrung der OBS, was die Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, möchte ich insbesondere einige inhaltliche Anregungen und Ergänzen zu den Ausführungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Fördertatbeständen von Menschen mit Migrationshintergrund (Art. 41d Abs. 1-2) geben. Dazu gehört die Anregung, den Grundsatz, „den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern“, noch um den Aspekt der interkulturellen Sensibilisierung von Behörden, Bildungsinstitutionen, Verbänden und Unternehmen zu ergänzen. Darüber hinaus möchte ich einige Konkretisierungen der Fördertatbestände anregen. Einerseits eine Förderung der gesellschaftspolitischen Teilhabe über das Wahlrecht hinaus, konkret durch niedrigschwellige Angebote der demokratischen Teilhabe, andererseits die stärkere Berücksichtigung der Übergänge im Bildungs- und Ausbildungssystem auf dem Weg in den Beruf.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bonn, 10.12.2020	



THUR. LANDTAG POST
04.12.2020 14:14

30/10/2020

An den
Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Geschäftsführender
Vorsitzender

4. Dezember 2020

**Stellungnahme im Rahmen des mündlichen Anhörungsverfahrens
zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates
Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheits-
rechten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Otto Benecke Stiftung e.V. begrüßen wir ausdrücklich die Aufnahme des Staatsziels der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Integration von auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund in die Verfassung des Freistaates Thüringen. Auf Grundlage der langjährigen Erfahrung der Otto Benecke Stiftung e.V. in der Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund, was von der akademischen über die berufliche bis hin zur gesellschaftspolitischen Bildung reicht, möchten wir uns auf Änderungsvorschläge in „Siebter Abschnitt, Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, Artikel 41d (Drucksache 7/1629) konzentrieren, konkret auf die Fragen 14, 20-22 des vorab zugesendeten Fragekatalogs.

Die in Artikel 41d formulierten Grundsätze sind aus unserer Sicht vernünftig. Während die Fördertatbestände in Art. 41d Absatz 2 konkretisiert wur-

Geschäftsstelle Bonn
Kennedyallee 105-107
53175 Bonn
Tel: 0228/8163-0
E-Mail: post@obs-ev.de
www.obs-ev.de

Büro Köln
An Groß St. Martin 2
50667 Köln
Tel: 0221/2724399-0

Repräsentanz Agadir
6, Rue de Madrid,
Sec. Résidentiel
80 000 Agadir, Marokko
Tel: (+212) 528 84 10 25

den, wollen wir mit Blick auf die in Art. 41.d Abs. 1 formulierten Grundsätze anregen, den Grundsatz, „den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in Thüringen auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern“, noch um den Aspekt der interkulturellen Sensibilisierung zu ergänzen. Aus unserer Sicht erscheint es nicht nur notwendig, in Thüringen lebende Menschen mit Migrationshintergrund durch die in Art. 41d Abs. 2 formulierten Tatbestände zu fördern, sondern die gesamte Thüringer Gesellschaft, insbesondere die Mitarbeitenden der zentralen gesellschaftlichen Institutionen und Behörden, mit Hilfe von Schulungsangeboten zur interkulturellen Kompetenz bei den Herausforderungen einer zunehmend diversen Gesellschaft zu unterstützen. Hierzu gehören insbesondere Bildungsinstitutionen, Verbände, Unternehmen und Behörden. Gerade für die Mitarbeitenden von Bildungsinstitutionen und Behörden erscheint die Aneignung von interkulturellen Kompetenzen notwendig, unserer Meinung nach gar als Pflichtbestandteil in deren Aus- und Weiterbildung.

Die Fördertatbestände des vorgeschlagenen Staatsziels Integration in Art. 41d Abs. 2 sind unserer Meinung nach ebenfalls zielführend, bedürfen in der politischen Praxis aber auch des Aufbaus einer ganzheitlichen Förderkultisse. Vorab möchten wir allerdings aus fachlicher Sicht hinterfragen, ob durch die Formulierung in Artikel 41d Abs. 2 und die Fokussierung auf „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebende Menschen mit Migrationshintergrund“ nicht zu viele Menschen und deren Potenziale ausgeschlossen werden. Wir wissen, dass sich bestimmte Zuwanderergruppen durchaus über Monate oder Jahre in Deutschland aufhalten, bis über deren Bleibeperspektive entschieden wird (z.B. Minderjährige aus Afghanistan). Deren Potenzial sollte unterstützt werden, sowohl im Interesse der Menschen als auch der Wirtschaft und Gesellschaft. Und falls sie tatsächlich in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten, beteiligen sie sich am Wiederaufbau und setzen die Kompetenzen produktiv ein, die sie in Deutschland erworben haben.

Prinzipiell sollte das Ziel sein, Menschen mit Migrationshintergrund und hier insbesondere Neuzugewanderte und Geflüchtete zu befähigen, an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen

Lebens teilzuhaben, insbesondere im Bildungssystem (inkl. Aus- und Weiterbildung) und auf dem Arbeitsmarkt. Gerade auch mit Blick auf die Folgekosten einer nicht-gelingenden Integration, agiert eine kluge Integrationspolitik im Sinne einer „produktiven Integrationspolitik“, die also Zuwanderung als Chance begreift und die Menschen dabei unterstützt, ihren sozialen und beruflichen Weg erfolgreich zu gehen. Dabei geht es auch um das Entdecken der Potenziale der Menschen, um den Austausch und die Erfahrung des: „Ich kann was“, im besten Fall auch der Wechsel vom Leistungsempfänger zum Leistungsträger. Davon profitieren nicht nur die Menschen selbst, sondern auch unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft als Ganzes.

Voraussetzung hierfür ist – wie in Art. 41d Abs. 2, S. 3 formuliert – auch und insbesondere ein umfassender Zugang zum Bildungssystem, zu Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt. Hierbei erscheint es uns wichtig, die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstufen so zu gestalten, dass es im Sinne eines systematischen Übergangsmanagements nicht zu Brüchen kommt, ob Schul-, Ausbildungs- oder Studienabbruch, ob beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule, oder beim Übergang von der Schule in Ausbildung bzw. Studium oder von dort in den Beruf. An dieser Stelle nur ein Beispiel aus dem Handwerk: im Bundesdurchschnitt brechen rund 33 Prozent aller Auszubildenden im Handwerk ihre Ausbildung ab, bei ausländischen Auszubildenden sind es sogar 40 Prozent. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Wir als Otto Benecke Stiftung e.V. haben dies in zahlreichen Projekten erfahren und dem entgegengewirkt, nicht zuletzt in unserem Projekt „GidA – Gemeinsam in die Ausbildung“, das wir mit Unterstützung des Bundeswirtschaftsministeriums seit dem Jahr 2016 realisieren. Die Teilnehmenden erhalten neben Sprach- und Stützunterricht eine 6-monatige Ausbildungsvorbereitung und werden in eine reguläre Ausbildung vermittelt. Azubi und Handwerksbetrieb werden anschließend noch 12 Monate lang sozial begleitet und fachlich unterstützt, womit wir die Ausbildungsabbrecherquote in unserem Projekt auf 14,5 Prozent absenken konnten. Junge Leute können hiermit ihre berufliche Zukunft gestalten, und kleine und mittlere Handwerksbetriebe werden zugleich bei der Gewinnung von Nachwuchskräften unterstützt. Unserer Meinung nach

benötigen wir mehr solcher Ansätze im Rahmen einer „produktiven Integrationspolitik“, außerdem unbürokratische Verfahren und klare Kriterien für einen verlässlichen Status von Neuzugewanderten, die durch Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern oder qualifiziert werden als Fachkräfte – und damit zugleich den Fachkräftemangel beheben, der sich immer mehr zur Wachstumsbremse Nr. 1 entwickelt.

Zudem möchten wir auf Grundlage unserer Erfahrung im Bereich politischer Bildung zum Förderatbestand „Gesellschaftspolitische Teilhabe“ (Art 41d, Abs. 2, S. 4) empfehlen, nicht nur die Partizipationsmöglichkeiten über das Wahlrecht, sondern auch die Mitwirkungsmöglichkeiten in Gremien, Vereinen und Verbänden zu unterstützen, wie etwa in Migrantenorganisationen, Integrationsbeiräten oder gar in Selbstorganisationsgremien in Flüchtlingsheimen. Einerseits wird durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit die Identifikation mit der Gesellschaft und ihren Institutionen gestärkt. Andererseits führt dieses Engagement auch zu einer veränderten Wahrnehmung der Neuzuwander*innen durch die Mehrheitsgesellschaft – von einer teilweise empfundenen passiven Betreuungsmentalität hin zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Gute Erfahrungen diesbezüglich haben wir als Otto Benecke Stiftung e.V. im Projekt „MITWIRKEN – Mitbestimmung und Eigenverantwortung von Geflüchteten“ sammeln können. Dem Projekt liegt die Überzeugung zu Grunde, dass Demokratie nicht erst beim Wahlrecht beginnt, sondern Teilhabe und Mitgestaltung auch im Kleinen erfordert. Dies fängt an beim Erfahrungsaustausch Geflüchteter untereinander und der eigenverantwortlichen Übernahme von Aufgaben und Pflichten in den Unterkünften. Es führt über die Teilnahme an elterlichen Mitbestimmungsgremien in Kitas und Schulen bis hin zu einer organisierten Interessenvertretung Geflüchteter in der Kommune. Konkret wurde in kommunalen Sammelunterkünften ein selbstbestimmtes Zusammenwirken der Geflüchteten erprobt und typische Problemfelder der Sammelunterbringung in Zusammenarbeit mit der Heimleitung angegangen. Kurzum: hier geht es nicht nur um die Selbstregulation von Herausforderungen hier lebender Menschen, sondern auch um die Einübung demokratischer Prozesse und die niedrigschwellige Heranführung an ebensolche.

Zum Fördertatbestand „Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung“ (Art. 41d, Abs. 2, S. 1), der aus unserer Sicht ebenso für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für alle in unserer Gesellschaft lebenden Menschen gelten sollte – möchten wir anregen, die Möglichkeiten der Teilhabe an den demokratischen Strukturen unseres Gemeinwesens für Menschen mit Migrationshintergrund und hier insbesondere für Zuwander*innen aus nicht-EU-Staaten näher zu betrachten. Dies beziehen wir auf die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Aus unserem in 2018 und 2019 durchgeführten Projekt „Migrantinnen in die Kommunalpolitik“ wissen wir, dass auch unter Migrantinnen das Bedürfnis vorhanden ist, sich unmittelbar in die Gestaltung der Lebensverhältnisse am Wohnort einzubringen. Mit unserem Projekt haben wir Frauen mit Migrationshintergrund gecoacht, um ihnen den Einstieg in ein kommunalpolitisches Engagement zu erleichtern. Dies fördert auch die deutsche Sprachkompetenz und die Befassung mit unserer Kultur. Ein weiterer Fortschritt in der gesellschaftlichen Teilhabe würde erreicht, wenn allen Neuzuwander*innen, die über eine definierte Dauer in einer Kommune leben, das kommunale Wahlrecht eingeräumt würde. Anders als in anderen Ländern Europas sind Zuwander*innen ohne EU-Pass von der Kommunalwahl ausgeschlossen, was auch in Art. 41d, Abs. 3 des vorliegenden Verfassungsänderungsentwurfs nochmals unterstrichen wird. Wäre es nicht an der Zeit, dass ein Freistaat wie Thüringen diesen Weg geht und ein kommunales Wahlrecht für alle schafft, die dauerhaft in einer Gemeinde leben? Wir geben zu bedenken, dass die Demokratie geschwächt wird, wenn ein Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausgeschlossen ist. Eine solche Diskussion mit einer geplanten Verfassungsänderung in Sachen Gleichheitsrechte zu eröffnen, würde viele Menschen, die zu uns gekommen sind, motivieren und die Identifikation mit unserem Gemeinwesen stärken.

Geschäftsführender Vorsitzender
Otto Benecke Stiftung e.V.

Referatsleiter Migration & Qualifizierung
Otto Benecke Stiftung e.V.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/1629 +											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <u>juristischen Person</u> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 50									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Stellungnahme zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen Themenkomplex "Integration"											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)</small>										
	Interessenvertretung für die Freie Wohlfahrtspflege in Thüringen										

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)		
Grundsätzlich begrüßt die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen die Aufnahme der Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Dass ausschließlich die Integration von Menschen gefördert werden soll, die auf Dauer in Thüringen leben, lehnen wir allerdings ab. Die Reduktion auf eine eng definierte Gruppe ist weder bedarfsgerecht noch in der Praxis umsetzbar. Auch für Menschen die nicht über einen dauerhaften rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland verfügen, muss ein Recht auf Integration und entsprechende Maßnahmen/Angebote gelten.		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
6.	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.12.2020	



EINE INITIATIVE DES
THÜRINGER PFLEGEPAKTES
www.pflege-braucht-helden.de

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

- per eMail -

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 08:14

30145120

Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Erfurt,

27.11.2020

**Stellungnahme zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates
Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen ergreifen wir die Gelegenheit, im Rahmen der Anhörung zum Entwurf zur „Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten“ Stellung zu nehmen. Die Aufnahme der Integration als Staatsziel in die Verfassung, kann ein grundlegendes Instrument sein, um zielgerichtete und sachgerechte Politik im Bereich Integration zu fordern, zu fördern und Strukturen der Koordination, Mitwirkung und des Monitorings zu verankern. Ob und vor allem wie eine Umsetzung dessen erfolgt und eine entsprechende Wirkung entfaltet werden kann, hängt von der konkreten Ausgestaltung ab und davon, ob es einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens findet. Dieser wurde in der Entwicklung und Erstellung des Thüringer Integrationskonzeptes verwirklicht, welches wesentliche Aspekte der Integration und deren Ausgestaltung regelt. Es kann daher für die Umsetzung des Staatszieles herangezogen werden.

Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Integration sind bedarfsorientierte Investitionen und die Ermöglichung umfassender Teilhabe an einer inklusiven Gesellschaft. Daher muss Integration in dem Sinn verstanden werden, dass eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe aller in Thüringen lebenden Menschen möglich ist, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Status und alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens in den Blick nehmen. Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen ist der Freistaat Thüringen ein vielfältiges Einwanderungsland und muss die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen fördern.

Zu den vorgeschlagenen Formulierungen des Artikel 41d der Verfassung des Freistaates Thüringen möchten wir folgende Hinweise und Anmerkungen geben.

Erster Absatz des Artikels 41d

Dem Absatz 1 kann grundsätzlich zugestimmt werden.

Zweiter Absatz des Artikels 41d

Im zweiten Absatz wird festgelegt, dass die Integration von Menschen gefördert werden soll, die auf Dauer in Thüringen leben. Diese Einschränkung lehnen wir ab. Die Reduktion auf eine eng definierte Gruppe ist weder bedarfsgerecht noch in der Praxis umsetzbar. Auch für Menschen die nicht über einen dauerhaften rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland verfügen, muss ein Recht auf Integration und entsprechende Maßnahmen/Angebote gelten. Ein Beispiel dafür sind Personen, die über einen langen Zeitraum als Geduldete in Deutschland leben und auf Grund dieser Formulierung von jeglichen Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen wären. Eine Integration in Ausbildung und Arbeit, wäre damit ebenfalls nicht möglich. Diese ist jedoch durch die Einführung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung zuwanderungsrechtlich geschaffen worden. Die Integration nur Zugewanderten mit dauerhaftem Aufenthalt zu ermöglichen, greift auch insofern zu kurz, als dass die Kosten und der Mehraufwand zur Beseitigung der Folgen misslungener/verweigerter Integrationsförderung höher sind als die Berücksichtigung und Finanzierung der Bedarfe und Interessen aller Migrant*innen von Anfang an und unabhängig von der Dauer oder Status des Aufenthalts.

Die Aufnahme des Staatszieles entsprechend der vorliegenden Formulierung ist darüber hinaus ausgrenzend und schürt unnötig Spannungen innerhalb migrantischer Gemeinschaften sowie mit der Aufnahmegesellschaft.

Die im **zweiten Absatz unter Punkt 1** angedeutete „Leitkultur“ und die damit in Verbindung gebrachten Werte und Normen sind nicht einheitlich definiert oder verbindlich festgeschrieben. Auch einen umfassenden und abschließenden „Wertekatalog“ zu dem ein gesellschaftlicher Konsens vorliegt, gibt es abgesehen von den im Grundgesetz verankerten Werten nicht. Die Akzeptanz der Werte des Grundgesetzes ist die Pflicht aller in Deutschland lebenden Menschen und dient einem gleichberechtigten friedlichen Zusammenleben in einer freiheitlichen Demokratie. Dieses muss daher selbstverständlich von allen hier lebenden Menschen auch von Migrantinnen und Migranten erwartet werden. Innerhalb der Thüringer Bevölkerung lässt sich eine Vielzahl von Werten ausmachen. Diese sind dynamisch und unterliegen einem gesellschaftlichen Wandel sowie einer zeitgemäßen Interpretation. Daher sollte auf eine Festschreibung innerhalb einer auf Langfristigkeit ausgerichteten Landesverfassung grundsätzlich verzichtet werden. Integration kann in einem auf Zuwanderung angewiesenen Land wie Thüringen nicht einseitig vorausgesetzt werden und setzt neben der individuellen Fähigkeit und dem Willen zur Teilhabe auch voraus, dass gesellschaftlich und strukturell die Möglichkeit dazu gegeben wird.

Die **Erläuterungen des zweiten Aufzählungspunktes** geht unter anderem auf die Bedeutung von Sprache ein. Es ist uns wichtig zu betonen, dass Geduldete für die Zeit ihres Aufenthalts auf Sprache als Kommunikationsmittel im Umgang mit Behörden und im privaten Umfeld angewiesen sind. Die angestrebte separierende Förderung von Integrationsmaßnahmen entsprechend dem Aufenthaltsstatus, steht gegensätzlich zu diesen Erläuterungen.

In der **Erläuterung zum dritten Aufzählungspunkt** wird verdeutlicht, dass die Zugänge zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt und damit verbundene Aus- und Weiterbildungsangebote zentrale Aspekte gelingender Integration sind. Dem stimmen wir zu, möchten aber darauf hinweisen, dass die Anerkennung ausländischer Zeugnisse und Berufsabschlüsse ein weiterer wesentlicher Faktor ist.

Jungen Menschen das Recht auf Bildung zu verwehren wäre ein fatales Signal, da es ein grundlegendes Menschenrecht ist und konträr zu den zahlreichen Forschungsberichten sowie den Vorgaben der UN Kinderrechtskonvention steht.

Die Arbeitsmarktzahlen in Thüringen belegen, dass viele Menschen ohne den in der Entwurfsfassung vorgesehenen rechtmäßigen Aufenthalt in Ausbildung und Arbeit sind. Es kann daher nicht im Interesse der Wirtschaft sein, dass Menschen in Abhängigkeit ihres Status hier eine noch stärkere Einschränkung erfahren sollen.

Unter dem **vierten Aufzählungspunkt** wird der Anspruch formuliert, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern, ohne dieses Ansinnen weiter zu untersetzen. Wir möchten darauf hinweisen, dass hierzu unbedingt vielfältige Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Zentralisierte Unterkünfte oder die Verknüpfung mit der Bleibeperspektive, der Staatsbürgerschaft oder der Berufstätigkeit wirken hinderlich. Hilfreich ist dagegen dezentrales heterogenes Wohnen im Quartier.

Dritter Absatz des Artikels 41d

Wir begrüßen das Ziel und Bekenntnis zur gestärkten politischen Beteiligung. Allerdings sollten Exklusivbestimmungen in Verfassungen unterbleiben, da sie ausgrenzende Wirkung haben und damit für das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft nicht förderlich sind. Darüber hinaus wird im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland durch entsprechende Formulierungen festgelegt, wer berechtigt ist, Bürgerrechte auszuüben. Es stellt sich damit die Frage, wie der Begriff Bürger*in im vorliegenden Entwurf definiert wird und ob damit weitere Folgen verbunden sind. Wenn ein Begriffsverständnis analog zum Grundgesetz vorliegt, kann der dritte Absatz bis auf den ersten Satz aus unserer Sicht gestrichen werden.

Abschließend möchten wir anmerken, dass im vorliegenden Entwurf Migrant*innen in zwei Gruppen mit unterschiedlichen Rechten und Perspektiven unterteilt werden. Das kann Konflikte auslösen und bestehende Ausgrenzungen vertiefen. Auch bleiben die positiven Aspekte, die Zuwanderung auf unsere Gesellschaft hat, unerwähnt. Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen muss die Förderung von Integration die umfassende und gleichberechtigte Teilhabe aller in Thüringen lebenden Menschen ermöglichen. Unabhängig von Herkunft oder Status. Integration kann daher nur gelingen, wenn sich damit verbundene Anstrengungen auf alle Migranten/-innen und die Aufnahmegesellschaft beziehen und dabei keinen Personenkreis ausschließt.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten - Drucksache 7/1629 Hier zu dem Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)										

	Interessenvertretung für die Freie Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen ist keine Momentaufnahme, sondern vielmehr die Herausforderung, Antworten auf sich verändernde Lebensverhältnisse zu finden. Um der Gleichwertigkeit gerecht zu werden, ist es vor allem auch für die Leistungserbringung in den Regionen relevant, auf eine gesicherte Finanzierungsstruktur vertrauen zu können. So kann Planungssicherheit erreicht und an der Sicherstellung gleichwertiger Verhältnisse sowie strategischer Ziele gemeinsam gearbeitet werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.12.2020	



zum Themenkomplex
"Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse"

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

-per E-Mail-

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchsstr. 1
99096 Erfurt

Geschäftsstelle

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail:
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361)
Telefax: (0361)

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
04.12.2020

**Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Fünftes Gesetz
zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von
Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten - Drucksache 7/1629
Hier zu dem Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit der
Stellungnahme zu oben genannten Thema.

Die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ für die Bundesrepublik Deutschland ist im
Grundgesetz Artikel 72 in Verbindung mit Artikel 74 normiert und fällt in die konkurrierende
Gesetzgebung. Schon in diesen Artikeln wird, durch ihre Ausdifferenzierung und Benennung
der Regelungen, deutlich, wie wichtig die komplexe Betrachtung der gleichwertigen
Lebensverhältnisse und ferner deren Definition ist und sein muss. Ihren mitgesendeten
Fragenkatalog können wir leider nicht beantworten, da es sich zum größten Teil um Fragen
handelt, die vordergründig auf dem Gebiet der Rechtswissenschaften erörtert werden sollten.
Die weiteren Fragen sind unseres Erachtens gemeinsam zu beleuchten, wenn es um die
Übertragbarkeit des Staatszieles geht. Dennoch möchten wir als LIGA ein paar Grundlegende
Anmerkungen ausführen, welche sich vor allem auf unsere spezifischen
Handlungsfelder(räume) beziehen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Aufnahme „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“
als Staatsziel mit der Absicht einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten
zugunsten aller Menschen in Thüringen.

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen steht als Garant für die Daseinsvorsorge
vor Ort und arbeitet tagtäglich an der Herstellung guter Lebensverhältnissen für die
Bürger*innen in jeder einzelnen Kommune. Aus diesem Grund auch unser Appell, dass es
nicht allein mit der Aufnahme als Staatsziel getan ist, sondern es müssen dem Taten und

Umsetzungen folgen. Ausdrücklich darf nicht eine Gleichschaltung, sondern ein gelebter, inklusiver Ansatz das Ziel sein. So, dass allen Bürger*innen die vorhandenen Möglichkeiten und Ressourcen zur Verfügung stehen. Dabei muss vor allem das Verhältnis zwischen staatlichem Handeln und bürgerschaftlichen Engagement beachtet werden. Anders gesagt, zu jeglicher Planung sollte auch in einem bestimmten Maße das Korrektiv, also die Beteiligung der Bürger*innen hinzukommen. Es geht also auch um ein Verhältnis zwischen initiieren und unterstützen.

Beispielsweise wird mit Verweis auf den Artikel 72 GG Abs. 3 Nr. 4 „Raumordnung“ deutlich, wie bedeutend diese Planungsebene ist und gleichzeitig ist bekannt, dass es vor Ort andere Bedarfe gibt, oder Bedarfen mit anderen Ressourcen und Möglichkeiten begegnet werden kann. Mit dem Impuls, ein solches Staatsziel aufzunehmen, sollte also auch der Versuch unternommen werden, Planungsebenen integriert zu denken und Thüringen als einen Standort zu sehen, in dem die Gebietskörperschaften gleichwertige Lebensverhältnisse für ihre Bürger*innen anstreben.

Die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen ist keine Momentaufnahme, sondern vielmehr die Herausforderung, Antworten auf sich verändernde Lebensverhältnisse zu finden. Um der Gleichwertigkeit gerecht zu werden, ist es vor allem auch für die Leistungserbringung in den Regionen relevant, auf eine gesicherte Finanzierungsstruktur vertrauen zu können. So kann Planungssicherheit erreicht und an der Sicherstellung gleichwertiger Verhältnisse sowie strategischer Ziele gemeinsam gearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die „Kommission des Bundes für gleichwertige Lebensverhältnisse“ und deren Arbeitsergebnisse verwiesen. In der Umsetzung eines solchen Staatsziels, könnte man sich auch an der Untergliederung dieser und entsprechender Herangehensweisen orientieren. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. würde sich mit ihrem Wissen und Erkenntnissen aus den Fachgebieten und Regionen an einem Umsetzungsprozess beteiligen, um die Grundlagen für die bestmögliche Daseinsvorsorge in Thüringen zu schaffen, die nicht losgelöst von anderen Planungen betrachtet werden, sondern integrierte und strategisch ihren Platz finden sollte. Die, von der LIGA Thüringen initiierte und praktizierte, Strategische Sozialplanung könnte ein wesentlicher Teil in der Umsetzung bzw. Ausgestaltung des Staatsziels sein. Mit Blick auf Teile des Fragenkataloges möchten wir darauf hinweisen, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht die eine Zuständigkeit haben kann und nicht die eine Planungsebene gefunden werden kann. Wenn, dann ist es eine gemeinschaftliche Aufgabe, an der wir als LIGA der Freien Wohlfahrtspflege ausdrücklich bereit sind mitzuarbeiten.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Staatsziel bedeutet per se nicht, dass sich die notwendigen Entwicklungen automatisch ergeben. Auf jeden Fall erfährt dieser Themenkomplex eine deutliche gesellschaftliche und politische Aufwertung. Und auch wenn die Staatsziele nicht subjektiv einklagbar sind, erwarten wir in der Folge eine Bindungswirkung mit Blick auf umsetzende Behörden und Institutionen.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

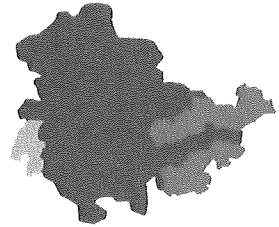
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einer Aufnahme des Staatsziels „Schutz vor Altersdiskriminierung“ wird zugestimmt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.12.2020	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 09:04

30164/2020

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen

hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlichen Dank für die Beteiligung der Katholischen Kirche am Anhörungsverfahren zum Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ im Rahmen Ihrer Beratung des Gesetzentwurfes der CDU-Fraktion zur Aufnahme weiterer Staatsziele in unserer Landesverfassung.

In Artikel 1 Nr. 2 ihres Gesetzentwurfs schlägt die CDU-Fraktion die Aufnahme des Alters in die Aufzählung der Diskriminierungsverbote in Artikel 2 Absatz 3 der Verfassung. Dies ist aus kirchlicher Sicht zu begrüßen. Die vorgelegte Begründung ist schlüssig und stichhaltig.

Zwar regelt bereits das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) das generelle Verbot von Altersdiskriminierung in umfassender Weise. Jedoch haben Studien gezeigt, dass nach wie vor viele Menschen aller Lebensalter entsprechende Ungleichbehandlungen erfahren, ohne dass es einen sachlichen Grund dafür gibt. Man geht davon aus, dass jeder Fünfte bereits wegen seines Alters im Berufsleben oder im alltäglichen Geschäftsverkehr benachteiligt wurde. Bei diesem Ausmaß scheint es gerechtfertigt, das Verbot der Altersdiskriminierung auch verfassungsrechtlich zu verankern.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich hoffe, mit diesen Ausführungen einen konstruktiven Beitrag zu Ihren weiteren Beratungen geleistet zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros

Seite 1 von 1

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

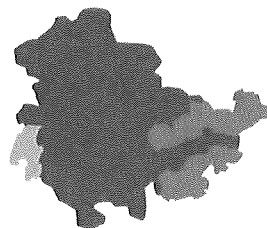
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Befürwortung der Aufnahme eines Staatsziels Integration, Ablehnung bzw. Kritik eine „Leistungskatalogs“ und der Begrenzung politischer Mitwirkungsrechte	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.12.2020	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 08:58

3016112020

Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen

hier: Themenkomplex „Integration“

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlichen Dank für die Beteiligung der Katholischen Kirche am Anhörungsverfahren zum Themenkomplex „Integration“ im Rahmen Ihrer Beratung des Gesetzentwurfes der CDU-Fraktion zur Aufnahme weiterer Staatsziele in unserer Landesverfassung.

In Artikel 1 Nr. 3 ihres Gesetzentwurfs schlägt die CDU-Fraktion die Einfügung eines neuen Abschnitts mit dem Titel „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ein. Schon in meiner Stellungnahme zum Themenkomplex „Ehrenamt“ hatte ich diesen systematischen Fokus begrüßt. In einem neuen Artikel 41 d soll das Staatsziel Integration beschrieben werden.

Erfurt, den 3. Dezember 2020

Seitens der Katholischen Kirche wird die Aufnahme des Staatsziels ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Alle ernstzunehmenden politischen Kräfte in unserem Land haben erkannt, dass Migration einen festen und dauerhaften Bestandteil moderner Gesellschaften darstellt. Die Integration von Zuwanderern ist also eine wichtige Aufgabe des Staates. Insofern ist der Formulierung des Absatzes 1 grundsätzlich zuzustimmen.

Wenngleich die Orientierung an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung für das staatliche Handeln ohnehin zwingend ist und daher an dieser Stelle eigentlich nicht gesondert genannt werden müsste, ist die Wiederholung gerade an dieser Stelle nicht unklug. Damit wird nämlich zu Recht verdeutlicht, dass allein die freiheitlich-demokratische Grundordnung Basis für die Integration von Zuwanderern sein kann und wie auch immer geartete „Leitkultur“-Anforderungen unserer verfassungsmäßigen Ordnung nicht entsprechen würden.

Absatz 2 Satz 1 enthält ebenfalls ein begrüßenswertes Ziel. Hierbei ist jedoch die doppelt einschränkende Wortgruppe „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen

lebenden Menschen“ abzulehnen, da sie weder die realen Verhältnisse abdeckt, noch einer grundsätzlich für alle Menschen geltenden Verfassung gerecht wird. Zunächst einmal ist die Bezeichnung „auf Dauer“ nicht konkret genug. Provokant gefragt: Könnte einer zunächst nur für ein Studium in Thüringen lebenden Person der Zugang zu einem staatlich geförderten Sprachkurs auf dieser Grundlage verwehrt werden?

Gleichfalls ist die Einschränkung „rechtmäßig“ wenig zielführend. In Thüringen hält sich eine große Zahl von Personen auf, die nicht im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung sind, nur über eine Duldung in ihren mannigfaltigen rechtlichen Spielarten verfügen, aber nicht selten von sich aus hohe Integrationsleistungen erbringen. Sie gehen seit Jahr und Tag einer unbefristeten Vollzeitbeschäftigung nach, führen ein normales Alltagsleben oder haben bereits einen Großteil ihrer Bildungsbiografie in Thüringen durchlaufen. Sollte diesen Personen, denen in Ermangelung adäquater Zuwanderungsregelungen auf Bundesebene der Weg in einen „rechtmäßigen“ Aufenthaltsstatus verwehrt ist, trotzdem alle Integrationsangebote der öffentlichen Hand verschlossen bleiben? Auch widerspricht eine solche Formulierung jüngeren zugewanderungsrechtlichen Entwicklungen wie der Einführung der Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung. Dies stellt schließlich auch eine Form der Integration dar, wenn auch eine defizitäre. Wir bitten daher um Streichung der Worte „rechtmäßig auf Dauer“.

Dem in den Nummern 1 bis 4 entfalteten Katalog an Integrationszielen stehen wir kritisch gegenüber. Grundsätzlich erscheint er zu konkret für einen Verfassungstext, der aus guten Gründen ein so hohes Abstraktionsniveau wie möglich aufweisen sollte. Zum anderen enthält er mit keinem Wort die notwendige Förderung der Integrationsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung. Diese ist für das Gelingen von Integration genauso wichtig. Möglicherweise ist dies mit Nr. 4 implizit mitgemeint. Einige der genannten Ziele sind gleichwohl richtig und wichtig. Zu nennen sind hier z.B. gesellschaftliche Teilhabe, Zugang zu Bildung und Arbeit sowie Sprachförderung.

Dagegen kann die „Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland“ und die Identifikation mit den „Werten und Normen des Zusammenlebens“ nicht Staatsziel sein. Auch wenn die Verbundenheit mit Thüringen ein an sich erstrebenswertes Ziel sein mag, in unserer Gesellschaft genießt jedermann die unhintergehbare Freiheit, womöglich auch nicht mit Thüringen verbunden zu sein. Der Staat hat kein Recht, dies zu bewerten oder gar einzufordern. Zudem entzieht es sich der staatlichen Deutung, was die Werte und Normen des Zusammenlebens überhaupt sind. Selbstverständlich kann der Staat von allen Menschen in seinem Territorium erwarten, dass sie ihr Leben so einrichten, dass es zu einem gedeihlichen gesellschaftlichen Miteinander führt. Wie dieses gedeihliche Miteinander aber genau auszusehen hat, muss sich seiner Bewertung entziehen.

In Absatz 3 werden Aussagen zu politischen Mitgestaltungsrechten getroffen. Diese sollen nur Staatsangehörigen bzw. Unionsbürgerinnen und -bürgern zustehen. Diese Formulierung lehnen wir ab. Exklusivbestimmungen sollten in Verfassungen aus unserer Sicht soweit möglich unterbleiben. Man fördert das

Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft wahrscheinlich gerade nicht, wenn man explizit in die Verfassung aufnimmt, wer welche Rechte leider nicht hat – und offensichtlich auch nicht unbedingt bekommen soll. Ohnehin ist klar, welche Rechte (z.B. Wahlrecht) nur Staatsangehörigen und ggf. Unionsbürgern zustehen. Diese Regelungen sind in den entsprechenden Artikeln falls nötig schon enthalten. Außerdem ist die hier vorgelegte Formulierung geeignet, missverstanden zu werden. Natürlich kommen Bürgerrechte nur den Bürgern zu. Aber welche Leserin und welcher Leser der Verfassung kann immer sofort zwischen Menschen- und Bürgerrechten unterscheiden? Wer kann schon aus dem Stehgreif beantworten, ob die Versammlungsfreiheit nun ein Menschenrecht ist, das allen zusteht, oder eher ein Bürgerrecht, das nur die Staatsangehörigen haben? Solche Formulierungen sollten daher aus unserer Sicht nicht in den Text aufgenommen werden, vor allem nicht, wenn er sich im Abschnitt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ befindet.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich hoffe, mit diesen Ausführungen einen konstruktiven Beitrag zu Ihren weiteren Beratungen geleistet zu haben und hoffe, Sie können diese mit größtmöglicher Einigkeit zu einem guten Abschluss führen.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

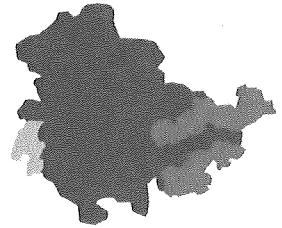
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Befürwortung der Aufnahme eines Staatsziels Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 04.12.2020	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



THÜR. LANDTAG POST
07.12.2020 08:54

30160/2020

Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen

hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlichen Dank für die Beteiligung der Katholischen Kirche am Anhörungsverfahren zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im Rahmen Ihrer Beratung des Gesetzentwurfes der CDU-Fraktion zur Aufnahme weiterer Staatsziele in unserer Landesverfassung.

Die Aufnahme dieses Staatsziels wird ausdrücklich begrüßt. Auch die systematische Einreihung in den vorgeschlagenen neuen Abschnitt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ist folgerichtig.

Die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz hat Juni 2020 hierzu einen aktuellen Diskussionsbeitrag vorgelegt. Darin heißt es:

„Das Leben in Stadt und Land und in unterschiedlichen Regionen war immer verschieden. Für die Politik stellt sich die Aufgabe, die Voraussetzungen für ein gutes Leben in Stadt und Land zu ermöglichen. Dazu ist ein gewisser Ausgleich regionaler Unterschiede, vor allem der Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen, geboten. Dieser Ausgleich ist eine unverzichtbare Grundlage der demokratischen Gesellschaftsordnung und sozialer Gerechtigkeit in Deutschland. Es geht bei der Frage nach „Gleichwertigkeit“ um das gelingende Zusammenleben in einer komplexen und pluralen Gesellschaft, um Solidarität, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – grundlegende Fragen, denen die Corona-Krise noch zusätzliches Gewicht verleiht.“¹

Auch wenn sich der Lebensstandard und die Versorgungslage in allen Teilen Thüringens auf einem im globalen Vergleich sehr hohen Niveau befinden und in den Jahren seit der Deutschen Einheit eine enorme Entwicklung genommen haben, weist die sozialräumliche Entwicklung in Thüringen in jüngster Zeit

Erfurt, den 3. Dezember 2020

¹ Siehe Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Mehr Teilhabe und Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse. Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag*, Bonn 2020, S. 9.

eine Zunahme von teilweise erheblichen Disparitäten auf. Es ist daher zu begrüßen, dass sich der Staat dieser Thematik noch stärker widmen möchte.

Die demografische Entwicklung verläuft in den einzelnen Regionen in Thüringen sehr unterschiedlich. Infrastrukturen und Versorgungseinrichtungen verlieren ihre Leistungsfähigkeit. Fachkräfte fehlen. Auch ziehen sich Institutionen – öffentliche, aber auch zivilgesellschaftliche wie die Kirchen – aus manchen Landstrichen zurück. Dies alles führt zu Erosionsprozessen, die gerade hier in Thüringen der besonderen Aufmerksamkeit durch den Staat bedürfen. Insbesondere der ländliche Raum darf nicht abgeschrieben werden

Gleichwertigkeit heißt dabei nicht Uniformität. Die Vielfalt unseres Freistaates macht zu einem großen Teil seinen Reiz aus. Auch ist es eine Stärke, dass die unterschiedlichen Lebensentwürfe in Thüringen jeweils „ihren“ passenden Raum finden können. Die notwendigen Grundfunktionen von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Verwaltung und öffentlicher Versorgung sind aber so zu gestalten, dass sie den räumlichen Bedingungen und den Bedürfnissen der Menschen und auch der Unternehmen vor Ort entsprechen. Verbunden mit diesem Staatsziel ist also vor allem auch eine Wertschätzung der kommunalen Ebene.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich hoffe, mit diesen Ausführungen einen konstruktiven Beitrag zu Ihren weiteren Beratungen geleistet zu haben und hoffe, Sie können diese mit größtmöglicher Einigkeit zu einem guten Abschluss führen.

Mit freundlichen Grüßen

Leiter des Katholischen Büros

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen hier: Themenkomplex „Inklusion / behinderte Menschen stärken“ Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 - <u>7/1629</u> , <u>7/1628</u>											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Evangelisches Büro der Beamtengemeinschaft der Evangelischen Kirchen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Evangelisches Büro</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Auguststr. 10</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Evangelisches Büro der Beamtengemeinschaft der Evangelischen Kirchen	Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Auguststr. 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Evangelisches Büro der Beamtengemeinschaft der Evangelischen Kirchen	Kirchliche Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Evangelisches Büro										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Auguststr. 10										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ebn, 4.12.20	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
04.12.2020 13:17

30086/2020

Thüringer Landtag.
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Datum
04.12.20

Aktenzeichen
3.0.2.2.

Ihre Nachricht vom 6.11.2020 und 13.11.2020

Ihr Zeichen:

- A 6.1/fa,ga – Drs. 7/1629 (Inklusion/behinderte Menschen stärken)
- A 6.1/fa,ga – Drs. 7/1629 (Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse)
- A 6.1/fa,ga – Drs. 7/1629 (Integration)
- A 6.1/fa,ga – Drs. 7/1629 (Schutz vor Altersdiskriminierung)
- A 6.1/fa,ga – Drs. 7/897/1628 (kurz: Demokratieschutz)

Betreff: Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen (Drs. 7/897, 7/1628, 7/1629)

Sehr geehrte Mitglieder des Verfassungsausschusses,

herzlich bedanken wir uns namens der in Thüringen vertretenen Evangelischen Kirchen für die Möglichkeit, unsere Auffassung zu den verschiedenen Themenkomplexen im Rahmen des jetzigen Stellungnahmeverfahrens zu äußern.

Themenkomplex „Inklusion/behinderte Menschen stärken“

Wir befürworten die in Aussicht genommene Ergänzung uneingeschränkt, damit deutlicher die staatliche Verpflichtung zu Nichtdiskriminierung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen verfassungsrechtlich gestärkt wird. Entsprechend unterstützen wir die Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zu diesem Themenkomplex.

Themenkomplexe „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ und „Schutz vor Altersdiskriminierung“

Beide Themenkomplexe betreffen wichtige Sachfragen, deren Beantwortung in der Praxis künftig wachsende Bedeutung bekommen wird. Die Aufnahme dieser Themen in die Thüringer Verfassung wird diese Bedeutung verdeutlichen. Gleichzeitig zeigt sich bei diesen Themenkomplexen aber auch, dass die konkrete Umsetzung in der Praxis – jenseits allgemeiner legislatorischer Akte – die eigentliche Herausforderung darstellt.

Themenkomplex „Integration“

Die Förderung von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe als Staatsziel in die Thüringer Verfassung aufzunehmen, ist selbstverständlich zu befürworten. Wir sind der Auffassung, dass alles Bemühen um Integration von der Grundannahme ausgehen sollte, dass (auch kulturelle) Vielfalt die Gesellschaft bereichert und Zuwanderung daher eher positiv als Chance zu begreifen ist, die es für das Zusammenleben im Freistaat Thüringen fruchtbar zu machen gilt. Die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist dafür Voraussetzung – sie wäre es auch ohne ausdrückliche Erwähnung in diesem Bereich.

Bedauerlicherweise wird in Absatz 2 und 3 dieser Fokus auf die Gesamtgesellschaft wieder relativiert, und zwar in zweierlei Hinsicht: einmal durch den verwendeten Integrationsbegriff, zum anderen durch die Eingrenzung der Zielgruppe auf „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebende Menschen mit Migrationshintergrund“.

1. Zum Integrationsbegriff

Wir halten ein Integrationsverständnis für problematisch, das Integration in erster Linie auf der Negativfolie der Problemvermeidung denkt und beschreibt. Integration lediglich als Notwendigkeit zu sehen und zu fördern, um andernfalls unvermeidlich auftretende soziale oder kulturelle Konflikte und Spaltungen zu verhindern, führt zu einer negativen Konnotation, die weniger geeignet ist, positive Anreize zu schaffen. Dieses Integrationsverständnis ist zwar nicht ausdrücklich aus dem Wortlaut des Artikel 41d herauszulesen, es liegt aber der Problembeschreibung in Abschnitt A, Unterpunkt II.4 der Begründung des Gesetzentwurfs zugrunde.

Die Konkretisierungen der Maßnahmen im vorgeschlagenen Art. 41a Abs. 2 Nr. 1-4 legen nahe, dass staatliche Integrationsmaßnahmen lediglich Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe in den Blick nehmen. Damit Integration gelingen kann, sind aber ebenfalls aktive Maßnahmen notwendig, die darauf zielen, in der Aufnahmegesellschaft Offenheit, Sensibilität im Umgang mit Diversität und Aufnahmebereitschaft zu erhöhen und gegen Diskriminierung, pauschale Abwertung zugewanderter Menschen und strukturelle Benachteiligung bestimmter Gruppen oder Einzelner vorzugehen. Insoweit verhält sich der Gesetzentwurf nicht zu notwendigen Maßnahmen.

Zu Art. 41a Abs. 2 Nr. 4 (gesellschaftliche Teilhabe) ist außerdem anzumerken, dass es sich nicht um einen gesonderten Bereich handelt, sondern dass sich gesellschaftliche Teilhabe auch in allen anderen Bereichen realisiert, angefangen von den Grundrechten über Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt, zu angemessener gesundheitlicher Versorgung bis hin zu Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

2. Zur Zielgruppe von Art. 41d

Die Eingrenzung der Zielgruppe auf Menschen mit Migrationshintergrund, die „rechtmäßig und auf Dauer“ in Thüringen leben, bleibt unpräzise. Es wird nicht deutlich, wann von einem dauerhaften Aufenthalt ausgegangen wird. In der Begründung ist das Kriterium offenbar die Art des Aufenthaltstitels: es werden ausdrücklich diejenigen von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist (die also im Besitz einer Duldung sind). Dabei bleibt unberücksichtigt, dass oft Menschen mit einer Duldung, die als Geflüchtete bzw. Asylsuchende nach Thüringen gekommen sind, viele Jahre lang, oft sogar dauerhaft in Thüringen leben – in vielen Fällen aus Gründen, die sie nicht selbst zu verantworten haben. Es widerspräche dem Gleichbehandlungsgrundsatz, ihren Integrationsbemühungen unverhältnismäßig hohe Hürden entgegen zu setzen. Ihre Ressourcen würden nicht genutzt werden. Wir plädieren dafür, sich bei Integrationsangeboten nicht nur am Aufenthaltstitel zu orientieren, sondern die gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Abschließend bekräftigen wir noch einmal, dass wir Integration als Ermöglichung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe aller in Thüringen lebender Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der Dauer ihres Aufenthaltes verstehen. Integrationsangebote und Maßnahmen müssten je nach Bedarf für alle Gruppen der Bevölkerung gefördert werden. Dabei sollte ein positives Grundverständnis von Zuwanderung und kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt vermittelt werden.

Themenkomplex „Demokratieschutz“

Abwehr und Ächtung nationalsozialistischen, rassistischen, antisemitischen und menschenfeindlichen Gedankenguts sind ohne Zweifel ein Grundanliegen des Freistaats. Die Evangelischen Kirchen befürworten und unterstützen uneingeschränkt das staatliche Engagement in diesem Bereich, wie die Evangelischen Kirchen den Einsatz für eine menschenwürdige und lebenswerte Gesellschaft auch als ihre Aufgaben ansehen. Die beabsichtigte Anfügung in Artikel 1 bringt die Bedeutung dieser Aufgabe gut zum Ausdruck und wird befürwortet.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der CDU, Drs. 7/1629		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	ver.di	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

hier: Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1629 -

1. Haben Sie sich als **Vertreter einer juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name	Vorname
Dr. Kallert	Andreas
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Sozialwissenschaftliche Forschung mit Schwerpunkt auf politische Ökonomie und Geographien ländlicher Räume	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Aufnahme des Staatsziels „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen“ in die Thüringer Verfassung ist grundsätzlich als politisches Signal begrüßenswert. Diesem sinnvollen Schritt müssen jedoch weitere folgen. Aus dem abstrakten Staatsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse müssen konkrete Maßnahme hin zu einer Umsetzung getroffen werden sowie ein Monitoring über den Zustand und die Entwicklung der Lebensverhältnisse in ganz Thüringen erfolgen. Zu empfehlen ist hierfür die Einsetzung einer Enquete-Kommission aus Abgeordneten, Wissenschaftlicher*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um Gleichwertige Lebensverhältnisse zu konzeptualisieren und Handlungsstrategien zu entwerfen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	

	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
12.12.2020	

Dr. Andreas Kallert

12.12.20

Email: kallert@staff.uni-marburg.de

Thüringer Landtag

Verfassungsausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1

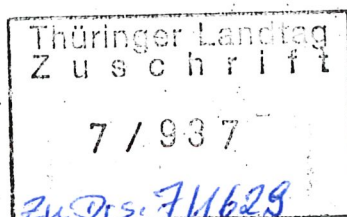
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

VerfA
.....

THÜR. LANDTAG POST
17.12.2020 17:51

31665/2020



zum Themenkomplex
"Herstellung gleichwertiger
Lebensverhältnisse"

Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens des Thüringer Landtags zum Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zur Beteiligung am Anhörungsverfahren darf ich mich herzlich bedanken.

Konkret geht es bei der angeforderten Stellungnahme um den Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im Rahmen des Gesetzesentwurfs der Fraktion der CDU zur Änderung und Aufnahme von Staatszielen. Das hier zu behandelte Staatsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Drucksache 7/1629) behandle ich aus der Perspektive der Sozialwissenschaften und auf Basis meiner fachlichen Expertise vor allem aus zwei Studien zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern und in Hessen.¹

Laut Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU „Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Gleichheitsrechten“ soll folgender Text als Staatsziel in Artikel 41c der thüringischen Verfassung aufgenommen werden:

¹ Zum einen „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ (zusammen mit Simon Dudek, 2017, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_2-17_Lebensverh_Bayern.pdf) und zum anderen „Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung der ländlichen Räume in Hessen“ (zusammen mit Bernd Belina, Michael Mießner & Matthias Naumann, 2020, abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_14-20_Lebensverhaeltnisse.pdf).

„Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen.“

Die Stellungnahme gliedert sich erstens in einen eher allgemein gehaltenen Teil und zweitens in die Beantwortung derjenigen Fragen des Fragenkatalogs, die im Rahmen meiner Expertise sind.

Gleichwertige Lebensverhältnisse: Stellungnahme zur Aufnahme des Staatsziel in die Thüringische Verfassung

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als Staatsziel in die Verfassung des Freistaats Thüringen festzuschreiben, ist zunächst einmal ein begrüßenswertes Ziel. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen – ländliche und städtische Räume in all ihren Verschiedenheiten – erhalten damit Verfassungsrang und erfahren somit eine politische Aufwertung.

Mit der im Antrag geforderten Aufnahme in die Thüringische Verfassung würde der Freistaat Thüringen anderen Bundesländern folgen. So wurde etwa in Bayern nach einem Volksentscheid im Jahre 2013 ein entsprechendes Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen: Der Staat „fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land“ (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 BayVerf). Ebenso finden sich etwa Aussagen zur Hinwirkung auf gleichwertige Lebensverhältnisse in der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen oder zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Verfassung Baden-Württembergs. Zuletzt wurde in die novellierte hessische Verfassung ein ebensolches Staatsziel eingefügt, nachdem in einer Volksabstimmung 2018 der neue Artikel 26d HV mit rund 90% der Stimmen angenommen worden war: „Der Staat, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Errichtung und den Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur und von angemessenem Wohnraum. Der Staat wirkt auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land hin.“ Jedoch scheiterte 2019 in Mecklenburg-Vorpommern die Verfassungsänderung und Aufnahme der „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen als Staatsziel in die Landesverfassung“ als Antrag der Opposition (DIE LINKE) an der notwendigen Mehrheit.

Allerdings ist bei all der verfassungsrechtlichen Zustimmung zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse auf Länderebene zu bedenken, dass aus einer Verankerung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Verfassung auch ein Verfassungsauftrag abzuleiten ist, der jedoch ob der fehlenden Definition von gleichwertigen Lebensverhältnissen in nachfolgenden gesellschaftspolitischen Prozessen mit Inhalt zu füllen ist. Das heißt: Der Verankerung in der Verfassung als rechtlicher Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse muss auch ein politischer Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse folgen. Denn obwohl der Begriff der gleichwertigen Lebensverhältnisse in den aktuellen politischen Debatten eine zunehmend prominente Rolle einnimmt und eben als Rechtsbegriff sowohl auf Bundesebene im Grundgesetz und vermehrt auch auf Landesebene in Landesverfassungen Verwendung findet, gibt es keine einheitliche Definition dieser Begrifflichkeit. Deshalb braucht es zunächst eine Näherung an Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wurde 1994 im Zuge der deutschen Wiedervereinigung als politisches Handlungsziel in Artikel 72 des Grundgesetzes aufgenommen. Dieser Artikel regelt die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern.² Damit wird allerdings in erster Linie ein Eingriffsrecht der Bundesregierung in Landesrecht formuliert, sollte die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet eine Bundesgesetzgebung erforderlich machen. Diese Möglichkeit des Bundes wird jedoch vom Bundesverfassungsgericht äußerst restriktiv ausgelegt, wonach das „bundesstaatliche Rechtsgut gleichwertiger Lebensverhältnisse“ erst bedroht sei, „wenn sich die Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinanderentwickelt haben“.³ Das Verfassungsgericht legt jedoch nicht genauer fest, was die Kriterien und Schwellenwerte sein sollen, die eine solche Beeinträchtigung des Sozialgefüges nahelegen. Damit wird das Gleichwertigkeitspostulat zu einem „verfassungsrechtlich stumpfen Schwert“.⁴ Ein Stück weit konkreter bestimmt das Raumordnungsgesetz, dass „im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen [...] ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben [sind]. Diese Aufgaben

² Bereits 1949 war in Artikel 72 des Grundgesetzes die Gesetzgebungskompetenz des Bundes gegenüber den Ländern geregelt. Damals stand an der Stelle der «Gleichwertigkeit» die «Einheitlichkeit» – also ein Begriff, der noch deutlicher auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse abzielt. Mit der Verfassungsreform 1994 im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurde aus der «Einheitlichkeit» die «Gleichwertigkeit» der Lebensverhältnisse.

³ BVerfG – Bundesverfassungsgericht (2002): Urteil des Zweiten Senats vom 24. Oktober 2002, in: BVerfGE 10–6, 62166., 24.10.2002, unter: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2002/10/fs20021024_2bvf000101.html.

⁴ Kersten, Jens u.a. (2019): Gleichwertige Lebensverhältnisse – für eine Politik des Zusammenhalts, in: APuZ 46/2019, S. 7.

sind gleichermaßen in Ballungsräumen wie in ländlichen Räumen, in strukturschwachen wie in strukturstarken Regionen zu erfüllen.“ Des Weiteren sei auf „einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen“ hinzuwirken.⁵ Doch auch diese Formulierungen lassen den konkreten Inhalt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sehr unbestimmt.

Diese rechtliche Unbestimmtheit bildet die Grundlage dafür, dass immer wieder insistiert wird, „gleichwertig“ bedeute nicht „gleich“.⁶ Mit dem Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse geht also nicht die Gleichverteilung von Angeboten und Leistungen der Daseinsvorsorge einher. Diese Position ist jedoch zweischneidig. Einerseits stimmt es, dass es für die geforderte Herstellung sozialer Integration „nicht notwendig [ist], die Verschiedenartigkeit der Teilräume in Gleichförmigkeit zu überführen, wohl aber extreme Unterschiede in den Lebensverhältnissen abzubauen und Mindestbedingungen zur Teilnahme zu gewährleisten“.⁷ Dass „Gleichwertigkeit“ nicht „gleich“ bedeutet, kann dementsprechend als Forderung nach Mindeststandards mit dem Ziel der regionalen sozialen Kohäsion ausgelegt werden. Andererseits kann die Formulierung, etwa mit Bezugnahme auf demographische Veränderungen, auch dazu dienen, die mangelhafte flächendeckende Ausstattung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge zu rechtfertigen.⁸

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entzieht sich demnach einer eindeutigen und rechtlich verbindlichen Definition – so gilt das Begriffspaar auch als „leerer Signifikant“, der es als Kompromissbegriff unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren erlaubt, sich in politischen Konflikten positiv auf ihn zu berufen. Zugleich droht er strukturelle Widersprüche zwischen sozialräumlicher Ausgleichspolitik und Förderung von Wirtschaftswachstum zu überdecken.⁹ Gleichwohl wird der Begriff vor allem in der Fach- und mitunter auch in der politischen Diskussion mit konkreten Inhalten zu füllen versucht.

Allgemein bezieht die Diskussion in der Raumordnung das Konzept der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf die Themenfelder Wohnen, Arbeit, Wirtschaft, Soziales und

⁵ BMJV – Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2020): Raumordnungsgesetz. ROG, Berlin, § 2 Abs. 1.

⁶ Siehe etwa: ARL (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken. Perspektiven und Handlungsfelder, Hannover; Ragnitz, Joachim/Thum, Marcel (2019): Gleichwertig, nicht gleich. Zur Debatte um die «Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse», in: APuZ 46/2019, S. 13–18.

⁷ Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2007): «Gleichwertigkeit – Ade?» Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 146, S. 82.

⁸ Zum Beispiel hier: Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (2011): Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten, Bonn.

⁹ Mießner, Michael (2017): Staat - Raum - Ordnung. Zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten, Münster, S. 138 ff.

Infrastrukturen.¹⁰ Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung betrachtet als Teil seiner laufenden Beobachtung der regionalen Lebensverhältnisse folgende Bereiche:

- demographische Faktoren (z.B. Alterung, Bevölkerungsentwicklung),
- wirtschaftliche Faktoren (z.B. BIP je Erwerbstätige, Beschäftigte in wissensintensiven Sektoren),
- infrastrukturelle Versorgung (z.B. Versorgung mit Ärzt*innen, Erreichbarkeit von IC/ICE-Bahnhöfen),
- Arbeitsmarktdaten (z.B. Erwerbslosenquote, Pendeldistanzen),
- Wohlstand (z.B. Verschuldung und Einkommen) und
- Wohnungsmarkt (Angebotsmieten).¹¹

Diese Auswahl ist jedoch kritisch zu hinterfragen. So wurde jüngst angemerkt, dass das Ziel einer gesunden Umwelt in der Debatte bislang kaum berücksichtigt wird.¹² Auch gibt es unterschiedliche Herangehensweisen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermitteln sowie einzelne Bereiche zu gewichten sowie sie zueinander ins Verhältnis zu setzen. So kann zum Beispiel argumentiert werden, dass niedrige Grundstückskosten auf dem Land fehlende Infrastrukturen ausgleichen und Unterschiede somit nivellieren. „Alle Messkonzepte unterliegen daher der Kritik, nicht vollständig, nicht zielgerichtet oder nicht demokratisch legitimiert zu sein, oder alles zusammen.“¹³

Weiterhin ist die konkrete Abgrenzung, was (noch) als gleichwertig gelten kann, schwierig. Ist die Einbeziehung medizinischer Versorgung in den Kriterienkatalog noch weitgehend unumstritten, wird etwa die Frage nach der Erreichbarkeit deutlich kontroverser diskutiert: Wie weit darf ein Krankenhaus entfernt sein, wie weit die nächste Allgemeinärztin oder Fachärztin? Und wie steht es etwa um Mobilfunk, Lebensmittelläden oder Kultureinrichtungen? Selbst wenn man sich auf sinnvolle Dimensionen der Gleichwertigkeit einigen würde, ist die entscheidende Frage: Ab wann ist etwas ungleichwertig? Dies lässt sich etwa am Indikator Bevölkerungsentwicklung illustrieren. Dieser wirkt sich bei sinkenden Einwohnerzahlen aggregiert mit anderen Indikatoren negativ auf die Lebensverhältnisse aus.

¹⁰ ARL 2016; Koppers, Lothar u.a. (2018): Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, München; Fink, Philipp u.a. (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn.

¹¹ BBSR (2017): Raumordnungsbericht 2017. Daseinsvorsorge sichern, Bonn.

¹² Milbert, Antonia (2019): Wie misst man „Gleichwertige Lebensverhältnisse“?, in: APuZ 46/2019, S. 25-31.

¹³ Milbert 2019, S. 25.

Für gute oder schlechte Lebensbedingungen ist jedoch weniger entscheidend, ob mehr oder weniger Menschen in einer Gemeinde oder einem Kreis wohnen. Vielmehr ließe sich diskutieren, ob eine sinkende Bevölkerungszahl vor allem dann negative Auswirkungen auf die Lebensqualität hat, wenn aus ökonomischen Effizienzgründen Schließungen von Krankenhäusern, Behörden oder aber auch von Lebensmittelläden die Folge sind – es sich also um eine „sich selbst verstärkende Entwicklung“¹⁴ handelt, die jedoch politisch durch Sach- und Sparzwänge vermittelt ist.¹⁵

Eine weitere Problematik bei der Messung bezieht sich auf die gewählte Maßstabsebene: Zumeist beziehen sich die Indikatoren aus pragmatischen Gründen auf die Kreisebene (kreisfreie Städte, Landkreise). Allerdings ist diese Ebene für die zu betrachtenden Dimensionen von Lebensverhältnissen nicht immer gut geeignet und entsprechend umstritten. So weist Milbert darauf hin, dass die Kreisebene etwa zur Erfassung von Arbeitsmärkten zu klein, für eine Abschätzung der Qualität der Daseinsvorsorge jedoch zu groß sei.¹⁶ Dies unterstreicht die Notwendigkeit von länderspezifischen Untersuchungen wie die hier vorliegende Studie zu Hessen, die auch die Gemeindeebene in den Blick nehmen.

Die berechtigte Forderung, dass der Staat dem im Grundgesetz und Raumordnungsgesetz verankerten Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nachkommen muss, droht aufgrund der Abstraktheit dieses Ziels ins Leere zu laufen.¹⁷ Im Namen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erhobene Ansprüche können mit Verweis auf andere Kriterien, Grenzwerte oder räumliche Maßstabsebenen zurückgewiesen oder durch eine Aufrechnung von Vor- und Nachteilen relativiert werden. Deshalb ist es wichtig, solche Forderungen mit konkreten Inhalten zu verbinden.

Hierfür könnte und sollte der Landtag in Thüringen den Beispielen in Bayern und Brandenburg folgen und eine Enquete-Kommission zum Themenkomplex gleichwertige Lebensverhältnisse einsetzen.

In Brandenburg wurde in Reaktion auf wachsende politische Unzufriedenheit und starke räumliche Disparitäten im Sommer 2015 vom Landtag eine Enquete-Kommission zur Zukunft

¹⁴ Fink, Philipp/Tiemann, Heinrich (2017): Den Teufelskreis durchbrechen. Neue Strukturpolitik als eine Antwort auf wachsende Disparitäten, Bonn, S. 2.

¹⁵ Neu, Claudia (2009): Daseinsvorsorge und territoriale Ungleichheit, in: Neu, Claudia (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung, Wiesbaden, S. 80–96.

¹⁶ Milbert 2019, S. 31.

¹⁷ Kersten, Jens u.a. 2019.

der ländlichen Räumen eingesetzt.¹⁸ Auch wenn die Kommission sich primär laut Titel mit der Zukunft der ländlichen Räume – durchaus nachvollziehbar im stark ländlich geprägten Brandenburg – befasste, standen stets gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als Zielvorgabe auf der Agenda. Aufgabe der Enquete-Kommission war es, Empfehlungen für das Land und die Kommunen zu erarbeiten, wie Brandenburgs ländliche Regionen nachhaltig entwickelt werden könnten. Mitglieder der Enquete-Kommission waren Abgeordnete aller Fraktionen, Wissenschaftler*innen, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund. Im April 2019 legte die Kommission nach vier Jahren Arbeit einen 250 Seiten umfassende Abschlussbericht vor, der ein fraktionsübergreifendes Bekenntnis zur Förderung des ländlichen Raumes in Brandenburg mit weit über 100 konkreten Empfehlungen darstellt.¹⁹ Der Bericht behandelt dabei die Themenfelder Siedlungsstrukturentwicklung, regionale Wertschöpfung und Beschäftigung, digitale und technische Infrastruktur, Mobilität, Nahversorgung, soziale Infrastruktur sowie gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

In Bayern, wo bereits 2013 in einer Volksentscheid mit großer Mehrheit für die Aufnahme des Staatsziels der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern gestimmt worden war, wurde Mitte 2014 die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ eingesetzt mit dem Ziel:

„Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen an den Landtag und die Staatsregierung, wie das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen und eine ausgeglichene Entwicklung der Teilräume umgesetzt werden können.“²⁰

Die Mitglieder der Kommission, Abgeordnete aller Fraktionen sowie Expert*innen, stellten 2017 ihren rund 150 Seiten starken Bericht vor. Schwerpunkt und richtungsweisend ist hierbei das Konzept der „Räumlichen Gerechtigkeit“: Diese wird in vier Dimensionen – Verteilungs-, Verfahrens-, Chancen- und Generationengerechtigkeit – unterteilt und anschließend konzeptualisiert, indem die Messung und das Monitoring von „Räumlicher Gerechtigkeit“ detailliert vorgeschlagen werden. Dem folgen eine Bestandsaufnahme zu den jeweiligen

¹⁸ Landtag Brandenburg (2019): Bericht der Enquete Kommission "Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels" (Drucksache 6/11258).

¹⁹ Tautz, Alexandra (2019): Die Repolitisierung des Themas Ländliche Räume in Brandenburg. Erfahrungen aus der Enquete-Kommission zur Zukunft der ländlichen Räume des Brandenburger Landtags, in: Nachrichten der ARL 2/2019, S. 22–25.

²⁰ Landtag Bayern (2017): Bericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ (Drucksache 17/19700), S. 8.

Indikatoren dieser vier Dimension in Bayern sowie Handlungsempfehlungen für die Realisierung „Räumlicher Gerechtigkeit“ im Freistaat.

Der Landtag Thüringen könnte sich an diesen beiden Kommissionen und ihrer Arbeitsweise orientieren und zur Konkretisierung des Staatsziels gleichwertiger Lebensverhältnisse ebenfalls eine Enquete-Kommission einsetzen, die das Parlament um Expert*innen-Wissen, aber auch um zivilgesellschaftliche Erfahrungen bereichert.

Schlussfolgerungen

Die Aufnahme des Staatsziels, wie im Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 7/1629) gefordert, ist sinnvoll, kann aber nur ein erster Schritt sein. Aus dem abstrakten Staatsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse müssen konkrete Maßnahme hin zu einer Umsetzung getroffen werden sowie ein Monitoring über den Zustand und die Entwicklung der Lebensverhältnisse erfolgen.

Klar sollte auch sein: Ohne die Kommunen kann ein solches Staatsziel nicht erreicht werden und die Kommunen wiederum benötigen eine finanzielle Ermächtigung, damit sie eigenständig gestalten und wirken können. Erst dann können sie die vor Ort notwendigen Infrastrukturen bereitstellen und eine angemessene, wohnortnahe Daseinsvorsorge sicherstellen. Aufgabe des Landes Thüringen muss sein, die Kommunen bei diesen Aufgaben – vor allem im Hinblick auf Finanzen – zu unterstützen, damit gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden können.

Es sind insbesondere die sozial benachteiligten Gruppen, die auf eine gute Daseinsvorsorge und soziale Infrastrukturen angewiesen sind. Umgekehrt können gerade diese Gruppen eine durch schlechte Finanzausstattung bedingte mangelhafte Versorgung mit öffentlicher Daseinsvorsorge und/oder hohen Gebühren und Beiträgen für Kitas, Vereine, Bibliotheken etc. nur schlecht kompensieren. Damit die Kommunen eine umfassende soziale Infrastruktur bereitstellen können, benötigen sie ausreichende finanzielle Mittel. Dies ist für soziale Gerechtigkeit unerlässlich. Eine mangelhafte Finanzausstattung und entsprechend schlechte öffentliche Infrastrukturen wirken dagegen – vor allem im Bildungs- und Jugendbereich – als Verstärker von Armutstendenzen und Ungerechtigkeiten.²¹ Um dem entgegenzuwirken, reicht jedoch Geld allein nicht aus. Politischer Wille und progressive Koalitionen auf lokaler Ebene

²¹ Engartner, Tim (2020): Ökonomisierung schulischer Bildung. Analysen und Alternativen, Berlin.

müssen darüber hinaus sicherstellen, dass die Mittel auch tatsächlich vor allem marginalisierten Gruppen sowie breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen.

Neben der kommunalen Finanzausstattung, die für soziale Infrastrukturen unerlässlich ist, ist Demokratisierung als zweites Element wichtig für gleichwertige Lebensverhältnisse. Aber auch Demokratie hängt ganz wesentlich von den Finanzen ab: Ohne Geld bleiben die meisten demokratischen Bürgerbeteiligungsverfahren nur Schaulaufen ohne Effekte. Strukturen auch auf kommunaler Ebene, unter und mit denen sich demokratische Kultur hin zu einer gerechteren Gesellschaft entwickeln kann, sind daher für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse notwendig. Dies ist gegenwärtig angesichts der wachsenden Gefahr rechter, antidemokratischer Strömungen umso wichtiger.²²

²² Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.) (2019): Wissen schafft Demokratie. Ländlicher Raum, Berlin.

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

zu dem Themenkomplex „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von
Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

- Drucksache 7/1629 -

- Fragenkatalog -

1.	<p>Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen Ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unterschied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen verfassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln - namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?</p> <p>Antwort:</p> <p><i>Auf Aufnahme des Staatsziels der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in die Verfassung verpflichtet den Staat, hier auch aktiv daran zu arbeiten und räumliche Disparitäten zu reduzieren. Mit der Aufnahme dieses Staatsziels in die Verfassung erhält die Thematik mehr politisches Gewicht und eine höhere Dringlichkeit.</i></p>
2.	Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen allgemein mit Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfassung?
3.	Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihrer Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. - wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt - „kurz und dunkel“ sein sollten?
4.	Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Positionen bzw. Rechte legen aus Ihrer Sicht die Einfügung neuer Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht in der Verfassung enthaltenen Zwecken in Politik, Verwaltung oder Gerichten, insbesondere bei Abwägungsprozessen, zur Verwirklichung zu verhelfen?
5.	Inwiefern bedeutet angesichts des allgemeinen Gleichheitssatzes der Thüringer Verfassung (Art. 2 Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“) die verfassungsrechtliche Heraushebung einzelner gesellschaftlicher Gruppen bzw. Merkmale hinsichtlich des Diskriminierungsverbotes ihrerseits eine verfassungspolitische Ungleichbehandlung solcher Gruppen bzw. Merkmale, die nicht ebenso explizit in der Verfassung aufgeführt werden; und aufgrund welcher verfassungsimmanenten Kriterien könnte eine entsprechende Benennung einzelner Gruppen bzw. Merkmale in der Verfassung gerechtfertigt werden?
6.	<p>Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?</p> <p><i>Es ist nicht zwingend auf der Verfassungsebene notwendig, aber angesichts starker und teils auch wachsender räumlicher Disparitäten ist es sinnvoll, dass mit einer Aufnahme des Staatsziels in die Verfassung die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse politisch stärker gewichtet wird.</i></p>
7.	Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im „Hoheitsbereich“ der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?
8.	Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei (zumindest für die Abwägung gegen ein anderes Recht mit Verfassungsrang)?

9.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Wird die jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?</p> <p><i>Es muss im Anschluss an eine Verfassungsänderung geklärt werden, wie gleichwertige Lebensverhältnisse definiert werden, was als ungleichwertig gilt und welche Handlungsziele (z.B. Mindeststands, Qualität) in Bezug auf Infrastrukturen und Daseinsvorsorge notwendig sind.</i></p> <p><i>Zugleich braucht es ein Monitoring, d.h. eine laufende Raumb Beobachtung über den Stand und das Wirken der politischen Maßnahmen in Bezug auf gleichwertige Lebensverhältnisse</i></p>
10.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?</p> <p><i>Nein, meiner Einschätzung nach gibt es keine negativen Folgen.</i></p>
11.	<p>Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung:</p> <p>Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderungen in der Verfassung oder die Verfassungsänderung an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?</p> <p><i>Nein, gleichwertige Lebensverhältnisse und damit eine Versorgung mit (sozialen) Infrastrukturen in allen Landesteilen stärkt insbesondere sozial vulnerable Personengruppen, die auf Leistungen der Daseinsvorsorge besonders angewiesen sind.</i></p>
12.	<p>Ist die Aufnahme eines Staatsziels mit dem Inhalt, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen zu fördern, Ihrer Meinung nach eine sinnvolle Ergänzung der Thüringer Verfassung?</p> <p><i>Ja, das ist eine sinnvolle Ergänzung, der jedoch weitere Schritte folgen müssen.</i></p>
13.	<p>Wie bewerten Sie eine Festschreibung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen in der Thüringer Landesverfassung? Wie bewerten Sie die Auswirkung einer solchen Bestimmung auf bestehendes (Landes-)Recht sowie auf bestehende Politik?</p> <p><i>Mit der Festschreibung dieses Prinzips geht ein Verfassungsauftrag einher, der in der Folge noch in politische Maßnahmen umgesetzt werden muss. Dies wird Auswirkungen auf die Struktur- und Regionalpolitik haben, auf die Förderpolitik und die kommunale Finanzausstattung und damit den Länderhaushalt. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein umfassendes Konzept, das sehr viele Gesellschaftsbereiche betrifft, von daher sind die potentiellen Auswirkungen im Konkreten schwer zu bewerten.</i></p>

14.	<p>Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen einer nationalen bzw. regionalen Politik der Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und der Umsetzung der unionseuropäischen Kohäsionspolitik? Sollte ein Bezug auf die unionseuropäische Kohäsionspolitik explizit erwähnt werden?</p> <p><i>Die europäische Kohäsionspolitik zielt auf den sozialen Zusammenhalt und fokussiert auf räumliche Disparitäten. Entsprechend werden Fördermittel an strukturschwache Regionen vergeben, die nach sozioökonomischen Kriterien (d.h. unterdurchschnittliches BIP) ermittelt werden. Die Finanz- und Fördermittel der europäischen Kohäsionspolitik sind daher wichtige Mittel zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Allerdings werden gleichwertige Lebensverhältnisse in und zwischen den thüringischen Landesteilen weitere Maßnahmen erfordern und müssen sich an den spezifischen thüringischen Verhältnissen orientieren. Eine explizite Bezugnahme auf die EU-Kohäsionspolitik ist nicht notwendig.</i></p>
15.	<p>Was für Voraussetzungen müssen zunächst vorliegen, damit das Land Thüringen ein Staatsziel gleichwertige Lebensverhältnisse in der Praxis effektiv umsetzen könnte?</p> <p><i>Es braucht in der Folge des Staatsziels einen gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozess über die konkreten Ziele in Bezug auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und über die raumordnungspolitischen Mitteln zur Erreichung dieser Ziele. Hierfür ist ein Monitoring/laufende Raumbbeobachtung notwendig, indem bestimmte (zuvor festgelegte) Indikatoren Auskunft geben über die den gegenwärtigen Stand und die Entwicklung räumlicher Disparitäten in Thüringen. Anschließend braucht es einen politischen und gesellschaftlichen Konsens über die raumwirksamen Konsequenzen, um diese Disparitäten abzubauen. Dies beinhaltet auch eine Diskussion über die jeweils zuständigen Ebenen (Land, Kommunen etc.). Die Einsetzung einer Enquete-Kommission über die konkrete Ausgestaltung des Staatsziels sollte daher in Erwägung gezogen werden.</i></p>

16.	<p>Welche (rechts-)politischen Anstrengungen halten Sie für notwendig, damit in allen Landesteilen Thüringens bzw. mit dem Freistaat vergleichbaren Regionen erfolgreich gute Lebensverhältnisse perspektivisch erreicht bzw. erhalten werden?</p> <p><i>Zentral für gute Lebensverhältnisse ist der (auch finanziell barrierefreie/-arme) Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge und die Ausstattung mit Infrastrukturen. Es sind insbesondere die sozial benachteiligten Gruppen, die auf eine gute Daseinsvorsorge und Infrastrukturen angewiesen sind. Umgekehrt können gerade diese Gruppen eine durch schlechte Finanzausstattung bedingte mangelhafte Versorgung mit öffentlicher Daseinsvorsorge und/oder hohen Gebühren und Beiträgen für Kitas, Vereine, Bibliotheken etc. nur schlecht kompensieren. Damit die Kommunen eine umfassende soziale Infrastruktur bereitstellen können, benötigen sie ausreichende finanzielle Mittel. Dies ist für soziale Gerechtigkeit unerlässlich. Eine mangelhafte Finanzausstattung und entsprechend schlechte öffentliche Infrastrukturen wirken dagegen – vor allem im Bildungs- und Jugendbereich – als Verstärker von Armutstendenzen und Ungerechtigkeiten und in der Folge von räumlichen Disparitäten. Um dem entgegenzuwirken, reicht jedoch Geld allein nicht aus. Politischer Wille und progressive Koalitionen auf lokaler Ebene müssen darüber hinaus sicherstellen, dass die Mittel auch tatsächlich vor allem marginalisierten Gruppen sowie breiten Bevölkerungsschichten zugutekommen.</i></p> <p><i>Neben der kommunalen Finanzausstattung, die für soziale Infrastrukturen unerlässlich ist, ist Demokratisierung als zweites Element wichtig für gleichwertige Lebensverhältnisse. Aber auch Demokratie hängt ganz wesentlich von den Finanzen ab: Ohne Geld bleiben die meisten demokratischen Bürgerbeteiligungsverfahren nur Schaulaufen ohne Effekte. Strukturen auch auf kommunaler Ebene, unter und mit denen sich demokratische Kultur hin zu einer gerechteren Gesellschaft entwickeln kann, sind daher für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse notwendig.</i></p>
17.	<p>Sollte der Förderauftrag des Staatsziels auch an die kommunalen Gebietskörperschaften gerichtet sein? Welchen Beitrag können die Kommunen im Verbund bzw. einzelne Kommunen für sich genommen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen leisten?</p> <p><i>Die Kommunen spielen bei der Versorgung mit Infrastrukturen und Daseinsvorsorge eine, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle – ohne sie ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht erreichbar. Sie sollten und müssen daher auch adressiert werden. Allerdings müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben in ausreichendem und in gewissem Maße auch selbstbestimmt wahrnehmen zu können. Hierfür ist eine finanzielle Mehrausstattung, die deutlich über projektbezogene Fördermittel hinausgeht, dringend notwendig.</i></p>
18.	<p>Wie bewerten Sie die Überlegung, dass das Prinzip gleichwertiger Lebensverhältnisse neben regionalen Disparitäten auch auf andere Dimensionen wie z.B. altersbedingte und soziale Unterschiede abzielen sollte?</p> <p><i>Gleichwertige Lebensverhältnisse beinhalten soziale und damit demographische Dimensionen in räumlicher Perspektive. So sind etwa die Versorgung mit wohnortnahen Gesundheitsleistungen oder ein barrierefreier öffentlicher Nahverkehr (auch und besonders in dünnbesiedelten und alternden Regionen) wesentliche Elemente gleichwertiger Lebensverhältnisse und ermöglichen soziale Teilhabe. Soziale oder altersbedingte Unterschiede sind im Konzept gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen daher bereits integriert und müssen nicht extra adressiert werden.</i></p>

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Schutz vor Altersdiskriminierung“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAMTEN BUND UND TACIFUNION THÜRINGEN</td> <td>e. V. (VERBAND)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>SCHMIDTSTEDTER</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>STR. 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTEN BUND UND TACIFUNION THÜRINGEN	e. V. (VERBAND)	Geschäfts- oder Dienstadresse	SCHMIDTSTEDTER	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	STR. 9	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAMTEN BUND UND TACIFUNION THÜRINGEN	e. V. (VERBAND)										
Geschäfts- oder Dienstadresse	SCHMIDTSTEDTER										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	STR. 9										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	QUERSCHNITTSVERBAND: TBB SENIORENVERTRETUNG	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

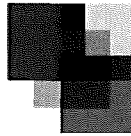
Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 17.12.2020	

THÜR. LANDTAG POST
16.12.2020 13:27

3145712020

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

Landesvorsitzender

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

per Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum

15. Dezember 2020

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten - Schutz vor Altersdiskriminierung

Mündliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrte

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Fristverlängerung.

Der tbb als Dachverband aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst befürwortet die Aufnahme des Schutz vor Altersdiskriminierung in die Thüringer Verfassung.

Der besondere Gleichheitssatz des Art.3 Abs.3 GG Grundgesetz enthält kein ausdrückliches Diskriminierungsverbot aufgrund des Lebensalters. Gleiches galt bislang für die Thüringer Verfassung (Art. 2 Abs. 3). Einen Schutz gab es bislang nur auf gesetzlicher Ebene u.a. durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. In der Gesetzesbegründung zu §1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), der ein Diskriminierungsverbot bzgl. des Lebensalters enthält, heißt es: „Der Begriff ‚Alter‘ meint Lebensalter, schützt also gegen ungerechtfertigte unterschiedliche Behandlungen, die an das konkrete Lebensalter anknüpfen.“ Zwar gibt uns das AGG damit eine Definition, was unter Diskriminierung wegen Alters zu verstehen ist, selbst schützt es jedoch nur im geringen Umfang vor selber, da vorrangiges Ziel die Gleichbehandlung ist und nicht der Schutz besonderer Altersgruppen.

Die Frage nach der Aufnahme des Diskriminierungsgrunds Lebensalter in die Verfassung fügt sich in die aktuelle Diskussion ein, wonach die Bedeutung des Lebensalters immer stärkere Anerkennung findet. Die UN-Generalversammlung setzte 2010 eine Arbeitsgruppe ein, um die Menschenrechte Älterer systematisch zu untersuchen und Maßnahmen zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes zu diskutieren. Die Zahl der Erwerbstätigen wird ohne Gegenmaßnahmen bis 2025 um rund 60.000 in Thüringen schrumpfen. Diese Entwicklung schlägt sich in der Debatte um Altersgrenzen auf dem Arbeitsmarkt nieder:



Starre Altersgrenzen stehen im Widerspruch zu Flexibilität, Potentiale älterer Menschen bleiben ungenutzt.

Auf der anderen Seite wird vermehrt eine Herabsetzung bestehender Mindestaltersgrenzen diskutiert: Beispiele sind die auf kommunaler und Landesebene zum Teil bereits praktizierte Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und das Begleitete Fahren mit 17 nach §48a Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) und §6e Straßenverkehrsgesetz (StVG). Die steigende Relevanz der Kategorie Lebensalter zeigt auch die Diskussion um Kinderrechte.

Den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist es nach den Rückmeldungen, die wir aus unseren 34 Fachverbänden in Thüringen erhalten haben, wichtig, dass all diese Aspekte der Altersdiskriminierung mit der Aufnahme des Altersdiskriminierungsverbots in die Thüringer Verfassung mitumfasst werden.

Zu Frage 6

Der tbb hält eine Regelung auf Verfassungsebene für notwendig. Die Verfassung des Freistaats Thüringens symbolisiert auch sichtbar nach außen, was sozial erwünscht ist und was als Diskriminierung sozial verpönt ist.

Zu Frage 7

Wie bereits oben ausgeführt halten wir den bisherigen Schutz in der Thüringer Verfassung über den allgemeinen Gleichheitssatz für unzureichend.

Zu Frage 8

Nicht jede unmittelbare oder mittelbare Ungleichbehandlung ist eine verbotene Diskriminierung. Ungleichbehandlungen können rechtlich erlaubt und sogar geboten sein. Der tatsächliche Umfang eines Diskriminierungsverbots ergibt sich daher erst aus der Zusammenschau mit den Normen, die explizit oder implizit die Zulässigkeit von Ungleichbehandlungen begründen. Aber auch im Wege einer grundgesetzlichen Abwägung kommt durch die explizite Benennung des „Alters“ als besonders schützenswert eine Bedeutung zu, die den Abwägungsprozess zu beeinflussen vermag.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Stellungnahme Informationen und Anregungen für politische Positionierungen und Initiativen beinhaltet. Für ergänzende Hinweise stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

205/2021

2 71945

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

hier: Themenkomplex „Bestenauslese“

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1629 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen	e.V. (Verband)
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schmidtstedter Straße 9
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Gewerkschaftlicher Spitzenverband	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
5	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG) Der tbb und die in ihm verbundenen 34 Fachgewerkschaften sprechen sich dafür aus, dass die Vorbildfunktion des Staates, Vielfalt zu fördern und sich kulturell zu öffnen, gestärkt werden muss. Vorbild und Vorreiter zu sein, bedeutet, auch selbst die Initiative zu ergreifen. Es gibt nach unserer Auffassung keinen öffentlichen Dienst für die Deutschen , sondern nur einen öffentlichen Dienst für die Menschen in Deutschland . Der öffentliche Dienst muss in allen Lebenssituationen, bei der Gleichstellung aller Geschlechter, bei der Inklusion und erst recht bei der Integration eine Vorreiterrolle bei der Ausbildung und Einstellung übernehmen.	
6	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 05.01.2021	



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Landesvorsitzender

per Mail an: poststelle@thueringer-landtag.de

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Frau. Josefine Noack-Wolf
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

THUR. LANDTAG POST
22.12.2020 12:14

32195/2020

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
13. November 2020

Datum
22. Dezember 2020

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten – Bestenauslese

Mündliches Anhörungsverfahren gemäß § 79 GO des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau. Noack-Wolf,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme zum mündlichen Anhörungsverfahren.

Zu II. „Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement“

Der tbb begrüßt ausdrücklich dieses Vorhaben. Ehrenamt ist eine wichtige Säule, ohne die der Staat vielfach an verschiedenen Stellen nicht mehr existieren könnte. Daher sollte der Staat ihm mit dem höchsten Respekt begegnen. Das heißt für uns, dass Ehrenamtlich Tätige in allen Angelegenheiten rund um das Ehrenamt weitestgehend entlastet werden sollten, sei es in Haftungsfragen, dem Versicherungsschutz oder auch den Arbeitsmaterialien, die sie selbstbesorgt einsetzen, um das Ehrenamt überhaupt ausüben zu können.

Zu III. „Bestenauslese“

Zu Frage 1.

Der Freistaat Thüringen muss sich an seiner Verfassung messen lassen. Vielmals reicht es nicht, für das eigene Selbstverständnis, allein auf das Grundgesetz zu verweisen. So spiegelt doch auch eine Verfassung das eigene Selbstbild und Grundverständnis. Das Prinzip der Bestenauslese bestimmt die Personalauswahl für den öffentlichen Dienst und legt den Grundstein für einen möglichst wirksamen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Natürlich befürwortet der tbb die Aufnahme des Gebotes der Bestenauslese in der Thüringer Verfassung.

Zu Frage 2.

Nach Artikel 33 Absatz 2 GG hat jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Diese Verfassungsbestimmung dient dem öffentlichen Interesse daran, dass nur die geeignetsten Personen für ein öffentliches Amt ausgewählt werden. Darüber hinaus gewährt sie auch dem geeignetsten Bewerber einen Anspruch, ein subjektives Recht darauf, ausgewählt zu werden. Wenn Art. 33 Abs. 2 GG Eignung, Befähigung und fachliche Leistung zu den einzigen Auswahlkriterien macht, dann bedeutet das im Umkehrschluss: Andere Kriterien dürfen bei der Auswahl nicht herangezogen werden, also weder Geschlecht, Abstammung noch ethnische Herkunft, weder Behinderung, Religion noch politische Anschauungen, auch Herkunft, Beziehungen oder die sexuelle Identität dürfen keine Rolle spielen.

Die Vorbildfunktion des Staates verlangt von ihm in seiner Funktion als Arbeitgeber eine hohe Aktivität hinsichtlich der Umsetzung der Vorgaben des GG im Allgemeinen und des Sozialstaatsprinzips im Speziellen. Ein Staat, dessen Bevölkerung zu 20 Prozent einen Migrationshintergrund besitzt, sollte demnach die Integration, Teilhabe und Chancengleichheit dieser Menschen beim Zugang zum öffentlichen Amt als Aufgabe ernst nehmen.

Obwohl das Erfordernis der deutschen Staatsangehörigkeit nicht zu den verfassungsrechtlich verankerten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehört, können nach dem Beamtenrechtsrahmengesetz und den entsprechenden Beamtenetzen der Länder nur Deutsche und neuerdings auch Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Beamte eingestellt werden. Für Nicht-EU-Staatsangehörige, und das ist die weitaus überwiegende Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer, können nur Ausnahmen von diesem Grundsatz zugelassen werden, wenn für die Gewinnung des Betreffenden ein „dringendes dienstliches Bedürfnis“ besteht. Ein solches „dringendes Bedürfnis“ wurde bislang nur für den Hochschulbereich und für den Polizeivollzugsdienst anerkannt.

Im Angestellten- und Arbeiterbereich des öffentlichen Dienstes sind Ausländerinnen und Ausländer Deutschen rechtlich zwar gleichgestellt, die Zahlen und Fakten belegen jedoch, dass besonders für den Angestelltenbereich auch hier Barrieren bestehen, die der Gesetzgeber, aber auch der Arbeitgeber öffentlicher Dienst, bewusst und gezielt angehen muss.

Aus dem 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration kann man entnehmen: „Vielfalt im öffentlichen Dienst ist immer noch keine Selbstverständlichkeit. Gleichwohl sind Vielfaltsmanagement und die interkulturelle Öffnung für viele öffentliche Organisationen wichtige Zukunftsaufgaben geworden. Vielfaltskompetenzen tragen zum Erfolg von Verwaltungshandeln bei. Das heißt, der öffentliche Dienst profitiert von Mehrsprachigkeit, interkulturellen Kompetenzen und Erfahrungswissen seiner kulturell unterschiedlich geprägten Angestellten, Beamtinnen und Beamten. Der öffentliche Dienst ist in der Verantwortung, dass sich die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft auch in der Verwaltung widerspiegelt. Die Behörden sind in doppelter Hinsicht gefragt: als moderner Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Köpfe sowie als bürgerorientierter Dienstleister. Neben der Erhöhung der Repräsentanz bei den Beschäftigten besteht die Verantwortung darin, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen barrierefrei zu gestalten und alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.“

Der tbb und die in ihm verbundenen 34 Fachgewerkschaften sprechen sich dafür aus, dass die Vorbildfunktion des Staates, Vielfalt zu fördern und sich kulturell zu öffnen, gestärkt werden muss. Vorbild und Vorreiter zu sein, bedeutet, auch selbst die Initiative zu ergreifen.

Zu Frage 3

Nach unserer Einschätzung kann die jetzt gefundene Formulierung „(2) Jeder Bürger hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt“, nicht dazu führen, den öffentlichen Dienst im beschriebenen Maße vielfältiger zu gestalten.

In § 10 Abs. 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung findet man eine Definition von Bürger, die dem Zweck der Gesetzesbegründung zuwider läuft: „Bürger der Gemeinde ist jeder Einwohner, der als Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes bei den Gemeindewahlen wahlberechtigt ist.“ In Artikel 116 Abs. 1 GG heißt es: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Ausweislich des Art. 116 Abs. 1 GG sind hierunter Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zu verstehen, ohne dass es darauf ankäme, ob diese Personen einen Migrationshintergrund besitzen oder nicht. Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit können in ein Beamtenverhältnis berufen werden, wenn sie die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der EU oder des EWR-Abkommens besitzen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a und b BeamStG), Staatsangehörige eines Drittstaates im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c BeamStG sind oder wegen eines dringenden dienstlichen Interesses eine Ausnahme gewährt wird (§ 7 Abs. 3 Nr. 1 BeamStG).

Für Tarifbeschäftigte gelten grundsätzlich keine Staatsangehörigkeitserfordernisse.

Zu Frage 8.

Das Prinzip der Bestenauslese kann eingeschränkt werden durch das sogenannte Stellenbewirtschaftungsermessen des Dienstherrn. Stellenbewirtschaftung ist die Steuerung des Personalbestandes auf der Grundlage der vom Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Stellen und der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Stellen Sie sich einfach ein Tableau vor, auf dem Sie Personen hin- und herschieben, um Lücken zu schließen, neue Aufgaben zu erfüllen etc.. Nun kann sich der Dienstherr bei der Stellenbewirtschaftung dafür entscheiden, eine bestimmte vakante Stelle nur mit einem Bewerber aus dem vorhandenen Personalbestand zu besetzen. Das kann z.B. der Fall sein, wenn insgesamt zu viel oder genügend Personal vorhanden ist und man keine zusätzlichen Personalkosten durch die Einstellung eines Bewerbers außerhalb des Personalbestandes, durch eine sogenannte Außeneinstellung verursachen will. Praxisrelevant wird dies vor allem bei der Besetzung von Beförderungsstellen, also Stellen die voraussetzen, dass man zuvor schon ein anderes Amt bekleidet hat.

Zu Frage 16

Nach Auffassung des tbb ist die vorgesehene Änderung nicht allein ausreichend, um einen Mehrwert zu Art. 33 GG darzustellen.

Trotz der prekären Finanzsituation der öffentlichen Haushalte sind die politisch Verantwortlichen von Bund, Ländern und Kommunen aufgefordert, spätestens jetzt die Weichen für eine Personal- und Organisationspolitik in den öffentlichen Diensten zu stellen, die den Belangen eines interkulturellen Gemeinwesens gerecht wird. Das bedeutet neben einer vernünftigen Einbürgerungspolitik vor allem folgendes:

1. Rechtliche und administrative Zugangsbarrieren zum öffentlichen Dienst müssten durch entsprechende Änderungen des Beamtenrechtsrahmengesetzes auf Bundesebene und nachfolgend des Thüringer Beamtengesetzes abgebaut werden, um Nichtdeutschen den Zugang zu Beamten-Positionen auch mit hoheitsrechtlichen Aufgaben generell und nicht nur in Ausnahmefällen zu öffnen.
2. Die Verfahren und Kriterien zur Auswahl und Einstellung von Bewerbern müssten so modifiziert werden, dass interkulturellen Kompetenzen sowie der Kenntnis von Migrantensprachen zumindest dort immer der ihnen zustehende Stellenwert eingeräumt wird, wo diese Qualifikationen bei der Integrationsarbeit im öffentlichen Dienst wichtig ist.
3. Um Nichtdeutschen eine Chancengleichheit beim qualifizierten Gebrauch deutscher Wort- und Schriftsprache zu geben, sollte eine entsprechende berufsbegleitende Nachqualifizierung möglich gemacht werden.

4. Ausschreibungen müssten grundsätzlich darauf hinweisen, dass die Bewerbung von Migrantinnen und Migranten erwünscht ist.

Eine entsprechende umfassende Sachdiskussion sollte auf allen Ebenen weiter vorangetrieben werden - und möglichst bald zu praktischen Lösungen führen. Denn: Es darf nicht erst gehandelt werden, wenn die dramatische Zwangslage offener interkultureller Konflikte da ist.

Es gibt nach unserer Auffassung keinen öffentlichen Dienst für die **Deutschen**, sondern nur einen öffentlichen Dienst für die **Menschen in Deutschland**. Der öffentliche Dienst muss in allen Lebenssituationen, bei der Gleichstellung aller Geschlechter, bei der Inklusion und erst recht bei der Integration eine Vorreiterrolle bei der Ausbildung und Einstellung übernehmen.

Dies ist bisher in nicht ausreichendem Maße erfolgt.

Wir möchten an dieser Stelle mit einem wichtigen Zitat aus einem der wohl berühmtesten Grundgesetz-Kommentare (Dürig, Günter (1996) in: Maunz, Theodor / Dürig, Günter: Kommentar zum Grundgesetz, Band 1, München: Beck, Art. 3.) enden: *„Ich der Staat stelle bei Dir Beamten deswegen und nur deswegen nicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse usw. ab, damit und wenn auch Du Beamter dem Bürger gegenüber nicht nach diesen Merkmalen differenzierst, denn dies fordert der Bürger von mir gem. Art. 3 III als grundrechtsverpflichtendem Staat.“*

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

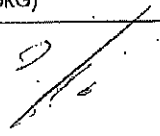
Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

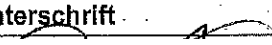
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Bestenauslese“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Johis-Joyx Libeck Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">eingetr. Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Liebknechtstr. 16a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Johis-Joyx Libeck Thüringen e.V.	eingetr. Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Johis-Joyx Libeck Thüringen e.V.	eingetr. Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Liebknechtstr. 16a									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
		
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 02.01.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
04.01.2021 10:56

50/2021

Junge Liberale Thüringen e.V. • Liebknechtstraße 16a • 99085 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

**Stellungnahme zum Anhörungsverfahren gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags;
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten / Themenkomplex „Bestenauslese“**

Ihre Nachricht vom
13. November 2020

Erfurt
2. Januar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend nehme ich zu dem in der Anlage 3 Ihres Schreiben beigefügten Fragekatalog wie folgt Stellung:

1. *Ist es notwendig, die jeweils vorgeschlagene Änderung auf der Ebene der Thüringer Verfassung zu regeln?*

Nein.

2. *Ist das angestrebte Regelungsziel bereits im „Hoheitsbereich“ der Thüringer Verfassung bzw. für Menschen in Thüringen verbindlich gesetzlich geregelt?*

Ja, da das angestrebte Ziel bereits heute Teil der Landesverfassung (Art. 2) und des Grundgesetzes ist.

3. *Bewirkt die jeweils beabsichtigte Verfassungsbestimmung etwas, d.h. führt sie eine Rechtsfolge herbei (zumindest für die Abwägung gegen ein anderes Recht mit Verfassungsrang)?*

Keine, da das „neue“ Ziel im Grunde bereits jetzt durch Art. 2 der Landesverfassung abgedeckt wird.

Landesgeschäftsstelle
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt

4. *Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Wird die Jeweils beabsichtigte Änderung auch das intendierte Ziel erreichen können?*

Theoretisch ja, das liegt jedoch auch daran, dass das intendierte Ziel bereits durch die aktuelle Fassung der Verfassung des Freistaates Thüringen geschützt bzw. bedacht wird.

5. *Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Können jeweils durch die Formulierung insgesamt und/oder einzelner Satzteile des zukünftigen Verfassungstextes für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?*

Änderungen des Art 41 Abs. 3 können in Teilen zu Konflikten mit dem GG führen, da der Gleichheitsgrundsatz nach Art 3 GG im Art 41 Abs. 3 Landesverfassung nicht mehr als „Jedermanns“ Grundrecht ausgelegt wird, sondern nur auf Bundes- und Unionsbürger beschränkt wird.

6. *Unterstellt, die Änderungen finden Eingang in die Thüringer Verfassung: Können jeweils durch die beabsichtigte Verortung der Änderung in der Verfassung oder die Verfassungsänderung an sich für die Thüringer Verfassung selbst und/oder für Personen oder Personengruppen Thüringens negative Folgen entstehen?*

Durch die angestrebte Änderung droht eine Verwässerung der Verfassung, da die Verfassung dafür genutzt wird, Gesetze in einen Verfassungsrang zu heben, die auch einfach gesetzlich geregelt werden können.

7. *Welchen Mehrwert böte die geplante Neuregelung gegenüber Vorschriften des Bundes- und Europarechts?*

Es sind keinerlei Mehrwert zur aktuellen Fassung der Landesverfassung zu erkennen.

8. *Über welchen Spielraum verfügt Ihrer Einschätzung nach der Thüringer Landesgesetzgeber im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des jeweils unterrepräsentierten Geschlechts sowie zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der Beruflichen Laufbahn?*

Neben den Einstellungspraxis kann auch die Parität der Geschlechter über interne Programme der Behörden gefördert werden.

9. *Inwieweit berücksichtigt die geplante Neuregelung ausweislich der Gesetzesbegründung die für einen fairen Leistungswettbewerb nötige Chancengerechtigkeit im Sinne gleicher Ausgangsbedingungen?*

Geringe Berücksichtigung, da besonders der Aspekt der Bildungsgleichheit ignoriert wird.

10. *Sind Sie der Meinung, dass Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung geeignete Kriterien für die Auswahl von Bewerbern für den öffentlichen Dienst sind, damit möglichst effizient und qualitativ hochwertige Ausübung des Staatsdiensts erreicht wird?*

Die Festlegung auf die Bestenauslese ist im Grunde eine gute Idee. Jedoch nimmt sie dem Freistaat Thüringen die Chance im öffentlichen Dienst regionale Besonderheiten gebührend einzubauen.

11. *Ist eine zusätzliche Verankerung des im Grundgesetz festgeschriebenen Grundsatzes der Bestenauslese bei der Besetzung öffentlicher Ämter auch in der Thüringer Landesverfassung ihrer Meinung nach ein wichtiges Signal, um dem Leistungsprinzip Nachdruck zu verleihen?*

Das Signal ist im Grunde in Ordnung. Jedoch bietet es keinen zusätzlichen Mehrwert zum Grundgesetz, um es in die Landesverfassung des Freistaates Thüringen aufzunehmen.

12. *Welche praktisch-politischen Auswirkungen werden die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ihrer Beurteilung zufolge für das Staatshandeln nach sich ziehen und welchen Unterschied würden die Änderungen im Vergleich zur heutigen verfassungsrechtlichen Lage für das Staatshandeln – namentlich auch für die Ziele dieses Handelns – im Einzelnen machen?*

Die vorgesehen Regelung erschwert zum Teil die Chance regionale Repräsentationen zu schaffen, da der Grundsatz bereits jetzt Teil der Rechtsprechung und in den Entscheidungen der Verfassungsgerichtsbarkeit ausschlaggebend für eine Vielzahl von Entscheidungen ist.

13. *Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen allgemein mit Blick auf rechtstechnische Aspekte einer Verfassung?*

Die Regelungen zur Gleichberechtigung sind bereits Teil des Grundgesetzes und der Landesverfassung ist.

14. *Wie beurteilen sie die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen Mit Blick auf die verfassungspolitische Maxime, dass Verfassungen um ihre Flexibilität und Stabilität willen abstrakt formuliert bzw. - wie es ein Napoleon zugeschriebenes Zitat ausdrückt- „kurz und dunkel“ sein sollten?*

Die vorgeschlagenen Änderungen sind zum Teil zu genau und erfüllen damit eher gesetzliche Regelungen.

15. *Welche in der Thüringer Landesverfassung niedergelegten rivalisierenden verfassungsrechtlichen Position bzw. Rechte legen aus ihrer Sicht die Einführung neue Staatsziele wie der in den Gesetzentwürfen vorgeschlagenen nahe, um bisher nicht die Verfassung enthaltenen Zwecke in Politik, Verwaltung oder Gerichten insbesondere bei Abwägungsprozessen zu verwirklichen zu verhelfen?*

Keine.

16. *Inwiefern bringt die vorgeschlagene Regelung zur Bestenauslese hinsichtlich des damit angestrebten Regelungszieles einen rechtlichen Zugewinn gegenüber den bestehenden Regelungen des Artikel 33 GG?*

Es ist kein Zugewinn für die Menschen im Freistaat ist zu erkennen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

n

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben. Das Informationsschreiben finden Sie auf der Internetseite der Junge Liberale Thüringen e.V. unter dem Link <https://www.julis-thueringen.de/datschutz>. Sie können das allgemeine Informationsschreiben selbstverständlich auch kostenlos bei dem o.g. Bearbeiter oder in der Landesgeschäftsstelle anfordern.

562/2021

zu 2 71949

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Bestenauslese“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td><td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Schillerstraße 44</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99096 Erfurt</td></tr></table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<p>Es besteht kein Bedarf, das Prinzip der Bestenauslese im öffentlichen Dienst in die Thüringer Verfassung aufzunehmen. Diese ist bereits im Grundgesetz in Art. 33 Abs. 2 verankert und in Thüringen unmittelbar wirksam. Eine derartige Einfügung hätte keine praktischen Auswirkungen. Die anscheinende intendierte politisch-symbolische Wirkung wird durch den DGB klar abgelehnt. Jeder Versuch, den öffentlichen Dienst diverser aufzustellen, muss sich unstrittig an Art. 33 Abs. 2 GG messen. Deswegen sind Nachteilsausgleiche bspw. für schwerbehinderte Menschen oder in Führungspositionen unterrepräsentierte Frauen rechtlich eng begrenzt. Nachteilsausgleiche von vornherein anzulehnen und eine Verwaltungspraxis, die um Chancengerechtigkeit bemüht ist, als gleichheits- und rechtswidrig darzustellen, widerspricht dem Gleichheitsverständnis der DGB vollkommen.</p> <p>Eher sollte geprüft werden, wie der öffentliche Dienst aufgewertet und als moderner sowie attraktiver Arbeitsgeber überzeugen kann. Dazu gehören interessante Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten. Nach der Gleichstellung unterrepräsentierter Gruppen regen wir die Ausschreibungspflicht für alle Dienstposten an.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 09.01.2021	

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss

THÜR. LANDTAG POST
05.01.2021 07:14

123/2021

- Versand per Mail -

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zum Fünften Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/1629; hier: Themenkomplex Bestenauslese

4. Januar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der DGB Hessen-Thüringen bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu o.g. Gesetzentwurf.

Der DGB Hessen-Thüringen lehnt die im Komplex Bestenauslese beabsichtigte Ergänzung der Verfassung ab.

Zur Begründung:

- I. Die Fraktion der CDU beantragt, in Art. 96 der Thüringer Verfassung einen neuen Abs. 2 einzufügen: „Jeder Bürger hat nach einer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt.“ Dies entspricht dem Wortlaut von Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz. Entsprechend führt auch die Fraktion der CDU in ihrer Gesetzesbegründung aus, dass sich bei der vorgeschlagenen Norm um in Thüringen unmittelbar geltendes Recht handelt. Bereits an dieser Stelle erübrigt sich der Vorschlag.
- II. Die Fraktion der CDU führt weiter aus, dass die Verfassung eine „Leit- und Symbolfunktion“ habe und „entscheidender Faktor für die tatsächliche Verwirklichung des Leistungsprinzips bei der Besetzung öffentlicher Ämter sein kann.“ Auch dies erschließt sich nicht, da jedenfalls die DGB-Gewerkschaften ein Regelungsdefizit oder das Fehlen der tatsächlichen Verwirklichung nicht feststellen können. Selbst wenn es an der tatsächlichen Durchsetzung mangeln würde, wäre fraglich, ob eine Ergänzung der Verfassung die richtige Regelungsebene ist. Falls einfachgesetzliche oder untergesetzliche Regelungen nicht geeignet sind, das Prinzip der Bestenauslese praktisch zu verwirklichen, müssten eher dort Änderungen erfolgen.
- III. Die vorgeschlagene Verfassungsänderung ist auf zwei Ebenen zu beurteilen: Sie enthält eine rechtliche und eine politisch-symbolische Dimension.
 - a) Die rechtliche Bewertung ist eindeutig: Das Gebot der Bestenauslese auch Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz gilt in Thüringen unmittelbar und uneingeschränkt. Einstellungs-

Öffentlicher Dienst/
Beamten- und Beamtenpolitik

Wirtschaftspolitik

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

und Beförderungsentscheidungen sind jederzeit rechtlich überprüfbar, davon wird – teils mit gewerkschaftlicher Unterstützung – auch rege Gebrauch gemacht. Zu bemessen sind diese Entscheidungen am Grundgesetz und der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Art. 33 GG. Evidente Fehlentscheidungen bzw. Verfahrensfehler werden durch Gerichte überprüft und ggf. korrigiert. Die Verankerung des Leistungsprinzips im Grundgesetz ist vollkommen ausreichend. Es bedarf keiner Ergänzung der Thüringer Verfassung.

- b) Zu prüfen und zu bewerten ist weiterhin die politisch-symbolische Funktion des Antrags. Da aus rechtlicher Sicht kein Regelungsbedürfnis besteht, scheint es sich um einen Antrag zu handeln, der reine Symbolwirkung entfalten soll. Hierzu wird unter A Problem und Regelungsbedürfnis ausgeführt, dass „im Bereich des Zugangs zu öffentlichen Ämtern (...) viele Ansätze von Vielfaltsprogrammes wegen Verstoßes gegen Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes sogar die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit zu überschreiten (drohen.) Bestrebungen, die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes an einer gleichmäßigen Repräsentation von Gruppen auszurichten, (...) sind verfassungsrechtlich höchst bedenklich.“

Diese Einschätzung teilen die DGB-Gewerkschaften ausdrücklich nicht! Es wird nahe gelegt, dass die Thüringer Verwaltung grundgesetzwidrig handelt oder dies unmittelbar bevorsteht. Dabei stellt die antragstellende Fraktion allgemein in den Raum, dass „viele Ansätze von Vielfaltsprogrammen wegen Verstoßes gegen Art. 33 Abs. 2 des Grundgesetzes sogar die Grenzen der Verfassungsmäßigkeit zu überschreiten (drohen.)“ Dies ist ein sehr gravierender und erheblicher Vorwurf gegenüber Thüringer Entscheidungsträger*innen. Belege bleiben die Antragsteller*innen schuldig.

Rechtlich eindeutig und unstrittig ist bei der Anwendung von „Vielfaltsprogrammen“ stets Art. 33 Abs. 2 GG zu beachten. Dies setzt Versuchen, den öffentlichen Dienst diverser und offener zu gestalten, tatsächlich Grenzen. Politisch kann das sogar bedauert, aber mit Blick auf die Geltung von Art. 33 GG nicht geändert werden.

Das durchgängig geltende Prinzip der Bestenauslese kann vorliegend nur in sehr begrenztem Maße mit anderen Zielen von Verfassungsrang, wie die Gleichstellung von Frauen und von schwerbehinderten Menschen, abgewogen werden. Nur dort kommt eine vorrangige Berücksichtigung „bei gleicher Eignung“ in Betracht. Diese sehr begrenzte Öffnung als „gleichheitswidrig“ und die Grenzen der Verfassung überschreitend darzustellen, ist eine Beleidigung für die Kolleg*innen, die sich trotz vorhandener gesellschaftlicher Benachteiligung, bei Auswahlentscheidungen durchsetzen konnten.

IV. Politische Gesamtwürdigung

Den vorliegenden Antrag unter die Überschrift „Stärkung von Gleichheitsrechten“ zu stellen, ist fast zynisch. Das Problem fehlender Chancengerechtigkeit, das in der Praxis der optimalen Ausschöpfung der Potentiale aller Bediensteter entgegensteht, wird völlig

verkannt. Nicht nur wird die Herstellung gleicher Chancen als Ziel negiert, es wird auch der Ruf einer ungerechtfertigten Bevorzugung geschaffen.

Dabei ist die Behauptung einer Übervorteilung schon empirisch offenkundig falsch. Wenn Frauen nicht grundsätzlich weniger befähigt, geeignet und fachlich qualifiziert sind, ist ihre Unterrepräsentanz in Führungspositionen nicht zu erklären, sofern das Prinzip der Bestenauslese ohne Verzerrung angewandt wird. In verfassungskonformer Umsetzung können möglicherweise künftig anzudenkende „Vielfaltsprogramme“ nicht auf die Aussetzung oder Abschwächung der Bestenauslese gerichtet sein, sondern nur auf deren tatsächliche Verwirklichung, indem die Potentiale von Bewerber*innen tatsächlich erkannt und bewertet werden. Praktisch gibt es Nachteilsausgleiche ausschließlich für schwerbehinderte Bewerber*innen sowie Bewerberinnen (§§ 4 und 6 Thüringer Landbahngesetz, Thüringer Gleichstellungsgesetz).

V. Weiterführende Vorschläge

- a) Es gibt engagierte Dienststellen und Personalräte, die bspw. aufgrund von Migrationshintergrund, körperlichen Einschränkungen oder sozialem Hintergrund benachteiligten Bewerber*innen gern Chancen im Zuge von Auswahlentscheidungen eröffnen würden. Dies würde ihre vor dem Hintergrund der persönlichen Belastungen besondere Leistung würdigen. Aktuell gibt es das nicht. Einige Dienststellen und Personalräte würden gern weitere, benachteiligungsbezogene Kriterien gewichten. Der Gesetzgeber sollte diskutieren, wie dies verfassungskonform umgesetzt werden kann.
- b) Nicht auf Ebene (verfassungs-)rechtlicher Vorgaben, sondern aus der Praxis werden gelegentliche Probleme und als „ungerecht“ wahrgenommene Auswahlentscheidungen berichtet. Um die Bestenauslese in der Praxis zu stärken, schlagen wir eine generelle Ausschreibungspflicht aller Dienstposten vor. Aktuell sieht § 3 Thüringer Laufbahngesetz eine Reihe von Ausnahmen vor. Dies wird gelegentlich als Einfallstor für nicht sachgerechte Entscheidungen „nach Nase“ wahrgenommen. Dabei steht im Raum, dass informelle Mechanismen dazu führen, dass das Leistungsprinzip in manchen Fällen nicht zum Tragen kommt. Fehlentscheidungen aufgrund von „Vielfaltsprogrammen“ sind nicht bekannt.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist der Regelungsbedarf, dem durch die Ergänzung in Art. 96 der Thüringer Verfassung entsprochen werden soll, absolut nicht erkennbar. Sollte es aber durch die CDU-Fraktion in der der Praxis festgestellte Umsetzungsdefizite geben, kommen wir mit Ihnen gern zur Identifikation besserer Entwicklungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst ins Gespräch.

Die Bediensteten haben ein erhebliches Interesse an umfassender Personalentwicklung. Diese ist nicht nur für einzelne Kolleg*innen wichtig. Probleme in der Stellenbesetzung ergeben sich eher aus Mangel an genügend qualifizierten Bewerber*innen, weswegen teils diskutiert wird, Anforderungen abzusenken. In den kommenden Jahren muss qualifiziertes Fachpersonal in Größenordnungen gewonnen werden, um ausscheidende Kolleg*innen adäquat zu ersetzen. Neben der Neueinstellung sind hierfür die Potentiale der vorhandenen

Bediensteten zu erschließen und entwickeln. „Faire“ Beförderungsentscheidungen sind ein wichtiger Faktor für erfolgreiche und motivierte Dienstausbildung. Auch der Zugang zu Fortbildung und Qualifizierung als Grundlage für die Übernahme weiterer und höherwertiger Aufgaben für alle Bediensteten ist wichtig.

Handlungsbedarf besteht bei den Entwicklungsmöglichkeiten der Bediensteten, nicht aber auf Ebene der Landesverfassung. Für Gespräche und eine Zusammenarbeit hierzu stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Zum Fragenkatalog in Anlage 3:

1. Nein, der Sachverhalt ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vollumfänglich geregelt.
2. Ja, die Grundgesetznormen gelten in Thüringen unmittelbar.
3. Nein, siehe 1. und 2.
4. Nein, siehe 1 und 2. Allerdings besteht auch kein Regelungsbedarf, in Einzelfällen bestehen Umsetzungsdefizite.
5. Nein, siehe 1 und 2.
6. Nein, siehe 1. und 2.
7. Es ist kein Mehrwert zu erwarten.
8. Förderung und Sicherung der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter hat ebenfalls Verfassungsrang (Art. 2 Abs. 2 Thüringer Verfassung sowie 3 Abs. 2 Grundgesetz). Der Spielraum des Gesetzgebers wird jedoch unstrittig durch das Gebot der Bestenauslese aus Art. 33 Abs. 2 GG beschränkt. Jede Fördermaßnahme ist daran zu bemessen. Eine Möglichkeit, die Bewerberauswahl zumindest „geschlechtsblind“ zu gestalten, ist eine ausnahmslose Ausschreibungspflicht.
9. Der Aspekt der Chancengerechtigkeit wird völlig außer Acht gelassen.
10. Dies entspricht den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums und hat Verfassungsrang. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es notwendig, eine Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes entsprechend Art. 33 Abs. 5 GG vorzunehmen. Eine wichtige untergesetzliche Maßnahme ist eine generelle Ausschreibungspflicht.
11. Nein.
12. Praktische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.
13. Ein Regelungsbedürfnis besteht nicht. Die möglicherweise intendierte Signalwirkung ist klar abzulehnen.
14. Die Änderung ist unnötig, siehe 1. und 2.
15. Siehe 13.
16. Ein Zugewinn ist nicht erkennbar.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Bestenauslese“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Präsident der Landespolizeidirektion	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es existiert eine fast wortgleiche Regelung im Art. 33 Abs. 2 SG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ESL, 01.01.2020	

Anlage 5

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten hier: Themenkomplex „Bestenauslese“ Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GBS Thüringen</td> <td>Genossenschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>GBS Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinrich-Mann-Str. 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GBS Thüringen	Genossenschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	GBS Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22	Postleitzahl, Ort	99096 Gera
Name	Organisationsform										
GBS Thüringen	Genossenschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	GBS Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinrich-Mann-Str. 22										
Postleitzahl, Ort	99096 Gera										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Technische Interessenvertretung im Bildungsbereich	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet; <input type="checkbox"/> abgelehnt; <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zur Förderung Auszub. Zustimmung zur Verfahrensänderung insb. bei qualitativer Verbesserung des Entwurfs, sonst keine Änderung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Apf., 07.01.2021	

// Vorsitzende //

THÜR. LANDTAG POST
08.01.2021 13:44

524/2021

GEW Thüringen • Heinrich-Mann-Str. 22 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 8. Januar 2021

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten/ Themenkomplex „Bestenauslese“

- Drucksache 7/1629 –

hier: Stellungnahme der GEW Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Voranstellen möchten wir, dass eine Verfassungsänderung aus unserer Sicht nur dann sinnvoll ist, wenn sie grundsätzlich auf einen qualitativen Mehrwert hinausläuft, breit in der Öffentlichkeit diskutiert wird und in ihrer Gesamtheit das gesellschaftliche Leben unter teils neuen und herausfordernden Bedingungen als Grundlage des Handelns Einzelner und der Gesellschaft dient.

Begrüßen können wir daher den besonderen Schutz des Ehrenamtes, bleiben aber bei den weiteren Änderungen skeptisch und regen an, unsere Änderungsvorschläge aufzunehmen oder auf die Änderung der Artikel zu verzichten.

Zu Artikel 2:

Die Änderung ist richtig, aber unzureichend. Geändert werden müsste auch „Geschlecht“ durch „alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten“.

Zu Artikel 41 a

Die gesellschaftliche Bedeutung des Ehrenamtes unter besonderen Schutz zu stellen und verbunden mit einem Förderauftrag als Staatsziel zu formulieren ist ein begrüßenswerter Schritt. Ohne ehrenamtliches Engagement stünde es um das gesellschaftliche, aber das arbeitsweltbezogene und persönliche Miteinander deutlich schlechter. Dies wird gerade in der aktuellen Krise sichtbar.

In diesem Zusammenhang möchte wir beispielhaft benennen:

- Mitarbeit in der Telefonseelsorge,
 - ehrenamtliche Hilfe in sozialen Einrichtungen,
 - Besuche bei älteren oder kranken Menschen,
 - Arbeit in der Flüchtlingshilfe,
 - Mitarbeit in der Suchtberatung,
 - Freiwillige Feuerwehr,
 - Alltagshilfe (beispielsweise Botengänge oder auch Einkäufe erledigen),
- aber auch in ehrenamtlichen Funktionen im Bereich der demokratischen Mitbestimmung
- Tätigkeit in der Justiz als ehrenamtliche*r Richter*in bzw. Schöff*in,
 - Tätigkeit in Personal- und Betriebsräten sowie Mitarbeitervertretungen,
 - Tätigkeit als ehrenamtliche*r Gewerkschaftsfunktionär*in u.a.

In diesem Zusammenhang haben wir insbesondere zu dem angedachten Förderauftrag, den wir dahingehend verstehen, ehrenamtliches Engagement zukünftig attraktiver zu machen, folgende Vorschläge/ Anregungen:

- Thüringer Ehrenamtskarte - neben der Anerkennung für besonderes ehrenamtliches Engagement sollen mit der Thüringer Ehrenamtskarte auch Vergünstigungen verbunden sein.
- Thüringer Ehrenamtsversicherung - die große Einsatzfreude lässt häufig vergessen, dass mit freiwilliger Betätigung auch Risiken verbunden sein können. Die Thüringer Ehrenamtsversicherung sorgt dafür, dass Ehrenamtliche bei ihrem Engagement keine Nachteile erleiden, wenn sie selbst keinen entsprechenden Versicherungsschutz haben.
- Bessere steuerliche Absetzbarkeit der Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Ehrenamt.

Artikel 41 d

Insgesamt halten wir diesen Artikel für zu detailliert, um ihn in einer Verfassung zu regeln und zugleich sind die vorgeschlagenen Regeln aus unserer Sicht eher ausschließend und nicht inkludierend.

Absatz 2 sollte wie folgt geändert werden:

(2) Die Inklusion von in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist Aufgabe des Landes und seiner Gebietskörperschaften. Dazu fördern sie:

1. *die Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur sowie der Sprache und Kultur des Herkunftslandes im Sinne von Transkulturalität und Mehrsprachigkeit,*

2. *den umfassenden Zugang zum Bildungssystem, zur Aus- und Weiterbildung und zum Arbeitsmarkt,*
3. *gesellschaftliche Teilhabe.*

Zur Begründung:

Die Formulierung „regelmäßig auf Dauer“ schließt Menschen mit Migrationshintergrund aus, die (noch) nicht mehrere Jahre in Thüringen leben. Inklusion beginnt jedoch mit dem Tag der Ankunft. Daher ist diese Formulierung integrationshemmend.

Die Assimilationsperspektive für die Integration trägt nicht. Daher ist das Konzept zu ersetzen durch transkulturelle Perspektiven, die auch Mehrsprachigkeit als Selbstverständnis voraussetzen. Menschen, Kulturen, Bräuche, Sprachen und vieles mehr begegnen sich, verhalten sich zueinander und beeinflussen sich gegenseitig. Daher auch Transkulturalität. Das Konzept Interkulturalität geht davon aus, dass es statische und teilweise abgeschlossene kulturelle Räume und Kontexte gäbe, die sich nur begegnen und zueinander verhalten sich aber nicht durchdringen und gegenseitig beeinflussen.

Hier möchten wir auf die KMK-Standards zur interkulturellen Bildung und Erziehung verweisen, die auch das Menschenrecht auf herkunftssprachlichen Unterricht klarstellt. Das heißt, Menschen sollen auch die Grammatik/ Literatur und Co ihrer Herkunftssprache lernen und vertiefen dürfen.

Verschiedene Studien haben positive Effekte auf das Erlernen der deutschen Sprache gezeigt, wenn auch herkunftssprachlicher Unterricht angeboten wird. Dabei gilt es Mehrsprachigkeit als Wert an sich und Ressourcen in den Bildungseinrichtungen aber auch im gesellschaftlichen Alltag zu verstehen. Sie zu akzeptieren und zu fördern ist wichtig. Das bezieht sich übrigens auch auf deutsche und v.a. Thüringer Dialekte.

Absatz 3 sollte wie folgt geändert werden:

(3) Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung. Der Genuss und die Ausübung der Bürgerrechte bleibt allen dauerhaft und rechtmäßig in Thüringen lebenden Menschen vorbehalten.

Zu Artikel 96, neuer Absatz 2

Soll dieser Artikel tatsächlich in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden, so ist es nur sinnvoll wenn er qualitativ über die Regelung des Grundgesetzes hinausweist.

Insofern lautet unser Änderungsvorschlag:

Artikel 96 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:*
- (2) Jeder Bürger hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Zugang zu jedem öffentlichen Amt."*
- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.*

Unserer Einschätzung nach trägt das Konzept Eignung und Befähigung nur bedingt, da es verschiedene Bevölkerungsgruppen systematisch ausschließt. Oft werden nicht die (richtigen bzw. wichtigen) Kompetenzen, sondern Belastbarkeit, Konformitäten und andere Eigenschaften „unbeabsichtigt“ in der Ausgestaltung der Abschlussprüfungen oder in Aufnahmeverfahren abgeprüft. Marginalisierte Gruppen sind von dieser Form der strukturellen und institutionellen Diskriminierung besonders betroffen. Die Bestenauslese führt daher nicht unbedingt zur Auswahl der Besten, sondern zur Begünstigung strukturell bevorteilter Menschen.

Wir hoffen, Ihnen mit unserer Stellungnahme wertvolle Hinweise für eine weitere Überarbeitung des Gesetzentwurfes geliefert zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1628 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2040 -											
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>Nein</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	Prof. Dr. Heunle	Hans-Günter
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Holzschnittkunst und fachspezif. Vortragsveranstaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Konzeptprinzip in Thüringen sollte groß- und verschlagen reformiert werden, es werden 2 kleine Textveränderungen verschlagen. Ein Kommentierungsbuch bedarf es definitiv nicht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	

	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
6/11/2024	

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Vorab per Mail:



Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 7/2014)
Ihr Schreiben vom 22.4.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 22.4.2021 haben Sie mich als Anzuhörenden im schriftlichen Anhörungsverfahren bestellt. Dem komme ich gerne nach und gebe zum o.g. Änderungsantrag wie erbeten zu **Art. 1 Nr. 8** und **Art. 2** folgende Stellungnahme zu der beabsichtigten Neuordnung der kommunalen Finanzgarantien in **Art. 93 Abs. 1 ThürVerf** ab:

Ausgehend von der verfassungsrechtlichen Garantie kommunaler Selbstverwaltung in Art. 28 Abs. 2 GG als „Durchgriffsnorm“ sind in den Landesverfassungen aller Länder landesrechtliche Finanzgarantien für die Erfüllung kommunaler Aufgaben verankert, da sich kommunale Selbstverwaltung ohne die dafür erforderlichen Finanzmittel anerkanntermaßen nicht entfalten kann.


In der Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25.10.1993 (GVBl., 625) ist von vornherein eine duale Finanzgarantie verankert worden, die sich seinerzeit so nur noch in den Verfassungen der Länder Baden-Württemberg, Sachsen und Sachsen-Anhalt nach dem Vorbild der Regelung Baden-Württembergs befand¹. *Schoch/Wieland* haben dazu 1995 zutreffend festgestellt²:

„Eine nahtlose Übereinstimmung besteht in Bezug auf die Funktion des landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsprinzips und die von ihm ausgelösten Rechtsfolgen. Zwischen den Vorschriften in Baden-Württemberg und Sachsen sowie Sachsen-Anhalt besteht überdies eine tatbestandliche Kongruenz, so dass die zu Art. 71 Abs. 3 LV BW gewonnenen Erkenntnisse ohne Einschränkung auf Art. 85 Abs. 1 und 2 SächsVerf und Art. 87 Abs. 3 LV LSA übertragen werden können. Lediglich eine *tatbestandliche Abweichung* zur Verfassungsrechtslage Baden-Württembergs besteht in Thüringen. Dort ist nur die „*Übertragung staatlicher Aufgaben*“ gemäß Art. 91 Abs. 3 ThürVerf dem Konnexitätsprinzip unterstellt. Mit dieser Restriktion gilt das strikte Konnexitätsprinzip auch in Thüringen.“

¹ Grundlegend: *Schoch/Wieland*, Finanzierungsverantwortung für gesetzgeberisch veranlasste kommunale Aufgaben, 1995, S. 161 ff.

² *Schoch/Wieland* (Fn. 1), S. 164.

Duale Finanzgarantie bedeutet, dass es mittlerweile in allen Flächenländern Deutschlands ebenso wie in Thüringen landesseitig gegenüber den Kommunen zwei Finanzgarantien gibt, den kommunalen Finanzausgleich einerseits und sogenannte Konnexitätsregelungen bei Aufgabenübertragungen bzw. -veränderungen andererseits. Stellt man beide Regelungsansätze dieser Finanzgarantien gegenüber, lassen sie sich wie folgt abgrenzen:

Abb. 7: Duale landesverfassungsrechtliche Finanzgarantie  DEUTSCHER LANDKREISTAG	
= striktes Konnexitätsprinzip	+ kommunaler Finanzausgleich
<p>Für Aufgaben, die vom Tatbestand des Konnexitätsprinzips umfasst sind, besteht</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. neben dem und unabhängig vom kommunalen Finanzausgleich 2. ein verfassungsrechtlich abgesicherter 3. und verfassungsprozessual durchsetzbarer 4. aufgabenakzessorischer 5. von der kommunalen Finanzkraft und 6. der Leistungsfähigkeit des Landes unabhängiger 7. erkennbarer und nachprüfbarer, 8. auf einer fundierten und plausiblen gesetzgeberischen Prognoseentscheidung beruhender 9. pauschalierbarer 10. Anspruch auf Vollkostenausgleich, 11. der jeder einzelnen Kommune 12. ohne Spitzabrechnung zur Vermeidung falscher Anreizstrukturen bei 13. wirtschaftlicher Aufgabenumführung hinsichtlich der notwendigen Kosten eine Aufgabenerfüllung ohne Eigenmitteleinsatz ermöglicht 14. und gleichzeitig bzw. zeitnah mit der Aufgabenübertragung zu regeln ist. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Finanzkraftabhängige 2. Aufstockung 3. der kommunalindividuellen Finanzmittel 4. zur Sicherstellung einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung 5. der Gesamtheit aller Kommunen 6. wie jeder einzelnen Kommune 7. unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes, 8. jedenfalls aber Sicherung der finanziellen Mindestausstattung (= Kernbereich der Selbstverwaltungsgarantie). 9. Dabei ist eine Berücksichtigung finanzkraftunabhängiger, aufgabenbezogener Bedarfsindikatoren möglich.


Eine Überschneidung zwischen beiden Regelungen gibt es grundsätzlich nicht. Als Faustregel kann außerhalb Thüringens grundsätzlich formuliert werden: Für den vorhandenen Aufgabenbestand am Tage des Inkrafttretens der dualen Finanzgarantie in der Verfassung ist die aufgabenangemessene Finanzausstattung über den kommunalen Finanzausgleich zu regeln. Für nachfolgende Veränderungen im kommunalen Aufgabenbestand gilt demgegenüber das Konnexitätsprinzip.

Im Detail sind die Regelungen in den Ländern unterschiedlich, so dass es sich grundsätzlich um ein „atmendes System“ handelt, für das gilt: Alle Aufgabenveränderungen, die tatbestandlich vom Konnexitätsprinzip umfasst werden, unterfallen nur diesem. Alle anderen Aufgaben mit den daraus resultierenden notwendigen Ausgaben sind im kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen. D.h.: Je enger der tatbestandliche Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips ist, umso weiter ist der Anwendungsbereich des kommunalen Finanzausgleichs. Je weiter der tatbestandliche Anwendungsbereich des Konnexitätsprinzips

Ist, desto weniger Aufgaben sind demgemäß über den kommunalen Finanzausgleich abzugelten.

Die Rechtsfolgen der beiden Systeme unterscheiden sich, wie der vorstehenden Übersicht zu entnehmen ist, erheblich. Während das Konnexitätsprinzip unabhängig von der Finanzkraft des Landes und der Kommunen die Kosten der einzelnen Aufgabe in den Blick nimmt und zum Maßstab macht, kommt es beim kommunalen Finanzausgleich auf eine Gesamtbetrachtung von Aufgaben, Finanzkraft der jeweiligen Kommunen und hinsichtlich der Angemessenheit der Dotierung auch der Leistungsfähigkeit des Landes an.

Die Struktur der landesrechtlichen Finanzgarantien im Ländervergleich lässt sich wie folgt darstellen:


Abb. 6: Struktur der landesverfassungsrechtlichen Finanzgarantien			 DEUTSCHER BUNDESTAG
	Aufgabenkategorie	Finanzierungsfolge	
Modell 1 Baden-Württemberg Nordrhein-Westfalen Saarland Sachsen Schleswig-Holstein	Öffentliche Aufgaben	Kommunaler Finanzausgleich	
		Mehrbelastungsausgleich bei Übertragung und Veränderung öffentlicher Aufgaben	
Modell 2 Bayern Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern Rheinland-Pfalz Sachsen-Anhalt	Bisherige Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises	Kommunaler Finanzausgleich	
	Übertragung neuer Pflichtaufgaben	Gesonderter entsprechender Mehrbelastungsausgleich	
Modell 3 Hessen	Bisherige Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises	Kommunaler Finanzausgleich	
	Übertragung neuer oder Veränderung bestehender Aufgaben	Mehrbelastungs- bzw. Entlastungsausgleich für Gesamtheit der Kommunen	
Modell 4 Thüringen	Aufgaben des eigenen Wirkungskreises	Kommunaler Finanzausgleich	
	Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Volle Erstattung der angemessenen Kosten	
Modell 5 Niedersachsen	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben, bundesgesetzlich übertragene Aufgaben und vor dem 1.1.2006 landesrechtlich zugewiesene Pflichtaufgaben in eigener Verantwortung	Kommunaler Finanzausgleich	
	Bis zum 31.12.2006 übertragene staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung	Gesonderte finanzkraftunabhängige Zuweisungen i.H.v. 75 % der pauschalierten Kosten	
	Übertragung neuer Pflichtaufgaben und Ausweitung pflichtiger Aufgaben	Entsprechender aufgabenspezifischer Mehrbelastungsausgleich	

Dabei fällt auf, dass nach Verfassungsänderungen in allen Flächenländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts im letzten Vierteljahrhundert Thüringen mittlerweile das einzige Bundesland ist, welches hinsichtlich der Abgrenzung zwischen kommunalem Finanzausgleich einerseits und Konnexitätsprinzip andererseits bisher strikt auf die Aufgabenkategorien abstellt: Aufgaben des eigenen Wirkungskreises sind in Thüringen über den kommunalen Finanzausgleich abzusichern; für staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung, aber auch nur für diese, kommt dagegen das Konnexitätsprinzip zur Anwendung, das nach Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf bisher lautet:

„Führt die Übertragung staatlicher Aufgaben nach Art. 91 Abs. 3 zu einer Mehrbelastung der Gemeinden und Gemeindeverbände, so ist ein angemessener finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Dazu ist anzumerken, dass die Unterscheidung zwischen Selbstverwaltungsangelegenheiten einerseits und staatlichen Aufgaben andererseits schon tatbestandlich nur in einigen Ländern erfolgt, aber auch diejenigen Länder, die eine solche Unterscheidung kennen, machen sie nicht bzw. nicht mehr zum Anknüpfungspunkt bei der dualen Finanzierungsregelung.

Schaut man im Detail auf die Formen des Konnexitätsprinzips, ergibt sich tabellarisch folgender Befund:

Abb. 5: Formen des Konnexitätsprinzips 

Rechtsfolge Tatbestand	Relativ	Strikt		
	Regelungspflicht hinsichtlich Kostendeckung	Aufgabenakzessorischer Ausgleich bei Mehrbelastungen angemessen	Aufgabenakzessorischer Ausgleich bei Mehrbelastungen entsprechend	Für Gesamtheit der Kommunen entsprechend
Übertragung staatlicher Aufgaben	Niedersachsen bei Aufgabenübertragung bis 31.12.2005	Thüringen		
Zuweisung pflichtiger öffentlicher Aufgaben		Sachsen-Anhalt	Baden-Württemberg Bayern Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen (bei Aufgabenübertragung seit 1.1.2006) Nordrhein-Westfalen Rheinland-Pfalz Saarland Sachsen Schleswig-Holstein	Hessen

Aus dieser Übersicht erschließt sich sofort, dass sich die geltende Verfassungslage in Thüringen hinsichtlich des Konnexitätsprinzips spätestens seit der Neuordnung in Niedersachsen im Jahre 2006 in einer doppelten Sondersituation befindet:

Tatbestandlich beschränkt sich die Regelung als einzige in den 13 deutschen Flächenländern auf die Übertragung staatlicher Aufgaben. In der Rechtsfolge sieht sie – wie ansonsten nur noch Sachsen-Anhalt – lediglich einen „angemessenen“ Ausgleich vor, während in allen anderen Ländern ein entsprechender Ausgleich gewährt wird. Der ThürVerfGH (LVerfGE 16, 593, 627 f.) hat den Begriff in der Mehrbelastungsausgleichsregelung materienspezifisch allerdings zu Recht auch für Thüringen als „vollen Ausgleich der angemessenen Kosten“ ausgelegt. Im Einzelnen hat er zutreffend ausgeführt:

„Seinem Schutzzweck nach ordnet Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf grundsätzlich einen vollen Kostenausgleich an, enthält also nicht nur ein relatives, sondern ein striktes Konnexitätsprinzip. Das folgt zum einen daraus, dass die Zuweisung staatlicher Aufgaben an die Kommunen nach Art. 91 Abs. 3 ThürVerf im Interesse einer funktionsfähigen Landesverwaltung aus sachlichen Gründen erfolgen und nicht von haushaltspolitischen Interessen des Landes geleitet werden soll. Würde Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf das Land nicht zu einem vollständigen Ausgleich der in den Kommunen entstehenden Verwaltungsmehrkosten verpflichten, so würde ein erheblicher Anreiz für das Land bestehen, allein aus haushaltspolitischen Erwägungen staatliche Aufgaben zu kommunalisieren, auch wenn keine sachlichen Gesichtspunkte dafür sprechen. Vor allem bei einer gleich teuren Erledigung von Aufgaben durch das Land und die Kommunen bewirkt ein striktes Konnexitätsprinzip, dass die Übertragung dieser Aufgabe ein haushaltsneutrales Geschäft für das Land bleibt, da es zwar eigene Verwaltungskosten einspart, diese Ersparnis aber letztlich an die Kommunen weitergeben muss. Auf diese

Waise hält die Verpflichtung zu einem vollständigen Mehrbelastungsausgleich den Landesgesetzgeber nicht generell von der – teilweise wünschenswerten – Kommunalisierung staatlicher Aufgaben ab, fördert aber die Sachorientiertheit der Entscheidung. Zum anderen vermag allein das strikte Konnexitätsprinzip einen effektiven Schutz des Selbstverwaltungsrechts zu gewährleisten. Aus Sicht der Kommunen ist die Kommunalisierung staatlicher Aufgaben nur bei vollständiger finanzieller Kompensation haushaltsneutral und berührt ihre für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen nicht. Da die kommunalen Finanzen durch die Aufgabenübertragung somit nicht geschmälert werden, ist ein Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht von vornherein ausgeschlossen."

Von besonderem Interesse sind angesichts des unterschiedlichen Wortlauts in den einzelnen Landesverfassungen die Ausführungen des ThürVerfGH (LVerfGE 16, 593, 629) zur Verwendung des Begriffs des „angemessenen“ statt eines „entsprechenden“ finanziellen Ausgleichs:

„Im Hinblick darauf, dass die Ausgleichsnorm des Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf ihre Schutzfunktion nur dann wirksam entfalten kann, wenn sie prinzipiell auf einen vollen Kostenausgleich gerichtet ist, ergibt der Begriff der Angemessenheit somit nur dann einen Sinn, wenn er sich nicht auf die Erstattungspflicht als solche, sondern auf die zu erstattenden Kosten bezieht mit der Folge, dass die Norm – trotz ihrer insoweit missverständlichen Wortstellung – eine **volle Erstattung der angemessenen Kosten der Aufgabenerfüllung** verlangt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Art. 93 Abs. 1 S. 1 ThürVerf nur die vertikale Finanzverteilung zwischen dem Land und seinen Kommunen regelt und damit auf die Gesamtheit aller Kommunen des Landes bezogen ist. Dementsprechend handelt es sich bei den Kosten, die das Land nach dieser Vorschrift jeder Gemeinde zu erstatten hat, nicht um die bei den jeweiligen Gemeinden tatsächlich angefallenen Kosten, sondern um die Kosten, die den Kommunen (in ihrer Gesamtheit) durch die Erfüllung der übertragenen Aufgabe durchschnittlich entstehen."

Das bedeutet für den ThürVerfGH (LVerfGE 16, 593, 629) unmissverständlich:

„In systematischer Hinsicht knüpft die verfassungsrechtliche Pflicht zum Mehrbelastungsausgleich damit zwingend an die **Durchschnittskosten der kommunalen Aufgabenerfüllung** an. Diese Kosten sind also nicht nur eine im Rahmen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers bei der Feststellung des zu erstattenden Mehraufwandes zulässige, sondern eine dem Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf immanente Bezugsgröße, welche vor allem verhindert, dass das Land für eine finanziell besonders aufwendige und verschwenderische Aufgabenerfüllung durch einzelne Kommunen geradestehen muss; bevorzugt werden im Gegenteil sparsam wirtschaftende Kommunen, da sie bei unterdurchschnittlichen Aufgabenerfüllungskosten einen ihre tatsächlichen Aufwendungen übersteigenden Ausgleich erhalten."

Auf diese Darlegungen hat der ThürVerfGH im Jahre 2011 (ThürVBl. 2012, 55 [58]) ausdrücklich Bezug genommen. Dennoch kommt dem Begriff der Angemessenheit eine spezifische, kostendämpfende Funktion zu (ThürVerfGH, LVerfGE 16, 593, 629 f.):

„Einer – im Vergleich zum Land – zu aufwendigen und 'teuren' Aufgabenerfüllung durch die Gesamtheit aller Gemeinden des Landes kann durch das Bezogensein des Mehrbelastungsausgleichs auf Durchschnittswerte – bei einer grundsätzlichen Verpflichtung zur Übernahme aller tatsächlich entstandenen Kosten – allerdings nicht entgegengewirkt werden. Dies ist vielmehr nur möglich, wenn die Erstattungspflicht zusätzlich davon abhängig ist, dass die ermittelten (Durchschnitts-)Kosten angemessen sind. Diese Bestimmung obliegt grundsätzlich dem Gesetzgeber, der insoweit einen Wertungsspielraum besitzt. Danach wirkt das Merkmal der 'Angemessenheit' in Art. 93 Abs. 1 S. 2 ThürVerf letztlich als Regulativ zur Steuerung des kollektiven Ausgabenverhaltens der kommunalen Gebietskörperschaften im übertragenen Wirkungskreis hin zu einer sparsamen Mittelverwendung."

Diese Rechtsprechung ist für die Auslegung der geltenden Verfassungsbestimmung nach wie vor von prägender Bedeutung, wirkt aber potenziell auch für eine Neuregelung je nach deren Ausformung weiter.

Angesichts der im Ländervergleich bestehenden Thüringer Ausgangsrechtslage drängt sich der Reformbedarf hinsichtlich der konkreten Fassung des Konnexitätsprinzips in Thüringen geradezu auf. Bei einer Neuregelung kommt es tatbestandlich darauf an, sowohl die Übertragung bzw. Modifikation landesrechtlich normierter Sachaufgaben, seien es nun Auftragsangelegenheiten oder pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten und ihre spätere Modifizierung, als auch materiell-rechtlich vom Bund neu geregelte oder modifizierte Aufgaben zu erfassen, da diese nach Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG seit 2006 nicht mehr unmittelbar vom Bund auf die Kommunen übertragen werden können. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht am 7.7.2020 einen Beschluss von fundamentaler Bedeutung auch für Thüringen gefasst³. Auf Gestaltungsspielräume des Landes in der Sache oder hinsichtlich der Ausführungsebene kommt es bei materiell-rechtlich vom Bund kompetenzgemäß geregelten Aufgaben dabei nicht an. Ganz im Gegenteil ist im Normalfall davon auszugehen, dass der Bund materiell-rechtlich eine „Vollregelung“ trifft.

Diesen Gesichtspunkt gilt es ganz deutlich hervorzuheben, da angesichts des uneingeschränkten Aufgabenübertragungsverbots des Bundes nach Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG den Ländern kein Entschließungsermessen dahingehend zusteht, ob sie ihren Kommunen gegenüber für daraus resultierende Mehrbelastungen einstehen wollen oder nicht. Es kann sich potenziell nur ein Auswahlermessen dahingehend ergeben, ob die aus bundesrechtlich modifizierten oder neu erfundenen Aufgaben resultierenden Ausgaben im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs oder des Mehrbelastungsausgleichs ausgeglichen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr verdienstvoll, dass im Thüringer Landtag die Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 21.4.2021 mit Vorlage 7/2014 einen Änderungsantrag eingebracht haben, der vorsieht, Art. 93 Abs. 1 S. 2 und 3 ThürVerf wie folgt neu zu fassen:

„Überträgt es (= das Land) den Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art. 91 Abs. 3 Aufgaben, verpflichtet es sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt es besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat es dabei Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Übertragung der Aufgaben im Sinne des Satzes 2 zu einer Mehrbelastung der Gemeinden und Gemeindeverbände, ist ein angemessener finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Im Vergleich der landesverfassungsrechtlichen Konnexitätsregelungen untereinander ist diese Formulierung eng an Art. 83 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung angelehnt. Dort heißt es wörtlich:

„Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Hinsichtlich der im Antrag von Die Linke, CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewählten Formulierungen springen also im Verhältnis zur bayerischen Regelung drei Abweichungen ins Auge:

In Satz 2 findet sich in zeitlicher Hinsicht bezogen auf die Kostenregelungspflicht die Wendung „dabei“ statt der Vorgabe „gleichzeitig“ in der Bayerischen Verfassung. Beide Formulierungen sind im Ländervergleich geläufig, die Formulierung „dabei“ ist wohl etwas weniger streng als

³ BVerfG, DVBl. 2020, 1331 ff.

die Vorgabe „gleichzeitig“, immer aber gilt, dass die Kostendeckungsregelung spätestens getroffen und in Kraft getreten sein muss, wenn auch die Aufgabenübertragung wirksam wird. Am Beispiel von zu Jahresbeginn in Kraft getretenen, zum Schuljahresbeginn wirksam werdenden neuen kommunalen Aufgaben im Bereich der Kinderbetreuung sollte die Kostendeckungsregelung ebenfalls mit Inkrafttreten der Aufgabenveränderung getroffen werden und in Kraft treten. Sie kann aber notfalls auch in der Weise „nachgeschoben“ werden, dass sie spätestens mit Schuljahresbeginn in Kraft tritt und materiell wirksam wird.

Abweichend von der klugen und inhaltlich umfassenden Formulierung in der Bayerischen Verfassung: „Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben“ heißt es im Änderungsantrag der vier Fraktionen im Thüringer Landtag: „Führt die Übertragung der Aufgaben im Sinne des Absatzes 2“.

Diese Wendung irritiert und sollte durch die in Bayern gewählte Formulierung ersetzt werden. Satz 2 stellt in beiden Ländern auf je drei Varianten der Aufgabenmehrung bei den Kommunen ab, nämlich durch

- Übertragung staatlicher Aufgaben,
- Pflichtigmachung bisheriger freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben durch das Land, sowie
- normative Vorgaben („besondere Anforderungen“) seitens des Landes an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben.

Für alle drei Varianten der Aufgabenmehrung soll und muss das Konnexitätsprinzip im Sinne nicht nur einer formellen Kostendeckungsregelung, sondern auch einer materiellen Ausgleichspflicht gelten. Dies wird mit der Formulierung „Übertragung der Aufgaben im Sinne des Abs. 2“ nicht sachangemessen zum Ausdruck gebracht, da mit der Formulierung nach Sinn und Zweck sowie dem Sachzusammenhang und der Wortwahl: „Aufgaben im Sinne des Abs. 2“ alle drei vorgenannten Varianten gleichermaßen gemeint sind, zumal der Begriff „staatliche Aufgaben“ aus der ersten Variante in Satz 2 in Satz 3 bewusst nicht wieder aufgegriffen wird, das Wort „Übertragung“ dann aber in Satz 2 und Satz 3 eine je unterschiedliche Bedeutung erhält. Während „Übertragung“ nach Satz 2 nur auf staatliche Aufgaben bezogen ist, meint die Verwendung desselben Wortes durch Hinzufügung der Wörter „der Aufgabe im Sinne des Abs. 2“ in Satz 3 jegliche Aufgabenmehrung, obwohl es sich beim Pflichtigmachen bisher freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben sowie beim Stellen besonderer Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben gerade nicht um eine Aufgabenübertragung im eigentlichen Wortsinne handelt. Dadurch potenziell entstehende Auslegungsprobleme können ohne Weiteres vermieden werden, wenn in Satz 3 stattdessen die Formulierung: „Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben“ gewählt wird.

Schließlich wird in der Rechtsfolge erneut die Formulierung „angemessener finanzieller Ausgleich“ vorgeschlagen, während alle anderen Länder mit Ausnahme Sachsen-Anhalts die Wendung „entsprechender finanzieller Ausgleich“ gewählt haben – und um diese Begriffsgegenüberstellung von den konkreten Ausgaben für die unter das Konnexitätsprinzip fallenden Aufgaben „entsprechend“ einerseits und einer wertungsabhängigen aufgabenangemessenen Finanzausstattung, die über eine absolut zu gewährleistende Mindestsicherung beim kommunalen Finanzausgleich hinausgeht, andererseits, geht es bei den beiden Elementen der dualen Finanzgarantie.

Das spricht deutlich dafür, auch in Thüringen die Formulierung „entsprechender finanzieller Ausgleich“ beim Konnexitätsprinzip zu wählen, da es ansonsten zu einer unterschiedlichen Interpretation desselben Wortes „angemessener“ im Rahmen des Konnexitätsprinzips einerseits und des kommunalen Finanzausgleichs andererseits kommen muss. Die gebotene Auslegungsarbeit hat der ThürVerfGH dankenswerterweise bereits geleistet, so dass sich der verfassungsändernde Gesetzgeber nichts vergeben würde, wenn er in Anknüpfung an die zutreffende Auslegung des ThürVerfGH im Rahmen des Art. 93 Abs. 1 S. 3 ebenfalls den

Begriff „entsprechender“ verwenden und zudem in der Begründung darlegen würde, dass damit keine Abweichung zur bisherigen Rechtsprechung des ThürVerfGH verbunden ist, zumal auch in den anderen Ländern unter einem „entsprechenden Ausgleich“ keine reine Ist-Ausgabenerstattung verstanden wird.

Ansonsten ist an der gewählten Formulierung der Änderung des Konnexitätsprinzips sprachlich wie inhaltlich nichts auszusetzen. Sie ist sprachlich schlank, enthält aber alle auf Verfassungsebene regelungsbedürftigen Elemente und ist auf einfach-gesetzlicher Grundlage durch die in S. 2 zwingend normierte Regelungspflicht („Bestimmungen über die Deckung der Kosten“) zu konkretisieren, ohne dass im Verfassungstext unbestimmte Rechtsbegriffe enthalten sind, die einfach-gesetzlich näher auszuformen sind.

Anders als in der Gesetzesbegründung suggeriert wird, bedarf es neben dieses „Bestimmungsgebotes“ durch das Land nicht auch noch eines dazwischen geschalteten Konnexitätsausführungsgesetzes, für das in der Normenhierarchie ohnehin kein Platz ist. Die Vorgaben für den Gesetzgeber erfolgen zwingend und abschließend aus der Verfassung selbst. Auf der Gesetzesebene gilt der allgemeine Grundsatz, dass das spätere Gesetz das frühere Gesetz verdrängt. Das wäre bei *allen* Finanzierungsbestimmungen bei Aufgabenübertragungen nach Erlass eines Konnexitätsausführungsgesetzes der Fall. Wenn ein solches Gesetz in einzelnen Ländern (Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) trotzdem erlassen worden ist, beruht dies im Kern auf der Verwendung konkretisierungsbedürftiger unbestimmter Rechtsbegriffe im Verfassungstext, die in der für Thüringen vorgeschlagenen Formulierung richtigerweise gar nicht erst enthalten sind, und zum anderen in den – verfassungsrechtlich untauglichen – Versuch, die verfassungsrechtliche Regelung im Lichte einer generell-abstrakten Ausführungsregelung im Anwendungsbereich wieder einzuschränken. Von derartigen „Vernebelungen“ sollte zwingend abgesehen werden, zumal eine Verfassung *lege artis* nicht nach Maßgabe einfacher Gesetze ausgelegt werden kann.

Schließlich gilt es, sich in zeitlicher Hinsicht zum Anwendungsbereich der Regelung zu verhalten. Da die geltende Bestimmung des Mehrbelastungsausgleichs die Übertragung staatlicher Aufgaben seit 1993 erfasst, werden diese Aufgaben in ihrer Ausgabenentwicklung auch weiterhin miterfasst. Für den *erweiterten* Anwendungsbereich der Umwandlung von freiwilligen in pflichtige Aufgaben und des Stellens besonderer Anforderungen gilt die Verfassungsänderung demgegenüber selbstverständlich nur für nach Inkrafttreten der Regelung erfolgende Aufgabenveränderungen. Dabei werden in materiell-rechtlicher Hinsicht nur die *Mehrbelastungen* (Belastungsdifferenz aufgrund Aufgabendifferenz im Verhältnis zum Status quo nach geltendem Recht) erfasst.

Da die vorgeschlagene Verfassungsänderung aus sich heraus anwendbar ist und es des Erlasses eines Konnexitätsausführungsgesetzes nicht nur nicht bedarf, sondern dieses Gesetz in der Normenpyramide zwischen Verfassungsvorgabe und Belastungsausgleichsregelung auf Gesetzesebene keinen Platz hat und nur zu Auslegungs- und Anwendungsproblemen zu führen vermöchte, kann darin kein Grund für ein zeitlich gestrecktes Inkrafttreten liegen.

Demgegenüber kommt dem Argument Bedeutung zu, dass eine Reform der einfachgesetzlichen Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich geplant ist und im Zuge dessen die Regelungen des ThürFAG auch mit der verfassungsrechtlichen Neuregelung des Art. 93 Abs. 1 S. 2 und 3 ThürVerf in Einklang gebracht werden müssen. Denn – wie eingangs dargelegt – es muss der kommunale Finanzausgleich alles erfassen, was tatbestandlich vom Konnexitätsprinzip nicht umfasst wird. Da dies so ist, lässt sich daraus im Übrigen ein weiteres Argument gegen ein Konnexitätsausführungsgesetz herleiten: Wer die Absicht verfolgen sollte, mit einem Konnexitätsausführungsgesetz Einschränkungen gegenüber dem Verfassungstext vorzunehmen, in dem nach der Neuregelung alle für die Kommunen unabweisbaren Aufgabenveränderungen mit daraus resultierenden erforderlichen finanziellen Mehrbelastungen erfasst sind, muss erkennen, dass ein solches Agieren nicht nur mit Blick

auf die Auslegung der Verfassung nicht erfolgreich sein kann, sondern zugleich auch die Berücksichtigung durch das Konnexitätsprinzip nicht erfasster Mehrbelastungen beim über den kommunalen Finanzausgleich auszugleichenden Finanzbedarf herbeiführen würde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1628 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2040 -</p> <p>dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Selbstverwaltung Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Diehstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Bahnbofsstr. 23</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07768 Kahla</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Selbstverwaltung Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Diehstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnbofsstr. 23	Postleitzahl, Ort	07768 Kahla
Name	Organisationsform										
Selbstverwaltung Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Diehstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnbofsstr. 23										
Postleitzahl, Ort	07768 Kahla										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
Im Hinblick auf die zu erlassenden Beschlüsse unbestimmte Rechtslage besteht.		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	

	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena 20.05.21	

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.
Bahnhofstraße 23 07768 Kahlra

THUR. LANDTAG POST
20.05.2021 15:30

12757/2021



Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Selbstverwaltung für
Thüringen e.V.

Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 23

Vorab per Fax: (0361) 37 72016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, der CDU, der SPD und
Bündnis 90 Die Grünen
Vorlage: 7/2014

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

im Namen des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen e. V. bedanke ich mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Aufgrund der besonderen Verbundenheit des Vereins zu Fragen der Finanzierung der Kommunen und Kreise sowie zum Finanzausgleich werden wir unsere Stellungnahme auf die Änderung des Art. 93 Abs. 1 beschränken.

Der Änderungsantrag verzichtet auf die Darstellung des Problems und des Regelungsbedürfnisses. Zwar soll Gegenstand der Stellungnahme der Änderungsantrag der vier Fraktionen sein, jedoch ist dieser Änderung der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 7/1628 vorausgegangen. Nach der dortigen Darstellung des Problems und des Regelungsbedürfnisses unter Pkt. V wird festgestellt, daß sich die derzeitige Regelung ausschließlich auf Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises bezieht. Nach den Materialien zur Thüringer Verfassung (Synopse) PW1 Verf UA018 (11.09.1992 S. 31 bis 36, Verf A Vorlage 1/955 vom 19.09.1992 (Nr. 16) sollte die Regelung in Art. 93 Abs. 1 der Verfassung ausschließlich die übertragenen Aufgaben betreffen.

20. Mai 2021

Noch der Verfassungsentwurf der Fraktion der CDU vermittelte dem Land die Befugnis, den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch Gesetz Aufgaben zu übertragen, bestehende Aufgaben zu verändern oder besondere Anforderungen an die Erfüllung von Aufgaben zu stellen, wenn dabei gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden. Dieser Regelung war nicht entnehmbar, ob damit neben den übertragenen Aufgaben oder auch Pflichtaufgaben der Gemeinden gemeint sein sollten. Der nunmehr vorliegende Änderungsantrag nimmt ausdrücklich Bezug auf die Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis und ist damit als erhebliche Verbesserung im Verhältnis zur derzeitigen Formulierung des Art. 93 Abs. 1 ThürVerf anzusehen.

Ein Anlaß für die CDU-Fraktion zur Vorlage des Änderungsentwurfs zur Verfassung Drucksache 7/1628 war der Umstand, daß dem Gesetzgeber aufgrund des unbestimmten Rechtsbegriffes „angemessener Ausgleich“ ein weiter Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Ermittlung der erstattungsfähigen

gen Kosten eröffnet werde. Diese Regelung wird beibehalten, so auch der unbestimmte Rechtsbegriff „angemessener Ausgleich“. Um die Formulierung haben sich in der Vergangenheit zahlreiche Rechtsstreitigkeiten bis zu den Verfassungsgerichtshöfen entzündet. Diese sind jedoch letztlich nicht geeignet die Angemessenheit der Finanzierung der Aufgabenerfüllung festzustellen. Den Gerichten obliegt es lediglich jeweils im Einzelfall zu entscheiden, ob die Finanzierung in einer bestimmten Höhe ausreichend ist oder nicht.

Es obliegt dem Landesgesetzgeber für eine Ausfinanzierung der dritten förderalen Ebene zu sorgen und nicht den Gerichten, die im Einzelfall lediglich eine Überprüfung der Ausfinanzierung einer bestimmten Aufgabe vornehmen können.

Es ist zu begrüßen, daß die vier vorlegenden Fraktionen mittlerweile zur Erkenntnis gelangt sind, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht nur durch die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises finanzielle Belastungen entstehen, sondern auch durch die Erfüllung der Pflichtaufgaben. Die Anforderungen an die Erledigung der Pflichtaufgaben, beispielsweise der Abwasserbeseitigung, des Brandschutzes, der Schulträgerschaft und der Straßenbaulast erfolgt durch das Land. In den entsprechenden Fachgesetzen werden die Anforderungen und Standards geregelt, die die Kommunen im Folgenden zu erfüllen haben. Werden Aufgabenbereiche erweitert, Anforderungen erhöht und Standards geändert, muß dem auch im Rahmen der Finanzierung Rechnung getragen werden. Durch die Aufnahme der Pflichtaufgaben in die Konnexitätsregelung der Thüringer Verfassung wird nicht nur eine Klarstellung, sondern tatsächlich eine grundlegende Veränderung des Anwendungsbereiches geschaffen, die sich auf die finanzielle Situation der Kommunen und Kommunalverbände positiv auswirken kann.

Die Regelung in Art. 93 Abs. 1 S. 3 des Entwurfs enthält, wie in der heutigen Fassung, die Formulierung, daß in dem Fall, in dem die Übertragung der Aufgaben im Sinne des Satzes 2 zu einer Mehrbelastung der Gemeinden und Gemeindeverbände führt, ein angemessener finanzieller Ausgleich zu schaffen ist. Damit wird dem Freistaat der gleiche Ermessensspielraum auf Basis eines unbestimmten Rechtsbegriffes eröffnet, der bereits nach der heutigen Verfassung zu nicht unerheblichen Problemen geführt hat.

Sollte die Verfassungsänderung tatsächlich vom Willen der vorlegenden Fraktionen getragen sein, eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen und Kommunalverbände zu bewirken, so sollte das Wort „angemessen“ entfallen. Eine entsprechende Regelung findet sich bereits heute in nicht wenigen Verfassungen anderer Bundesländer. So regelt Art. 71 Abs. 3 S. 3) der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Art. 137 Abs. 6 S. 2 der Verfassung des Landes Hessen, Art. 72 Abs. 3 S. 2 des Landes-Mecklenburg-Vorpommern, Art. 85 Abs. 2 S. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen sowie Art. 57 Abs. 2 S. 2) des Landes Schleswig-Holstein, daß bei Entstehung einer Mehrbelastung ein entsprechender Ausgleich geleistet wird.

Unter dem Vorbehalt der späteren Formulierung des noch zu entwickelnden Konnexitätsausführungsgesetzes würde diese Formulierung die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Ausfinanzierung der durch das Land übertragenden Aufgaben oder die Veränderung der Pflichtaufgaben vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/27 -

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/897 -

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1628 -

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/1629 -

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/2040 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

- Vorlage 7/2014 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1-2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Arbeitsgemeinschaft der Komm. Spitzenverbände Thüringischer Landereisag e.V. Gemeinde- und Städtebund Thüringen	
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13 bzw. 14
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt

Anlage 3

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Komm. Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzgebungs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	

Anlage 3

	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfst, 01.06.21	

14065/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs																	
Drucksache: 7/27, 7/897, 7/1628, 7/1629, 7/2040, 7/2014																	
1.	<table border="1"> <tr> <td colspan="2">bei natürlichen Personen</td> </tr> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2">bei juristischen Personen</td> </tr> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> </table>	bei natürlichen Personen		Name	Vorname			bei juristischen Personen		Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein gemäß Art. 9 Abs. 3 GG				
bei natürlichen Personen																	
Name	Vorname																
bei juristischen Personen																	
Name	Organisationsform																
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein gemäß Art. 9 Abs. 3 GG																
2.	<table border="1"> <tr> <td colspan="2">bei natürlichen Personen</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2">bei juristischen Personen</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	bei natürlichen Personen		Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		bei juristischen Personen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
bei natürlichen Personen																	
Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)																	
Straße, Hausnummer																	
Postleitzahl, Ort																	
bei juristischen Personen																	
Geschäfts- oder Dienstadresse																	
Straße, Hausnummer	Schillerstraße 44																
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt																
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person																
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, Vertretung der Interessen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer																

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Wir stimmen dem vorliegenden Änderungsantrag zu und verweisen auf unsere zu den angegebenen Gesetzentwürfen abgegebenen Stellungnahmen.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail	
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Erfurt, d. 04.06.21	Unterschrift
-----------------------------------	--------------

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Hessen-Thüringen

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss

- Versand per Mail -

THÜR. LANDTAG POST
21.05.2021 11:27

12852/2021

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN; 21. Mai 2021
Ihr Zeichen: A 6.1/csch, ga - Drs. 7/27/897/1628/1629/2040 - VL 7/2014

sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich im Namen des DGB Hessen-Thüringen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und übersende sie Ihnen anbei.

Für Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Hessen-Thüringen

DGB Hessen-Thüringen | Schillerstraße 44 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss

- Versand per Mail -

Stellungnahme DGB Hessen-Thüringen zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Gesetzentwurf für ein Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen); Vorlage 7/2014

21. Mai 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu o.g. Vorlage.

Der DGB Hessen-Thüringen begrüßt die Ziele, die mit dem gemeinen Änderungsantrag in die Thüringer Verfassung aufgenommen werden sollen und alle staatlichen Ebenen verpflichten. Diese spiegeln u.E. wichtige Anliegen wider, die von einer gesellschaftlichen Mehrheit getragen werden.

Darüber hinaus weisen wir wie schon in den im Vorfeld gegenüber dem Verfassungsausschuss abgegebenen Stellungnahmen darauf hin, dass die neu aufzunehmenden Staatsziele einfachgesetzlich konkretisiert werden müssen, um sie im Verwaltungshandeln handhabbar zu machen. Erst durch die weitere rechtliche Ausformung entfalten die wünschenswerten Ziele gesellschaftliche Wirkung.

Anmerkungen zu einzelnen Vorschlägen:

Zu Art. 1 Nr. 4 b

Die Aufnahme des Staatsziels Nachhaltigkeit wird unterstützt. Der DGB begrüßt insbesondere, dass ausweislich der Begründung der Begriff der Nachhaltigkeit in seinen drei Dimension ökologisch, sozial und ökonomisch erfasst und deren Gleichgewichtung als Voraussetzung dafür gesehen wird, „dass jeder Mensch in seinen gesellschaftlichen und sozialen Bezügen die Möglichkeit zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit hat“. Der vorgesehene Verfassungstext in Art. 4 b Satz 1 i.V.m. Satz 2 könnte allerdings auch enger als die Verpflichtung zum auf das eigene Territorium begrenzten Umwelt- und Naturschutz gelesen werden. Die in der Begründung benannte Verknüpfung des reichhaltigen und umfassenden Nachhaltigkeitsbegriffs mit der unteilbaren Menschenwürde könnte im Text stärker akzentuiert werden, um diese auch für Nichtjurist*innen zu verdeutlichen.

Schillerstraße 44
99096 Erfurt

hessen-thueringen.dgb.de

Zu Art. 1 Nr. 4 c und Nr. 8

Der DGB hat in seiner Stellungnahme vom 20. November 2020 zur Drucksache 7/1629 - Komplex gleichwertige Lebensverhältnisse - ausführlich Stellung zur Frage der Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse genommen. Darauf möchten wir an dieser Stelle verweisen.

Insbesondere haben wir auf die Bedeutung der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen hingewiesen. Kommunale Investitionen und die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit auch im freiwilligen Bereich sind notwendig für Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität. Die Stärkung des Konnexitätsprinzips wird befürwortet. Die Verschiebung der weiteren Ausgestaltung auf ein künftiges Gesetzgebungsverfahren birgt aber Risiken. Die Umsetzung ist technisch anspruchsvoll und voraussichtlich konfliktbehaftet.

Wenn zwischen den Fraktionen des Stabilitätspaktes Einigkeit besteht, kann Art. 93 Abs. 3 Satz 3 des Entwurfs auch konkreter gefasst werden: „Die mit der Übertragung von Aufgaben i.S.d. Satzes 2 verbundenen Mehrbelastungen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden ausgeglichen.“ Wie in der o.g. Stellungnahme dargelegt, ist aber gleichermaßen die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes u.a. durch die Aufgabe der „Schuldenbremse“ zu sichern.

Für Fragen und Gespräche stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014-		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	
	Organisationsform	
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	
	Verein	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung für die Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<p>Die Staatsziel-Aufnahme hat aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. zunächst symbolischen Charakter. Mit der Neuaufnahme eines Staatszieles werden keine Maßnahmen oder Voraussetzungen zur Bewältigung der damit verbundenen Folgen und Herausforderungen geschaffen. Sie sind als symbolische Wegmarke und als Verpflichtung für staatliche Steuerung und alltägliches Verwaltungshandeln zu verstehen. Damit bekräftigt der Freistaat Thüringen die Bedeutung der Themen und macht sie zu einem Maßstab des eigenen Handelns respektive eines Leitbildes.</p> <p>Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen müssen im nächsten Schritt die neu aufgenommenen Staatsziele mit konkreten Maßnahmen und Strukturen untermauert und die Umsetzung überprüfbar gemacht werden.</p> <p>Der Wegfall der ursprünglich geplanten Änderung „Inklusion ist ein Menschenrecht“, wird von der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen nicht mitgetragen. Damit geht eine sehr aussagestarke Einordnung der Rechte von Menschen mit Behinderungen verloren.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 21.05.2021	

THÜR. LANDTAG POST
21.05.2021 11:26

12851/2021

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

- ausschließlich per E-Mail -

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.



Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

e-mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0
Telefax: (0361) 511499-19

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
21.05.2021

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. zum
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
- Vorlage 7/2014-**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum o.g. Änderungsantrag Stellung nehmen zu können. Die Neuaufnahme der im Änderungsantrag genannten Staatsziele in die Thüringer Verfassung und die geplanten Formulierungen begrüßen wir prinzipiell. Allerdings kann dies nur als ein erster Schritt zur Realisierung der damit verbundenen Vorhaben verstanden werden. Die Staatsziel-Aufnahme hat aus unserer Sicht daher zunächst eher symbolischen Charakter, den wir grundsätzlich unterstützen.

Allgemeine Anmerkungen

Mit der Neuaufnahme eines Staatszieles werden keine Maßnahmen oder Voraussetzungen zur Bewältigung der damit verbundenen Folgen und Herausforderungen geschaffen. Sie sind als symbolische Wegmarke und als Verpflichtung für staatliche Steuerung und alltägliches Verwaltungshandeln zu verstehen. Damit bekräftigt der Freistaat Thüringen die Bedeutung der Themen und macht sie zu einem Maßstab des eigenen Handelns respektive eines Leitbildes.

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen müssen im nächsten Schritt die neu aufgenommenen Staatsziele mit konkreten Maßnahmen und Strukturen untermauert und die Umsetzung überprüfbar gemacht werden.

Dies erfordert die Zuweisung der Umsetzungsverantwortung und damit die Benennung von Ansprechpersonen. Diese Maßnahmen und Möglichkeiten der Mitsprache und Gestaltung der Bürger*innen sind insbesondere deshalb notwendig, da Staatsziele nicht subjektiv einklagbar

sind. Bei der Umsetzung des Staatsziels der Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt hinzu, dass der Abgleich der Voraussetzungen der Gebietskörperschaften auf administrativer Ebene nicht ausreichen wird. Vielmehr muss die tatsächliche Lebenswelt der Bürger*innen betrachtet werden.

Die Umsetzung dieser Staatsziele muss dabei sozialverträglich gestaltet werden. Die Kosten zur Berücksichtigung dieser Staatsziele darf zu keiner finanziellen Mehrbelastung oder Ausgrenzung führen, da dies die Akzeptanz der Bürger*innen gefährdet. Ein Beispiel hierfür können Mehrkosten für Eltern aufgrund des Einsatzes von nachhaltigen Lebensmitteln in Kinderbetreuungseinrichtungen sein.

Konkrete Anmerkungen zu den vorgesehenen Änderungen

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen hat zur Neuaufnahme der Staatsziele „Nachhaltigkeit“, „Ehrenamtsförderung“, „Inklusion“, „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und zur „Extremismusklausel“ ausführlich Stellung bezogen und konkrete Maßnahmen und Vorschläge zur Umsetzung unterbreitet. Auf diese verweisen wir für eine weiterführende und detaillierte Einschätzung unsererseits.

Eine detaillierte Rückmeldung möchten wir aber zu folgenden vorgesehenen Änderungen abgeben, da sie in der bisherigen Fassung so nicht enthalten war. Sie betrifft die Neuaufnahme des Staatszieles Inklusion. Der Wegfall des ersten Satzes, „Menschen mit Behinderung stehen unter dem besonderen Schutz des Freistaats.“ (im Vergleich zur aktuell geltenden Verfassung) ist nachvollziehbar. Der besonderen Fürsorge bedürfen Menschen mit Behinderungen nicht, vielmehr benötigen Menschen mit Behinderungen die „Förderung der Selbstbestimmung, umfassende Einbeziehung und gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft“, wie es auch im vorliegenden Änderungsantrag formuliert wird.

Diese Formulierung kompensiert auch den Wegfall des Hinweises aus der ersten Änderungsfassung im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (vgl. Drucksache 7/897, S. 5).

Der Wegfall der ursprünglich geplanten Änderung als neuen ersten Satz „Inklusion ist ein Menschenrecht (ebd.)“, ist hingegen nicht nachvollziehbar und wird von der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen nicht mitgetragen. Damit geht eine sehr aussagestarke Einordnung der Rechte von Menschen mit Behinderungen verloren.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

13498/21

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1628 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -</p> <p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2040 -</p> <p>dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landtag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landtag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landtag	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO; Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	

	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.05.21	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Die kirchlichen Beauftragten beim Lande Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td> <ul style="list-style-type: none"> - Evangelisches Büro Thüringen - Katholisches Büro Erfurt </td> <td> K.d.ö.R. K.d.ö.R. </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Augustinerstr. 10 (Ev. Büro) Herrmannsplatz 9 (Kath. Büro)</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Die kirchlichen Beauftragten beim Lande Thüringen		<ul style="list-style-type: none"> - Evangelisches Büro Thüringen - Katholisches Büro Erfurt 	K.d.ö.R. K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10 (Ev. Büro) Herrmannsplatz 9 (Kath. Büro)	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform											
	Die kirchlichen Beauftragten beim Lande Thüringen												
	<ul style="list-style-type: none"> - Evangelisches Büro Thüringen - Katholisches Büro Erfurt 	K.d.ö.R. K.d.ö.R.											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10 (Ev. Büro) Herrmannsplatz 9 (Kath. Büro)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)												
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
	Straße, Hausnummer												
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Würdigung der parteiübergreifenden Einigung, Befürwortung der Aufnahme der vorgeschlagenen neuen Staatsziele, Mahnung zur Untersetzung der neuen Staatsziele mit adäquaten politischen Maßnahmen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.05.2021	

DER BEAUFTRAGTE
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen
Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10
99084 Erfurt

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT
Kommissariat der Bischöfe
in Thüringen
Herrmannsplatz 9
99084 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen, Augustinerstraße 10, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
21.05.2021 10:18

12834/2021

Erfurt, 21. Mai 2021

Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen

hier: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Mitglieder des Verfassungsausschusses,

wir bedanken uns herzlich für die neuerliche Gelegenheit zu dem wichtigen Vorhaben einer Änderung der Thüringer Verfassung Stellung zu nehmen. Unter Aufnahme und Zusammenfassung der verschiedenen Anregungen aus den vorherigen Entwürfen haben die Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Das gemeinsame Vorgehen auf dem Weg zu einer Verfassungsänderung sind ermutigende Zeichen. Sie senden an die Thüringer Bevölkerung das Signal, dass es in unserem Land möglich ist, über zentrale Grundfragen unseres politischen Gemeinwesens Einigkeit zu erzielen – auch über Parteigrenzen hinweg. Gerade in Zeiten, in denen unsere demokratische Ordnung neuen und perfiden Bedrohungen ausgesetzt ist, erscheint uns dies von besonderem Wert.

Die Ausweitung des Diskriminierungsverbots in Art. 2 Abs. 3 um das Merkmal des Alters wird begrüßt. Nach wie vor erfahren viele Menschen aller Lebensalter Ungleichbehandlungen. Man geht davon aus, dass jeder Fünfte bereits wegen seines Alters im Berufsleben oder im Alltag benachteiligt wurde. Dieses Ausmaß rechtfertigt es, ein Verbot der Altersdiskriminierung verfassungsrechtlich zu verankern. Ebenso unterstützen wir die sprachliche Anpassung und Stärkung der Rechtsposition der Menschen mit Behinderungen in Art. 2 Abs. 4.

Die Regelungen im neuen siebten Abschnitt (Art. 41a–41c) werden unter der Überschrift „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ Staatszielbestimmungen zum Ehrenamt, zur Nachhaltigkeit und zu den gleichwertigen Lebensbedingungen im Freistaat formuliert. Die Kirchen in Thüringen begrüßen die Aufnahme dieser Zielbestimmungen ausdrücklich. Sie adressieren wesentliche Elemente und Herausforderungen unserer Gesellschaft.

Die Aufnahme des Staatsziels Ehrenamtsförderung begrüßen wir ausdrücklich. Dies greift eine kirchliche Forderung auf, die wir mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften schon seit einiger Zeit geäußert haben. Es gehört zu den zentralen christlichen Werten, sich selbstlos für andere und die Gemeinschaft insgesamt einzusetzen.

Ohne solches Engagement kann keine Gesellschaft funktionieren, ihr würde das humane Antlitz fehlen. Dabei geht es nicht nur darum, dass Leistungen erbracht werden, die auf anderem Wege gar nicht möglich bzw. finanzierbar wären.

Es geht vor allem um die Erfahrung der gegenseitigen Verantwortung und um die Stärkung des zwischenmenschlichen Zusammenhalts, die für jede Gesellschaft zwingend notwendig sind. Nicht zuletzt bietet ehrenamtliches Engagement für viele ein wichtiges demokratisches Lernfeld, in dem die Werte von Diskurs, Kompromiss und der eigenen Wirksamkeit erfahren werden können.

Das Staatsziel Nachhaltigkeit ist aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, um die Verantwortung für unsere Erde und das Wohlergehen kommender Generationen auch für das staatliche Handeln verbindlich zu verankern. Wir erhoffen uns davon, dass die Frage häufiger und mit mehr Nachdruck bedacht wird, welche Auswirkungen bestimmte politische, ökonomische, aber auch individuelle Entscheidungen auf unsere Umwelt und die Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskiner haben.

Schließlich unterstützen wir auch die Einführung des Staatsziels Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Auch wenn sich der Lebensstandard und die Versorgungslage in allen Teilen Thüringens auf einem im globalen Vergleich sehr hohen Niveau befinden und in den Jahren seit der Deutschen Einheit eine enorme Entwicklung genommen haben, weist die sozialräumliche Entwicklung in Thüringen in jüngster Zeit eine Zunahme von teilweise erheblichen Disparitäten auf. Es ist daher zu begrüßen, dass sich der Staat dieser Thematik noch stärker widmen möchte.

Deutlich ist, dass mit der bloßen Einfügung dieser Staatszielbestimmungen in der Thüringer Verfassung selbst noch keine Verbesserungen für das Ehrenamt, die Nachhaltigkeit oder die gleichwertigen Lebensverhältnisse erreicht werden. Bereits aus dem Stellungnahmeverfahren – an dieser Stelle sei auf die Stellungnahmen der Kirchen zu den verschiedenen Themenkomplexen verwiesen – wurden konkrete Umsetzungsmaßnahmen und ihre Notwendigkeit erkennbar. Wir empfehlen deshalb, dass der Thüringer Landtag in den kommenden Jahren regelmäßig erhebt, welche konkreten neuen Umsetzungsschritte aufgrund der neuen Staatszielbestimmungen ergriffen wurden und welche zusätzlichen Maßnahmen geplant werden.

Die einzelnen Formulierungen in den vorgeschlagenen Art. 41a–41c sind nach unserer Auffassung sachgerecht und bringen das Notwendige zum Ausdruck. Diskussionswürdig erscheint uns die Reihenfolge der Themen: Dem Thema „Ehrenamt“ folgt das Prinzip der Nachhaltigkeit, dem wiederum das Thema „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ folgt. *Wir regen an, den vorgeschlagenen Art. 41b an den Anfang der Regelungen des siebten Abschnittes zu stellen.* Durch diese Verschiebung würden die Bedeutung des Staatsziels „für alle heutigen und künftigen Generationen“ und seine verfassungsrechtliche Einordnung als „Grundlage allen staatlichen Handelns“ verdeutlicht.

Wir bedanken uns nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem wichtigen Regelungsvorhaben. Entscheidend ist, wie die Änderungen mit Leben gefüllt und umgesetzt werden. Bei diesem Prozess sichern die in Thüringen vertretenen Kirchen ihre wohlwollende und zugleich konstruktiv-kritische Begleitung zu.

Mit freundlichen Grüßen

Oberkirchenrat
Evangelisches Büro

Ordinariatsrat
Katholisches Büro

12413121

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1628 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2040 -											
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2307 -											
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breitel-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breitel-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landkreistag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breitel-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKo, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes / Verordnungsentwurfes / ... aus kreislicher Perspektive	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 28.7.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Einführung der Staatsziele Ehrenamtsförderung und Nachhaltigkeit Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/27 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/897 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Reform des Staatsorganisationsrechts Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1628 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -											
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Thüringen – Elektronische Ausfertigung und Verkündung von Rechtsakten Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2040 -											
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2307 -											
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/2014 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Brosch-Straße 14 • 99084 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Brosch-Straße 14 • 99084 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0	Postleitzahl, Ort	Fax (0361) 2 20 50 - 50
Name	Organisationsform										
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Brosch-Straße 14 • 99084 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0										
Postleitzahl, Ort	Fax (0361) 2 20 50 - 50										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 15. Juli 2021	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)